

092011

transform!

Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog

Europa - No Future?



### Impressum

transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog  
Publiziert mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Heft 09-2011, erscheint halbjährig

Herausgegeben von transform! Europe, Brüssel

Redaktion: Walter Baier (Wien, V.i.S.d.P.), Erhard Crome (Berlin),  
Lutz Holzinger (Wien), Ulrike Kruh (Wien), Bernhard Müller (Hamburg),  
Norbert Schepers (Bremen) und Conrad Schuhler (München).  
Die Bilder stammen von Helmut Kurz-Goldenstein.

transform! 11 Rue Michel-Ange, 1000 Bruxelles, Belgique

Redaktion: Erhard Crome, Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

E-mail: [crome@rosalux.de](mailto:crome@rosalux.de)

Verlag und Vertrieb: VSA, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

E-mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

Layout: [typothese.at](http://typothese.at)

Satz und Druck: MediaService GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Preis: 8 Euro, Abonnement: 15 Euro für 2 Hefte (einschl. Versand)

ISSN 1865-3480

# **Europa – No Future?**

**transform!**

Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog

09/2011

# Inhalt

<b>Editorial</b> Lutz Holzinger	4
<b>Essay</b>	
<b>Die Europäische Union und das Dilemma der radikalen Linken</b> Gerassimos Moschonas	8
<b>Europa: No Future?</b>	
<b>Europa im Zentrum der neuen Phase der Großen Krise</b> Joachim Bischoff and Bernhard Müller	25
<b>Die Krise Europas: Elemente einer politischen Strategie</b> Elisabeth Gauthier	35
<b>Stoppt die Politik der Austerität, der Verschuldung und der sozialen Verwüstung in Europa! Für eine Bündelung unserer Kräfte – Demokratische Alternativen</b> Europäische Konferenz	46
<b>Eine offene historische Situation:</b> <b>Konfliktlinien – Szenarien – Eingriffsmöglichkeiten</b> Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung	51
<b>Crash as cash can – Krisen, Blasen, Spekulanten 1929 und heute</b> Fritz Weber	63
<b>Die mittelfristige finanzpolitische Strategie in Griechenland. Bruchstellen und Tendenzen in der Memorandum-Politik</b> Giannis Balabanidis	76
<b>Reformen in der Tschechischen Republik – auf dem Weg zum Sozialdarwinismus</b> Ilona Švihlíková	83
<b>Europa und die Welt in Bewegung</b>	
<b>Besonderheiten der griechischen Krise:</b> <b>Demokratie, Protest und Disput auf dem Syntagma-Platz</b> Giorgos Tsiridis und Dimitris Papanikolopoulos	99
<b>Die Bewegung 15. Mai und die Spanische Revolution</b> Armando Fernández Steinko	108
<b>Flüssige Demokratie: Die italienische Wasserrevolution</b> Tommaso Fattori	113

<b>Die chilenische Verfassung und die Krise des Bildungswesens: eine Entscheidungsschlacht</b>	127
Juan Pablo Cárdenas	
<b>„Das Volk verlangt soziale Gerechtigkeit!“ – Soziale Proteste in Israel</b>	131
Michel Warschawski	
<b>Nach der Revolution ist vor der Revolution</b>	138
Gabriele Habashi	
<b>Greift der Brand der israelischen Botschaft auf die Region über?</b>	143
Gabriele Habashi	
<b>Der Arabische Frühling und Europa. Ein Tagungsbericht</b>	145
Julia Killet	
<b>Die Welt im Jahre 2020 und die UNO</b>	152
Erhard Crome	
<b>Rechtspopulismus in Europa</b>	
<b>Rechtspopulismus in Europa</b>	167
Walter Baier	
<b>Von Metapolitik zu Massenmord – Ein neuer Rechtsextremismus</b>	172
Mathias Wäg	
<b>Länderberichte</b>	
<b>Die Wende in der italienischen Politik:</b>	179
<b>Der Mitte-Links-Sieg bei den Mailänder Wahlen im Mai 2011</b>	
Giorgio Riolo	
<b>Eine neue Regierung nach den Wahlen in Dänemark</b>	185
Inger V. Johansen	
<b>Die Partei DIE LINKE nach den Wahlen 2011</b>	191
Cornelia Hildebrandt	
<b>Frankreich: Die „Front de Gauche“ – die Herausforderung einer echten dynamischen Volksbewegung</b>	199
Dominique Crozat	
<b>Verfolgung: Der österreichische § 278 a als Beispiel</b>	206
Lutz Holzinger	
<b>Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien – eine ambivalente Erfahrung</b>	209
Boris Kanzleiter	
<b>Neue Herausforderungen für die progressiven Regierungen in Südamerika</b>	215
Véronique Sandoval	
<b>AutorInnenverzeichnis</b>	222

# Editorial

Lutz Holzinger

Europa geht durch ein Wechselbad der Gefühle. Die Spitzenpolitiker der EU haben alle Hände voll zu tun, um ihre halbherzigen Rettungsversuche für ins Schlingern gerate Mitgliedstaaten zu managen und nachzubessern. Dabei ist nicht zu übersehen, dass den betroffenen Staaten keineswegs unter die Arme gegriffen wird – geschweige denn den von Kürzungsmaßnahmen betroffenen Bevölkerungsschichten. Ziel des unprofessionellen Krisenmanagements war und ist es, in erster Linie die europäischen Banken vor Kernschmelzen zu schützen und die Finanzmärkte bei Laune zu halten.

Eine Ironie der Geschichte besteht darin, dass die EU-Staaten erst dadurch in Schieflage geraten sind, dass sie nach Ausbruch der Krise 2008 ohne Rücksicht auf Verluste bzw. auf Budgetdefizite die Banken zu retten begonnen hatten. Mit dem Effekt, dass diese sich jetzt von finanziell schwächelnden Staaten über exorbitante Zinsen für Staatsanleihen zurückholen, was sie in der Krise verloren haben und für die Rettung durch den jeweiligen Staat locker machen mussten oder müssen. Der vermeintliche Triumph, die Krise in der EU mit einem blauen Auge übertaucht zu haben, hat sich längst in ein Wehklagen über Dauerprobleme der Euro-Zone gewandelt. *transform! 09* bringt Analysen, die das Ausmaß der aktuellen Wirtschafts- und Währungskrise darstellen und ihre Tiefendimension ausloten.

Über Europa hinaus, aber auch am alten Kontinent erkennbar wird, dass eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern mit der herkömmlichen Politik und den traditionellen Parteien nichts mehr am Hut hat. Von New

York bis Kairo, von London bis Griechenland geben vor allem junge Menschen zu erkennen, dass sie von der herkömmlichen Politik restlos enttäuscht sind und direktdemokratische Lösungen anstreben. Dabei kommt auch die Linke jenseits der Sozialdemokratie insofern in Bedrängnis, als es an klaren Alternativkonzepten mangelt. Im Moment lässt die Lage sich – sarkastisch gesagt – mit einem österreichischen Bonmot beschreiben: „Ich weiß zwar nicht wo ich hinfahre, dafür bin ich schneller dort!“ Oder anders ausgedrückt: Wie bisher kann es zwar nicht weitergehen, aber wie es weitergeht, ist derzeit völlig offen. Diese spannende Entwicklung spiegelt *transform! 09* im Themenblock „Europa und die Welt in Bewegung“ wider. Wobei auch die engen Grenzen der bürgerlichen Demokratie zur Sprache kommen, die im Zeichen der Terrorhysterie noch enger gezogen wurden und dazu angetan sind, bei Bedarf gegen die Aktivistinnen und Aktivisten eines Wandels gewendet zu werden.

Solange zwingende fortschrittliche Lösungen für die Bereinigung der herrschenden Misere nicht gefunden werden, hat die radikale Rechte in immer mehr europäischen Ländern Oberwasser. Ein tragisches Beispiel ist der Massenmord eines vorgeblichen Einzeltäters in Norwegen. Diese Untat ist ohne den Kontext der Rechtsentwicklung und des Aufkommens immer radikalerer Rechtsparteien in unserer Hemisphäre nicht vorstellbar. Auch mit diesem Thema setzt *transform! 09* sich detailliert auseinander.

Unterschiedlich sind die Auswirkungen der krisenhaften Entwicklungen auf die Ergebnisse der Wahlen, die in letzter Zeit in verschiedenen europäischen Staaten über die Bühne gegangen sind. Für die Linke zieht das Versagen von Neoliberalismus und entfesseltem Kapitalismus keinen automatischen Erfolgslauf nach sich. Allerdings konnten da und dort ermutigende Ergebnisse erzielt werden. Einige Fallbeispiele präsentiert *transform! 09* in den „Länderberichten“.

Bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht viel Vergnügen  
Lutz Holzinger

PS: Als Illustrationen für die vorliegende Nummer haben wir Werke des österreichischen Malers und Zeichners Helmut Kurt-Goldenstein, einem ausgewiesenen Antifaschisten, ausgewählt. Hier einige Worte über den Künstler.



**H**elmut Kurz-Goldenstein (1941–2004) lebte und arbeitete in Wien. Er war einer der wenigen realistischen Künstler in Österreich nach 1945 und nahm Traditionen eines Honoré Daumier oder George Grosz auf. Im Mittelpunkt seines Werkes stand die künstlerische Auseinandersetzung mit Grundthemen der Politik: Rechtsradikalismus, Dritte Welt, Faschismus und Rassismus, die Wirtschaftspolitik der damaligen Europäischen Gemeinschaft, die Revolution in Nicaragua, Umweltzerstörung usw.

Kurz-Goldenstein war in zahlreichen kunst- bzw. kulturpolitischer Initiativen aktiv. Selbst von Geburt an körperlich behindert, arbeitete er gemeinsam mit Körperbehinderten von 1981 bis 1985 in Erinnerung an die Ermordung „Lebensunwerter“ im NS-Regimes an einem 4x4 Meter hohen Mahnmal aus Holz, das – bevor es vor Schloss Hartheim in Oberösterreich, in dem annähernd 30 000 körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen ermordet worden waren, aufgestellt werden konnte – von Unbekannten zerstört wurde.

Der Autor André Heller schrieb: „Ihn interessieren noch die Verhältnisse, die das Bewusstsein formen. Er ist ein unerbittlicher Ursachenforscher und scheut sich nicht, den Dingen auf den Grund zu gehen, wohl wissend, dass man von diesen Expeditionen zumeist schlammbedeckt zurückkehrt.“ Er war ein „Chronist des Übelen und der Schande, der versuchten Augenauswischereien, der Rosstäuscher hoher und niedriger Geburt, der Heuchler und Frömmeler. Seine Respektlosigkeit gegenüber den Machthabern wird vom Respekt und der Solidarität zu den Ohnmachthabern genährt.“





Die Bollmanns sind liebe gute Menschen (1972)

# Die Europäische Union und das Dilemma der radikalen Linken

## Einige, noch vorläufige Gedanken<sup>1</sup>

### Gerassimos Moschonas

*„... es ergibt sich die Aufgabe, nicht bloß die Politik der herrschenden Klassen [...] vom Standpunkte der bestehenden Gesellschaft selbst zu kritisieren, sondern ihr auch auf Schritt und Tritt das sozialistische Gesellschaftsideal [...] entgegenzuhalten.“*

Rosa Luxemburg, Sozialdemokratie und Parlamentarismus (1904)

*„Es geht darum, eine linke Mehrheit zu sichern, und das ist absolut unmöglich, wenn wir uns darauf beschränken, extremistische Slogans gegen alles und jeden zu murmeln, und nicht in der Lage sind, unter welchen Bedingungen auch immer mit irgendjemandem eine Einigung zu erreichen.“*

J.-L. Mélenchon (Le Monde, 28. Januar 2010)

### Die Rückkehr der Besiegten

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus sehen die Kräfte links der Sozialdemokratie aus wie eine geschlagene Armee. Das implizite Einvernehmen mit der Geschichte, das fast ein Jahrhundert Bestand hatte, wenn es auch noch nicht völlig erloschen ist, scheint seit 1989 (dem entscheidenden Jahr in der zeitgenössischen kommunistischen Geschichte) zerschlagen zu sein. Die tiefe Wunde, die der Zusammenbruch dieses außerordentlich destruktiven (und gleichzeitig außerordentlich innovativen) Kräftesystems gerissen hat, hat nichts und niemanden verschont – nicht einmal die Parteien, die mit der be-

siegten Version des Kommunismus nicht gleichgesetzt wurden. Die vernichtende Niederlage hat die optimistischen Behauptungen einer gewissen antistalinistischen Linken beiseite gefegt, nämlich dass dieser Zusammenbruch einen großartigen Sieg für den authentischen Sozialismus darstelle<sup>2</sup>. Er riss die linke Kultur als Ganzes auseinander, eine Kultur, die sich bereits auf dem Rückzug befand, und er beschleunigte und verstärkte die Verbreitung liberaler Ideen. Die Niederlage zog nicht nur Einbrüche bei Wahlen und die Schwächung der Parteiorganisationen nach sich, sondern ebenso einen allgemeinen Abstieg: Der freiwillige Abtritt von eher modernen Kadern, das Schweigen der Intellektuellen, die Schwächung der Verbindungen zu Gewerkschaften und Jugend, ein Wechsel im Diskurs zu einer defensiven Bestätigung der Identität („wir sind noch hier“ für manche, „Narzissmus der verlorenen Sache“, um Slavoj Žižek<sup>3</sup> zu zitieren, für andere). Der Niedergang des ambitioniertesten Projektes des 20. Jahrhunderts (und vielleicht der gesamten Geschichte) traf die anti-kapitalistische Linke als Ganze – die Orthodoxen, Revisionisten, Libertären und Trotzisten bzw. die Orthodoxien und Häresien, um die Formulierung von Eustache Kouvélakis<sup>4</sup> zu verwenden.

„Kommunismus existiert nicht länger als Programm“, erklärte der britische Historiker Eric Hobsbawm im Jahr 2008. Die Wahlergebnisse erzählen jedoch eine etwas andere Geschichte. Radikale linke Parteien, die oft aus dem Kommunismus entstanden sind, nehmen in der politischen Landschaft Europas nämlich eine wichtige Rolle ein: in Ländern mit starker linker Tradition (Griechenland, Finnland, Portugal, Frankreich, Zypern) oder mit einer schwächeren, aber stetigen kommunistischen Tradition (Dänemark und Schweden) sowie in Ländern mit keinerlei bemerkenswerter kommunistischer Präsenz nach dem Zweiten Weltkrieg (Deutschland, Niederlande). Während die klassischen kommunistischen Parteien nahezu überall geschwächt sind (besonders in Italien, Frankreich und Finnland, aber auch in Portugal und Griechenland), zeigt sich die geographische Verteilung des Einflusses der europäischen radikalen Linken ausgeglichener als früher. Die Wahlmacht der Linken ist geographisch gesehen weiter gestreut. Darüber hinaus zeugen einige hervorragende, wenn auch vereinzelte Wahlergebnisse (in Schweden 1998 12 % und 1999 bei den Europawahlen 15,8 %, in den Niederlanden 2006 16,6 %, in Deutschland 2009 11,9 %; in Portugal 2009 17,7 %, in Griechenland 2009 12,1 %) von einem großen Wahlpotenzial. Diese Kraft, die noch vor kurzem im Begriff zu sein schien, einen historischen Abstieg zu erleiden, ist sehr präsent. Sie ist keineswegs in Gefahr. Die „kommunistische Leidenschaft“, um die Worte Marc Lazars zu paraphrasieren, ist in gewisser Weise noch sehr lebendig. Aber in welcher? Diese Rückkehr, die hinsichtlich der Wahlergebnisse instabil und anfällig ist, ist nicht nur und nicht hauptsächlich in den Wählerschaften zu sehen. Vor allem ist sie ideologisch, kulturell und

politisch. Das Versagen des Finanzkapitalismus, der bei Wahlen sichtbare und ideologische Niedergang der moderaten Linken, die Globalisierungsgegner oder alternativen Globalisierungsbewegungen und die zahlreichen sozialen Bewegungen auf nationaler Ebene haben in großem Maße die Ideen und Kritiken dieser „anderen“ Linken, ihrer Intellektuellen und Parteiorganisationen erneut legitimiert. In dieser Hinsicht sind die „Misserfolge des Gegners“ der Schlüssel für das Wiederaufleben.

Dieser Erklärungsversuch ist aber in der Politik niemals ausreichend. Die Anpassung des Geistes und der Agenda der Radikalen an eine neue historische Situation würde man in politologisch-wissenschaftlicher Sprache so ausdrücken: eine gewisse strategische Flexibilität ist Teil der Gleichung für den Erfolg dieser Organisationen. Die radikale Linke war sogar in der Lage, ihr programmatisches Profil und ihre Agenda zu erneuern und (wenn auch nur zum Teil) ihre Ideen und ihren historischen Stolz in Frage zu stellen. Auf gewisse Weise ist es ihr gelungen, der Niederlage ins Auge zu sehen. So hat diese Kraft trotz der Dominanz einer Protestkultur, die nicht in der Lage ist, politische Hegemonie hervorzubringen, trotz der exzessiven Konzentration auf „Kämpfe“ und sogar trotz des arroganten „Extremismus“ oder Sektierertums einiger ihrer Komponenten die Fähigkeit zur Anpassung und zum Überleben à la Darwin gezeigt. Die „Linke der Linken“ kehrt zurück wegen und nicht trotz ihrer Umstrukturierung und des neugestalteten Profils. Dabei ist nicht so wichtig, dass einige Aspekte dieses Profils irritieren (einschließlich, unter anderen, den Verfasser dieser Zeilen). Dank dieses Profils (das in diesem kurzen Aufsatz nicht behandelt wird) ist die Linke nach dieser heftigen Niederlage in die politische Landschaft zurückgekehrt. Und es ist ganz allein dieses Profil, das die militante Legitimität und die vom Volk gewählte Legitimität besitzt.

## **Der verlorene Zentralismus: das Markenzeichen des Kommunismus**

Tatsächlich ist der Bereich links der Sozialdemokratie heute stark verändert und unterscheidet sich erheblich von der kommunistischen Linken früherer Zeiten. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Raum, da seine Bestandteile keine einheitliche Parteifamilie bilden. Das Zusammenwirken der Niederlage des Kommunismus, der Niederlage des Liberalismus und der Sozialdemokratie haben zu einer großen Bandbreite „post-kommunistischer“ Organisationen und Haltungen geführt, zu einem wahren Labyrinth politischer und ideologischer Trends<sup>5</sup>.

Orthodoxe kommunistische Parteien, „reformierte“ kommunistische Parteien, ehemalige kommunistische Parteien, linke sozialistische Parteien, rot-grüne Organisationen, Organisationen mit trotzkistischem oder maoistischem

Hintergrund, linke Sozialdemokraten (sowie alle Arten von Netzwerken) bilden den gegenwärtigen radikalen Raum. Niemals zuvor war diese politische Strömung so vielfältig und zersplittert oder hat solch eine Komplexität hervorgebracht.

Hinsichtlich der Struktur der Linken in der Nachkriegszeit fällt auf, dass der größte Teil und häufig sogar praktisch die ganze Szene links der Sozialdemokratie durch die kommunistischen Parteien dominiert wird. Zu jener Zeit definierte sich die „extreme Linke“ (seien es Troztkisten, Maoisten oder Libertäre) als Opposition zu den etablierten kommunistischen Parteien. Sie konstruierte ihre Identität in der Beziehung und direkten Konkurrenz zu ihnen<sup>6</sup>. Das ist jetzt aber nicht mehr der Fall. Der große Bruch im historischen Kontinuum liegt genau hier – im fundamentalen Niedergang dieses kommunistischen Markenzeichens. Die kommunistischen Parteien stellen also nicht mehr (oder nur unzureichend) das Zentrum des radikalen Raumes dar und können ihn demnach auch nicht länger definieren. Demzufolge ist die radikale Linke heutzutage hinsichtlich der Parteiorganisation eine neue Generation von Parteien und Parteigruppierungen. Aus einem ideologischen Blickwinkel heraus ist diese Linke nicht länger eine klassische kommunistische Linke. Wenn Worte und Parteiprogramme überhaupt Bedeutung haben, dann ist die kommunistische Idee und vor allem das kommunistische Projekt nicht zurückgekehrt, trotz der geschickten Rehabilitationsarbeit, die von einigen herausragenden Persönlichkeiten der „philosophischen Linken“ geleistet wurde<sup>7</sup>. In der Vergangenheit haben die kommunistischen Parteien, die großen kommunistischen Massenparteien, historische Bedeutung geschaffen – und waren unter bestimmten Bedingungen „ständige Erbauer von Gesellschaften und Staaten“<sup>8</sup>. Das ist nicht länger die Aufgabe der Parteien, die die gegenwärtige radikale Linke ausmachen; es geht über ihr politisches Potenzial und ihre kulturelle und ideologische Reichweite hinaus. Die radikale Linke war zwar in der Lage, erneut einen Raum für ihr politisches Überleben und die ideologische Entwicklung zu schaffen, aber sie hat sich keinen „utopischen Raum“ erschaffen, das sozialistische Ideal, von dem Rosa Luxemburg so überzeugend gesprochen hat.

Das Ende der kommunistischen Ideologie? Wir sprechen hier nicht vom Ende der Ideologie (das Ende des Kommunismus als Ideologie), sondern formulieren einen Vorschlag für das Überleben der Partei und den Wiederaufbau: Wenn radikale linke Parteien Einfluss und politischen Raum wiedererlangen, geschieht das durch einen Prozess der Mutation der radikalen linken Konstellation. Seit der kommunistische Zentralismus und die große kommunistische Geschichte in Bezug auf den Zusammenhalt keine Rolle mehr spielen (das kommunistische Markenzeichen hatte der revolutionären Linken Kraft für die Kristallisierung einer Identität sowie strategische Fähigkeiten

verliehen, die in der Geschichte ihresgleichen suchen), ist die Distanz zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart der radikalen Linken, des „Seins und Gewesenseins“, aus Sicht der Partei und der Ideologie enorm. In dieser Hinsicht ist der gegenwärtige radikale Raum (wenn auch nur zum Teil) ein post-kommunistischer Raum, auch wenn einige wichtige Parteien und Organisationen darin ihre kommunistische Identität zu erhalten bemüht sind und stolz verkünden. Die radikale Linke von heute ist nicht die Linke der großen „Maisons rouges“ (Rote Häuser) der Vergangenheit<sup>9</sup>. Mit dem Ende des kommunistischen Zentralismus beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte.

Während die tiefe Krise der kommunistischen Hypothese die Situation bereits aus dem Gleichgewicht gebracht hat, wurden die früheren Konstanten durch die europäische Integration sogar noch weiter untergraben. Zu den großen internen Unsicherheiten (ideologische Leere infolge der Krise des kommunistischen Projektes) kam eine immense externe Unsicherheit hinzu (Europäische Union und Globalisierung). Auf den folgenden Seiten wird vereinfacht der Einfluss untersucht, der durch die europäische Integration auf den Raum der radikalen Linken ausgeübt wird. Die Europäische Union ist eine der einflussreichsten Kreationen institutioneller und politischer Gestaltung – und übt auf die politischen Parteien im Allgemeinen und die radikalen linken Parteien im Besonderen einen nie dagewesenen Druck aus.

## **Die EU und die Wiederbelebung der „reformistisch-revolutionären“ Abspaltung**

Im Zuge der großen Reformen aus der Zeit von 1985 bis 1999 wurde die Europäische Union zu einem riesigen und beeindruckenden politischen Apparat. Als ein solcher beeinflusst er nicht nur mehr als je zuvor die gewählte Politik, sondern schafft auch neue Polarisierungen im linken Flügel (so wie auch im rechten Flügel) und lässt gleichzeitig frühere Spaltungen wieder aufleben. Das Teilungspotenzial ist gewachsen.

In der Tat führt der „Europa-Faktor“ nicht nur zu internen Spaltungen innerhalb der radikalen Linken (siehe unten), sondern auch (und das ist geschichtlich bedeutsamer) zu Teilungen zwischen ihr und der Sozialdemokratie. Traditionell ist die Kritik des Integrationsprozesses schon seit den 1950er-Jahren charakteristisch für die kommunistische Familie. Trotzdem hat sich mit der Renaissance von Europa und der Metamorphose der Sozialdemokratie und der radikalen Linken eine neue Dialektik des Wettbewerbs links und mitte-links im politischen Spektrum entwickelt.

Seit Mitte der 1990er-Jahre wurde der Diskurs über Europa (und die Globalisierung) nach und nach zu einem immer wichtigeren Bestandteil auf der Agenda der radikalen Linken und heizte Identitätsdifferenzierungen gegen-

über dem ewigen Rivalen, der Sozialdemokratie, an. Tatsächlich ist in dieser Hinsicht die Europaskepsis der radikalen Linken in eine neue Phase eingetreten. Sie ist weniger stark, weniger anti-imperialistisch und weniger anti-kapitalistisch als die Europaskepsis der Vergangenheit. Es handelt sich um eine reformistische Europaskepsis, die sicherlich reformistischer ist als die historische kommunistische Skepsis gegenüber Europa<sup>10</sup>. Gleichzeitig dient diese neue Europaskepsis eher als Vektor der politischen Strategie. Sie ist allgegenwärtig in Reden, mehr Menschen beschäftigen sich gedanklich mit ihr, und sie wird höher geschätzt. Kurz gesagt strukturiert sie die politische und ideologische Agenda der radikalen Linken in größerem Maße. Kritik an der Union wird künftig zu einem Teil der Daseinsberechtigung, der neuen „imaginären Welt“ des radikalen Raums. Dies ist um so mehr der Fall, seit die radikale Linke ihre Bezugspunkte der Vergangenheit verloren hat und ihre moralische und politische Legitimität auf der Gegenwart aufbaut statt auf Themen, die mit der längerfristigen Geschichte der sozialistischen Bewegung in Verbindung stehen.

Die europakritische Einstellung des radikalen Spektrums trägt dazu bei, eine neue und sehr moderne Trennlinie zwischen Moderaten und Radikalen zu ziehen und somit die alte Kluft zwischen den Mitte-Links-Parteien und der revolutionären Linken wieder aufleben zu lassen. Diese Trennlinie wird noch schärfer und deutlicher, wenn man bedenkt, dass die Sozialdemokratie bei der zweiten Gründung Europas direkt beteiligt war. (Das neue Europa wurde vom europafreundlichen Reformismus der Sozialdemokratie und dem liberalen Reformismus des rechten Flügels erfunden, verhandelt und erbaut).

Darüber hinaus sind die sozialistischen Parteien im Hinblick auf Wahlen als Regierungsparteien, die die Bewältigung sowohl der Starrheit der Regierung in Brüssel als auch der Unfähigkeit der nationalen Regierungen in Angriff genommen haben, durch den Aufbau Europas stark eingeschränkt<sup>11</sup>. Im Gegensatz dazu bewegt sich die radikale Linke trotz ihrer mangelnden strukturierten europäischen Argumentation auf einer Welle der Unzufriedenheit, die durch die institutionelle Trägheit und die liberale Orientierung der europäischen Integration geschaffen wird. Die Union und der Neoliberalismus erklären, wenn auch nur zum Teil, warum die radikale Linke trotz des moralischen Fiaskos des Realsozialismus den schlimmsten Abschnitt ihrer Geschichte überlebt hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Themen und Bereiche des Wettbewerbs zwischen den neuen Sozialdemokraten und der neuen radikalen Linken keine Wiederholung der Kämpfe der Vergangenheit sind, sondern ein neuer Kampf, der durch neue Themen geformt wird. Das Europa von heute zählt mehr, spaltet aber auch mehr. Die „Europäische Frage“ ist eine der stärksten Waffen im Wahlarsenal der radikalen Linken. Sie ist jedoch ein zweischneidiges Schwert.

## Die EU und die Destabilisierung des radikalen Projektes

Ein Teil der Linken hat sich nicht angemessen auf die Dynamik der Kettenreaktion, die durch den Bau Europas in Gang gesetzt wurde, eingestellt. Die beiden zentralen Glieder in dieser Kette können „Große Koalition“ und „Reform“ genannt werden. Damit eine bestimmte Politik angenommen wird (abhängig von Bereich und Institution), bedarf es entweder klarer qualifizierter Mehrheiten oder Einstimmigkeit, weshalb die Mitgliedsstaaten oder die nationalen Parteien entweder große Koalitionen bilden oder ihre politischen Grundsätze aufgeben. Dieser konservative Charakter der europäischen Arbeitsweise<sup>12</sup> ist nicht durch liberalen Eigensinn entstanden und wird nicht leicht zu ändern sein: Seine Daseinsberechtigung ergibt sich aus den vielen Staaten und den verschiedenen Ebenen des Systems, woraus sich die Notwendigkeit von Beschränkungen ergibt, damit eine Gruppe von Ländern oder Beteiligten nicht die anderen dominiert<sup>13</sup>. Auf dieser Grundlage wäre es naiv anzunehmen, dass die gemeinsame Führung von souveränen Staaten in absehbarer Zukunft auf andere Art gestaltet werden könnte, ganz gleich, ob freiwillig oder auf revolutionäre Weise. Solange die Macht der Nationen Realität bleibt, bleibt auch Europa als multistaatliches Gebilde ein politisches Gebilde, das auf Kompromissen basiert. Per Definition besteht die europäische Landschaft aus Allianzen und Reformen – auch wenn diese natürlich nur mit viel Geduld und Mühe zu erzielen sind. Angesichts dieser Rahmenbedingungen können weder der traditionelle Reformismus noch die radikalen Strategien unverändert bleiben, da sich das institutionelle und politische System grundlegend verändert hat.

Historisch gesehen war der linke Radikalismus (in Bezug auf den Nationalstaat) politisches Projekt des anti-kapitalistischen Bruches, dessen strategisches Fundament sich auf die Fähigkeit gründete, den Staat kontrollieren zu können (entweder durch aufständische oder durch demokratische Mittel). So gesehen war die Logik des historischen radikalen Projektes, sei es in seiner anfänglichen aufständischen Version oder der späteren demokratischen Version („der demokratische Weg zum Sozialismus“), rückblickend mit der post-nationalen Erfahrung betrachtet, ziemlich kohärent: a) den Aufbau einer starken, zentralisierten Partei (die die Rolle des koordinierenden, strategischen Zentrums übernehmen sollte), b) Unterstützung durch mächtige zusätzliche Organisationen (wie zum Beispiel Gewerkschaften), c) Unterstützung durch die aktive Beteiligung des Volkes (oder später besonders im Zusammenhang mit dem Projekt der Eurokommunisten unterstützt durch eine Mehrheitskoalition, die möglichst mit sozialen Bewegungen in Verbindung steht).

Der revolutionäre Akteur war trotz der Überbewertung der zentralen Rolle der Revolutionspartei durch den Leninismus (was bei den Abwechslern Lu-



xemburgismus und Trotzismus nicht der Fall war) kein Einzelkämpfer. Dieser Akteur wollte, ob nun in der Mehrzahl oder alleine, ein absolut zentrales Ziel erreichen, das als solches ein wesentliches Element der revolutionären Grundlage war: das Land zu beherrschen (durch die Kontrolle der Regierung des Staates) und seine politischen Grundsätze zu definieren oder diese zumindest aus der Opposition heraus zu beeinflussen.

Das transnationale europäische Gebiet ist sehr unterschiedlich aufgebaut. Es gibt praktisch keine europäische Zivilgesellschaft (einen europäischen Demos oder eine transnationale linksgerichtete Wählerschaft) oder zentralisierte Staatsgewalt, die gebündelt alle Entscheidungen trifft. Weiterhin ist es außerordentlich schwierig, Parteien und Organisationen pan-europäischer Art zu bilden, wenn man von der Lebendigkeit und Zentralität vergangener Zeiten besessen ist (das Äquivalent der nationalen Parteien und der Gewerkschaften der Vergangenheit). Es reicht aus, die anhaltende Schwäche der Europaparteien zu beobachten. Darüber hinaus ist das Aufkommen signifikanter Massenbewegungen auf europäischer Ebene (oder zumindest das gleichzeitige Auftreten in den wichtigsten europäischen Ländern) aus einer Perspektive, die zu dieser Zeit nicht ausgeschlossen werden kann, nicht sehr einfach. Es gibt keine Garantie, dass diese Bewegungen in den europäischen Ländern die gleiche Bedeutung haben. Deshalb hat Europa ein großes Problem, kollektiv und koordiniert zu handeln. Dieses Problem ist in mehrfacher Hinsicht strategisch: Im europäischen System gibt es kein Winterpalais, das man besetzen oder umstellen kann (ein Faktor des politischen Systems), es gibt keine leicht herstellbare Koordinierungsstrategie der nationalen Linken und außerdem keine gemeinsame soziale Basis, die für die gleichen strategischen Ziele mobilisiert werden kann – vor allem nicht zur gleichen Zeit (ein Handlungsfaktor).

Heute ist die „gewaltsame“ Eroberung von Macht innerhalb der EU nach einer aufständischen Mobilisierung aus Tausenden von Gründen sinnlos, unter anderem da so eine Macht mit einem einzigen und starken Zentrum nicht existiert. In einem System, in dem auf mehreren Ebenen regiert wird, ist der entscheidende „letzte Kampf“ nicht mehr möglich<sup>14</sup>. Darüber hinaus steht die Eroberung von Macht durch parlamentarische Mittel, ob gestützt durch Massenmobilisierung oder nicht (der demokratische Weg zum Sozialismus), vor einem nahezu unlösbaren Problem: der multipolaren und zentrifugalen Charakter der europäischen Behörden und die interne Kluft der linken Kräfte in Europa entlang nationaler Spaltungslinien (ganz zu schweigen vom Fehlen jeglicher Synchronisierung nationaler Wahlen).

Der Kontext hat sich geändert – und zwar gewaltig. In der neuen Umgebung sind weder die Strategie des „revolutionären Grand Soir“ noch der „demokratischen Geduld“ und auch nicht direktes, anti-staatliches Handeln sinnvoll. Sicherlich ist dem menschlichen Genie nichts unmöglich. All das hat jedoch eine

außerordentliche Komplexität erreicht. Die Bandbreite der Möglichkeiten ist für alle strategischen Optionen beträchtlich geschrumpft. Das revolutionäre Projekt hat an Kohärenz und Schärfe verloren.

## Eine Linke ohne Strategie ist eine harmlose Linke

Wenn dieses Bild stimmt, sind die Schlussfolgerungen weitreichend.

1. Die Europäische Union untergräbt durch ihre Struktur, nicht durch den Zusammenhalt, die Handlungsmodi des historischen Radikalismus. Verhandlungen, die endlosen Prozesse von Kompromissen und Kuhhandel, und die gestiegene Bedeutung technokratischer Lösungen sind mit der Kultur des Radikalismus nicht vereinbar. In Wirklichkeit sind sogar klassische revolutionäre Konzepte und die Europäische Union unvereinbar. Es gibt keine revolutionäre Strategie für Europa und es hat keinen Zweck, eine solche formulieren zu wollen. Wenn eine linke Partei der Revolution Priorität einräumt oder denkt, dass die Bedingungen für einen anti-kapitalistischen Umsturz oder sogar den vollständigen Ausstieg aus dem Kapitalismus existieren oder in naher Zukunft existieren werden, ist es nicht sinnvoll, in ein kompliziertes Spiel mit 26 Mitstreitern und ein extrem starres System der Regierung auf mehreren Ebenen verwickelt zu werden (ein System, das darüber hinaus mit einem riesigen Arsenal von Auslassventilen ausgestattet ist – mindestens 27, so viele wie es dort nationale Regierungen gibt). Das ist irrational. Für alle politischen Parteien, die sich dafür entscheiden, im Rahmen der EU zu arbeiten, lautet der Schlüssel für jegliche Kohärenz „Reform“. Der Bereich der radikalen Linken, der sich für eine europäische Strategie entscheidet, entscheidet sich aus Notwendigkeit für eine Reformstrategie. Das europäische Gebiet ist per Definition ein Gebiet der Reform, und zwar schwieriger, umständlicher Reformen. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist der Stellungskrieg, nicht der Bewegungskrieg.
2. Der Aufbau Europas erfordert es, Schwierigkeiten bei den Reforminhalten und bei thematischen Allianzen mit anderen politischen Familien direkt anzupacken. Kohärente ernstgenommene globale Reformen<sup>15</sup> und eine Strategie der mittelfristigen Ziele sind Vorbedingungen für jegliches Handeln in Europa. Eine Linke, die alles auf dem Planeten kritisiert, was sich bewegt, oder um Jean-Luc Mélenchon zu zitieren: „gegen alles und jeden [...], und nicht in der Lage [...], unter welchen Bedingungen auch immer mit irgendjemandem eine Einigung zu erreichen“ – das ist eine durch und durch harmlose Linke, da ihr jeder Sinn für Geschichtliches fehlt. So gesehen geht es nicht um das Ideologische („für“ oder „gegen“ Europa). Es geht um grundlegende strategische Kohärenz. Jede große Entscheidung bringt eine Auswahl von Möglichkeiten mit sich – aber ebenso

Beschränkungen der Kohärenz. Entweder entscheidet sich die Linke für eine europäische Linke und kommt mit den politischen Konsequenzen klar, oder sie entscheidet sich für eine Anti-EU-Strategie (Verlassen der Union, Wiederherstellung nationaler Souveränität) und lebt dann mit den entsprechenden Konsequenzen. In beiden Strategien liegt ein starker Kern der Kohärenz. Inkohärent (also: ohne strategische Perspektive) ist es, sich für eine „europäische“ Strategie zu entscheiden (also Lösungen auf europäischer Ebene anzustreben) und weiterhin durch das aufrührerische Modell inspirierte Diskursschemata zu nutzen, oder sich für eine „Rückkehr zur Nation“ zu entscheiden, aber zu behaupten, Repräsentant des Universalismus und des Weltproletariats zu sein. Der veraltete Charakter der anti-kapitalistischen Ideologien ist nicht nur auf den Fall der Berliner Mauer zurückzuführen.

3. Zusammenfassend lässt sich im Vergleich mit den politischen Systemen der Nationalstaaten sagen, dass das europäische System die historischen revolutionären und auch reformistischen Handlungsmechanismen der Linken komplizierter gemacht hat als je zuvor. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, sowohl das radikale als auch das reformistische Projekt neu zu definieren und an neue Gegebenheiten anzupassen. Die alte Unterscheidung zwischen Reformisten und Revolutionären hat durch europäische (und globale) Beschränkungen und durch die Krise des „sozialistischen Ideals“ viel von ihrer ursprünglichen politischen und ideologischen Bedeutung verloren. Die wirkliche, nicht die rhetorische Entfernung zwischen der reformistischen und der revolutionären Einstellung ist heute kleiner als früher.

## Europa als Spaltungsfaktor der radikalen Linken

Alles bisher Genannte konfrontiert all jene (egal, ob rechts oder extrem rechts, ob links oder extrem links), die Europa „ändern“ möchten – angenommen, sie tun es – mit einem sehr delikaten Problem: Wie ändert man ein System, das gegenüber der Logik der Veränderung „verschlossen“ ist, ohne es zu blockieren? Wie ist man in einem System radikal (im Sinne der Förderung neuer politischer Grundsätze und neuer Handlungsrahmen), das von vornherein (komplexer und schwerfälliger Entscheidungsmechanismus, 27 Akteure/Länder) unter Veränderungsdruck leicht zu schwächen ist? Wie ändert man also europäische politische Grundsätze, ohne die europäische „Maschine“, die diese hervorbringt, zu zerstören? Angesichts dieses hochkomplexen institutionellen Aufbaus, der darüber hinaus noch neoliberale Grundsätze ermutigt und fördert, steht jeder radikale Akteur vor folgendem Dilemma: entweder die Europäische Union zu destabilisieren oder die eigene radikale Identität zu destabilisieren. Das ist der springende Punkt: Wie bleibt man radikal, ohne

europakritisch zu sein (oder zu werden) oder ganz offen anti-europäisch? Der europäische Integrationsprozess, der traditionell ein Streitpunkt innerhalb der radikalen Linken ist, verstärkt die internen Spaltungen und Konflikte innerhalb des radikalen Raumes sehr viel mehr als die Streitpunkte mit den anderen Parteifamilien. Belegt wird das durch das verschwommene Bild divergenter Empfindsamkeiten und Herangehensweisen in der europäischen radikalen Linken: Europakritiker, anti-europäische orthodoxe Kommunisten, die europäische anti-kapitalistische Linke, die Niederländer mit ihrer Politik für „weniger Europa“ und die Skandinavier, die traditionell sehr europaskeptisch sind.

Besonders die europäische radikale Linke als Ganzes ist zwischen zwei Einstellungen oder zwei strategischen Gründen hin- und hergerissen: entweder innerhalb der EU zu arbeiten und ein langfristiges Reformprojekt anzunehmen mit wenig Aussicht, ihre Vorlieben kurz- und mittelfristig durchzusetzen, oder sich für eine Anti-EU-Politik mit einer nationalen „Alleingangs“-Strategie zu entscheiden (Ausstieg aus dem Euro, Rückkehr zur nationalen Souveränität) und dabei zu riskieren, den Status einer permanenten Minderheit zu erhalten, von den „modernen“ Schichten der Gesellschaft abgeschnitten zu sein und keinerlei Einfluss auf internationale Entwicklungen zu haben. Für dieses unschöne Dilemma gibt es keine Lösung, die auf der Hand liegt. Es gibt wichtige Argumente für diese zwei Einstellungen oder Möglichkeiten – aber ebenso offensichtliche Schwächen. Die Europakritiker haben Schwierigkeiten, andere von ihrer Fähigkeit zu überzeugen, tiefgreifende Veränderungen durchzuführen (mit dem Ergebnis, dass ihre Gegner ihre linke Identität in Frage stellen oder sie sogar mit dem Sozialliberalismus gleichstellen). Die EU-Gegner oder Europafeinde haben hingegen Schwierigkeiten, die Menschen von der Durchführbarkeit des von ihnen versprochenen Umbruchs zu überzeugen (der von „Sozialdemokratie in einem Land“ bis zu „Sozialismus in einem Land“ reicht), und ihre Konkurrenten setzen sie mit „nationalem Rückzug“ oder „Extremismus“ gleich. Beide Strömungen scheinen hinsichtlich ihrer jeweiligen Kritik zu stimmen, wenn man das alte Spiel der Stigmatisierung ignoriert. In der Realität ist der Handlungsspielraum oder die Struktur der Möglichkeiten für beide beträchtlich geschrumpft.<sup>16</sup>

Beide Strömungen sehen aber in der gegenwärtigen Krise der Union eine gute strategische Möglichkeit, ihre jeweiligen Identitäten zu vertiefen, zu verbessern und zu aktualisieren. Diese Sichtweise wird veranschaulicht durch die Leidenschaft, die innerhalb der Synaspismos in Griechenland über die Frage entbrannt ist, ob Griechenland die Eurozone verlassen soll oder nicht, und durch die gegenwärtige französische Debatte zur Deglobalisierung. Europa, das von nun an eine wichtige Rolle auf den Agenden der Linken einnimmt und die Lösung des radikalen „Puzzles“ schwieriger als zuvor macht, ver-

tieft die Spaltung zwischen den Europakritikern und Europafeinden. Europa verursacht eine inner-linke Spaltung, eine Teilung, die mehr als politische Grundsätze und Parteistrategien betrifft: Es geht um Mentalitäten, politischen Stil und die Seele der Linken.

## Die ELP als Strukturfaktor für die radikale Linke

Wenn Europa die Spaltungen innerhalb der Linken verstärkt, trägt es auch dazu bei, diese Klüfte neu zu strukturieren. Die Europäisierung ist natürlich eine „Matrix von machtvoller Druck, der nicht immer in die gleiche Richtung geht“<sup>17</sup>. So gesehen ist die Etablierung und Konsolidierung der Europäischen Linkspartei (ELP) ein typischer Fall von „positivem Druck“. Eine detaillierte Analyse dieses Falls würde den Rahmen dieses Artikels bei weitem sprengen. Nichtsdestoweniger verdienen zwei Punkte dieser Entwicklung Aufmerksamkeit: einerseits der Beitrag der ELP zu einer Art Einigung, und andererseits zu einer Art Europäisierung der kritischen Linken.

Schon seit ihrer Gründung verfolgte die ELP eine offene Strategie, indem sie eine große Vielfalt von Parteien willkommen hieß, die in Europa dem radikalen linken Raum angehören. Sicherlich ist diese junge Partei verglichen mit der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Europäischen Volkspartei nur begrenzt repräsentativ (sie repräsentiert nicht das gesamte radikale Mosaik). Obwohl einige wichtige nationale Parteien nicht Teil der ELP sind (z.B. die Kommunistische Partei Griechenlands, die Portugiesische KP, die niederländische Sozialistische Partei) oder sich selbst nur als Beobachter ansehen (AKEL Zyperns), ist es der ELP bis jetzt gelungen, die Gefahr eines linken Mitbewerbers zu vermeiden (wie beispielsweise die Bildung einer linken anti-europäischen Gruppe innerhalb des Europäischen Parlaments oder einer anderen linken Europa-Partei). Ihr ist es außerdem dank ihrer überlegenen institutionellen Position und der Strategie der Offenheit gelungen, den Einfluss der europäischen anti-kapitalistischen Linken drastisch einzuschränken, indem sie ihr die Grundlage nahm.

Die ELP etablierte sich sogar ziemlich schnell als Bezugspunkt für die Mehrheit der nationalen Parteien und Führungspersonen aus dem Bereich der radikalen Linken. Sie hat in gewissem Maße den Status der treibenden Kraft innerhalb dieser Strömung erlangt, was hinsichtlich der großen Zersplitterung und der Unmöglichkeit des Zusammenhalts des gegenwärtigen radikalen Raumes ein unbestreitbarer Erfolg ist.<sup>18</sup>

Darüber hinaus hat die ELP, konfrontiert mit den nationalen linken Parteien, die jeglicher Integrationspolitik äußerst misstrauisch gegenüberstehen und noch dazu häufig gegensätzliche und unrealistische Vorschläge einbringen, Stück für Stück mehr Realismus in die europäische Strategie der radikalen

Linken gebracht. Der zwischen dem Kongress der ELP in Athen (im Oktober 2005 nach dem Sieg des Neins beim französischen und niederländischen Referendum) und dem in Paris (Dezember 2010) zurückgelegte Weg ist ein Zeichen dafür, dass sich das Programm der Partei weiterentwickelt hat. Anders als auf dem Kongress in Athen war auf dem Pariser Kongress zentrales Thema, über die Kritik hinauszugehen, und der Schwerpunkt lag auf der Artikulation einer „alternativen Politik“.

Auf Systemebene ist die ELP ein schwacher und zerbrechlicher Akteur, dessen Schwäche sich aus der realen Situation der europäischen radikalen Linken ergibt. Tatsächlich läuft jede zerrüttete Parteifamilie in einem transnationalen Umfeld eher Gefahr, politisch an den Rand gedrängt zu werden, als in einem nationalen Umfeld. Trotzdem ist sie zu einem bedeutenden Akteur innerhalb der radikalen Linken geworden. Da sie sich selbst durch ihre Synthese-Arbeit auch als Repräsentant und Vektor für eine neue gemeinsame Basis durchsetzt, formt sie die Konturen einer neuen europakritischen Parteifamilie im Zustand des Entstehens. Die Konturen sind natürlich noch sehr unscharf, und die Partei ist weit davon entfernt, ihre Ziele gefestigt zu haben.

Wir wissen nicht, ob diese ernsthaften Anstrengungen, den radikalen Raum auf europäischer Ebene zu strukturieren, eine neue Ära mit größerem Zusammenhalt für die Linke der Linken bedeuten oder ob diese nur ein flüchtiges Facelifting sind. Was wir aber jetzt im Moment und ohne in die Zukunft zu schauen wissen, ist, dass die nationalen Parteien, die die ELP bilden, dank der ELP etwas größer, einflussreicher, eher pro-europäisch und weniger protestierend geplant werden, als sie zur Zeit tatsächlich sind. So betrachtet, ist die ELP eine echte Erfolgsgeschichte im Prozess der Europäisierung der radikalen Linken.

Rückblickend können wir bestätigen, dass diejenigen, die die Idee einer linken Partei auf europäischer Ebene gefördert haben, den Antrieb der Europäisierung richtig verstanden haben. Ihre Entscheidung, die institutionelle Gelegenheit zu nutzen und eine politische Strategie zu unterstützen und aufzubauen, wurde von der späteren Dynamik der ELP voll untermauert. Das europäische Gebiet ist nicht nur eine Quelle der Beschränkungen für die Linke, sondern es ist auch ein Gebilde, das politische Möglichkeiten und Handlungspotenzial bietet. Europäisierung bedeutet eine strukturgebende Rolle zum Besseren, aber auch zum Schlechteren.

## Schlussfolgerungen

1. Die Europäische Union stellt aufgrund ihrer Struktur und ihrer Arbeitsweise (und nicht etwa aufgrund irgendeiner Verschwörung der Elite oder des Kapitals) ein enormes Problem in Bezug auf die Effektivität und die

- praktische Kohärenz für alle strategischen Wahlmöglichkeiten dar, die die Geschichte der Linken ausmachen. In der neuen Umgebung scheinen weder die klassische leninistische Strategie noch der demokratische Weg zum Sozialismus und auch nicht der des direkten Handelns effektiv zu sein. In einem polyzentrischen System mit bedeutenden zentrifugalen Kräften wurden die Mechanismen der Konzeption und die Realisierung des revolutionären radikalen Projektes destabilisiert (aber das trifft ebenso für das klassische reformistische Projekt zu). Eine Reduzierung der aktuellen Grenzen für linkes Handeln stellt den Kern des Einflusses dar, den Europa ausübt. Folglich hat die frühere Unterscheidung zwischen Reformisten und Revolutionären nicht mehr dieselbe Relevanz wie früher. Europa hat im Rahmen und innerhalb der Struktur der politischen Möglichkeiten einen radikalen Umbruch mit sich gebracht. All das führt zu einem trüben Ausblick. Nicht hinsichtlich der Wahlmöglichkeiten oder des Wahlpotenzials (die EU ist für die Oppositionspolitik von jedem Punkt des Spektrums aus ein Geschenk). Die Aussicht ist trübe im Hinblick auf die Fähigkeit der radikalen Linken, ihre politischen Ziele voranzubringen.
2. Die Schwerpunkte der Europa-Politik der radikalen Linken haben sich schrittweise in eine Zone in der Mitte zwischen der klar pro-europäischen Logik der Eurokommunisten in den 1970er- und 1980er-Jahren und der eindeutig europafeindlichen Logik der traditionellen Anti-Integrationsparteien verlagert. Gemessen an den programmatischen Positionen der veröffentlichten Texte ist die radikale Linke insgesamt stärker pro-europäisch als früher. Misst man sie jedoch am Geist ihrer Diskurse, am rauhen und alarmierenden Tonfall, scheint sie sehr misstrauisch gegenüber der Union. In jedem Fall ist diese europakritische Einstellung Teil der modernen Daseinsberechtigung des radikalen Raumes.
  3. Während die kritische Einstellung gegenüber der Union fester Bestandteil der Identität der radikalen Linken ist, liegt die Bedeutung von „fester Bestandteil“ in den ständig erneuerten Spannungen zwischen den europakritischen und europafeindlichen Tendenzen. Der radikale Raum ist zwischen zwei Alternativen gefangen, die die schwer lösbaren Widersprüche des modernen anti-kapitalistischen Projektes aufzeigen. Insgesamt erscheint diese historische „anti-europäische“ Linke heute zu eng mit Europa verknüpft zu sein, um eine EU-feindliche Strategie (oder eine Deglobalisierungsstrategie) entwickeln zu können. Gleichzeitig ist sie aber Europa gegenüber zu misstrauisch, um eine überzeugende Strategie zur grundlegenden Reform des Gemeinschaftssystems zu entwickeln.
  4. Der zeitgleiche Aufbau des Marktes Europa und des politischen Europas hat ein kraftvolles Streben hin zum Neoliberalismus verursacht (und damit einen Teufelskreis für jegliche linke Projekte auf europäischer Ebene

in Gang gesetzt). Daher steht die Tatsache, dass die radikale Linke von heute im Ganzen eine zutiefst kritische Haltung der EU gegenüber einnimmt, in engem Bezug zu dem Modell der europäischen Vereinigung, die angestrebt wird. Dennoch funktioniert eine gemeinsame kritische Haltung gegenüber der europäischen Integration, vor allem in einer Zeit der tiefen Krise innerhalb der EU, nicht mehr als Faktor für den Zusammenhalt – auch wenn sich das so mancher von Herzen gewünscht hat. Sie scheint vielmehr ein weiterer Grund für die Zersplitterung des Raumes links der sozialdemokratischen Parteien zu sein. Die Aussicht, sich auf nationale Strategien zurück zu besinnen, erscheint mehr und mehr verlockend. Linke Europaskepsis erhält neuen Auftrieb. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Tendenz sogar noch stärker werden.

5. Hinsichtlich des europakritischen Teils (im Vergleich zum europafeindlichen Teil) der Linken muss eine „sorgfältig ausgearbeitete“ Strategie folgendes beinhalten: a) eine gut ausgearbeitete Politik (auch technokratisch!) für die zentralen Institutionen der EU und die Hauptanliegen der Tagespolitik; b) eine geschickte Vision der „Öffnungen“ und Allianzen, die der transnationale Raum bietet und c) die Schaffung einer Verbindung mit der sozialen Bewegung (eine der Schwächen der europäischen Politik der Eurokommunisten und der Sozialdemokraten war, dass sie nicht-institutionelle Aktionen als Kraft, die in der Lage ist, die institutionelle Starrheit der Gemeinschaftsstruktur neu auszurichten, maßlos unterschätzten).

Zum Abschluss dieses Artikels ist noch eine Anmerkung zu machen. Die gegenwärtige Doppelkrise, nämlich die Finanzkrise und die Krise Europas, eröffnet historische Möglichkeiten für die Linke insgesamt, und insbesondere für die radikale Linke. Der Zusammenbruch des Szenarios der Selbstregulation des Marktes, das sich zwei Mal als Katastrophe herausgestellt hat, nämlich in den 1930er-Jahren und in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre, hat die liberale Logik fortgefegt (und viele der sozialdemokratischen Illusionen). Für die radikale Linke wird die Effektivität ihrer Antwort auf diese Doppelkrise der Dreh- und Angelpunkt für die Neugestaltung ihrer Identität nach der schwersten Zeit in ihrer Geschichte sein. Eine Linke, die diesen Namen verdient, kann als moderne Kraft nicht ohne eine Politik mit Bezug auf den Staat (auf nationaler Ebene) existieren. Die Strategie der Stärkung öffentlicher Behörden, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, steht heute zwangsläufig für Modernität, die modernste Modernität, die es in dieser turbulenten Zeit geben kann.



## Anmerkungen

- 1) Dieser Artikel ist eine leicht bearbeitete Fassung eines mündlichen Vortrags vor der Sommeruniversität 2011 der Kommunistischen Partei Frankreichs. Es wurden nur die nötigsten bibliographischen Verweise aufgenommen. Eine spätere Version wird die Quellen, die in diese Zeilen eingeflossen sind, deutlicher sichtbar machen.
- 2) Anthony Arnone: The Fall of Stalinism: Ten Years On, in: International Socialist Review, Nummer 10, Winter 2000 unter <http://www.isreview.org/issues/10/TheFallOfStalinism.shtml>
- 3) Slavoj Žižek: Shoplifters of the World Unite, in: London Review of Books, 19. August 2011 (nur online).
- 4) Eustache Kouvélakis: Crises du marxisme, transformation du capitalisme, in: J. Bidet, E. Kouvélakis (Hrsg.): Dictionnaire Marx contemporain, Paris, PUF, 2001, S. 50.
- 5) Irène Pereira: Les grammaires de la contestation, in: Les Empêcheurs de penser en rond/La Découverte, 2010, S. 7.
- 6) Pereira, op.cit., S. 10.
- 7) Siehe: Philippe Raynaud: L'extrême gauche plurielle, Paris, CEVIPOF/Autrement, 2006.
- 8) Eric Hobsbawm, in: Libération, 23. Mai 2009.
- 9) Siehe: Marc Lazar: Maisons rouges, Paris, Aubier, 1992.
- 10) Siehe die hervorragende Analyse von Richard Dunphy: Contesting Capitalism? Left Parties and European Integration, Manchester, Manchester University Press, 2004.
- 11) Gerassimos Moschonas: Historical Decline or Change of Scale? The Electoral Dynamics of European Social-democratic Parties, 1950–2009, in: Cronin J., Ross G. und Shoch J. (Hrsg.): What's left of the left, Durham, N. C.: Duke University Press, 2011.
- 12) Gerassimos Moschonas: Reformism in a ‚Conservative‘ System: The European Union and Social democratic Identity, in: John Callaghan et al. (Hrsg.): In Search of Social Democracy: Responses to Crisis and Modernisation, Manchester, Manchester University Press, 2009, S. 168–192.
- 13) Christopher Lord: Les partis politiques au niveau européen: Quel type de concurrence imparfaite? In: Delwit P., Külahci E., und De Walle C. (Hrsg.): Les fédérations européennes de partis: Organisation et influence, Brüssel, Editions de l'Université de Bruxelles, 2001, S. 43.
- 14) Siehe Sophie Heine: Oser penser à gauche, Brüssel, Aden, 2010, S. 144.
- 15) Heine, op.cit., S. 148, 153.
- 16) Es ist charakteristisch, dass heutzutage fast alle Strömungen der radikalen Linken, von den moderatesten bis hin zu den radikalsten oder an den Bewegungen orientierten Strömungen, wirtschaftliche Strategien vorschlagen – wenn sie denn etwas vorschlagen –, die mehr oder weniger vom Keynesianismus inspiriert sind. Siehe Luke March: Contemporary Far left Parties in Europe: From Marxism to the Mainstream? Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2008, S. 9.
- 17) David Hanley: Christian Democracy and the Paradoxes of Europeanisation, in: Party Politics, Band 8, Nr. 4, 2002, S. 479.
- 18) Während es noch zu früh ist, die politische Wirksamkeit des europäischen Netzwerkes *transform!* (verbunden mit der ELP) zu bewerten, ist bereits jetzt klar, dass *transform!* dank seiner institutionellen Position und seines Aktivismus die Rolle des Koordinierungszentrums der jeweiligen nationalen Stiftungen effektiv übernommen hat. Das ist jedoch nur ein leichter Teil der Aufgabe. Die große Herausforderung liegt darin, sich selbst als Zentrum – und neues Markenzeichen – in den schwierigeren intellektuellen Kreisen der europäischen Linken zu etablieren. Das wird die schwierigste Aufgabe sein, und für die mittelfristige Zukunft auch der Moment der Wahrheit.



# Europa im Zentrum der neuen Phase der Großen Krise

**Joachim Bischoff und Bernhard Müller**

„Wir sind in der tiefsten Krise der Europäischen Union. Nur wenn sowohl die Regierungen der Mitgliedsstaaten als auch die europäischen Institutionen entschlossen handeln, können wir aus der Krise kommen. Die Euro-Länder werden nur dann wieder glaubwürdig werden, wenn sie enger zusammenrücken und sich endlich diszipliniert an die Regeln halten. Kurzfristig gesehen, haben wir bereits einiges getan und beispielsweise die deutlich schärferen Regeln des Stabilitätspaktes verabschiedet. Jetzt müssen wir den erweiterten Euro-Stabilitätsfonds EFSF arbeitsbereit machen. Und danach müssen wir den dauerhaften Mechanismus ESM aktivieren. In einem dritten Schritt sollten wir uns an Pläne für eine stärker koordinierte Wirtschaftspolitik machen, die wir brauchen, um die Eurozone und ganz Europa dauerhaft zu stabilisieren.“<sup>41</sup> Dies ist keineswegs nur die Position des Vorsitzenden der EU-Kommission, Barroso, sondern steht für die große Mehrheit der etablierten Politik in der Euro-Zone und der EU.

Die USA und China sind dazu übergegangen, auch öffentlich den Druck auf Europa zu erhöhen: Die europäische Politik müsse die Schuldenkrise entschiedener und zügiger bekämpfen. Die Antikrisenmaßnahmen seien von den europäischen Entscheidungsträgern nicht rasch genug ergriffen worden, so die Position von US-Präsident Obama. Europa habe sich nie vollständig von der Finanzkrise 2007 erholt. Die Schuldenkrise habe sich auf Übersee ausgeweitet und bedrohe nun auch die US-Wirtschaft. Entscheidungen könnten nicht so lange aufgeschoben werden, bis sich die Krise noch

weiter verschärft. Betrachten wir also die Gründe der Krise und die vorgeschlagenen Lösungen.

## Ursachen der Großen Krise des 21. Jahrhunderts

Ausgehend vom US-Immobilienmarkt platzte Mitte 2007 in wichtigen kapitalistischen Ländern die seit Jahren aufgepumpte Kreditblase. Die schlagartig eingetretenen Entwertungsprozesse bei einem Großteil des fiktiven Kapitals verstärkten rückschlagend die seit längerem der Expansion des Kredits unterliegende chronische Überakkumulation<sup>2</sup>. Zeitweilig drohte der Krisenprozess in den Metropolen außer Kontrolle zu geraten. Erstmals seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre sank der gesamte in der Welt produzierte Reichtum (Welt-BIP). Diese Synchronität der Rezessionen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern weist diese Jahrhundertkrise als erste globale Krise im „Zeitalter der Globalisierung“ aus.

Auch wenn die Krise zunächst in den USA ausbrach und 2007/2008 in den politischen und wirtschaftlichen Eliten die Illusion bestand, dass Europa von einer im Kern US-amerikanischen Spekulationsblase kaum negativ betroffen sein würde, erwies sich doch schnell, dass die Staaten der EU im Zentrum des Krisenprozesses standen und von der Rezession erheblich stärker erfasst wurden.

In Folge der Krise hat sich die soziale Landschaft grundlegend verändert. In weniger als zwei Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern um 50 bis 80%. Damit hat sich ein neuer Sockel an Massenarbeitslosigkeit aufgebaut. Verschärfter Druck auf die Löhne ist die eine Folge. Hinzu kommt nach den Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts die Beschleunigung eines Teufelskreises aus steigender Massenarbeitslosigkeit, zunehmender Prekariisierung der Arbeitsverhältnisse und Abbau der noch nicht demontierten und privatisierten Teile des alten europäischen Sozialmodells.

Die für die Schuldenkrise verantwortlichen Faktoren sind:

- massive Ausgaben zur Stützung des Finanz- und Banksektors sowie Konjunkturimpulse; eine Politik der Re-Regulierung und Re-Dimensionierung des Finanzsektors hat es faktisch nicht gegeben.
- Steuersenkungen zugunsten der reichen Haushalte, die schon in den letzten Jahrzehnten die Schieflage in den Verteilungsverhältnissen beförderten und die in den letzten Jahren vor der Großen Krise verstärkt wurden;
- massive Kriegsausgaben für zahlreiche Militärinterventionen;
- massive Verschuldung der privaten Haushalte, die sich laut den wenigen verfügbaren Daten auf Rekordhöhe bewegt und
- gigantische Verpflichtungen der Renten- und Sozialkassen, die selbst Folge der zunehmenden Prekariisierung und der Zerstörung der politischen Ökonomie des Lohnes sind.

Die Antworten auf die ökonomische und soziale Krise in Europa<sup>3</sup> erschöpfen sich zu großen Teilen darin, für die besonders betroffenen Länder an der Peripherie kurzzeitig Notprogramme aufzulegen und ansonsten eher in kosmetisch-symbolischen Operationen bei den Reformen im Bereich von Banken und Finanzmärkten. Ankündigungen, dass man die Finanzmärkte strikt regulieren und neu auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft ausrichten müsse, sind – als der unmittelbare Krisenschock vorbei war – nie weiterverfolgt worden. Stattdessen wird wieder die alte Wettbewerbsstrategie beschworen und „ein klares Bekenntnis zum Stabilitäts- und Wachstumspakt“ abgefordert. Ein die Krise überwindender europäischer „New Deal“ stand nie zur Debatte.

In der Großen Weltwirtschaftskrise zeigt sich der Charakter der EU als „Elitenprojekt“. Jetzt rächt sich, dass „Europapolitik ... an den Wendepunkten des Einigungsprozesses noch niemals so unverhohlen elitär und bürokratisch betrieben worden“<sup>4</sup> ist, wie im Zuge des Durchpeitschens eines neoliberal geprägten Konstitutionalismus. Der Verfassungsprozess stützte sich von Beginn an nicht auf eine die soziale und politische Integration weiterführende Politik. Massive demokratische Defizite werden festgeschrieben, die Militarisierung der Außenpolitik vorantrieben. Und nun offenbarte die Weltwirtschaftskrise die Perspektivlosigkeit der neoliberalen Politik der Deregulierung, der Ausweitung des Marktes und der Privatisierung zentraler Eckpfeiler des europäischen Sozialmodells. Der europäische Karren steckt in einer tiefen Legitimationskrise.

Auch nach der Zustimmung Deutschlands zum erweiterten Euro-Rettungsschirm wirbt die Bundesregierung für die Fortführung der neoliberalen Europa-Politik im Sinne des Elitenprojektes. Es wird ein härteres Durchgreifen gegen Länder gefordert, die gegen EU-Haushaltsregeln verstoßen. Finanzhilfen sollen noch stärker an fragwürdige Sanierungsprogramme gekoppelt werden. Der Weg müsse „aus der Schuldenunion hinein in eine Stabilitätsunion“ führen. Die politische Rhetorik wird immer verlogener: Die neoliberalen Eliten behaupten, es sei das gemeinsame Ziel, dass „Europa besser aus der Krise herauskommt“ als es hineingegangen sei. Faktisch werden die Krisenlasten noch stärker auf die große Mehrheit der Bevölkerung abgeladen. Bedingung für eine Überwindung der Krise sei, dass es neue Befugnisse für die EU gebe. Außenminister Westerwelle fordert daher: „Staaten, die in Zukunft die Solidarität des Rettungsschirms in Anspruch nehmen wollen, müssen in dieser Zeit der europäischen Ebene verbindliche Durchgriffsrechte in ihre Haushaltsentscheidungen einräumen.“ Ziel müsse eine „europäische Stabilitätsunion“ sein. „Wir müssen den Stabilitätspakt weiter stärken in Richtung automatischer Sanktionen.“ Im „Idealfall“ sei dies mit einer Änderung der europäischen Verträge zu erreichen.

Ein Ende der Krise ist auch vier Jahre nach ihrem Ausbruch nicht absehbar – selbst wenn man sich an gängige Prognosen hält. Die optimistische

Annahme eines ununterbrochenen Wachstums von rd. zwei% bis 2015 im Euroraum basiert auf einer fortgesetzten Exportkonjunktur, die erwarten lässt, dass die Investitionen mit einer Jahresrate zwischen drei und vier% wachsen, während der private Konsum in der Eurozone deutlich hinter dem BIP hinterherhinkt. Folglich geht die Arbeitslosigkeit nur äußerst schleppend zurück – was umgekehrt für eine fortschreitende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse spricht. Die kumulierte Gesamtverschuldung der Staaten wird trotz massiver Sparpolitik – die jährliche öffentliche Verschuldung soll von sechs% in den Jahren 2010 bis 2015 auf 1,5% sinken – weiterhin bei weit über vier Fünftel des BIP liegen. Die europäische Integration ist an den Systemgrenzen des Finanzmarktkapitalismus angelangt.

## Niedergang der Peripherie

Griechenland war das erste europäische Land, in dem sich schon Anfang 2010 deutliche Symptome einer Insolvenz des Banken- und Staatssystems zeigten. Messlatte hierfür war die zunehmende Unmöglichkeit der Refinanzierung der aufgelaufenen öffentlichen Kredite an den internationalen Finanzmärkten. Mit einem Hilfskredit von Eurostaaten und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Höhe von 110 Mrd. Euro wurde Griechenland im Mai 2010 eine zeitlich begrenzte Unabhängigkeit von den Finanzmärkten verschafft – wie kurz darauf auch Irland und Portugal. Mittlerweile sind aber auch Spanien und Italien näher an die Grenze der Schuldentragfähigkeit gerückt.

Aber haben die Griechen den Absturz nicht selbst programmiert, weil sie lange über ihre Verhältnisse gelebt haben? Sicher, die griechische Ökonomie ist durch die Finanzialisierung der letzten Jahrzehnte in eine falsche Richtung getrieben worden. Die niedrigen Zinssätze erlaubten eine Kaschierung der Strukturprobleme durch die Expansion der öffentlichen und privaten Verschuldung. Nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Mitte September 2008 haben die meisten Staaten – auch Griechenland – für ihre Banken Garantien abgegeben. Außerdem pöppelten viele Länder ihre angeschlagenen Geldhäuser mit neuem Eigenkapital auf und gaben Milliarden für Konjunkturpakete aus, um die Schäden für die Realwirtschaft abzumildern. Aufgestaute Strukturprobleme wie tendenzielle Überschuldung, Banken- und Finanzkrise sowie die weltwirtschaftliche Rezession enthüllten schlagartig die Schuldenfalle. Die globale Finanzkrise hat den prekären Zustand der öffentlichen Finanzen<sup>5</sup> nicht verursacht, sondern nur ans Licht gebracht, zugleich aber durch Explosion der Zinssätze verschärft.

Die Schwäche der griechischen Ökonomie hat strukturelle Ursachen, die tief in der Gesellschaft verankert sind. In den letzten Jahrzehnten sind wichtige Bereiche der gesellschaftlichen Wertschöpfung durch die Produktivitätsent-

wicklung und verschärften Wettbewerb unter Druck gekommen. Die mit Unterstützung aus dem europäischen Strukturfonds geplanten Infrastrukturmaßnahmen konnten wegen der wachsenden Unsicherheit im Bankensektor nicht realisiert werden. Hausgemachte Probleme wie überhöhte Militärausgaben, ein überdimensionierter öffentlicher Sektor und massive Strukturprobleme in der Besteuerung von höheren Einkommen und im Steuervollzug kommen hinzu.

Hinzu kommt, dass sich auch bei der Sozialversicherung ein Strukturwandel geltend macht, der längst durch einen Sanierungsprozess hätte aufgefangen werden müssen. Dies ist keineswegs Ausdruck von überhöhten Leistungsansprüchen der breiten Mehrheit der Bevölkerung; Ansprüche und Sozialabgaben hätten vielmehr längst austariert werden müssen.

Gegen eine derartige Krise kann man auch mit der härtesten Austeritätspolitik nicht ansparen. Wenn die Zahl der Insolvenzen rasant zunimmt, die Arbeitslosigkeit auf nunmehr bereits 18 % steigt und die Einkommen sinken, nimmt der Staat trotz Steuererhöhungen weniger ein. Zumal mit einer asymmetrischen Steuerpolitik, die unfähig ist, nicht nur symbolisch, sondern konfiskatorisch auf Vermögen zuzugreifen und Steuerbetrüger aus der „feinen Gesellschaft“ zu stellen, und stattdessen mit höheren Massensteuern den Konsum zusätzlich einbrechen lässt.

Die wirtschaftliche Abwärtsspirale ist das entscheidende Problem und der Grund für die vielfältigen Krisensymptome. Das unter Auflagen der „Troika“ (IMF, EZB und EU) verschärfte Sparprogramm hat entscheidend dazu beigetragen, dass Griechenland nicht aus dem ökonomischen Schrumpfungsprozess herauskommt.

Fakt ist: Die griechischen Wirtschaftsdaten sind für das erste Halbjahr 2011 noch schlechter ausgefallen, als selbst realistische Ökonomen angenommen hatten. Damit sinkt auch die Hoffnung auf eine baldige wirtschaftliche Erholung. Der griechische Finanzminister rechnet erst für das Jahr 2014 mit einer Rückkehr zu Wirtschaftswachstum, und selbst das ist angesichts der weltwirtschaftlichen Krisensymptome und der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine optimistische Annahme. Damit ist eine Rückführung des Haushaltsdefizits für 2011 auf 7,6 % des BIP – wie mit der „Troika“ vereinbart – nicht zu schaffen. Die kürzlich beschlossenen noch härteren Sparmaßnahmen beschleunigen lediglich die volkswirtschaftliche „Todesspirale“.

Eine erfolgreiche Umschuldung Griechenlands unterstellt einen Tilgungsplan, der auf die ausgepowerte Ökonomie Rücksicht nimmt. Die nicht unwichtigen Fragen, wie ein weiteres Finanzpaket ausgestattet sein muss, um eine zeitlich befristete Abkopplung Griechenlands von den Finanzmärkten zu garantieren, oder wie hoch die Zinsen für ein solches Paket sein können, sind letztlich nicht ausschlaggebend. Entscheidend für einen erfolgreichen Verlauf der Sanierung ist erstens Klarheit darüber, wie ein neuer Wachstums-

pfad aussehen kann. Allzu zögerlich nähern sich EU-Kommission und Euro-Länder der Überlegung eines Investitions- und Strukturprogramms für die griechische Ökonomie, das in ein entsprechendes Strukturprogramm für die europäische Wirtschaft eingebunden sein müsste. Zweitens jedoch stößt die Fortführung des Sanierungsprozesses auf wachsenden Widerstand innerhalb der Bevölkerungen der Euro-Länder und der wirtschaftlich-politischen Eliten. Krisen verschaffen Zweiflern und Populisten Auftrieb, ob in Finnland oder in den Niederlanden, in Belgien, Österreich oder Dänemark. Die EU ist dankbare Projektionsfläche für innenpolitische Probleme, selbst dann, wenn diese gar nicht der Vergemeinschaftung geschuldet sind.

## Geordnete Insolvenz

Griechenland sei insolvent – so tönt ein wachsender Teil der herrschenden Klassen, weil das Land nicht mehr in der Lage ist, seine Schulden vollständig und fristgerecht zurück zu zahlen. Es hat Schulden in Höhe von 160 % der jährlichen Wirtschaftsleistung angehäuft. Ohne die Gelder aus dem Rettungspaket kann es noch nicht einmal die Zinsen bedienen. Geordnete Insolvenz hieße demnach: Schuldenschnitt von rund 50 % und Rückkehr zur Drachme. Aber was sind die Folgen eines solchen Schrittes?

Zu befürchten ist, dass die nationale Währung gegenüber dem Euro um weit über 50 % abgewertet sein würde. Der Staat und viele Unternehmen hätten in der Folge Mühe, ihre in Euro eingegangenen Schulden zu bedienen. Es käme zu Zahlungsausfällen und die Zinsen/Risikoprämien für neue Kredite würden stark steigen. Griechenland könnte seinen Schuldenstand und seine Zinslast deutlich verringern. Gleichwohl bedeutet dies eben keine Stabilisierung der Realökonomie.

Auch wenn es populistische Politiker nicht wahrhaben wollen, die vermeintlich bequemste Lösung, nämlich ein – nach EU-Recht gar nicht möglicher – Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone samt Einstellung sämtlicher Hilfszahlungen, wäre risikoreich. Ein Ende der gemeinsamen Währung und die Auflösung der EU könnten nicht ausgeschlossen werden. Die Wiedereinführung der Drachme würde eine Kapitalflucht auslösen. Es käme vermutlich zu einem Run auf die Banken, weil SparerInnen und Investoren noch mehr Geld ins Ausland transferieren würden. Konsequenz: Kollaps des Bankensystems, was wiederum eine Rekapitalisierung erfordern würde. Als weitere Gefahren sind festzuhalten:

- Einbruch des Außenhandels; massive Stützungen für Banken, Versicherung etc.;
- Erhöhung der in Euro kontrahierten Schulden;
- Ausweitung der akuten Krise auf andere Euroländer und Banksysteme.



- Die schockartige Schrumpfung der Ökonomie hätte Auswirkungen auf das europäische Wirtschafts- Banken- und Finanzsystem. Schon jetzt würden sich die Abschreibungen aus dem bisherigen Griechenlandengagement für Deutschland auf etliche 100 Mrd. Euro belaufen, von Rettungsmaßnahmen für die eigenen Banken und Finanzmarktakteure abgesehen.

## Umschuldung und Fortführung des Euro-Systems

Angesichts dieser Kosten und der kaum abzuschätzenden Rückwirkungen plädieren klügere Experten für eine Umschuldung. Wenn Griechenland, Irland und Portugal allesamt ihren bisherigen öffentlichen und Bankkredit zu rund 50 % wertberichtigen, wären Belastungen für Deutschland, die Europäische Zentralbank und die anderen Euro-Länder geringer. Zudem würde in diesem Fall die Ausweitung und Ansteckung unterbleiben.

Schon jetzt sind Italien und Spanien in den Sog der europäischen Schuldenkrise geraten. Auch hier liegt der Kern der Krisenproblematik im wirtschaftlichen Wachstumsprozess. Der Internationale Währungsfonds (IMF) hat für Italien pessimistische Prognosen veröffentlicht. Das Wirtschaftsprodukt soll 2011 nur um 0,6 % und im nächsten Jahr um 0,3 % wachsen. Dies ist zwar nicht wie im Fall Griechenlands eine Schrumpfung, erschwert aber den Sanierungsprozess.

## Auswege aus der Schuldenfalle

Nach wie vor könnte die Insolvenz Griechenlands abgewendet werden. Dazu wäre ein Aufbauprogramm erforderlich, mit dem die Wirtschaftskrise bekämpft und Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber dafür gibt es – außer vorzeitigen Zahlungen aus den Griechenland zustehenden Mitteln des EU-Strukturfonds – kein Geld. Griechenland hat noch zu 70 % Ansprüche aus einer Zusage über Infrastrukturmittel von 20 Mrd. Euro. Allerdings gab es Blockaden durch die Kofinanzierung und die durch Banken bereitzustellenden Finanzmittel. Aber auch hier gilt: Investitionen in Infrastruktur (Verkehr, Energie etc.), Landwirtschaft und Tourismus brauchen längere Zeit und ein entsprechendes wirtschaftliches Umfeld, bis sich eine Stärkung der realwirtschaftlichen Akkumulation einstellt.

Ohne ein Aufbauprogramm wird aber auch ein Schuldenschnitt nur ein weiteres Instrument sein, um Zeit zu kaufen. Mit der Zustimmung der EU-Parlamente zum erweiterten EFSF-Rettungsschirm hat dieser die Möglichkeit, nicht nur Länder von den Finanzmärkten abzuschirmen, sondern auch Banken und Pensionsfonds mit Geld liquide zu halten, die die erforderli-

chen Abschreibungen eines „Hair Cut“ nicht stemmen können. Und für den Fall, dass in größerem Umfang Gelder von griechischen Banken in vermeintlich sichere Auslandshäfen transferiert werden sollten, liegt ein Plan B mit dem Erlass von Kapitalverkehrskontrollen vor. All das macht deutlich: Nicht Finanzierungsregelungen sind das Problem. Sie hängen jedoch in der Luft, wenn die reale Ökonomie immer weiter absackt. Doch ein Plan dafür steht nicht auf der Agenda.

Nicht nur Griechenland segelt in den schwereren Wassern. Für alle Mitgliedstaaten des Euro-Club lautet die Prognose, „dass sich die konjunkturelle Dynamik im Verlauf des zweiten Halbjahrs weiter verlangsamt und es zu einer Rezession kommt“, die das ökonomische Leben auch in Portugal bis weit in das kommende Jahr erlahmen lässt. Damit ist aber klar, dass das Verschuldungsregime mit der bisherigen Mischung aus Austerität, Steuererhöhungen, Rettungsschirmen und Liquiditätsspritzen der EZB kaum noch zu steuern ist. „Die Rezession im Euroraum dürfte auch einen weiteren negativen Impuls für die Schuldenkrise mit sich bringen. Die aktuellen offiziellen Budgetprognosen werden sich (...) in vielen Ländern als zu optimistisch herausstellen. Dies könnte zu einer weiteren Verunsicherung der Finanzmärkte (...) beitragen. Zwar gehen wir in der Prognose nicht davon aus, dass es zu unkontrollierten Zahlungsausfällen von Staaten oder zu Zusammenbrüchen von Banken infolge eines möglichen Bonitätsverfalls bei Staatsanleihen weiterer Länder kommt. Das Risiko einer solchen Entwicklung ist jedoch beträchtlich, und im Eintrittsfall würde sich die Rezession spürbar vertiefen.“<sup>67</sup>

Der Spagat, einerseits die Handlungsfähigkeit der Staaten durch Begrenzung der öffentlichen Verschuldung zu sichern, andererseits die Realökonomie wieder auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu führen, ist für etliche Länder nicht mehr durchzuhalten, wenn der internationale Konjunkturzug abbrems. In einem deflationären Umfeld aktualisiert sich mit der Schuldenkrise auch die Finanzmarktkrise.

Gewiss ist eine Redimensionierung des Finanzsektors zwingend notwendig, aber es muss dafür Sorge getragen werden, dass dadurch weder eine noch tiefere Absenkungen bei den realen Investitionen die Folge ist, noch die von diesen Papieren abhängenden Zahlungen im Bereich sozialer Sicherung die gesellschaftliche Produktion weiter schrumpfen lassen.

Einen Ausweg aus der Schuldenfalle gibt es letztlich für Europa nur mit einem umfassenden ökonomischen Strukturprogramm. Auch wenn Elemente eines solchen europäischen „New Deal“ immer mal wieder genannt werden, fehlt dafür doch eine europäische Öffentlichkeit – auch, weil die politischen Bewegungen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Parteien der Linken – weiterhin sozial und national zersplittert sind. Um mobilisierungsfähig zu sein,

bedarf es aber einer gemeinsamen linken Agenda und linker Netzwerke in Europa. Solange das nicht der Fall ist, bleibt es bei der Vorherrschaft des Finanzkapitals mit all den darin liegenden Risiken für die Zukunft Europas.

## Anmerkungen

- 1) José Manuel Durão Barroso, Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 30. September 2011
- 2) Auch der aktuell im Brennpunkt stehende Fall Griechenland muss in diesen Zusammenhang eingeordnet werden; vgl. dazu: Joachim Bischoff: Die Herrschaft des Finanzkapitals, Hamburg 2011.
- 3) Zu den Ursachen der Europäischen Schuldenkrise und möglichen Auswegen siehe: Stephan Schulmeister: Mitten in der großen Krise. Ein New Deal zwischen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften, in: Sozialismus 10/2011, S. 17 ff.; Joachim Bischoff/Frank Deppe/Richard Detje/Hans-Jürgen Urban: Europa im Schlepptau der Finanzmärkte, Hamburg 2011.
- 4) Jürgen Habermas: Europapolitik in der Sackgasse, in: Ders.: Ach Europa, Frankfurt a.M. 2008, S. 99.
- 5) Sie sind durch Defizite im Steuervollzug, eine Asymmetrie in der Steuerbelastung zuungunsten der Lohneinkommen und massive Steuersenkungen seit Jahren in einem schlechten Zustand.
- 6) Institut für Weltwirtschaft: Konjunktur im Euroraum im Herbst 2011, Kiel, 12. September 2011, S. 3.
- 7) Ebd., S. 16.



Ohne Titel

# Die Krise Europas: Elemente einer politischen Strategie

Elisabeth Gauthier

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels wird Europa immer instabiler, und niemand kann das Szenario für die kommenden Wochen vorher-sagen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass wir einer Reihe von Tragödien entgegengehen.

Die große Krise, die wir derzeit erleben, ist das Ergebnis von beinahe vierzig Jahren neoliberaler Offensiven, welche die Rechte mit zunehmender Entschlossenheit vorangetrieben hat – und die auch ganze Segmente der Linken infiziert haben. Diese Krise nimmt inzwischen Formen und Eigenschaften an, die noch vor wenigen Monaten in Europa undenkbar schienen. Die Sparmaßnahmen, von denen die Völker Europas betroffen sind, zeigen allmählich tragische Ergebnisse.

Wir erleben nun die Realität und die konkrete gesellschaftliche Bedeutung dieser Phase des Kapitalismus, die zu Recht als Finanzkapitalismus, „finanzgetriebener Kapitalismus“<sup>1</sup> oder „entmenschlichter Kapitalismus“ bezeichnet worden ist. Was wir derzeit erleben, ist eher die Verschärfung einer Systemkrise oder sogar einer Zivilisationskrise<sup>2</sup> als ein Weg aus der Krise, denn die grundlegenden Widersprüche des gesamten Systems von Akkumulation und Reproduktion wurden in keiner Weise gelöst.

Die Krise bedroht inzwischen die Existenz der EU und des Euro. Nachdem sie die Banken aus ihrer misslichen Lage gerettet haben, werden nun immer mehr Staaten zu Gefangenen der Finanzmärkte und müssen mit ansehen, wie ihre Souveränität durch die wirtschaftlichen Mächte sowie durch die von der

deutschen und der französischen Regierung eingerichteten europäischen Institutionen untergraben wird. Angesichts dieser extremen Sparpolitik entfaltet sich ein Teufelskreis, eine Abwärtsspirale, die zu Reaktionen führen wird, deren Szenarien niemand vorhersehen kann.

Es werden immer mehr Stimmen in Europa laut, auch aus dem Lager der Mächtigen, welche diese Sparpolitik als Fehler bezeichnen. So hat US-Finanzminister Timothy Geithner erklärt: „Die Staaten sollten erkennen, dass Wachstum die größte Herausforderung für die gesamte Welt darstellt“<sup>3</sup>. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, ist der Ansicht: „Die schlechte Geldpolitik, die uns den derzeitigen Schlamassel beschert hat, ist ungeeignet, uns da wieder herauszuholen“.<sup>4</sup> Unter scharfen Attacken auf die „Steuersenkungsmode“ und den „Schuldenfetischismus“ betont er den Widerspruch, dass „die großen Konzerne vor Liquidität schier platzen, während die Banken den kleinen und mittleren Unternehmen Kredite verweigern, obwohl diese in jeder bekannten Volkswirtschaft der Motor zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind“, sodass er sich zwangsläufig nur pessimistische Szenarien vorstellen kann. George Soros zufolge ist Europa in Gefahr wegen der Schwäche der Banken und der Risiken, welche diese in der Vergangenheit eingegangen sind, aber auch wegen des Fehlens jeglicher Stimulation für seine Volkswirtschaften und Inlandsmärkte.<sup>5</sup>

All das zeigt, dass die neoliberalen Dogmen bröckeln und die vorherrschenden Kräfte unfähig sind, alternative Antworten zu entwickeln. Neue Formen der Oligarchie untergraben die Demokratie und die Volkssouveränität. In diesem Kontext einer sich auflösenden Gesellschaft, in der die grundlegenden Konzepte der Solidarität und des gesellschaftlichen Miteinanders systematisch untergraben werden, besteht keineswegs die Gewissheit, dass am Ende die vereinte und kooperative Widerstandsbewegung der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte als Sieger hervorgehen wird.

Die führenden Politiker Europas verschärfen die Sparpolitik immer mehr, obwohl es in diesem Herbst konkrete und weithin anerkannte Belege dafür gibt, dass diese Entscheidung – die derzeit in Griechenland bis an die äußerste Grenze vorangetrieben wird – die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage nicht nur verschlimmert, sondern – langfristig – die Staaten ihrer Einnahmehasis und damit ihrer Interventionsmittel beraubt. Die verlogenen „Hilfsprogramme“ – die nicht auf die Rettung der Bevölkerung abzielen, sondern auf die Rettung der Banken – haben in Griechenland zur Vernichtung von 300 000 Arbeitsplätzen innerhalb von 18 Monaten sowie zu einem Einkommenseinbruch um 30 % und einem Rückgang des BIP um 5 % geführt. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter und betrug im zweiten Quartal des Jahres 2011 in Portugal 12,3 % (Eurostat), in Irland 14,5 % und in Griechenland 16 %. Genau wie die „Strukturpassungsprogramme“, die der IWF in der Vergangenheit durchführte

und deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Ergebnisse inzwischen von der internationalen Gemeinschaft einhellig als katastrophal betrachtet werden, führt auch diese Sparpolitik in die Rezession. In Frankreich brechen derzeit allenthalben lokale und regionale Haushaltskrisen aus, denn immer mehr Gebietskörperschaften sind bankrott und können ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen, weil ihnen die Dexia Bank toxische Kredite<sup>6</sup> angedient hat.

## Europa: Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus?

Besonders ernst ist die Krise in Europa – was mit der Art zu tun hat, in der Europa aufgebaut worden ist: nach den Leitsätzen des „reinen Neoliberalismus“ und zum Besten von „Kerneuropa“. Die Fortführung der Logik der Stärkung bzw. Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der scharfen Sparpolitik nach dem Ausbruch der Krise im Jahr 2008 hat zu inzwischen nicht mehr beherrschbaren Ungleichheiten geführt. Die Gesellschaft selbst wird durch diese Sparpolitik zunehmend unterminiert. Die EU ist durch einen Riss zwischen den Ländern in ihrer Mitte und jenen an ihrer Peripherie bedroht. Der Mangel an Gleichgewicht, der bereits vor der Krise bestand, konnte nicht überwunden werden. Die Staaten haben die Banken gerettet, ohne sich selbst mit irgendwelchen Werkzeugen zu ihrer Kontrolle auszustatten. Sie haben die Macht der Finanzmärkte wiederhergestellt, indem sie jeglichen Versuch, sie wirklich zu kontrollieren, aufgegeben haben, d.h sie haben es in dieser Situation versäumt, gesellschaftlich und wirtschaftlich nützliche Formen der Forschung und Produktion zu entwickeln oder für höhere Einnahmen der öffentlichen Hand zu sorgen. Stattdessen haben sie sich für die Verlagerung der Schuldenlast auf die Gesellschaft entschieden. Derartige „Hilfsprogramme“ dienen nicht der Förderung von Produktion und Dienstleistungen, sondern verpflichten die Länder zur systematischen Durchführung strenger Sparmaßnahmen und zur Abschaffung des Sozialstaats; zudem wird die Allgemeinheit durch umfangreiche Privatisierungen enteignet. Mit dem „Euro-Plus-Pakt“ wurde ein weiterer Schritt in Richtung eines autoritären Europas getan. Erst unlängst, im Juni 2010, hat José Manuel Barroso den Ratingagenturen freie Bahn in der gesamten EU eingeräumt.

Es wird immer deutlicher, dass die derzeit herrschende Logik nur zu einer weiteren Verschärfung der Krise beitragen kann. Die EU sieht sich mit einer strukturellen, ja möglicherweise sogar existenziellen Krise konfrontiert.

„Es sind sämtliche Zutaten für eine weitere Verschärfung der Krise vorhanden. [...] Da verabsäumt wurde, auch nur die geringste Umschuldung der Verbindlichkeiten der griechischen öffentlichen Hand ins Auge zu fassen – um nur ja eine Abwertung der von den privaten Banken gehaltenen Titel zu vermeiden – liegt die Krise leider wahrscheinlich noch vor uns [...] Die Gefahr liegt nicht so sehr darin, dass diese Europäische Union auseinander-

brechen oder der Euro zusammenbrechen könnten – denn sie liegen ohnehin im Sterben –, sondern dass sich am Ende aus den Ruinen nichts weiter als nationale Egoismen, Verweigerung gegenseitiger Hilfe und sogar Fremdenfeindlichkeit erheben werden“.<sup>7</sup>

Eine derartige Desintegration kann man sich in der Tat nur explosionsartig und chaotisch vorstellen, begleitet von einer unberechenbar hohen Zahl von Konkursen. Selbst nach offizieller deutscher Einschätzung, formuliert durch Josef Ackermann, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, wären die Kosten für die Unterstützung der wirtschaftlich schwächeren Mitglieder der EU wesentlich geringer als die Kosten einer Desintegration, wenn man die Handelsbeziehungen mit den Ländern an der europäischen Peripherie und das Engagement des deutschen Finanzsektors in diesen Ländern berücksichtigt.<sup>8</sup>

Lässt sich die Desintegration des Euro und der EU noch stoppen? Einerseits „hat der Mangel an spezifischen Werkzeugen für wirtschaftliches und solidarisches Handeln, mit dem sich die einzelnen Volkswirtschaften bei der Bewältigung des Rezessionsdrucks und der spekulativen Attacken der Finanzmärkte unterstützen ließen, zu weiteren Problemen für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt geführt und die Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union verschärft“.<sup>9</sup> Andererseits werden die Versuche zur Einrichtung einer „europäischen Regierung“ immer intensiver. Im Einklang mit den vorherrschenden politischen Ausrichtungen nehmen diese Bestrebungen zur Schaffung einer europäischen Zentralregierung zunehmend die Züge eines „autoritären Kapitalismus“ an und führen somit in ein „postdemokratisches Europa innerhalb der Strukturen eines autoritären Kapitalismus“.<sup>10</sup> Man kann eigentlich mit Fug und Recht von einem „europäischen Staatsstreich“ sprechen, wenn den nationalen Parlamenten ihr Budgetrecht zugunsten der Europäischen Kommission entzogen wird und wenn Letztere die Marschrichtung in sämtlichen Sozial-, Steuer-, Lohn- und Investitionsfragen vorgibt. Diese Anstrengungen der führenden Politiker Europas haben eine „Radikalisierung des Neoliberalismus“ zur Folge.<sup>11</sup>

Wir dürfen heute die Hypothese wagen, dass Europa nur mit einer Logik, die sich dem Neoliberalismus entgegenstemmt, überhaupt eine Zukunft haben kann. So viel ist klar: Eine Währungsunion ist nur dann lebensfähig, wenn sie mit einem Projekt für die wirtschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung verflochten ist, die auf Solidarität und Ausbau der Demokratie abzielt. Für die EU bedeutet das einen doppelten Wechsel bei der herrschenden Logik: Sie benötigt eine andere wirtschaftliche Logik und eine radikale Veränderung ihrer Institutionen.

Die Linke muss den Problemkreis der öffentlichen Behörden und ihrer Funktionen auf den Tisch bringen. Anstatt „die Märkte zu beruhigen“, ist es „Aufgabe der Staaten und Regierungen, die Märkte der politischen und demo-



kratischen Kontrolle zu unterwerfen sowie die Macht wieder in die Hände der Parlamente und der Bürger zu legen“.<sup>12</sup> Dies ist umso dringlicher, als in mehreren Ländern Anzeichen schwerer Krisen ihrer politischen Institutionen zu beobachten sind.

Auch wenn seit 2008 vermehrt staatliche Eingriffe in die Wirtschaft erfolgen, wurde die neoliberale Logik deshalb nicht aufgegeben. Die europäischen Staaten und Institutionen achten weiterhin darauf, dass all ihr Handeln mit den neoliberalen Dogmen im Einklang steht. Damit steigt die Gefahr eines autoritären Etatismus in Europa. Die eigentliche Bedeutung der „Goldenen Regel“ dieser Kreise lautet „Lasst uns den Staat auf eine Rolle zurückführen, in der er sich damit begnügt, lediglich symbolische Funktionen wahrzunehmen.“ „Das wäre ein enormer Rückschritt – den die Neoliberalen wünschen und der auch bestimmte Segmente der Sozialistischen Partei Frankreichs befallen hat.“<sup>13</sup>

Einerseits sind der heutigen Überschuldung der Staaten mehrere Versuche zur Rettung der Banken vorausgegangen, wobei die Lage durch die weltweite wirtschaftliche Depression noch verschärft wird. Da keinerlei Konjunkturerholung in Sicht ist, werden die Staaten immer schwächer und ihre Handlungsspielräume immer enger. Andererseits bröckelt die Legitimation der Regierungen genau zu einem Zeitpunkt, zu dem ein Eingreifen der öffentlichen Hand am dringendsten gebraucht wird und es eine weite Teile der Gesellschaft umfassende Stimmung zugunsten von langfristigen Investitionen und einer neuen Art der Entwicklung im Sinne eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft gibt.

## Der Klassenkampf um die Staatsschulden

In der Staatsschuldenkrise kristallisiert sich ein umfangreicher gesellschaftlicher und politischer Konflikt heraus. Sie ist eine Folge der neoliberalen Logik, wobei der Begriff „Staatsschuldenkrise“ allerdings zu kurz greift, um die Krise in ihrer gesamten Realität zu umfassen. Die heute in vielen Ländern Europas bestehende hohe Staatsverschuldung hat eine ganze Reihe von Ursachen: die wachsenden Ungleichheiten und die unzureichende Besteuerung von Kapitaleinkommen; der verringerte Anteil des Faktors Arbeit am erwirtschafteten Wohlstand und der Rückgang des gesamtgesellschaftlich gestreuten Einkommens; die Aktivitäten der Banken und ihr Freikauf im Jahr 2008 ohne jede Gegenleistung; der Druck und die Erpressung durch die Finanzmärkte sowie das Fehlen jeglichen politischen Willens, um den Gang der Ereignisse zu ändern. Es gibt keinen Zweifel, dass eine Schuldenkrise besteht: „Die immense finanzielle Akkumulation im Laufe der letzten 25 Jahre – ‚fiktives Kapital‘, um den Ausdruck von Karl Marx zu verwenden – sowie die Lasten, welche diese Pyramide von finanziellen Ansprüchen den Ländern und den Arbeitern aufgebürdet haben, [...] sind zweifellos real. Es ist jedoch zu beachten, dass die

Staatsverschuldung die Krise nicht erklärt – sodass eine scharfe Sparpolitik uns nicht aus ihr heraushelfen kann. Seit den 1980er-Jahren üben die Aktionäre, um die Rentabilität des überakkumulierten Kapitals zu steigern, einen noch nie dagewesenen Druck auf den Faktor Arbeit und auf die einzelnen ArbeitnehmerInnen aus [...] Somit hat diese Krise eine anthropologische Dimension. Die menschliche Arbeitskraft, die eigentlich das Herzstück der gesellschaftlichen Entwicklung bilden sollte, ist zu einer Variablen geworden, die man anpasst.“<sup>14</sup> Die sich daraus ergebenden Einbrüche bei den Einnahmen der öffentlichen Hand und den Einkünften der Privathaushalte wurden durch Verschuldung ausgeglichen: So tief sitzt diese Krankheit.

Auch wenn gegen die Verschuldung heute eine gewisse Notfallbehandlung erforderlich ist, muss vor allem gegen die wahren Ursachen vorgegangen werden: mit einem neuen Ansatz für Entwicklung, für den Faktor Arbeit, für die Realwirtschaft, für die soziale Absicherung und für das Wachstum. Die Lösung liegt eher in der Steigerung der Einnahmen der öffentlichen Hand als in der Verringerung ihrer Ausgaben.

## **Soziale und politische Kämpfe und ihre Interpretation**

Es besteht kein Zweifel, dass die Lüge von der „unsichtbaren Hand“, die auf den Märkten waltet, mittlerweile in sich zusammenbricht. Doch obwohl die Ungleichheiten (bei Einkommen, Eigentum und Macht) überdeutlich sind, obwohl die herrschende Klasse in Frankreich inzwischen häufig als „Oligarchie“ bezeichnet wird, obwohl das Buch *Le président des riches* (Der Präsident der Reichen)<sup>15</sup> bereits 100 000 Mal verkauft wurde, obwohl „Empört euch!“ zum Schlachtruf der Massen in ganz Südeuropa geworden ist –, sind wir noch immer wie gelähmt durch ein starkes Gefühl der Machtlosigkeit und empfinden eine „adressenlose Wut“.<sup>16</sup> So behalten andererseits die bestehenden Mächte und die Märkte ihre Manövrierfähigkeit. „Die Verschuldung“ steht im Zentrum der politischen und ideologischen Konfrontation, was durch den Umstand erleichtert wird, dass die Ursachen dieser Verschuldung nicht als das Ergebnis politischer Entscheidungen wahrgenommen werden, die systeminhärent sind, sprich: die Schuldenkrise ist ein Ergebnis des Finanzkapitalismus und einer weltweiten neoliberalen Offensive.

Den meisten Menschen, die sich der scharfen Sparpolitik entgegenstemmen, fehlt es an einer von einer glaubwürdigen Logik getragenen alternativen Perspektive. Dieses Fehlen einer Interpretation der Krise von einem Klassenstandpunkt aus überlässt das Feld nationalistischen und sonstigen Ideologien, die darauf abzielen, Spaltungen innerhalb der beherrschten Klassen zu schaffen. Um aus der derzeitigen „Zwangsjackenwahrnehmung“ der Staatsverschuldung auszubrechen, muss ein alternativer Denkansatz auf sämtliche Aspekte der

Krise eingehen: auf die gesellschaftliche Krise, auf den Zusammenbruch der Realwirtschaft und auf die Verschuldung der öffentlichen Hand. Das setzt die unverzügliche Einleitung einer Debatte über die Realitäten der Gegenwart voraus, über die Ursachen der Verschuldung und die Lösungen des Problems – all das eingebettet in einen Kontext einer kohärenten und globalen Systemkritik.

Mit einer Reihe von spezifischen Vorschlägen können wir beweisen, dass durchaus Möglichkeiten zur Verringerung der Staatsverschuldung bestehen: Bürgeraudits hinsichtlich der Struktur der Verschuldung, um illegitime Schulden zu identifizieren und zu annullieren, sofortige Senkung der von den Staaten, Gebietskörperschaften und sonstigen Einrichtungen der öffentlichen Hand geforderten Zinsen (die möglicherweise ebenfalls als illegitim zu betrachten sind). Hinsichtlich der Annullierung bestimmter Schulden muss das Kriterium der sozialen Gerechtigkeit beachtet werden, um Menschen, deren sozialer Schutz von privaten Finanzmitteln abhängt, nicht um diesen Schutz zu bringen. Eine neue Phase der Sozialisierung muss bestimmte Elemente der Übernahme von Vermögenswerten und Machtinstrumenten in öffentliches Eigentum umfassen.

Die Debatte muss sich auch mit Wegen zur Entwicklung der Realwirtschaft, der Arbeit und von Arbeitsplätzen sowie zur gesellschaftlichen, kulturellen und ökologischen Entwicklung befassen – was radikale politische Veränderungen voraussetzt, mit dem Ziel eines Übergangs zu einer grundlegend anderen Art von Entwicklung. Im Kontext der Europäischen Union liegt die Komplexität darin begründet, dass eine derartige alternative Logik sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf EU-Ebene angewandt werden muss.

## **Der Bedarf einer gesellschaftlichen Front**

Wenn wir uns gegen die wachsenden Ressentiments, Diskriminierungen und nationalistischen Spaltungen engagieren möchten, müssen wir die wahre Natur dieser Konfrontation zwischen den Klassen, die im Rahmen des Finanzkapitalismus herrschen, und all denen, die in der europäischen Gesellschaft beherrscht werden, herausarbeiten. Das beinhaltet klare Vorschläge, die es erlauben, diese Kämpfe wirkungsvoller und mit breiterem Rückhalt zu führen. Durch das Herauskrystallisieren des eigentlichen Wesens dieser Konfrontation sind derartige Vorschläge geeignet, diese Ressentiments zu verringern oder sogar vollständig zu verhindern, dass die zugrunde liegenden Konflikte in Diskriminierung, Ressentiments und Nationalismus umgelenkt werden. Es besteht eine große Gefahr, dass die brutale Politik, die derzeit seitens der europäischen Regierungen und Behörden geführt wird, zu einer Suche nach Sündenböcken nicht nur innerhalb der einzelnen Gesellschaften, sondern auch in anderen europäischen Ländern führt. Eine „Nationalisierung“

von Problemen würde nationalistischen Tendenzen sowie den schon heute in Europa sehr präsenten populistischen und extremistischen rechtsgerichteten Kräften nur noch mehr Gewicht verleihen sowie zu einer Spaltung zwischen dem nördlichen und dem südlichen oder auch dem östlichen und dem westlichen Teil des Kontinents führen. Auf einer allgemeineren Ebene sollte man sich klarmachen, dass die aggressive Logik des Finanzkapitalismus eine Bedrohung der Demokratie und des Friedens darstellt, sodass breitere Fronten aufgebaut werden müssen, um dagegen anzukämpfen.

Angesichts der Krise wird allenthalben die Frage laut, wie sich ein neuer gesellschaftlicher Block bilden lässt, der einen Politikwechsel im Sinne einer alternativen Logik herbeiführen könnte. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Zersplitterung, die für das derzeitige neoliberale Regime kennzeichnend ist, müsste eine solche Perspektive äußerst komplex beschaffen sein.<sup>17</sup> Unter den heutigen Bedingungen – Klassenkampf, Zersplitterung und Arbeitsplatzunsicherheit der Lohnempfänger, unterschiedliche Erfahrungen mit der Krise und der Politik der öffentlichen Hand – sind bei der Suche nach neuen Allianzen zwischen den beherrschten Klassen innovative Strategien erforderlich. Es geht nicht nur darum, herauszufinden, welche Art von politischem Projekt in der Lage sein könnte, die gesellschaftliche Zersplitterung zu überwinden, sondern auch, welche Art von Positionen förderlich sein könnten, um unterschiedliche Gruppen zusammenzuführen. Wir haben gesehen, dass „Würde“ ein Katalysator ist, der in unterschiedlichsten Schichten und an unterschiedlichsten Orten auf Widerhall stößt, bestens veranschaulicht durch das außerordentliche Echo auf Stéphane Hesses Aufruf „Empört euch!“.

Wie bereits festgestellt, sind die neoliberalen Ideen im Zusammenbruch begriffen, was jedoch nicht heißt, dass dadurch eine alternative Perspektive automatisch die Vormachtstellung einnehmen würde. Groll und Ärger haben oftmals Schwierigkeiten, ihren Gegenstand, ihre Adressaten und ihr Ziel genau zu finden, was schließlich zu Erschöpfung und Resignation führt. Die Verschärfung der Krise haben sowohl den Ärger als auch das Gefühl der Machtlosigkeit weiter anschwellen lassen. Die mangelnde Interpretationskraft, die mangelnden Handlungsmöglichkeiten sowie die Schwierigkeiten bei der Bündelung der verschiedenen Gruppen führen häufig zur Ausbildung von Ressentiments, die (wie wir es derzeit in Europa erleben) leicht von radikalen rechtsgerichteten populistischen Kräften aufgegriffen und manipuliert werden können, die sich als Verteidiger bestimmter sozialer Errungenschaften für einen engen Bereich der Bevölkerung aufspielen. Kämpferische Rhetorik ist gewiss erforderlich, reicht aber nicht aus, um solche Ressentiments zurückzudrängen. Vielmehr müssen zu diesem Zweck unbedingt echte Perspektiven für die Interpretationskraft, die Handlungsfähigkeit und die Bündelung der verschiedenen Gruppen und ihrer Kräfte angeboten werden.

Die Schwierigkeit bei der Konzeptualisierung der erforderlichen Konfrontationen auf europäischer Ebene ist nach wie vor erheblich,<sup>18</sup> da die politischen Gewalten und demokratischen Kräfte, die gesellschaftlichen und politischen Organisationen, bürgerschaftliches Engagement und politische Kultur, die gesellschaftliche Basis und die politischen Projekte noch immer auf nationaler Ebene gegliedert sind. Die wirtschaftlichen Kräfte mit ihrem enormen Einfluss auf die europäischen Institutionen sind in dieser Hinsicht wesentlich weiter entwickelt als die demokratischen Kräfte. Diese bereits auf Ebene der einzelnen Staaten dominante Logik – die Vorherrschaft der großen Konzerne und der Finanzmärkte gegenüber den politischen Gewalten – wird auf der EU-Ebene noch radikaler durchgesetzt. Die etatistische Struktur der EU wurde auf dem Höhepunkt der neoliberalen Periode eingerichtet, in einem Kontext, in dem es – im Gegensatz zu den Nationalstaaten oder „Republiken“ – nicht zur gleichzeitigen Herausbildung von entgegenwirkenden Kräften, von demokratischen Instrumenten, von Formen der Zivilgesellschaft sowie von gesellschaftlichen und politischen Organisationen kam.

Deshalb fällt die europaweite Bündelung von Kräften, die sich der neoliberalen Integration Europas entgegenstemmen, umso schwerer. Trotzdem entwickeln sich Initiativen und Prozesse, die nach Konvergenz und gemeinsamen Aktionen streben. Der jüngste Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) in Athen sowie die beiden Europa-Demonstrationen in Budapest (mit 50 000 Teilnehmern) und in Polen (mit 70 000 Teilnehmern) waren militanter als in der Vergangenheit. Die von Attac Europa organisierte Sommerakademie (in Freiburg im Breisgau, im August 2011) war ein wichtiges Arbeitstreffen, aus dem mehrere Bürgerinitiativen hervorgegangen sind.

Am 31. Mai 2011 wurde im Europäischen Parlament eine Europäische Konferenz „Austerität, Verschuldung und soziale Verwüstung in Europa: Stopp!“ ausgerichtet, bei der wir ermessen konnten, bis zu welchem Grade die echte Konvergenz zwischen den gesellschaftlichen und politischen Akteuren aus circa zwanzig Ländern inzwischen tatsächlich vorangeschritten ist. Dabei konnten zugleich auch die Grundlagen für eine alternative Logik für Europa geschaffen werden.<sup>19</sup> Die Konferenz deckte die Schuldenkrise und die Finanzkrise, aber auch maßgebliche soziale Fragen der Arbeitswelt, der sozialen Dienste und der Demokratie ab.

Die Partei der Europäischen Linken hat in ihrer im Juli 2011 im umbrischen Trevi verabschiedeten Erklärung<sup>20</sup> die wesentlichen Leitlinien für Alternativen zur Sparpolitik skizziert, auf deren Grundlage sich nun einen ganze Reihe von gesellschaftlichen und politischen Kräften für ein anderes Europa einsetzen. Größeres Gewicht maß sie allerdings der Lohnfrage (die in einer Reihe von Volksinitiativen zu kurz kommt) sowie einem europäischen Mindestlohn und größerer Macht für Lohnempfänger bei. Ferner wurden wesentliche Änderungen der

EU-Verträge sowie eine Stärkung der von den BürgerInnen gewählten Gremien ins Auge gefasst. So ist die Europäische Linke bestrebt, auf die Herausbildung einer europäischen Widerstandsfront und von Alternativen hinzuwirken.

Was die Bewegungen anbelangt, so ist es wohl an der Zeit, diejenigen, die im Wesentlichen gegen „die Finanzwelt“ protestieren, und diejenigen, die sich gegen „den Kapitalismus“ stellen, zusammenzubringen – mit anderen Worten: diejenigen, die radikale Kritik an der Finanzmacht üben, und diejenigen, die sich bei ihren Aktionen auf die Kritik des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital stützen. Was die ökologischen Herausforderungen anbelangt, so wird ebenfalls immer klarer, dass sie sich im Kontext der derzeitigen Logik nicht ernsthaft bewältigen lassen. Angesichts der Offensiven im Zusammenhang mit der Verschuldung der öffentlichen Hand und mit der Sparpolitik bleibt den verschiedenen Bewegungen – seien es nun soziale, politische, gewerkschaftliche, globalisierungskritische oder ökologische – keine andere Wahl, als ihre Anstrengungen zu bündeln, um gemeinsam gegen eine Logik anzugehen, die eindeutig eine größere Zerstörungskraft entfaltet, als die Teilaspekte, auf die sich die Einzelziele der verschiedenen Bewegungen beziehen. In dieser Hinsicht ist es bedeutsam, dass immer mehr öffentliche selbstverwaltete Bereiche eröffnet werden – die Bewegung „Erobert die Plätze“ zeigt die Dimensionen, welche diese Erscheinung gegenwärtig zu entwickeln vermag – und dass Arbeitsräume entstehen, in denen sich Konvergenz für unsere Anstrengungen herausbilden kann.<sup>21</sup>

Die politische Landschaft ist weiterhin im Wandel begriffen. Populistische Forderungen finden eine zunehmend tiefe Verwurzelung.<sup>22</sup> Die in Deutschland und Frankreich herrschenden rechten Mehrheiten, die im Kern auf europäisches Handeln ausgerichtet sind, verlieren zuhause immer mehr an Boden. So hat die Bastion der französischen Rechten, der Senat, seit Kurzem eine linke Mehrheit, ein Novum in der Geschichte der Fünften Republik.<sup>23</sup> In Deutschland musste die CDU bei Landtagswahlen eine Reihe schwerer Niederlagen einstecken, verschärft durch den völligen Einbruch der FPD, ihres Koalitionspartners im Bund. Zugleich musste sich Giorgos Papandreu, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationalen, dem Diktat der EU-Troika beugen, wodurch sein Land nun in eine bodenlose Katastrophe gestürzt wird. Die kommenden Monate, besonders mit dem Wahlkampf in Frankreich, werden die Widersprüche innerhalb der europäischen Sozialdemokratie weiter verschärfen. Es ist ungewiss, welchen Weg die anstehenden gesellschaftlichen Explosionen nehmen werden.

Für die politische Linke bringen diese große Krise und der Wandel der politischen Landschaft völlig neue Herausforderungen mit sich. Angesichts des gesellschaftlichen Zerfalls und der bröckelnden neoliberalen Hegemonie muss sie sich für die Herausbildung einer neuartigen kulturellen und politischen Hegemonie einsetzen.

## Anmerkungen

- 1) Auch „Finanzmarktkapitalismus“. Besonders aussagekräftig ist der deutsche Ausdruck „finanzgetriebener Kapitalismus“. Siehe Joachim Bischoff: Die Herrschaft des Finanzkapitals. Politische Ökonomie der Schuldenkrise. Hamburg 2011. Jörg Huffschmid, Kapitalismuskritik heute. Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Hamburg 2010
- 2) Une crise de civilisation? (Eine Zivilisationskrise?) Colloque Espaces Marx. 28.-29. Januar 2011. Beilage zu *transform!* Paris 2011
- 3) Zitiert aus Le Monde, 24. September 2011.
- 4) Le Monde, 17. August 2011
- 5) Le Monde, 18. August 2011
- 6) Nach Angaben der Zeitung Libération mussten 5 500 Gebietskörperschaften Darlehen in einer Gesamthöhe von 25 Milliarden Euro aufnehmen. Der Rechnungshof der Französischen Republik schätzt, dass es sich bei 30 bis 35 Milliarden Euro der insgesamt durch die Gebietskörperschaften aufgenommenen 160 Milliarden Euro um toxische Kredite handelt.
- 7) Jean Marie Harribey: La crise est devant nous ? (Haben wir die Krise noch vor uns?) Blog, 21. September 2011.
- 8) Siehe Joachim Bischoff/Richard Detje: Titanenkampf. [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de); 12. September 2011.
- 9) Nikos Chountis, MdEP (GUE/NGL), September 2011.
- 10) Joachim Bischoff/Frank Deppe/Richard Detje/Hans-Jürgen Urban: Europa im Schlepptau der Finanzmärkte. Hamburg VSA 2011.
- 11) Johannes Jäger, Beitrag zum Workshop über Verschuldung und Sparpolitik der Joint Social Conference (= European Conference Against Austerity./Europäische Konferenz gegen Austerität) <http://www.cadm.org/European-conference-against>, London 30. September 2011.
- 12) Pierre Laurent, Vorsitzender der Europäischen Linkspartei, in L'Humanité, 10. August 2011.
- 13) Dominique Plihon, L'Humanité, 16. August 2011.
- 14) Jean-Christophe Le Duigou, Wirtschaftswissenschaftler, vom französischen Gewerkschaftsbund CGT. L'Humanité, 22. September 2011.
- 15) Monique Pinçon-Charlot und Michel Pinçon: Le Président des riches. Enquête sur l'oligarchie dans la France de Sarkozy. (Der Präsident der Reichen. Untersuchung über die Oligarchie im Frankreich von Sarkozy) Paris 2010.
- 16) Im Deutschen wurde für diese diffuse und ungerichtete Stimmung in letzter Zeit der Ausdruck „adressenlose Wut“ vorgeschlagen.
- 17) Elisabeth Gauthier: Innover pour construire un nouveau bloc social (Innovativ sein, um einen neuen gesellschaftlichen Block aufzubauen) In: Une crise de civilisation ? (Eine Zivilisationskrise?) Colloque Espaces Marx. 28.-29. Januar 2011. Beilage zu *transform!* Paris 2011
- 18) In diesem Zusammenhang sei auf die Analysen von Gerassimos Moschonas in der vorliegenden Ausgabe verwiesen.
- 19) Siehe die Schlussfolgerungen – Konvergenzen dieser Konferenz <http://openfsm.net/projects/austerity-debt-and-social-destruction-in-europe/summary>. Verfügbar auf Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch.
- 20) [http://www.europeanleft.org/nc/english/home/news\\_archive/news\\_archive/zurueck/latest-news-home/artikel/the-eu-will-either-be-democratic-social-and-act-in-solidarity-or-it-will-not-exist/](http://www.europeanleft.org/nc/english/home/news_archive/news_archive/zurueck/latest-news-home/artikel/the-eu-will-either-be-democratic-social-and-act-in-solidarity-or-it-will-not-exist/)
- 21) Siehe eine Reihe von Artikeln zu diesem Thema in der vorliegenden Ausgabe.
- 22) Zu diesem Punkt siehe *transform!* 08/2011
- 23) Siehe den Artikel von Dominique Crozat in dieser Ausgabe.

# „Stoppt die Sparpolitik, die Politik der Verschuldung und des Sozialabbaus in Europa! Für eine Bündelung unserer Kräfte – Demokratische Alternativen“

**Europäische Konferenz, 31. Mai 2011 (Brüssel)  
in Zusammenarbeit mit der Parlamentsfraktion  
GUE/NGL**

Seit September 2010 wollten folgende, in den Europäischen Sozialforumsprozess und in europaweite Mobilisierungen involvierte Kräfte diese Konferenz ein Jahr nach Beschluss des europaweiten Mega-Sparpaktes organisieren. Dazu gehören: ATTAC (Deutschland, Frankreich, Ungarn, Flandern, Spanien), CADTM (Frankreich, Belgien, Schweiz, Griechenland, Spanien, Portugal), transform! europe, Euromarches, Solidaires (Frankreich), FGTB (Belgien), EuroMemo Group, Forum soziales Europa (Gewerkschaftsnetzwerk), Joint Social Conference, TransNational Institut (TNI, Amsterdam), Prager Frühling II Netzwerk (Zentral- und Osteuropa), Griechisches Sozialforum, Österreichisches Sozialforum, Belgisches Sozialforum, Netzwerk des ungarischen Sozialforums, Espaces Marx (Frankreich), Socialismo21 (Spanien), Fondation Copernic (Frankreich), Mémoire des luttes (Frankreich), Patas Arriba, Nicos Poulantzas Institute (Griechenland), Gesellschaft für Europäischen Dialog (SPED, Tschechische Republik), Fraueninitiative der Bewegung gegen Schulden und Sparpläne, transform! Brüssel, Frauenweltmarsch, Rood (Flandern), Coalition of Resistance (UK), WIDE (Women In Development Europe), Realpe (Europäisches Netzwerk Fortschrittlicher Lokaler Abgeordneter); CGT-FSU-SOLIDAIRES von Le Havre im Streik; Meas Ciudadanas de Convergencia y Acción;

Teilgenommen haben außerdem die Europäische Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte/European Association for the Defence of Human



Rights/Association Européenne pour la Défense des Droits de l'Homme (AE-DH), die Europäische Feministische Initiative/European Feminist Initiative, die Liga für Menschenrechte (Frankreich), Fédération syndicale unitaire (FSU, Frankreich) und GewerkschafterInnen aus verschiedenen Ländern.

*Unsere gemeinsamen Schlussfolgerungen sind folgende:* Diese Konferenz zeigte die Dringlichkeit der Lage: Sie fand zum Zeitpunkt einer Verschärfung der Krise des Euro und der EU, im Rahmen einer allgemeinen Krise des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus statt. Europa, dessen Grundlagen erschüttert wurden, befindet sich in einer Sackgasse. Mit dem Euro-Pakt-Plus wurde ein neuer Schritt in Richtung der Vertiefung der Krise der Gesellschaft und der Demokratie gesetzt. Auch ökologische Anliegen können in diesem Kontext nicht gelöst werden.

## **Europa befindet sich am Scheideweg – seine Legitimität schwindet**

Mehr als je zuvor liegt der einzige Ausweg aus der Krise im Widerstand und im Kampf gegen den Euro-Pakt-Plus, die neue europäische wirtschaftspolitische Steuerung (European Economic Governance), die Allgegenwärtigkeit der Sparprogramme und den Druck durch Staatsverschuldung. Er liegt in einer Veränderung Europas zu einem Kontinent der Zusammenarbeit und Solidarität. Wir müssen in Europa gemeinsam handeln, um den Spaltungen, dem Nationalismus und den Ressentiments zu begegnen, die nur die populistischen und rechtsgerichteten Tendenzen begünstigen, die sich gegenwärtig immer mehr verstärken. Dabei müssen wir die europäischen Themen mit unseren innenpolitischen Kämpfen verbinden und überall verdeutlichen, wo unsere gemeinsamen Ziele liegen.

## **Die soziale und politische Auseinandersetzung hat sich verschärft**

Für die Lohnabhängigen, RentnerInnen und prekär Beschäftigten, für junge Menschen, MigrantInnen und die Ärmsten in der Gesellschaft und alle jene, die von Armut bedroht sind, verschlimmert sich die Lage immer mehr. Überall sind Frauen am stärksten betroffen. Wir unterstützen die Bewegungen der „Empörten“, die in mehreren europäischen Ländern für „eine wirkliche Demokratie“ eintreten und uns neuen Mut machen.

## **Gemeinsame Forderungen, die uns mobilisieren**

Wir stellen fest, dass viele Kämpfe in dieselbe Richtung führen und die Forderung nach gleichen Rechten auf hohem Niveau beinhalten. In dieser Atmosphäre der Entrüstung bestehen viele Übereinstimmungen zwischen sozialen

und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, GewerkschafterInnen sowie sozialen und politischen AktivistInnen.

- Die Antwort auf Probleme, die in Europa ihren Ursprung haben, ebenso wie die Antwort auf akute Schwierigkeiten in einzelnen Ländern muss eine gesamteuropäische und gemeinsame sein.
- Ziel der ökonomischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene muss es sein, die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse sicherzustellen. Die Architektur des Euro, der Institutionen, der europäischen Verträge und Abkommen muss entsprechend geändert werden, um dies zu gewährleisten.
- Die öffentlichen Schulden müssen reduziert werden: durch neue Einnahmen, durch eine Senkung der von Staaten und Gemeinden zu bezahlenden Zinssätze; durch eine Verringerung der Transferzahlungen an die Kreditgeber, durch Maßnahmen zur Streichung unrechtmäßiger Anteile der Schulden mittels öffentlicher Audits durch die BürgerInnen, wodurch die Bestrafung von Spekulanten und der Schutz einfacher Spareinlagen und Pensionen sichergestellt werden könnten.
- Neue öffentliche Besteuerungssysteme müssen eingerichtet werden, z.B. müssen ein gerechteres und gleichberechtigteres Steuersystem geschaffen, das Steuerdumping beendet, die Besteuerung der Einnahmen aus Kapital- und Finanztransfers sichergestellt und inakzeptable Ausgaben, z.B. Militärausgaben, reduziert werden.
- Vielfältige politische Maßnahmen müssen dazu beitragen, eine radikalere Umverteilung des Reichtums zu organisieren, um die sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu verringern.
- Banken und andere Finanzinstitutionen müssen strenger reguliert werden: mit Maßnahmen öffentlicher Aneignung der nötigen Instrumentarien durch die Gesellschaft, damit eine neue Form der sozialen und ökologischen Entwicklung unterstützt wird. Die restriktive Politik der EZB muss beendet werden.
- Es ist wichtig, eine Perspektive sozialer Konvergenz auf hohem Niveau zu eröffnen, und die Abwärtsspirale des Sozialdumpings, des Abbaus sozialer Schutz- und Pensionssysteme und die zunehmenden Prekarisierung zu stoppen.
- Eine an hohen Standards orientierte Angleichung der Einkommen ist nötig: die Einführung eines europäischen Mindestlohns auf der Grundlage des Durchschnittseinkommens jedes Landes, um sozialem und Lohndumping zu begegnen. Die sozialen Mindeststandards müssen sich am Mindesteinkommen orientieren. Als Sofortmaßnahme gegen sozialen Ausschluss muss festgelegt werden, dass kein Einkommen die Armutsgrenze unterschreiten darf. Frauen, die am meisten von Niedriglöhnen betroffen sind, haben ein besonderes Interesse an einem solchen Richtungswechsel.

- Um der Verarmung weiterer Teile der Bevölkerung entgegenzutreten, muss das Konzept der sozialen Sicherheit erweitert werden, sodass alle Menschen darin eingebunden werden.
- Die besonders hart von der Krise betroffenen Menschen, die in Polen, Ungarn, Rumänien und anderen europäischen Ländern durch Verschuldung davon bedroht sind, dass sie aus ihren Wohnungen vertrieben werden, müssen Unterstützung und ein durchsetzbares Wohnrecht erhalten.
- EU-Subventionen, die insbesondere den Ländern Osteuropas gewährt werden, dürfen in keinem Fall zu einer Erhöhung der Schulden der lokalen Gemeinden führen. Es muss verboten werden, dass das Vermögen der Gemeinden für Kredite und Obligationen verpfändet wird.
- Die EU-Migrationspolitik muss sich radikal dahingehend ändern, dass die sozialen und Menschenrechte von MigrantInnen respektiert und Zusammenarbeit und Solidarität gefördert werden.
- Die öffentlichen Dienste in der EU müssen bewahrt und entwickelt werden, damit den Grundsätzen von Gleichheit, Solidarität und Bildung für alle Rechnung getragen werden kann. Forschungsprojekte müssen der Gesellschaft und der Herausbildung eines neuen Modus gesellschaftlicher und ökologischer Entwicklung dienen. Das ist ein grundlegendes Ziel, das gewährleisten soll, dass soziale Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeit verbleiben und sich nicht zu Lasten der Frauen als unbezahlte häusliche Tätigkeit oder unterbezahlte Lohnarbeit auswirken.
- Mehr als je zuvor erfordern ökologische und soziale Belange die Kontrolle ökonomischer Entscheidungen durch die demokratische Öffentlichkeit. Eine Entwicklung in Richtung einer anderen Art des Wirtschaftens ist auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene erforderlich.
- In Europa befindet sich die Demokratie auf dem Rückzug; sie muss verteidigt und stärker zur Wirklichkeit werden, so wie es die BürgerInnen in ganz Europa fordern. Die Mobilisierungen in Europa müssen intensiviert und stärker zusammengeführt werden, um einen radikalen Wandel in Europa zu erreichen. Dies ist die dringlichste Aufgabe. Die Konferenz erklärt sich solidarisch mit allen Bewegungen, die sich den Sparprogrammen und Schuldenlasten widersetzen und für eine wahrhafte Demokratie eintreten.

Mehrere Initiativen zur Entwicklung und Erweiterung der Bewegungen sind bereits in Vorbereitung.

Weitere Schritte werden noch diskutiert:

- die Wege, auf denen gegen den Euro-Pakt-Plus und das Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung Widerstand geleistet werden kann, mittels einer Vervielfachung von Initiativen und Informations- und Aufklärungskampagnen,

- die Durchführung öffentlicher Anhörungen bzgl. der Staatsschulden in verschiedenen Ländern, gefolgt von einem europaweiten Treffen, um die Ergebnisse zusammenzuführen und gemeinsame Strategien zur Tilgung der unrechtmäßigen Schulden der europäischen Staaten zu erarbeiten,
- eine Vielzahl an Aktionen am 23. und 24. Juni während des Treffens des Europäischen Rates zum „Economic Governance“-Paket,
- Berichterstattung über die Arbeiten der Konferenz im Europäischen Sozialforumsprozess, von dem diese Initiative ausging,
- ein Beschluss zur Schaffung eines offenen und der Mobilisierung dienenden Netzwerks, das dem Thema „Schulden und Sparprogramme“ gewidmet ist und zum Ziel hat, Analysen, Gemeinsamkeiten und Initiativen zu erarbeiten.

Einige Fragen blieben in der Diskussion offen, insbesondere ein Vorschlag, der von griechischen TeilnehmerInnen eingebracht wurde: Sollen wir versuchen, eine „gemeinsame Front von Gewerkschaften, Bewegungen und politischen Kräften“ zu organisieren, die gemeinsame Ziele verfolgen, oder sollen wir den Weg eines „BürgerInnen-Pakts“ zum Aufbau eines neuen Europa einschlagen?

## **AnsprechpartnerInnen**

Verveine Angeli – [angeli@solidaires.org](mailto:angeli@solidaires.org)

Elisabeth Gauthier – [elgauthi@internatif.org](mailto:elgauthi@internatif.org)

Christine Vanden Daelen – [christine@cadtm.org](mailto:christine@cadtm.org)

Dieses Dokument wurde in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch veröffentlicht:  
<http://openfsm.net/projects/austerity-debt-and-social-destruction-in-europe/summary>

# Eine offene historische Situation

## Konfliktlinien – Szenarien – Eingriffsmöglichkeiten<sup>1</sup>

Institut für Gesellschaftsanalyse

### Politik in Zeiten der organischen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus

Die Grundannahme, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/09 Teil der organischen Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus ist, hat sich bestätigt.<sup>2</sup> Die Kette von immer neuen Krisen, der ständige Wechsel taktischer Maßnahmen, die Kakophonie der Positionen gerade auch aus dem herrschenden Lager, die Unfähigkeit, eine langfristige Lösung durchzusetzen, sind nicht zufällig. Es alles sind Merkmale einer langanhaltenden organischen Krise (Antonio Gramsci). Die lange Depression der 1870er bis 1890er-Jahre, die Große Depression nach 1929 bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die Umbrüche vom „Goldenen“ Nachkriegskapitalismus waren solche langen organischen Krisen, in denen ein Typ von Kapitalismus an seine Grenzen stieß und ein Kampf entbrannte, welcher Weg einzuschlagen war. Die Einheit des herrschenden Blocks brach auf, da ein Weiter-So unmöglich wurde. Große soziale Gruppen suchten nach Alternativen – teils im Kapitalismus, teils über ihn hinaus.

Eine solche organische Krise umfasst die gesamte Periode des Übergangs von einer Akkumulations- und Regulationsweise des Kapitalismus zu einer anderen. Sie ist durch scharfe ökonomische Einbrüche und harte politische Konflikte gekennzeichnet. In dieser Periode wechseln sich Einzelkrisen und Phasen partieller Stabilisierung oder sogar des Aufschwungs ab. Es ist keine Periode des Niedergangs, sondern des Umbruchs, wo die alte Form der Entwicklung

noch nicht abgestorben ist und die neue sich noch nicht auf eigener Grundlage entfaltet hat. Sie birgt ungeheure Gefahren und auch große Chancen. Es kann versucht werden, die Krise durch imperiale Politik nach außen zu wenden oder durch soziale Reformen in eine neue Form innerer Entwicklung zu verwandeln. Es hat autoritäre und faschistische Formen der Bearbeitung solcher Krisen gegeben, aber auch die der Demokratisierung und des Sozialstaats.

Die langfristige strategische Situation ist dadurch geprägt, dass die Linke innerhalb einer organischen Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus agieren muss. Damit stehen seit langem wieder zum ersten Mal Richtungsentscheidungen auf der Tagesordnung – von oben wie von unten.

### **Die ersten beiden Phasen der Krise und die wirtschaftlichen Perspektiven**

Die erste Welle der Bearbeitung der Krise war durch starke korporatistische Elemente, eine relativ enge internationale Kooperation und einen ausgeprägten Staatsinterventionismus gekennzeichnet. Es wurden Nachfragesteigerung (Abwrackprämie), Beschäftigungssicherung (Kurzarbeiterregelung) und Stärkung von Finanz- und Produktionsbereich miteinander verbunden. Ziel war die kurzfristige Stabilisierung um jeden Preis. Dies ist den Herrschenden weitgehend gelungen, gerade in Deutschland.

Aber die Folgen dieses „erfolgreichen Krisenkorporatismus“ sind fatal. Die Finanzmärkte wurden in ihrer bestimmenden Stellung nicht angetastet, Rating-Agenturen und IWF haben einen Wieder-Aufstieg an die Macht geschafft. Die deutsche Regierung ist dabei zum wichtigsten Zentrum und Agenten neoliberaler „Konsolidierung“ innerhalb der EU geworden. Europaweit werden Austeritätspolitiken durchgesetzt – ein autoritärer Neoliberalismus. Es wurde eine paradoxe Politik verfolgt, die genau jene Kräfte und Institutionen stärkte, die ursächlich für die Krise verantwortlich sind. In der Krise wurden die Kräfteverhältnisse noch einmal deutlich zugunsten der Träger des Finanzmarkt-Kapitalismus verschoben. Zudem wurden gerade in der Europäischen Union die institutionellen Zwänge einer neoliberalen Politik verstärkt.

Die erste Krise in der Krise und die erste Welle der Krisenbearbeitung haben für die verschiedenen Länder und Regionen sehr unterschiedliche Folgen. Jene Länder, die ihr Wachstum der vergangenen Jahre im besonderen Maße Verschuldung und Spekulation verdanken, sind besonders betroffen. Dazu gehören die USA und in der EU vor allem Spanien, Irland, Griechenland usw. Länder und Regionen dagegen, die spiegelbildlich durch den Ausbau ihrer Exportfähigkeit zu globalen und europäischen Gläubigern des Schuldenkapitalismus wurden (China, Deutschland, Japan, die Schweiz, eine Reihe von Schwellenländern), sind die relativen „Gewinner“, deren Gewinn aber mit der Stabilität der „Verlierer“ steht und fällt. So ist der Aufschwung in Deutschland ganz offensichtlich abhängig von der Sicherung der Nachfrage im Euroraum,

den USA und China. Zugleich erlauben es diese gegenwärtigen „Gewinne“, die (offizielle) Arbeitslosigkeit zu senken. Es sind starke innereuropäische Gegensätze entstanden, die die Linke bisher nicht solidarisch bearbeiten kann.

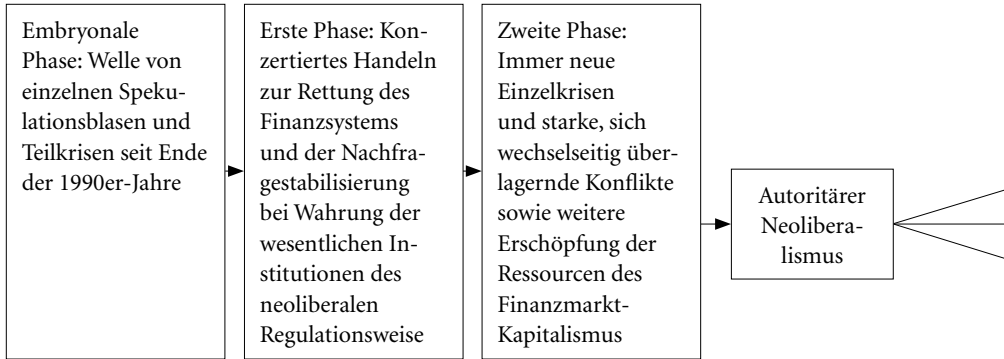
In Europa setzen Finanzmärkte, IWF und die Regierung Merkel (zusammen mit den skandinavischen, der niederländischen und österreichischen Regierungen) gleichgerichtet auf eine Radikalisierung austeritätspolitischer Maßnahmen, also massive Kürzungen und nicht zuletzt weitgehende Privatisierungen. Sofern überhaupt Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmeseite enthalten sind, handelt es sich überwiegend um Mehrwertsteuererhöhungen. Dies hat zahlreiche Proteste von Griechenland über Spanien bis Großbritannien motiviert, die jedoch bislang folgenlos blieben.

Der unmittelbare Erfolg neoliberaler Krisenpolitiken hat die Grundlage der heutigen zweiten Phase der Krise geschaffen. In dieser Situation sind drei unterschiedliche ökonomische Szenarien zu erwarten:

- a) Möglich ist, dass die globale Nachfrage trotz Rückgang keinen tiefen Einbruch erleidet. In diesem Fall könnten deutsche Exporterfolge auf kleinerer Flamme weiterhin das Wachstum in Deutschland gewährleisten, ohne dass ein Wechsel des Modells notwendig würde. Allenfalls werden kleine und graduelle Änderungen in Richtung Energiewende und ökologische Modernisierung unternommen.
- b) Denkbar ist auch, dass die Konjunktur stagniert (gar Stagflation) und sich ein langfristiger Trend zum Null-Wachstum stabilisiert. Dies würde, um Wirtschaft, Sozialsysteme und Staatshaushalte zu sichern, härteste Verteilungskonflikte um Steuern, soziale Leistungen, Löhne und Arbeitsstandards sowie ökologische Maßnahmen mit sich bringen.
- c) Relativ wahrscheinlich halten wir angesichts der vielfältigen Ungleichgewichte und der sich wieder aufbauenden finanziellen Überakkumulation einen weiteren tiefen Finanz- und Wirtschaftscrash. Große Krisen und entsprechende Transformationen auch innerhalb des Kapitalismus verlaufen in einer Reihe von Brüchen und ziehen sich über Jahre hin.

Es ist zu erwarten, dass die Schuldenkrise weiter schwelt und Konflikte um weitere, milliarden schwere Rettungspakete und soziale Kürzungen das politische Klima in Europa (und den USA) prägen werden. Bei einer erneuten Finanz- und Wirtschaftskrise ist fraglich, ob es den beteiligten Staaten gelingen wird, wieder mehrere Billionen Dollar oder Euro zu mobilisieren, um eine Depression zu verhindern. Ein Aufflammen der Konflikte um eine Regulierung der Finanzmärkte und die Kosten der Krise dürfte unvermeidlich sein. Alles dies wird die dritte Phase der Krise vorbereiten, in der dann die langfristigen Weichen gestellt werden (Grafik). Die Linke muss sich auf eine Situation hoher Unsicherheit, auf scharfe Angriffe und Repression und schnelle Veränderungen der taktischen Lage einstellen.

## Grafik: Die organische Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus, bisherige Phasen und Szenarien der Bearbeitung



1998–2007

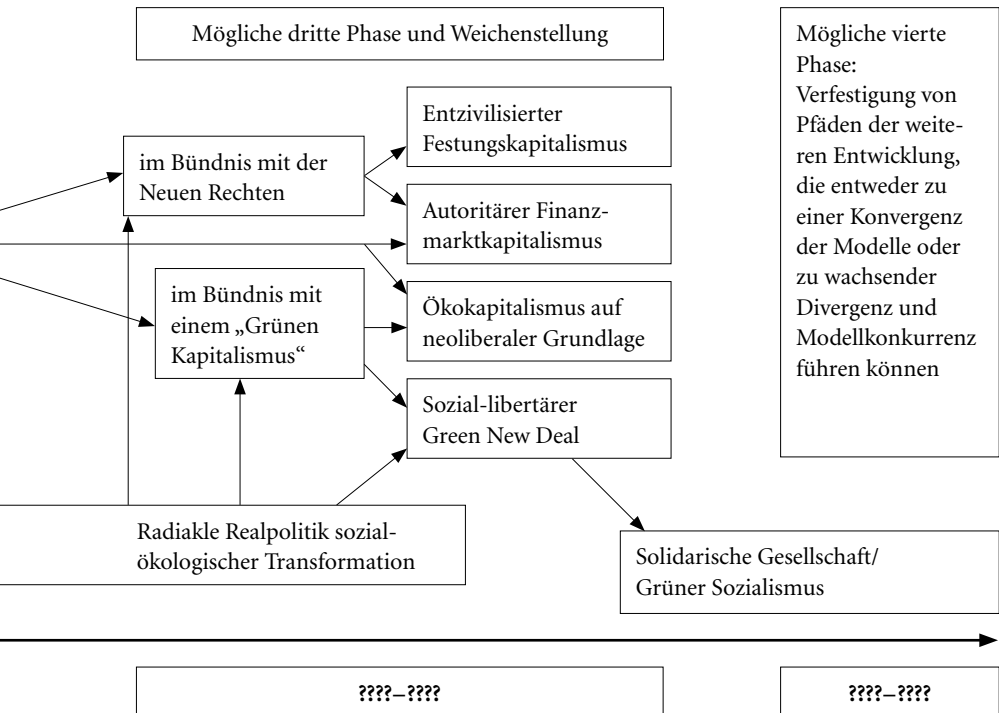
2008–2010

2011–????

## Die strategischen Ansätze im herrschenden Block

Das reale Krisenmanagement ist situativ, machtbezogen und auf schnelle Lösungen innerhalb des neoliberalen Rahmens orientiert. Aufgrund der Tatsache, dass die Krisenursachen fortbestehen, die Fähigkeit zu einer korporatistischen, durch Staatsverschuldung finanzierten Bearbeitung aber deutlich geringer geworden sind, muss mittelfristig davon ausgegangen werden, dass innerhalb des herrschenden Blocks wie von außen (durch die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, linke politischen Parteien) die Strategie des autoritären Neoliberalismus in Frage gestellt wird. Soweit das Weiter-So nicht erfolgreich ist, ist entweder die engere Verbindung von autoritärem Neoliberalismus und Neuer Rechter oder mit einer grün-kapitalistischen Modernisierung am wahrscheinlichsten. Beide Pfade können sich wechselseitig stützen.





### Strategie des autoritären Neoliberalismus (Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage)

Die herrschenden Kreise versuchen gegenwärtig, die Bedrohungen der Stabilität nicht durch Umbau, sondern innerhalb der gegebenen Strukturen abzubauen. Es handelt sich um eine Restauration eines autoritären Neoliberalismus, indem der Krise (wie in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen begegnet wird: Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, Entdemokratisierung. Zwar bleiben in Deutschland wesentliche soziale Leistungen erhalten, werden jedoch noch selektiver und repressiver zugeschnitten. Kombiniert mit marginalen sozialen Teilverbesserungen und symbolischen Zugeständnissen tritt der Zwang offener hinter dem bröckelnden Konsens hervor. International wird eine Klassenpolitik zugunsten der Vermögenden und der exportorientierten transnationalen Konzerne betrieben.

Die Stärke dieser Strategie der Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage ist die tiefe Verankerung in den ökonomischen und politischen Machteliten und ideologischen Apparaten sowie in den Institutionen. Solange die Herrschaft selbst nicht direkt bedroht ist, wird es keinen starken Angriff auf diese Position aus dem Machtblock heraus selbst geben. Deshalb dominiert ein Weiter-So, das sich zunehmend autoritärer und repressiver Mittel bedienen muss.

Die Schwäche dieser Strategie ist, dass sie erstens genau jene Schubkraft des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes zumindest teilweise beschneiden muss, die bisher dem Neoliberalismus zugrunde lag. Weder kann sie noch nennenswert weitere Ressourcen durch deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung noch durch die Verschuldung der unteren Klassen aktivieren. Zweitens hat sie aber auch keine stabile Massenbasis, da sie immer breiteren Kreisen in der Bevölkerung immer weniger zu bieten hat. Daher wenden sich viele der Neuen Rechten zu.

### **Die Neue Rechte (Richtungskonstanz auf verengter Grundlage)**

In den USA und vielen Ländern der Europäischen Union entsteht eine Neue Rechte, die die Interessen und die Wertvorstellungen insbesondere der bedrohten Mittelschichten von Lohnabhängigen und Selbständigen mit den Werten von Leistung, Ordnung, Anerkennung aufgreift und in das Projekt einer Verteidigung der eigenen Privilegien, des eigenen Standorts, der eigenen Kultur auf der Grundlage des Neoliberalismus einfügt. Den subalternen Gruppen wird Teilhabe an einem solchen Projekt angeboten. Zugleich werden Bürger- und Menschenrechte eingeschränkt, Teilen der Gesellschaft ganz verwehrt („Illegale“, „Kriminelle“, „Terroristen“, „Islamisten“ usw.), wird die Entzivilisierung vorangetrieben. Es kommt zum Aufbau von „Festungs-Gesellschaften“ mit totalitären Elementen. Ab- und Ausgrenzung in der Gesellschaft und nach außen, Konzentration auf kurzfristige „nationale Interessen“, eine selektive Verbindung von Protektionismus und offenem Kapitalverkehr sind Elemente dieses Projekts. In der EU würde die Verfolgung dieser Strategie mit einer weiteren Spaltung in ein Kerneuropa und eine Peripherie verbunden sein. Die Abschottung an den Außengrenzen würde noch drastischer werden. Für die Eliten des Finanzmarkt-Kapitalismus sichert diese Strategie zwar eine Massenbasis in ihren Zentren und erlaubt es, vor allem die eigene regionale Machtstellung zu stärken. Dies erfolgt aber auf einer bornierten und sogar schrumpfenden Grundlage und erschließt keine neuen Akkumulationsfelder. Deshalb wird auch der Übergang zu einem „Grünen Kapitalismus“ geprüft.

## **Der „Grüne Kapitalismus“ (Richtungsveränderung auf modifizierter Grundlage)**

Schon seit längerem sind die ökologische Modernisierung und der Ausbau der regenerativen Energien Optionen der Erneuerung der technologischen Grundlagen und der Erschließung neuer Akkumulationsquellen. Die Revolution der Informations- und Kommunikationsverarbeitung sowie des Transports in den letzten dreißig Jahren soll mit einer Revolution in der Energieproduktion und der stofflichen Grundlagen verbunden werden. Die bürgerlich-kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft werden weiter entwickelt („revolutioniert“) und zugleich werden die Herrschaftsstrukturen aufrecht erhalten. Die Subalternen bleiben weitgehend passive Objekte dieser Entwicklung. Bestimmte Interessen werden herrschaftsförmig integriert. Teile der Führungsgruppen protestierender Bewegungen werden inkorporiert.

Eine solche Strategie verlangt eine Modifikation der Regulationsweise. Die massive Ausweitung von Akkumulation in den Feldern einer ökologischen Modernisierung ist nur möglich, wenn es zu verbindlichen und durchsetzbaren politischen Vorgaben kommt, langfristige Investitions- und Förderprogramme Anreize schaffen und Sicherheit geben sowie eine gezielte Nachfragepolitik in diesen Bereichen geschaffen wird. Öko-Keynesianische Elemente der Makrosteuerung sollen mit neoliberaler Regulierung, Ausweitung der Verwertungsbereiche verbunden werden. Der Grüne Kapitalismus ist zugleich Fortsetzung des Neoliberalismus und Bruch. Die Fortführung und Intensivierung einer „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey) im Bereich natürlicher Ressourcen bis hin zu Landgrabbing oder die Individualisierung von Umweltproblemen (der „aufgeklärte Konsument“) zeugen ebenso von Kontinuitäten wie der Emissionshandel mit seiner Ausweitung der Marktlogik auf die Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Es wird nicht nur eine begrenzte Finanzmarktregulierung angestrebt, vielmehr werden neue Instrumente entwickelt.

Die Stärke dieser Strategie liegt in den Feldern einer neuen Industriepolitik. Sie kann vor allem von exportorientierten Ländern mit einem hohen Anteil von Investitionsgütern (Deutschland, Japan, zunehmend auch China) kapitalisiert werden, setzt dafür aber andere Länder unter zusätzlichen Druck. Sie schafft für die marktorientierten Teile der Mittelschichten neue Betätigungsfelder und bedroht zugleich traditionelle Industrien, ohne hinreichende Alternativen anzubieten. Sie ist weitgehend anschlussfähig an den Neoliberalismus und verlangt nur Modifikationen der gegebenen Institutionen, eine Anpassung der herrschenden Akteure (so zum Beispiel der Energiekonzerne) sowie die Integration neuer Gruppen. Der Grüne Kapitalismus ist ein „Bastard-Kapitalismus“, der in der Akkumulations- und Regulationsweise stark gegensätzliche Züge kombiniert. Diese Schwäche des Projekts des Grünen Kapitalismus eröffnet Anknüpfungspunkte für einen sozial-libertären Green New Deal.

## Strategien der Suche nach (Aus-)Wegen in der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus

	<b>Autoritärer Neoliberalismus</b>	<b>Neue Rechte</b>	
<b>Leitidee</b>	Marktradikalismus	Standortverteidigung	
<b>Soziale Träger</b>	Bewahrung der grundlegenden Institutionen und Machtstruktur im herrschenden Block	Ethnisch-kulturell begründete Integration eines Teils der unteren sozialen Schichten bei gleichzeitiger verschärfter sozialer und politischer Spaltung und Ausgrenzung	
<b>Produktions- und Lebensweise</b>	Fortsetzung der fossilistischen Lebensweise	Fortsetzung der fossilistischen Lebensweise oder partiell auch grüne Autarkie	
<b>Erschließung neuer Entwicklungsfelder</b>	nein	negativ	
<b>Regulationsweise</b>	Primat marktförmiger Regulation und Ausrichtung der staatlichen Intervention an offenen Märkten und freiem Kapitalverkehr sowie Schutz der (Finanz-)Investoren	Verbindung von Marktregulation und autoritärer Intervention zum Schutz von Standorten und korporativen Interessen (neuer Protektionismus)	
<b>Haltung zur EU und zum internationalen System</b>	Fortsetzung der Empire-Politik und einer neoliberalen Integration der EU	Kooperation und Konflikt von regionalen Blöcken; Institutionalisierung der Spaltung zwischen „Kern-europa“ und „Peripherie“ (imperialistisch)	
	Alter Block an der Macht, passive Hinnahme und wachsende Desintegration	Rechtspopulistische Erweiterung und Veränderung des herrschenden Blocks	

### Sozial-libertärer Green New Deal (Richtungswechsel auf neuer Grundlage)

Diese Strategie der Zähmung und Einbindung des Kapitals durch ökologisch orientierte Fraktionen der Mittelklasse beinhaltet eine konsequente sozial-

	<b>Grüner Kapitalismus</b>	<b>Green New Deal</b>
	marktbasierte Lösung der ökologischen Frage	sozial-ökologische Marktwirtschaft mit starker öffentlicher Steuerung
	Aufstiegschancen neuer Mittelschichten und eines modernisierten Unternehmertums und zusätzliche Legitimation durch Nachhaltigkeit	Ausbau der sozialen Basis durch breite Integration und Schaffung neuer Legitimation in den mittleren und unteren Gruppen, konzentriert um die ökologische Modernisierung
	Ökologische Modernisierung als eingeschränkter neuer Wachstumspfad	Sozialökologische Modernisierung als umfassender neuer Wachstumspfad
	begrenzt	relativ umfassend
	Verbindung von Markregulation und staatlichen Strukturprogrammen sowie Einschränkung der Finanzmarktregulation	Sozial-liberaler keynesianischer Reformismus auf der Grundlage umfassender öko- und sozialstaatlicher Programme
	Erneuerung und Erweiterung der Empire-Politik auf der Grundlage der Projekte marktwirtschaftlich-ökologischer Modernisierung	Verbindung von erweiterter Empire-Politik mit globalen Marshall-Plänen und verstärkter Verbindung von gemeinsamer Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU (hegemoniale Kooperation)
	Modernisierung des herrschenden Blocks und Integration von innovativen Gruppen	Neokorporatistisches Bündnis von Akteuren der ökologischen Modernisierung und sozialstaatlichen Akteure

ökologische Transformation und geht mit einer massiven Kapitalvernichtung einher. Letzteres betrifft die mächtigsten Kapitalfraktionen: die fossilistischen Konzerne vom Öl bis zum Auto. Diese Fraktionen sind aber nicht einheitlich, da v.a. die großen Energie-, Chemie oder eben Autokonzerne selbst zu

den größten GreenTech-Investoren gehören. Eine „kontrollierte“ Entwertung und Vernichtung des alten fixen Kapitals wird aber extrem schwierig.

Für eine solche neue Akkumulations- und Regulationsweise sind gegenwärtig die machtpolitischen Voraussetzungen noch nicht gegeben, auch wenn wichtige konzeptionelle Grundlagen entstanden sind und einflussreiche Gruppen aufgeklärter Eliten diese Option fördern. Es bedürfte umfassender Lernprozesse in Teilen der herrschenden Eliten sowie starker handlungsfähiger Gegenkräfte mit klaren Zielvorstellung und einem hohen Kooperationsvermögen, um dieser Option zum Durchbruch zu verhelfen. Innerhalb des herrschenden Blocks würden die Finanzmarkt-Eliten drastisch an Einfluss verlieren, während sich andere Kräfte neu ausrichten müssten. Von den Gewerkschaften und linken Kräften verlangt dies die Verbindung von klarer unmittelbarer Interessenverteidigung mit Konversionsstrategien.

Anders als nach 1945 kann keine dauerhafte Spirale von wachsendem Bruttozialprodukt und Steigerung des privaten Konsums ausgelöst werden. Es muss sich vor allem der Anteil der öffentlichen Ausgaben bzw. der Ausgaben, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, deutlich erhöhen. Der beabsichtigte Strukturwandel verlangt tiefe Eingriffe in die privaten Verfügungsrechte. Eine wirkliche Ökologisierung ist nicht möglich, wenn die Erwerbs- und Konsumzentrierung und der Wachstumszwang sowie die Profitdominanz nicht überwunden werden. Ein Green New Deal kann kein alter New Deal mit grünem Vorzeichen sein, sondern stellt die Grundstrukturen des Kapitalismus selbst in Frage oder er wird in einen tiefen Gegensatz zur notwendigen ökologischen Wende geraten.

### **Die Linke muss mit einem eigenen strategischen Ansatz antworten: Umverteilung ist der Ausgangspunkt, Umgestaltung das Ziel**

Radikale Realpolitik sozialökologischer Transformation in den Zeiten der Krise verlangt die Doppelstrategie von Entwicklung eigener Ansätze auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft und einem demokratischen grünen Sozialismus sowie das Einbringen solcher Ansätze in die aktuellen Kämpfe. Dazu ist die Frage der Verbindung von Umbau und Umgestaltung von links zu besetzen.

Es gibt berechtigte Kritik an vielen Vorstellungen von Umverteilung. Aber das Gegenteil von falsch ist nicht richtig. Eine falsche Umverteilungspolitik widerlegt nicht die These: Umverteilung ist die Voraussetzung jeder progressiven Strukturveränderung. Und dies, wie noch zeigen sein wird, aus vielen Gründen. Man kann es auch anders formulieren: Umverteilung ist der Ausgangspunkt linker Politik. Eine sozialökologische Transformation das Ziel. Umverteilung ist das Alpha, solidarische Transformation das Omega! Und wenn von Umverteilung gesprochen wird, dann meint dies Einkommen und

Vermögen, Macht und Eigentum, und es geht um die Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu öffentlich.

Eine Politik, die auf Gerechtigkeit und Innovation, Gerechtigkeit und sozialökologischen Umbau glaubhaft zu verbinden sucht, kann unter den Bedingungen hochentwickelter Länder nicht auf systematische und langfristige Umverteilung verzichten. Und diese Umverteilung kann nicht das Resultat des Umbaus sein und der Erneuerung, geschweige denn des Wachstums, sondern ist dessen Voraussetzung. Nach allen Erfahrungen muss deshalb eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Solidarität auf Bundesebene, dort wo die Verhältnissen überhaupt wirksam beeinflusst werden können, die Umverteilung zum Ausgangspunkt für den Einstieg in eine andere Politik nehmen, will sie nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren. Es sind Projekte der sozialen Umverteilung, der sozialökologischen Umgestaltung, der Demokratisierung und globaler Solidarität und Friedenssicherung.

### Linke Projekte in der Diskussion

<p><b>gerecht um-verteilen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Vermögensabgabe und zehnjährige Sondersteuer auf private Vermögen oberhalb von einer Millionen Euro</li> <li>● Anhebung der Spitzensteuersätze auf 55 %</li> <li>● Erhöhung der Bemessungsgrenzen bis hin zur Einführung des Prinzips einer BürgerInnenversicherung in den sozialen Sicherungssystemen</li> <li>● Mindestlöhne, die Einkommen deutlich über der Sozialhilfe sichern, und Ausweitung der Bindungskraft der Tariflöhne</li> <li>● genereller Übergang zur Entgeltfreiheit für Bildung, Gesundheitsleistungen, Pflege und den öffentlichen Personennahverkehr und besondere Förderung sozial Schwächerer</li> <li>● schrittweiser Übergang zur 30-Stunden-Woche und Sicherung von Vollbeschäftigung</li> <li>● Pflicht zur Bildung von Betriebsräten in Betrieben ab 50 MitarbeiterInnen und Vetorecht von Belegschaften bei Grundentscheidungen über Standort und Arbeitsplatzsicherung</li> <li>● Übergang zu einem öffentlichen Bank- und Finanzsystem; Entflechtung der Monopole im Energiebereich und dem Bereich der Infrastrukturen bzw. ihre Überführung in öffentliches Eigentum</li> </ul>
<p><b>sozial-ökologisch um-gestalten</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Übergang zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung und Aufbau eines breiten Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung im Reproduktionssektor</li> <li>● Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten und Geschlechterdemokratie</li> <li>● Ablösung der Zweiklassensysteme im Gesundheits- und Pflegebereich und Übergang zu einheitlichen solidarischen Sicherungssystemen unter Einbeziehung aller privaten Einkommensarten</li> </ul>

<b>sozial- öko- logisch um- gestalten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Rekommunalisierung der Stadtwerke und Umbau hin zu ökologischen Versorgern (erneuerbare Energien als Hauptquelle, ökologische Sanierung von Wohnraum, Verkehr, Dienstleistungen) sowie Förderung von genossenschaftlicher Selbstorganisation in diesem Bereich</li> <li>● Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (perspektivisch entgeltfrei), fahrradfreundlicher Kommunen und des Verkehrs auf der Schiene bei gleichzeitigem Zurückbau des Verkehrs auf den Straßen und in der Luft</li> <li>● Primat biologischer regionaler Versorgung mit Lebensmitteln</li> </ul>
<b>demo- kratisch um- steuern</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Durchsetzung einer qualifizierten Mitbestimmung von Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträten auf allen Ebenen und der Vetorechte von Beschäftigten bei Grundentscheidungen gewinnträchtiger Unternehmen, die Arbeit und Standorte betreffen</li> <li>● Stärkung von Elementen direkter Demokratie von der kommunalen bis auf die Ebene der EU</li> <li>● Einführung einer „dritten Stimme“ bei Wahlen, die über die finanzielle Unterstützung von Strukturen der Zivilgesellschaft entscheidet</li> <li>● Einführung von partizipatorischen BürgerInnenhaushalten bis hin zur europäischen Ebene</li> <li>● Umfassende Transparenz bei öffentlichen Entscheidungen über die Vergabe von Aufträgen, die Erarbeitung von Gesetzen; Stärkung der Mitwirkungsrechte der Zivilgesellschaft in diesen Bereichen</li> </ul>
<b>umfas- send Frieden sichern und Solidari- tät üben</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Konversion der Rüstungsindustrie</li> <li>● Schaffung entmilitarisierter Zonen in Europa und mit seinen Nachbarn</li> <li>● Ausbau der Organisation für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in eine wirksame Struktur der Konfliktprävention und zivilen Regulation und Schritte zur Auflösung der NATO</li> <li>● Erhöhung der Entwicklungshilfe (finanziell, technologisch, infrastrukturell, auf den Gebieten von Bildung, Gesundheit, ökologischem Strukturwandel usw.) auf fünf% des Bruttosozialprodukts mit dem Ziel der Sicherung des Zugangs jedes Menschen zu den Grundgütern eines freien Lebens auf der Basis einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise</li> </ul>

## Anmerkungen

- 1) An der Erarbeitung und Diskussion der Thesen, die diesem Artikel zugrundeliegen, haben mitgewirkt: Lutz Brangsch, Michael Brie, Mario Candeias, Erhard Crome, Judith Dellheim, Ralf Ehlert, Markus Euskirchen, Conny Hildebrandt, Christina Kaindl, Dieter Klein, Tadzio Müller, Rainer Rilling, Florian Wilde und Fanny Zeise. Das Thesenpapier selbst ist erschienen unter: Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte. Thesen des Instituts für Gesellschaftsanalyse, August 2011 ([www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/rls\\_papers/Papers\\_Organische\\_Krise\\_web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf)). Der Standpunkt selbst wird von Lutz Brangsch und Michael Brie verantwortet.
- 2) Siehe dazu: Institut für Gesellschaftsanalyse: Die Linke in der Krise. Strategische Herausforderungen. In: LuXemburg, Heft 1/2009 ([http://www.zeitschrift-luxemburg.de/wp-content/uploads/IFG\\_LUXEMBURG\\_1\\_2009.pdf](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/wp-content/uploads/IFG_LUXEMBURG_1_2009.pdf)).



# Crash as cash can. Krisen, Blasen, Spekulanten 1929 und heute

Fritz Weber

Im Herbst 2008 hat die Welt einen Finanzkrach erlebt, der die Finanzmärkte bis an den äußersten Rand des Zusammenbruchs brachte. Danach kehrte wieder Ruhe (genauer: organisierte Beruhigung) ein, bis ein anderes Thema für neue Unruhe zu sorgen vermag. Nun sind es die Staaten, die – weil sie (angeblich oder wirklich) „über ihre Verhältnisse gelebt“ und Schulden gemacht haben – auf der Anklagebank sitzen. Der Markt ist auf Bewährung freigesprochen. Er darf sich ungeniert um neue Felder der Spekulation, um Rohstoffe oder Nahrungsmittel, kümmern. Die Zeche aber sollen und werden – wie so oft – andere zahlen.

Dabei ist das Problem nicht neu: In den letzten 400 Jahren brach im Durchschnitt alle zehn Jahre eine Finanzkrise aus.<sup>1</sup> Auch im 20. Jahrhundert gehörten solche Störungen zur Normalität – mit Ausnahme der Zeit von 1945 bis 1971. Damals waren die Finanzmärkte weltweit streng reguliert.<sup>2</sup> Ab den 1980er Jahren wurden die Dämme beseitigt.<sup>3</sup>

Das Ergebnis ist wenig überraschend: Nach Recherchen des Internationalen Währungsfonds (IMF) waren in den zwei Jahrzehnten nach 1975 158 Währungs- und 54 Bankenkrisen (zumeist in Entwicklungs- und Schwellenländern) zu verzeichnen, die im Durchschnitt einen volkswirtschaftlichen Schaden von mehr als 8 % des BIP und im Fall von Bankenkrisen sogar von 11,5 % anrichteten<sup>4</sup>, in den USA, in Japan oder anderswo.

„Weltweit nahmen“, schreibt der deutsche Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe, „seit den 1980er-Jahren die Währungsturbulenzen zu (...). Das be-

reits aus dem 19. Jahrhundert bekannte Bild eines geradezu multiplen Krisengeschehens von konjunkturellen Krisen, spekulativen Übertreibungen sowie Währungs- und Verschuldungskrisen kehrte zurück.“<sup>5</sup>

## Parallelen zu 1929?

Oft wird die Frage aufgeworfen, ob es Parallelen zwischen der Weltwirtschaftskrise von 1929 und heute gibt. Die statistische Evidenz spricht dagegen, erfordert allerdings, die Ursachen genauer zu analysieren.

Die meisten Menschen denken bei der Nennung dieses Jahres an den Börsenkrach an der Wall Street im Oktober 1929. Das Platzen der spekulativen Aktienblase war aber nur der Auslöser der weltweiten Depression. Deren Ursachen sind in einer Vielzahl von strukturellen Verwerfungen der globalen Ökonomie zu suchen, die zum Teil mit dem ersten Weltkrieg zusammenhängen. Nur in den USA herrschte vor 1929 Hochkonjunktur; in Europa waren die zwanziger-Jahre weniger „golden“.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise brachte auch die verdeckten Probleme der europäischen Banken ans Tageslicht. Diese kulminierten in einer akuten Finanzkrise, die vom Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im Mai 1931 ihren Ausgang nahm und rasch auf Deutschland und Großbritannien übergriff und die Krise der Industrie weiter verschärfte.

Zum Unterschied von 2008 waren die Probleme der Banken damals nicht die Ursache, sondern die Folge der Industrieprobleme. Und die Macht des Finanzkapitals beruhte auf der engen Verbindung mit der Industrie, nicht – wie heute – auf der bewussten Separation von ihr.

Was 2008 geschah, war nach den Worten des nunmehr vielgeschmähten britischen Premierministers Gordon Brown das Ergebnis einer drei Jahrzehnte währenden Entwicklung, die man mit der wirtschaftspolitischen Dominanz des Neoliberalismus identifizieren kann.<sup>6</sup> Diese Ära des blinden Vertrauens in den Markt ist noch längst nicht vorüber. Der Kampf um die wirtschaftspolitische Hegemonie hat im Gegenteil erst begonnen; er hat bloß die Themen gewechselt. Inzwischen wird nicht mehr vom Versagen der Finanzmärkte und den waghalsigen Delikten der Banken und ihrer Manager gesprochen, sondern – siehe Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und bald vielleicht auch Frankreich – von der Schuld der Politiker und vom öffentlichen Schuldenmachen. Die Exzesse eines Kasinokapitalismus, der Wertpapiere erfand und durch den Finanz-Äther jagte, deren Gefährlichkeit von kaum jemandem begriffen wurde, können aber nicht vergessen gemacht werden. Sie sind die wahre Ursache auch der Staatsschuldenprobleme.

Während heute der eine Teil des Spekulationsrudels sich auf Rohstoffe, Edelmetalle und Nahrungsmittel wirft und ein gefährliches Potenzial an neu-

en Blasen aufhäuft, konzentriert der andere sich auf das Isolieren und Jagen von finanziellen „Schurkenstaaten“, die für kreditunwürdig erklärt werden. Dieselben Rating-Agenturen, die die legendären subprime mortgages, von denen der letzte Finanzkrach seinen Ausgang nahm, leichtfertig bis kriminell mit einem Triple-A versehen, stufen nun Staatspapiere zu junk bonds herunter und arbeiten den gleichen Bonusjägern zu, die zuvor die griechische Regierung zu waghalsigen finanziellen Drahtseilakten überredet haben und heute das Land mit falschen Ratschlägen zu Tode saniert sehen wollen.

Die vorgebliche „Rettung“ der Staaten ist ein zutiefst ideologisches Projekt, das letzten Endes nur der Rettung der Gläubigerbanken dient. Früher nannte man das „Sozialisierung der Verluste“. Dieses Verfahren kann in Extremsituationen durchaus system-rational sein, weil akute Finanzkrisen ihre Eigendynamik haben und – sind sie einmal losgetreten – schwer unter Kontrolle zu halten sind. Bemerkenswert ist immerhin, dass die Finanzhaie so mächtig geworden sind, dass sie seit nunmehr einem Jahr die zaudernde EU vor sich herzutreiben vermögen.

## Ist die Krise schon vorbei?

Die Finanzkrise, die 2008 und 2009 im allerletzten Moment von gleichgerichteten Interventionen der Notenbanken und Regierungen in Europa und den USA aufgefangen wurde, ist noch nicht ausgestanden. Wie 1929 ist die Besserung der wirtschaftlichen Lage potentiell durch Überreaktionen der sogenannten „Märkte“ und der Regierungen gefährdet. Eine neuerliche Verschärfung der Krise ist – trotz aller Unterschiede zu 1929 – grundsätzlich denkbar. Nur ist der Krisenablauf ein anderer: Damals, 1929, brach die Krise im realen Sektor (in der Landwirtschaft und in der Industrie) aus, griff zwei Jahre später, 1931, auf den Finanzsektor über und wirkte von dort, verstärkt durch wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen, wieder auf die Realökonomie zurück.

Eine solche Gefahr besteht grundsätzlich auch heute, dann nämlich, wenn alle Staaten verfrüht und in dogmatischem Übereifer ihre durch die Sozialisierung der Verluste entstandenen Defizite rasch abbauen (Stichwort: „Defizitbremse“). Auf der anderen Seite gibt es krisenmildernde Momente, wie die immer noch ungebrochene Wachstumsdynamik in den großen Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien.<sup>7</sup>

Vor dem ersten Weltkrieg haben marxistische Denker wie Rudolf Hilferding die Anfänge der Herrschaft des „Finanzkapitals“ analysiert. Aber erst in den letzten zwanzig Jahren hat sich der Finanzsektor im emphatischen Sinn zum Herren der Welt aufgeschwungen: Die von allen regulatorischen Fesseln befreiten Banken und „Schattenbanken“ (Fonds) haben der Welt eine Melodie vorgespielt, welche die Finanzmärkte und die globale reale Ökonomie erst

wirklich zum Tanzen gebracht haben: 1980 war das Weltsozialprodukt mit 12 Billionen US-Dollar noch höher als das Weltfinanzvermögen (10,1 Bio.). 16 Jahre später lag das globale BSP bei 48,3 Billionen Dollar; das Finanzvermögen betrug 167 Billionen Dollar, von denen 100 Billionen auf private Finanzvermögen entfielen.<sup>8</sup>

2010 machte der Wert aller weltweit produzierten Güter und Dienstleistungen (das globale BSP) 63 Billionen Dollar aus. Das Volumen der weltweit gehandelten Aktien und Obligationen war mit 87 Billionen Dollar um 40 % höher. Das geschätzte globale Nominalvolumen der außerbörslich gehandelten Finanzderivate betrug im selben Jahr 601 Billionen, das Volumen der Devisengeschäfte (hochgerechnet auf Basis der Umsätze vom April 2010) erreichte die sagenhafte Höhe von 955 Billionen Dollar, also fast das 15-fache des globalen BIP. Soviel zu Illusionen über die potenzielle Interventionsfähigkeit von Staaten und Notenbanken im Falle einer globalen Finanzpanik!

Der Tanz der Finanzakteure ist noch nicht zu Ende. Doch eine Schimäre hat auf jeden Fall ausgedient: Die Idee, dass die Aufblähung des Finanzsektors auf Dauer gesellschaftlichen Reichtum, Wachstum und Arbeitsplätze schaffen könnte, ohne dass die Banken ihrer traditionellen Aufgabe, der Finanzierung des realen Sektors, nachkommen müssten. In Wirklichkeit beruhte der hohe Zuwachs an Wertschöpfung im Finanzsektor auf dem systematischen Unterschätzen von Risiken und dem Anhäufen von Scheingewinnen.<sup>9</sup>

## **Bank ist nicht gleich Bank**

Vor allem muss der aufgeblähte Finanzsektor redimensioniert werden. Doch muss man im Finanzsektor zwei Arten von Banken unterscheiden: Jene, deren Hauptgeschäft nach wie vor darin besteht, dem produzierenden Sektor Kredite zur Verfügung zu stellen, und jene, die spekulative Geschäfte betreiben, bis hin zu den sogenannten „Schattenbanken“, zu denen vor allem die Hedgefonds zählen. Die Geschäftsbanken bekamen hauptsächlich die sekundäre Welle des 2008er Schocks zu spüren, als die Krise auf den realen Sektor überzugreifen begann und sich zu einer weltweiten Kredit- und Vertrauenskrise ausweitete, in deren Gefolge die Refinanzierungskanäle auszutrocknen drohten.

Ökonomie ist zu einem großen Teil (und vor allem im Finanzsektor) Psychologie, hat mit Vertrauen und optimistischen Zukunftserwartungen zu tun. Jede Finanzkrise ist das Umschlagen von Euphorie in eine akute panische Neurose. Ende 2008 war das Misstrauen der Banken untereinander drauf und dran, den Geldmarkt zu lähmen. Da die Geschäftsbanken sich gegenseitig kein Geld mehr leihen wollten, sprangen die Notenbanken und die Regierungen in die Bresche. Der Gouverneur der spanischen Zentralbank hat diese gefährliche Lage drastisch mit den Worten beschrieben:

„Der Inter-Banken-Verkehr funktioniert nicht und dies setzt einen Teufels-Kreis in Gang: Die Konsumenten konsumieren nicht, die Unternehmen stellen nicht ein, Investoren investieren nicht und die Banken verleihen nicht. Wir sind mit einer beinahe totalen Paralyse konfrontiert ...“<sup>10</sup>

Das ist in der Tat das Worst-Case-Szenario, aus dem Depressionen – nicht zufällig auch ein Wort aus der Psychiatrie – gemacht sind. Und eigentlich kennen Markt und Börse nur zwei Zustände: manisch und depressiv. Lässt man die Krankheit gewähren, kommt heraus, was zur Zeit geschieht.

Natürlich kann man glauben, dass die Spekulationsbanken aus Schaden klug geworden sein müssten. Wenn es doch nur ein Casino wär, wie viele meinen! Aber es ist eine veritable Finanzindustrie, die – getrieben von der Jagd nach dem schnellen Geld – so (oder fast so) weitergemacht hat wie vor 2008. Siehe die UBS, wo die Bankleitung einen jungen Spieler, solange alles gut geht, Eigenhandelsgeschäfte spielen lässt. Geht es schief, lässt man ihn verhaften.

Wie in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre tun – wenn man den Kapitalismus als Gesamten schon nicht unmittelbar abschaffen kann – als Minimalprogramm neue strenge Regeln not. Damals wurde in der ganzen Welt die Bankgesetzgebung reformiert. In den USA zog der Glass-Seagal Act von 1933 einen scharfen Trennstrich zwischen Investment Banking und „normalem“ Geschäftsbanken-Bereich. Dass dieses Gesetz 1999 unter Bill Clinton aufgehoben wurde, hat maßgeblich zur Schwere der Krise von 2008 beigetragen.

Eingebettet ist dieser riesenhaft angewachsene Finanzsektor in ein neues kapitalistisches System, in dem der industrielle Sektor gemieden wird, weil Finanzinvestitionen weit höhere Renditen erzielen. Für den realen Sektor wurden neue „Theorien“ wie jene des Shareholder-Value erfunden, die das Prinzip des schnellen Gewinns um jeden Preis zum obersten Prinzip gemacht haben. Profitiert haben davon wiederum hauptsächlich institutionelle Finanzinvestoren (Banken, Fonds, Versicherungen).

All das führte in allen Industriestaaten zum Sinken der volkswirtschaftlichen Lohnquote. Die Schere zwischen Arm und Reich, schiebt sogar die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), sei in den USA „mittlerweile größer als in den traditionellen Bananenrepubliken“. Auf ein % der Bevölkerung Amerikas entfallen heute (Stand 2007) mehr als 18 % des Nationaleinkommens. Großverdiener verdienen 531mal so viel wie ein durchschnittlicher Arbeiter. 1980 lautete das Verhältnis noch 1:41.<sup>11</sup> Interessanterweise herrschte 1929 in den USA eine ähnlich extreme Einkommensverteilung wie heute: Auf die obersten ein % entfielen 18,4 % aller Einkommen; 2007 waren es 18,3 %.<sup>12</sup> Ob eine solche Konstellation die Disposition zur spekulativen Blasenbildung impliziert, wäre eine interessante Frage für die Ursachenforschung von Finanzkrisen.

In einer geschlossenen Volkswirtschaft müsste dies unweigerlich eine Unterkonsumtionskrise heraufbeschwören. Der Neoliberalismus hat das Problem „kreativ“ gelöst: Durch Auslagerung von Produktionen in Billiglohngelände hat sich ein Spielraum für Reallohnsenkungen in den reichen Volkswirtschaften aufgetan, der die Sicherung und Ausweitung des traditionellen Konsumverhaltens erlaubt. Nur ein Beispiel: In der amerikanischen Textilindustrie lagen die Stundenlöhne in der Textilindustrie 2002 bei 15,10 US-Dollar, in Mexiko belief er sich auf 2,30 US-Dollar, in Indien auf 0,40 und in Bangladesh auf 0,25.<sup>13</sup> Unsere T-Shirts kommen aus gutem Grund nicht aus den USA.

Doch wird die globale Verbilligungs-Strategie mit der Sanierung der Staatsfinanzen zunehmend obsolet: Diese trifft genau die unteren Einkommensschichten in den „reichen“ Ländern, jene Gruppen, denen Keynes vor 75 Jahren eine hohe „Grenzneigung“ zum Konsum attestierte. Einkommenssteigerungen und -minderungen schlagen bei den Beziehern niedriger Einkommen unmittelbarer auf den Konsum durch, weil ihre Sparneigung bzw. -fähigkeit auf Grund ihres Einkommens niedriger ist. Hier hat die Diskussion über die „Reichensteuer“ auch systemimmanent ihren rational-ökonomischen Ausgangspunkt.

## Neue alte Gefahren

Das Gefährliche an Krisen im Finanzsektor ist, dass sie auf den sogenannten realen, also den wirklich produzierenden Sektor übergreifen und so eine nach unten gerichtete Kettenreaktion in Gang setzen. Ob dies passiert, hängt auch – und vor allem – von der Reaktion der Wirtschaftspolitik ab. Die Gefahr besteht, dass auf die erste, vernünftige quasi-keynesianische Krisenreaktion des Jahres 2009 eine Jahre dauernde Periode der finanzpolitischen Orthodoxie folgt, die – wie nach 1929 – die Krise im realen Sektor verschärft und am Ende dann doch wieder interventionistisch korrigiert werden muss. Das Paradebeispiel wäre Amerika: Unter dem Druck der sogenannten „öffentlichen Meinung“ kehrte die Regierung Roosevelt 1937 nach dem New Deal überfallartig zum ausgeglichenen Budget zurück. Die Folge war ein neuerlicher Wirtschaftseinbruch, der erst durch die Aufrüstung im Gefolge des zweiten Weltkrieges überwunden wurde.

Auch heute wird wieder Defizitreduktion um jeden Preis gefordert („Schuldenbremse“). Was es bedeutet, wenn z.B. alle Euro-Länder einen restriktiven Kurs einschlagen, muss man sich nicht ausmalen. Man kann es sogar in einem Bericht der NZZ über Irland lesen: „Gemäß (der Rating-Agentur, F.W.) Moody's ist es aufgrund des Sparprogramms unsicher, wie schnell sich die irische Wirtschaft erholt. Die Erklärung impliziert, dass der starke

Austeritätskurs des Landes in eine Abwärtsspirale münden könnte. In dieser würde der Stellenabbau im öffentlichen Sektor zu mehr Arbeitslosigkeit, sinkender Nachfrage und fallenden Steuereinnahmen führen, die wiederum weitere Budgetkürzungen erforderlich machen würden. Die Hoffnung der irischen Regierung besteht jedoch darin, dass der Austeritätskurs dem Land mittelfristig an den Finanzmärkten wieder Glaubwürdigkeit verschafft, eine Gesundung der Staatsfinanzen erlaubt und zu einer Erholung der Wirtschaft führt. Eine wesentliche Rolle kommt in diesem Szenario der Exportwirtschaft zu.“<sup>14</sup>

Immer kommt die Kaufkraft von anderswo her. Wenn das alle tun, ist die Summe gleich Null. Dass das irische Haushaltsdefizit auf Grund der sorglosen Politik der Vergangenheit reduziert werden muss, unterliegt keinem Zweifel. Es betrug 2010 12 % des BIP; rechnet man auch die staatliche Bankenhilfe mit ein, machte es 32 % aus.<sup>15</sup>

Man setze an die Stelle von Irland Österreich, verlege das Szenario in die 1930er-Jahre und schreibe statt Austerität Deflationspolitik, und man erhält – auch, was die Verteilung der Krisenlasten betrifft – eine beunruhigend-perfekte Parallele zur Zeit der Weltwirtschaftskrise.<sup>16</sup> Wie in Irland, so auch in Spanien: Eine rezente OECD-Studie schlägt Spanien Steuererhöhungen vor (falls der Plan der Regierung überhaupt aufgeht, das Budgetdefizit von 11,1 % 2009 auf 6 % 2010 zu reduzieren), unter anderem – wie in Österreich 1931 – durch Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Studie wettet gegen den „exzessiven Schutz der Festangestellten“ und schlägt Rentenkürzungen über den Umweg der Verlängerung der Durchrechnungszeiten von derzeit 15 Jahren auf das gesamte Erwerbsleben vor.<sup>17</sup>

Ein Ende ist bei einer solchen Politik nicht abzusehen. Was extreme Kürzungen bedeuten, führt Griechenland vor: 2011 sollte das Budgetdefizit nach den Plänen der Regierung gegenüber 2010 um 14 Mio. Euro reduziert werden und damit von 15,4 % des BIP 2009 auf 7,4 % 2011 sinken. Davon ist inzwischen keine Rede mehr. Das Budgetdefizit wird bei 9,5 % liegen; und das BIP wird 2011 um weitere 5,5 % sinken, 2012 noch einmal um mehr als 2 %. Nach den neuesten Ankündigungen werden die öffentlichen Angestellten in Zukunft weitere 40 % weniger verdienen, auch die Renten werden noch einmal gesenkt.<sup>18</sup> Schon 2010 brach der private Konsum als Folge der Sparpolitik gegenüber dem Vorjahr um 40 % ein; die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt.<sup>19</sup> Auch in Spanien ist die Arbeitslosenrate mit über 20 % so hoch wie nie zuvor. In Andalusien lag sie 2010 bei fast 30 %; mehr als 40 % der Unter-25-Jährigen sind ohne Beschäftigung.<sup>20</sup>

Von den Folgen im Realsektor abgesehen, ist auch die Finanzkrise noch lange nicht ausgestanden, auch nicht in den USA. Dort könnte beim Platzen der nächsten (Gewerbe-)Immobilienblase fast die Hälfte der Banken in die Plei-

te schlittern.<sup>21</sup> Den europäischen Banken droht Gefahr nicht nur – wie man uns weismachen will – von den Staatsschulden, sondern generell von faulen Krediten, vom niedrigen Eigenkapitalanteil – ein Problem, das auch 1929 bestand –, und von den dreist ausgelagerten Verlustgeschäften, die nicht in den Bilanzen der Banken selbst aufscheinen.

Wenn man nicht wüsste, dass mehr vonnöten ist, könnte man ausrufen: Bankreform tut not! Die wahre Dimension des mit dem Krach von 2008 aufgeworfenen Problems hat der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff mit den Worten beschrieben: „Sie (die Politiker, F.W.) haben praktisch jeden Kredit auf der Welt garantiert und ein Netz über das Weltfinanzsystem geworfen.“ Das habe zwar „die Panik gestoppt“, zugleich sei aber „ein Monster“ geschaffen worden, ein System, bei dem der Steuerzahler das Risiko trage. Nun gehe es darum, dieses Monster zu „bändigen“.<sup>22</sup>

Von Bändigen kann aber keine Rede sein. Dazu muss man nicht nur an den neuesten Skandal bei der Schweizer UBS denken. Generell betreiben die Banken und „Schattenbanken“ – insbesondere die amerikanischen – ebenso risikoreiche Geschäfte wie vor 2008. Das Bändigen erscheint verhältnismäßig einfach dort, wo Banken ganze Länder an den Rand des Ruins getrieben haben und stark angeschlagen sind, wie in Island oder Irland. In den USA und in Großbritannien hingegen setzt das Finanzkapital dem Versuch, neue Regeln einzuführen, zähen Widerstand entgegen. Um einen nützlichen älteren Begriff in Erinnerung zu rufen: Es ist ein Ringen um die „Hegemonie“ in wirtschaftspolitischen Fragen entbrannt.

Die größte Marketing-Trick der Neoliberalen aber ist zur Zeit die Sorge um die staatlichen Defizite und die Geldwertstabilität. In der wertneutralen Sprache der NZZ: „In der Sicht vieler Marktteilnehmer stellen die in der Euro-Zone bisher ergriffenen Maßnahmen keine nachhaltigen Lösungen dar.“ Zum ersten Mal seit Ende der 1940er-Jahre, heißt es weiter, „bestehe in den wirtschaftlich entwickelten Ländern das Risiko, dass einzelne Staaten ihre Schuldenverpflichtungen nicht mehr vollständig erfüllen könnten. Am höchsten sei die Gefahr in der Euro-Peripherie, aber sie werde sich bald auch auf andere Länder, einschließlich Japans und der USA, ausweiten.“<sup>23</sup>

Das läuft, wie oft in geschlossenen Denksystemen, auf eine self-fulfilling prophecy hinaus. Aber es ist nur die halbe Spekulantenwahrheit: Seit den Monaten der verbrannten Bankfingern im Herbst 2008 irren riesige Mengen an profithungrigem Kapital auf allen Märkten umher, auf denen mit spekulativen Geschäften rasches Geld zu machen ist, seien es Metalle, Getreide oder eben Kredite an Staaten, die man schlechtgemacht hat und für die nun die EU gutsteht.

Und wenn alle Budgets ausgeglichen sind, was folgt dann? Der große Aufschwung oder – wie nach 1929 – der Absturz in die Depressions-Spirale? Was



sind schon drei Jahre nach dem Krach: Auch 1930 wurden rosige Perspektiven für die Zukunft der Weltwirtschaft gemalt, ehe 1931 die Finanzkrise mit voller Wucht über die ganze Welt hereinbrach und die Wirtschaftskrise verschärfte. Nicht zufällig nahm die Finanzkrise von jenen Banken – wie der Österr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe – ihren Ausgang, die im Vertrauen auf eine (nie eintretende) große Konjunktur jahrelang eine über-optimistische, hoch-expansive Kreditpolitik betrieben hatten.<sup>24</sup>

Ebenso wenig zufällig waren die Hauptbetroffenen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise jene Banken und Regierungen, die sich im Glauben an einen ewigen Aufwärtstrend am stärksten exponiert hatten. Wer sich im Finanzbereich – auch auf dem Gebiet der Staatsfinanzen – in „normalen“ Zeiten ans Limit wagt, tut dies im blinden Vertrauen auf märchenhaftes Wachstum. Bei der ersten größeren Belastungsprobe schlittert er in Probleme.

Das führt zur Frage, was Banken und Politiker aus der Geschichte lernen. Vor 2008 gab es – wie vor 1929 – genug Alarmzeichen für das Entstehen einer Blase. John Kenneth Galbraith schreibt in seinem berühmten Buch über die große Krise von 1929, die Amerikaner hätten damals „geradezu eine Sucht“ entwickelt, „sehr schnell reich zu werden, und das mit einem Minimum an echter Leistung.“<sup>25</sup> Wie heute. Galbraith beschreibt auch die unheilvolle Rolle sogenannter „Investment Trusts“, d.h. von Fonds, die Aktien verwalteten. Nicht zufällig tauchte im Zusammenhang damit zum ersten Mal der Ausdruck „Leverage“ – „Hebelkraft“ – auf: Mit möglichst geringem finanziellen Mitteleinsatz möglichst viel zu „bewegen“.<sup>26</sup> Wie heute.

Vor 1929 konzentrierte sich die Spekulation auf die New Yorker Börse. Dort ereignete sich am 24. Oktober 1929 der berühmte „Schwarze Donnerstag“. Am Ende hatten die amerikanischen Aktien zwischen 1929 bis 1932 85 % ihres Werts verloren. 1933 lag das BNP der USA um ungefähr ein Drittel niedriger als 1929. Fast 13 Millionen Menschen waren in diesem Jahr ohne Arbeit; dies entsprach einer Arbeitslosenrate von rund 25%.<sup>27</sup> Erst in diesem Jahr setzte die wirtschaftspolitische Gegensteuerung ein.

Dieses Mal – 2008 und danach – ist es insofern noch einmal gutgegangen, als die Reaktion auf die drohende finanzielle Kernschmelze rasch und entschieden war, dank der unorthodoxen Maßnahmen der Notenbanken und der Politiker, die nach Jahren, in denen sie neoliberalen Wasser gepredigt hatten, keynesianischen Wein in die löchrigen Finanzkanäle gossen.

Aber die Gefahr eines Absturzes in die Depression ist noch lange nicht vorüber, auch wenn die großen westlichen Staaten fürs Erste von den emerging markets in Asien und Lateinamerika gerettet wurden. Schätzungen gehen davon aus, dass diese Länder im nächsten Jahr fünf mehr als 50 % zum globalen Wachstum beitragen werden. Oder anders ausgedrückt: Die globale Umverteilung weg von den „alten“ Ökonomien wird weitergehen.

## Politische Gefahren

Kein Wunder, dass sich Teile der amerikanischen und europäischen Bevölkerung vor der Zukunft fürchten und rechtspopulistischen und -radikalen Parteien zulaufen.<sup>28</sup> Aber dies ist nicht der einzige Rechtsdrall, der sich abzeichnet. Es gibt gefährliche demokratiepolitische Diskurse, für die es Sensibilität zu entwickeln gilt: In den 1930er-Jahren wurde die Demokratie in Österreich nicht nur von Dollfuß und Konsorten zerstört, sondern auch von den Finanzexperten des Völkerbundes, die langwierige parlamentarische Entscheidungsprozesse als störend für die rasche Sanierung der Staatsfinanzen empfanden.<sup>29</sup>

Solche Stimmen gibt es auch heute: „Demokratie“, warnte vor nicht ganz einem Jahr der Sozialphilosoph Rudolf Burger, „ist vor allem eine Formfrage. Sie besteht in erster Linie in der Einhaltung von Gesetzen (...) Am 9. Mai (2010, F.W.) wurde in einer außerordentlichen Ratssitzung der EU das Eurorettungspaket beschlossen. Über Nacht. Damit wurden mit einem Schlag 27 Parlamente entmündigt! Ohne Aufschrei. Ich will das Rettungspaket gar nicht inhaltlich bewerten. Aber es ist mir da wirklich gleich der 24. März 1933 eingefallen, der Tag des NS-Ermächtigungsgesetzes, der Ausschaltung des Parlaments in Deutschland. Auch damals hieß es: ‚Zur Abwendung von Schaden von Volk und Reich.‘ (...) Ich erwarte für ganz Europa eine Erosionskrise. Keinen Umsturz, aber eine zunehmende Erosion der Legitimität politischer Herrschaft und politischer Strukturen.“<sup>30</sup>

Noch augenscheinlicher wird die autoritäre Logik der „Rettungsaktion“ am Beispiel Irlands, im Vertrag („Memorandum of Understanding“) zwischen der irischen Regierung, dem IMF, der EZB und der EU-Kommission. Hören wir den Kommentar der Neuen Zürcher Zeitung:

„Die Vereinbarung bestätigt die geplante Korrektur der fiskalischen Position bis Ende 2013 um 15 Mrd. Euro oder 9% des Bruttoinlandsprodukts ... Davon entfallen allein 6 Mrd. Euro auf die soziale Wohlfahrt. (...) Die irische Regierung muss den internationalen Geldgebern wöchentlich über den Stand der Haushaltskasse Bericht erstatten. (...) Vierteljährlich muss der Staat seinen Personalstand und die staatliche Gehaltsabrechnung melden. Ominös stellt der Bericht fest, dass zusätzliche Entlassungen verordnet werden, sofern die angepeilten Effizienzsteigerungen bei der öffentlichen Hand nicht erzielt werden.“<sup>31</sup>

Der Kommentar der Irish Times: „Wir sind an einem demütigenden Punkt ohnegleichen angekommen.“<sup>32</sup> Ähnliches kann man seit Monaten tagtäglich in griechischen Zeitungen lesen. Doch wird hier nur paraphrasiert, was österreichische Blätter zu Beginn der 1930er-Jahre zu den Forderungen des Völkerbundes schrieben, die ungefähr so beschaffen waren wie jene, die nun an die Adresse Irlands, Portugals Spaniens und Griechenlands gerichtet werden.

Die „Salzburger Nachrichten“ brachten es im Juni dieses Jahres – bezogen auf Portugal – auf den Begriff: „Wie immer die neue Regierung aussieht – sie muss tun, was EU und Währungsfonds beschließen.“<sup>33</sup>

Dazu passt, was die Zeitschrift „mitbestimmung“ berichtet.<sup>34</sup> EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, heißt es dort, habe bei einem Treffen mit Gewerkschaftsvertretern im Juni 2010 vor den politischen Folgen sozialer Proteste in Südeuropa gewarnt und dabei ein Ende der parlamentarischen Demokratien in diesen Staaten nicht ausgeschlossen. Er soll gesagt haben, „dass diese Länder in ihrer demokratischen Gestaltung, wie wir sie derzeit kennen, verschwinden könnten“. Der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou scheint das bedacht zu haben, als er in Anspielung auf die Militärdiktatur von 1967–1974 öffentlich davon sprach, dass die Proteste gegen den Sparkurs seiner Regierung die Demokratie zerstören könnten.<sup>35</sup>

Eine de facto Entmündigung bedeutet die Unterwerfung unter das Diktat von Finanzmärkten, IMF und EU-Finanzexperten auf jeden Fall. Es muss nicht so schlimm ausfallen, wie ist im Österreich der 1930er-Jahre, als mit Billigung des „Völkerbundberaters“ die Demokratie abgeschafft wurde, weil sie der „Rekonstruktionsarbeit“<sup>36</sup>, der Sanierung der Staatsfinanzen, im Wege stand.

Auch nach 1929 drehte sich die Diskussion um Sozialabbau, Einsparungen bei den Staatsbeamten, um die Einschränkung der „Macht“ der Gewerkschaften und – nicht zuletzt – um ein „Regime“ mit „erweiterten Vollmachten“ nach dem Vorbild der Regierung Brüning in Deutschland.

Heute kommt das noch auf Samtpfoten daher. Im Verlag der FAZ ist jüngst ein Buch mit dem Titel „Weniger Demokratie wagen“ erschienen, in dem der „lähmende Einfluss der ‚Stimme des Volkes‘ und des alles anzweifeln- den emanzipatorischen Zeitgeists“ beklagt und ein Abbau der demokratischen Partizipation gefordert wird.<sup>37</sup> Schon im letzten Jahr konnte man in einer deutschen Zeitschrift in einem ähnlich gearteten Artikel, in dem die Schwerfälligkeit demokratischer Entscheidungsprozesse moniert wurde, vom „Wunsch nach ‚ein klein wenig Diktatur‘“, nach einem „kommissarischen Diktator“ im Sinne des NS-Juristen Carl Schmitt lesen.<sup>38</sup>

Dabei ist die Sanierungszeche noch gar nicht bei uns angekommen. Es geht aber heute nicht nur um die Verteilung der Lasten der Sozialisierung der Verluste, sondern – im Sinne eines Minimalprogramms – darum, Krisenprävention für die Zukunft einzufordern: Strengere Regeln für die Finanzsysteme, Stärkung der Banken- und Finanzmarktaufsicht, Transaktionssteuern (mit ihrem Ur-Modell, der Tobinsteuer) usw. Immerhin hat sogar der IMF – und das schon vor einem Dutzend Jahren – in hellen Stunden eine „umsichtige Regulation zur Beschränkung der kurzfristigen Kapitalströme“<sup>39</sup> vorgeschlagen.

Derweil geht das Treiben an den Geld- und Kapitalmärkten munter weiter. Kein Geringerer als der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef

Ackermann, hat jüngst die Stimmung auf den Finanzmärkten mit jener vor dem Krach der Lehman Brothers verglichen. Die Banken misstrauen einander; nur die EZB hält den Geldmarkt flüssig. Die Märkte sind, wie es im Jargon der neoliberalen Eigentlichkeit heißt, „extrem nervös“. Jedes kleine Gerücht lässt Börsenkurse purzeln. Das Spiel geht diesmal um Staatsbankrotte, „Haircuts“ und „Credit Default Swaps“, um Wetten auf die Einbringlichkeit bzw. Uneinbringlichkeit von Staatsanleihen. „Credit Default Swaps“ haben schon bei der Subprime-Crisis eine krisen- und panikverstärkende Rolle gespielt. Es wird nicht das Endspiel sein, doch wer die Zeche bezahlt, steht – unter den heutigen Kräfteverhältnissen – schon fest. Es sei denn, die zur Kasse Gebetenen lassen sich auf dieses Spiel nicht ein.

## Anmerkungen

- 1) Charles P. Kindleberger: Manias, Panics, and Crashes. A History of Financial Crises, 3rd edition, New York – Chichester – Brisbane – Toronto – Singapore 1996, Appendix B, S. 203ff; Vgl. auch Carmen M. Reinhardt/Kenneth S. Rogoff: This Time Is Different. Eight Centuries of Financial Folly, Princeton University Press 2009.
- 2) Franklin Allen/Douglas Gale: Understanding Financial Crises, Oxford 2007.
- 3) Michael Bloss u.a.: Von der Subprime-Krise zur Finanzkrise, München 2007, S. 23ff.
- 4) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 17. April 1998.
- 5) Ebenda, S. 102.
- 6) Financial Times, 11./12. Dezember 2010. Siehe auch Gordon Brown: Beyond the Crash. Overcoming the First Crisis of Globalisation, Simon & Schuster 2010.
- 7) Dass China genug eigene Probleme hat, wie die expansive Verschuldung der Provinzbehörden und (damit zusammenhängend: eine potentielle Immobilienblase) – siehe: Die Presse, 7. Januar 2011 – steht auf einem anderen Blatt.
- 8) ISW Report Nr. 75, S. 22 ff.
- 9) Siehe dazu den äußerst informativen Artikel: „Mit Vorsicht zu genießende Expansion des Bankensektors“, in der NZZ, 23. September 2011.
- 10) Zit.n. World Socialist Web Site, WSWS.org.
- 11) Andrea Köhler: Die glücklose Nation, NZZ, 4. Dezember 2010; The beautiful and the damned, in: The Economist, 22. Januar 2011.
- 12) The beautiful and the damned, The Economist, 22. Januar 2011.
- 13) Textile intelligence, zit. in: Salzburger Nachrichten (SN), 8. Januar 2005.
- 14) NZZ, 20. Dezember 2010.
- 15) Die Presse, 7. Januar 2011.
- 16) Vgl. Fritz Weber: Sonderfall Österreich. Warum die österreichische Wirtschaftspolitik nach 1931 auf entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der ökonomischen Krise verzichtete und warum dieser restriktive Kurs in eine Diktatur mündete, in: Manfred Mugrauer (Hg.): Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus. Historische und aktuelle Aspekte, Wien 2010, S. 34–44.
- 17) NZZ, 21. Dezember 2010.
- 18) NZZ, 23. September 2011.
- 19) SN, 21. Dezember 2010; NZZ, 24. Dezember 2010.
- 20) SN, 29. Januar 2011.

- 21) Die Presse, 23. September 2011.
- 22) Süddeutsche Zeitung, 1. Dezember 2009.
- 23) NZZ, 6. Dezember 2010.
- 24) Vgl. Fritz Weber: Vor dem großen Krach. Die Krise des österreichischen Bankwesens in den zwanziger Jahren, Habilschrift, Salzburg 1991 (Erscheint 2012 im Böhlau-Verlag).
- 25) John Kenneth Galbraith: Der große Krach 1929. Die Geschichte einer Illusion, die in den Abgrund führte, Stuttgart 1963, S. 25.
- 26) Ebenda, S. 85 ff.
- 27) Galbraith, S. 233.
- 28) Dies gilt besonders für Osteuropa. Auch der Chef der Raiffeisen Bank International, Herbert Stepic, spricht angesichts dessen von der „Gefahr des Aufkeimens von Nationalismen“ und dem merkbaren „Schwenk nach rechts, wo man wieder von russischer Überlegenheit spricht“ (SN, 28. Dezember 2010).
- 29) Siehe den erwähnten Aufsatz von Fritz Weber (Anm. 36), hier S. 33 ff.
- 30) Die erbärmliche Ästhetik des Staates, in: SN, 28. Dezember 2010.
- 31) NZZ, 4. Dezember 2010.
- 32) Zit.n. NZZ, 4. Dezember 2010.
- 33) SN, 6. Juni 2011.
- 34) mitbestimmung Nr. 4/2011.
- 35) NZZ, 3. Juli 2011.
- 36) Tagebucheintragung Rost van Tonningens vom 30. Juli 1934, zit. n. Grete Klingenstein: Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik 1931–1934, Wien 1965, S. 98.
- 37) Laszlo Trankovits: Weniger Demokratie wagen! Wie Politik und Wirtschaft wieder handlungsfähig werden, Frankfurt/Main 2011.
- 38) Ein klein wenig Diktatur?, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2010.
- 39) NZZ, 17. April 1998.

# Die mittelfristige finanzpolitische Strategie in Griechenland

## Bruchstellen und Tendenzen in der Memorandum-Politik

**Giannis Balabanidis**

Im Folgenden befassen wir uns mit der Frage der allgemeinen Auswirkungen der Memorandum-Politik, die vor einem Jahr beschlossen wurde, und den in diesem Zusammenhang im Sommer dieses Jahres durch das Gesetz über die mittelfristige finanzpolitische Strategie eingeleiteten Maßnahmen. Da sowohl das Konzept des Memorandums als auch die mittelfristigen Maßnahmen den Rahmen für die Entwicklung der staatlichen Politik in den kommenden fünf Jahren liefern, sind beide Aspekte einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, damit die tief greifenden Veränderungen, die derzeit in der griechischen Gesellschaft stattfinden, konzeptualisiert werden können.

### **Es gibt keine Alternative: Hin zu einer autoritären Demokratie**

Das Gesetz über die Durchführung des Programms zur mittelfristigen finanzpolitischen Strategie wurde in einer Plenarsitzung des Parlaments vom 29. Juni verabschiedet. Allein die Tatsache, dass das Parlament dieses Gesetz nach einer Dringlichkeitsdebatte und nicht nach den üblichen Parlamentsverfahren sowie in einer namentlichen Abstimmung genehmigte, um das Durchsickern von Informationen über Parlamentsmitglieder zu vermeiden, ist ein klarer Hinweis auf neue autoritäre Züge des Parlaments. Außerhalb des Parlaments wurde der Syntagma-Platz von zahlreichen BürgerInnen besetzt, die gegen die von der Regierung und der EU/dem IWF verordneten Maßnahmen protestierten. Nachdem das Gesetz verabschiedet worden war, erhielt

die Bereitschaftspolizei den Befehl, den Syntagma-Platz zu räumen. Es folgte ein gewaltsamer Angriff der Bereitschaftspolizei auf Demonstranten, begleitet durch einen übermäßigen Einsatz von Tränengas. Die Kombination dieser beiden Elemente autoritärer Herrschaft markiert den Beginn einer offenen politischen Krise in Griechenland.

Die breite Mehrheit der griechischen Bevölkerung hat inzwischen erkannt, dass das Memorandum weder unausweichlich noch notwendig war und, was viel wichtiger ist, dass auf europäischer wie nationaler Ebene nach wie vor alternative politische Lösungen vorhanden sind, mit denen die Krise überwunden werden kann, ohne die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu zerstören. Die griechische Regierung hat offensichtlich die Grenzen ihrer demokratischen Legitimation erreicht und ist jetzt nicht mehr in der Lage, die Wähler mit falschen Dilemmata zu erpressen, wie zum Beispiel: „Entweder wir stimmen für die mittelfristige Strategie oder wir gehen pleite“. Deshalb setzt sie Gewalt ein, um soziale Unruhen niederzuschlagen, und umgeht das Parlament, um sich einer demokratischen Diskussion über die neuen Sparmaßnahmen zu entziehen. Premierminister Georgios Papandreou geriet in eine Sackgasse und unternahm krampfhaftige Versuche, das negative Klima zu ändern. Dazu gehörten ein erfolgloser Appell an die rechte Opposition zur Bildung einer Koalitionsregierung, eine fast wirkungslose Regierungsumbildung und eine Reihe von Vorschlägen zur Durchführung eines Referendums im Herbst, um die immer größer werdende soziale Unzufriedenheit zu mildern. Angesichts all dieser Entwicklungen ist die griechische Gesellschaft gefordert zu verhindern, dass sich diese besondere politische Krise zu einer demokratischen Systemkrise auswächst.

## **Regierungspolitik ohne wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsperspektive**

Im Parlament wurden die mittelfristige Strategie und ihre Durchführungsmaßnahmen mit knapper Mehrheit auf der Grundlage des Arguments gebilligt, dass sie absolut notwendig seien. Schließlich würden sie sicherstellen, dass der Rettungsplan von IWF und EU beantragt und dadurch ein Zahlungsausfall Griechenlands abgewendet werden könne. So brutal aber das neue Sparpaket auch sein mag, eines ist sicher: Mit einer – gleich in welcher Form – gestalteten Memorandum-Politik kann das Ausgangsproblem, d.h. die Staatsschuldenkrise, nicht überwunden werden. Ein genauerer Blick auf die Statistik belegt diesen Punkt. Trotz erheblicher Lohn- und Rentenkürzungen im Jahr 2010 verharrte die Inflation bei 4,7 %, während ursprünglich 1,9 % vorhergesagt wurden! In seiner ersten Version sah das Memorandum finanzpolitische Maßnahmen im Rahmen des Rettungsschirms in einem

Umfang von 9,65 Milliarden Euro vor. Im Haushalt 2011 kamen 3 Milliarden Euro hinzu; dieser Betrag wurde jedoch inmitten des laufenden Finanzjahres auf 6,7 Milliarden Euro erhöht.

Anstelle der falschen Versprechungen durch das Memorandum sollte man sich auf die politische Logik konzentrieren, die den neuen Maßnahmen zugrunde liegt. Das vorrangige Ziel dieser Strategie besteht darin, das Haushaltsdefizit bis 2015 von 10,5 % des BIP auf 1 % zu senken. Laut Haushaltsplan soll der Finanzausgleich in erster Linie durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und nicht durch eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen erzielt werden. Für 2015 wird ein BIP-Anteil der öffentlichen Einnahmen von 43 % gegenüber 38 % im Jahr 2009 vorhergesehen, während gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben von 54 % im Jahr 2009 auf 44 % zurückgehen sollen. Geht man davon aus, dass 9 % der öffentlichen Ausgaben für Zinszahlungen aufzuwenden sind, ergibt das eine öffentliche Ausgabenquote von ca. 35 %. Dies entspricht zum Teil dem IWF-Szenario, das für Griechenland im Jahr 2020 Staatsausgaben von ca. 30 % vorsah. Dieses hohe öffentliche Ausgabeniveau behindert jedoch jede Entwicklungsperspektive und trübt die Aussichten auf die Entwicklung eines modernen Wohlfahrtsstaats nach dem Vorbild anderer Länder Europas.

Dahingegen ist es merkwürdig, welche geringe Beachtung das Problem der Staatseinnahmen findet. Das Thema Steuerhinterziehung ist ein schlagender Beweis dafür. So sieht zum Beispiel das mittelfristige Programm für 2011 und 2012 keinerlei Bestimmungen zu diesem Problem vor, während im Programm für 2013 erheblich weniger als erwartet festgelegt wurde. Für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung werden über 3 Milliarden Euro bereitgestellt, während das tatsächliche Ausmaß dieses Problems jährlich etwa 12 Milliarden erreichen dürfte. Im gleichen Sinne sieht das Programm nur 1,3 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Beitragshinterziehung bei der Finanzierung der sozialen Sicherheit vor, während sich das Defizit auf 9 Milliarden Euro pro Jahr belaufen dürfte.

Die derzeit betriebene Steuerpolitik leistet der sozialen Ungerechtigkeit Vorschub und verstärkt die bestehende soziale Ungleichheit. Die steuerpolitischen Beschlüsse zielen insbesondere auf die indirekte Besteuerung; sie schonen Großunternehmen und belasten stattdessen mittlere Einkommenschichten und Lohnarbeiter, wodurch die Gruppe der „erwerbstätigen Armen“ immer größer wird. Die Quote der direkten/indirekten Steuern, die sich 2004 zwischen 42 % und 58 % bewegte, erhöhte sich auf sage und schreibe 40–60 %, was in Europa einzigartig ist. Die Kapitalertragsteuer wurde dagegen von 40 % auf 20 % reduziert und wird voraussichtlich auf 15 % gesenkt, obwohl in zahlreichen Studien nachgewiesen wurde, dass kein direkter Zusammenhang zwischen der Verringerung dieser Steuer und einem Anstieg der Privatinvestitionen besteht.



Am beeindruckendsten ist jedoch die Tatsache, dass sich das Hauptziel des mittelfristigen Programms nicht einmal für den Fall erreichen ließe, dass alle darin vorgesehenen Maßnahmen exakt umgesetzt würden. Die griechische Staatsverschuldung wird voraussichtlich von 127 % des BIP 2009 auf 160 % 2015 ansteigen bzw. auf 140 %, falls öffentliche Versorgungsbetriebe erfolgreich verkauft werden können.

### **Sozialfürsorge und soziale Gerechtigkeit: zwei vom Aussterben bedrohte Arten**

Im Memorandum für Griechenland sind in der Sozialpolitik zwei Haupttendenzen festzustellen: Einerseits ist ein stetiger Anstieg der Armut und Entbehrungen zu beobachten, wobei sich die Armutsquote aufgrund des durch die Regierungspolitik angestrebten „Finanzausgleichs“ im Zeitraum 2009-2010 um 5 % erhöhte. Andererseits werden wir Zeuge des neuen Phänomens der „Entwicklung ohne Beschäftigung“. Amtlichen Statistiken zufolge erhöhte sich die Arbeitslosigkeit 2011 auf 28 %. Dies ist ein klarer Hinweis, dass jeder Versuch einer wirtschaftlichen Erholung im Zusammenhang mit der Memorandum-Politik Beschäftigung hemmt und nicht fördert, wodurch die dynamischsten Bevölkerungsschichten an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden. Ein weiteres Opfer ist der Sozialstaat, denn das erklärte Ziel des etablierten Politiksystems ist die Kommodifizierung des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherheit. So ist der Sozialstaat nicht nur dazu verurteilt, die Steuerschraube drastisch anzuziehen, sondern auch seine Politik wird nach und nach durch ein bipolares Modell ersetzt, das einerseits eine „philanthropische“ Komponente und andererseits marktwirtschaftliche Institutionen umfasst.

Ein Drittel des gesamten „Finanzausgleichs“ ist durch Ausgabenkürzungen im Gesundheits- und Sozialwesen in einem Umfang von 9,3 Milliarden Euro zu erzielen. Dies ist nur eine unheilvolle Bestätigung der oben genannten Entwicklungen. In dieser Hinsicht wird die staatliche Säule des Sozialsystems ohne geeignete Finanzierung Bedürftigen, Armen und sozial Ausgegrenzten nur zweitklassige Leistungen bieten können, die sich an ihrer Anspruchsberechtigung orientieren. Die Versorgungslücke, die der Staat hinterlässt, eröffnet Spielraum für die Entwicklung einer marktorientierten Säule, die nach und nach an die Stelle des staatlich finanzierten Gesundheits- und Sozialwesens treten wird.

Ein weiterer Aspekt in Verbindung mit dem Rückzug des Sozialstaats sind die beschäftigungspolitischen Maßnahmen, die das Memorandum vorantreibt. Es ist nicht überraschend, dass die eingeleiteten Maßnahmen vor allem unter dem Motto der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen ste-

hen. Das neue goldene Rezept ist der Austausch von Vollzeitarbeit- durch Teilzeitarbeitsverträge, durch die weitere flexible Beschäftigungsformen begünstigt werden. Dieses „Flexicurity“-Modell, das zuerst im Privatsektor durchgesetzt wurde, wird seit Längerem auch im öffentlichen Sektor als Musterbeispiel propagiert, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es allgemeine Verbreitung findet.

## Die systematische Deregulierung von öffentlichen Gütern

Im Mittelpunkt der Memorandum-Politik und ihrer flankierenden Maßnahmen stehen die Privatisierung öffentlicher Versorgungsbetriebe und ihrer jeweiligen Infrastruktur sowie der Verkauf von Staatseigentum. Wie bereits erwähnt, tragen diese Maßnahmen in keiner Weise zum Schuldenabbau bei, sondern sie gefährden vielmehr den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass Privatisierungen mit einer gleichzeitigen Öffnung der Märkte soziale und periphere Ungleichheit verursachen und breiten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Grundbedarfsgütern wie Strom und Wasser verwehren. Das gleichzeitige Auftreten dieser Phänomene stärkt zudem Monopolpraktiken und markiert den Beginn eines Übergangs von staatlichen Monopolen zu transnational operierenden Privatmonopolen. Dieser allgemeine Ausverkauf öffentlicher Versorgungsbetriebe setzt zudem einen Mechanismus der Wohlstandsumverteilung in Gang, da die Erträge in der Regel bei privaten Investoren landen und nicht dem Staatshaushalt zugeführt werden. Durch Privatisierungen gehen dem Staatshaushalt bedeutende Erträge verloren, besonders wenn das zum Verkauf stehende Versorgungsunternehmen gewinnbringend wirtschaftet, während sich übermäßiger Personalabbau wegen der sinkenden Einnahmen aus Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen als kontraproduktiv erweisen kann.

Neben den öffentlichen Versorgungsbetrieben versetzt die Memorandum-Politik auch dem eigentlichen öffentlichen Sektor einen schweren Schlag. Ein Ausgabenanteil von 30 % entspricht dem Ziel der 1960er-Jahre, als es keine Demokratie gab. Der damalige Staatshaushalt war rudimentär und wurde den Bedürfnissen eines modernen europäischen Staates nicht gerecht. Der stufenweise Abbau von Kernbereichen des öffentlichen Sektors erfolgt durch eine Reihe von Maßnahmen wie Massenentlassungen von öffentlich Bediensteten, der Einführung von flexiblen Beschäftigungsverhältnissen und dem Einfrieren von Einstellungsquoten. Diese Maßnahmen greifen natürlich die Arbeitnehmerrechte im öffentlichen Sektor an, ohne dass Vorkehrungen zugunsten einer Rationalisierung der Verwaltung getroffen werden. Das mittelfristige Programm lässt erkennen, dass sich die Zahl der öffentlich Bediensteten bis 2015 günstigstenfalls von 770 000 (Stand: 2010, entspricht dem EU-Durch-

schnitt) auf 620 000 verringern wird. Dies bedeutet, dass durch die Hintertür der Massenkündigungen die „industrielle Reservearmee“ vergrößert wird. Wir steuern auf einen personell zu schwach besetzten und unterfinanzierten öffentlichen Sektor zu, der nicht mehr in der Lage ist, hochwertige Leistungen der Daseinsvorsorge bereitzustellen. Neben diesen Unzulänglichkeiten kommt es zu einer massiven Auslagerung staatlicher Bereiche in den Privatsektor, was dazu führt, dass BürgerInnen zu Kunden ohne Rechte werden.

## Das Modell der billigen, beschleunigten Entwicklung

Über die Möglichkeit eines neuen Entwicklungsmodells als Ausweg aus der griechischen Schuldenkrise wurde viel geschrieben. Dabei lohnt sich ein Blick auf die Bedingungen, unter denen die Memorandum-Politik dieses besondere Thema konzeptualisiert. Aufgrund der mittelfristigen makroökonomischen Bedingungen kann davon ausgegangen werden, dass das wesentliche politische Ziel darin besteht, das BIP bis 2015 auf das Niveau von 2007 zu senken! Die Tatsache, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum 2010–2015 nahe Null betragen wird, bestätigt die Annahme, dass die griechische Rezession auf einer bewussten politischen Entscheidung für eine permanente „interne Abwertungsstrategie“ beruht. In einem Klima weltwirtschaftlicher Instabilität ist der Versuch einer Ankurbelung über die Exporttätigkeit zum Scheitern verurteilt. Bemerkenswert ist auch die Unfähigkeit der Regierung, das einzige, für die Realwirtschaft verfügbare Mittel zu mobilisieren: den Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP). Der durch Klientelnetzwerke gelähmte Staatsapparat ist nicht effizient genug, um dem NSRP Mittel aus EU-Fonds zuzuweisen, weshalb jetzt um technische Unterstützung durch EU-Experten ersucht wird.

Zu diesem Zeitpunkt stellt sich eine wichtige Frage. Welchen Entwicklungsweg werden die Regierung und die Troika nun einschlagen? Die Antwort liegt in einer „beschleunigten“ Entwicklung. Begonnen hatte alles 2009, als das Parlament das Gesetz über beschleunigte Investorengenehmigungen (Fast-Track Priority Licensing for Investors) verabschiedete. Dieses neue Gesetz, das Verfahren für die Genehmigung von Investitionsprojekten beschleunigt, zielt insbesondere auf die Bereiche Energie, Tourismus, Industrie und moderne Technologien ab. Selbstverständlich verstoßen die flexiblen Kriterien, die für diese Genehmigungsverfahren gelten, gegen grundlegende Verfassungsbestimmungen für den Schutz der Umwelt. Darüber hinaus umgehen sie sämtliche institutionellen Verfahren, die im öffentlichen Sektor für die Bewertung von Investitionsprojekten angewandt werden.

Das „Beschleunigungsgesetz“ bietet Investoren die Möglichkeit, sich über Vorschriften der Raum- und Stadtplanung hinwegzusetzen und allen insti-

tutionellen Kontrollen auszuweichen, um ihre Profite zu maximieren, ohne Rücksichtnahme auf die sozialen Auswirkungen ihrer Investitionsprojekte. Dabei ist es kein Zufall, dass das mittelfristige Programm, das enorme Privatisierungsvorhaben vorsieht, einen detaillierten Plan für den Verkauf von Grundstücken der öffentlichen Hand festlegt, der Methoden wie die langfristige Verpachtung von Bebauungsrechten auf öffentlichen Grundstücken, einschließlich großer Abschnitte der Küstenlinie, anwendet. Eine weitere Bestimmung desselben Plans bietet eine sehr geringe Besteuerung von Großinvestitionen, die gemäß „Beschleunigungsgesetz“ genehmigt werden, was Griechenland in ein potenzielles Steuerparadies verwandeln würde. Diese Umwandlung ist nicht nur eine einfache Reaktion auf die derzeitige Krise, sondern ein strukturelles Element dieser neuartigen Form der „beschleunigten“ Entwicklung. Die neue Entwicklungsstrategie ist natürlich nicht frei von politischen Fehlern der Vergangenheit. Der Fonds für die Nutzung von öffentlichem Eigentum (Public Property Exploitation Fund – PPEF) entstand zum Beispiel auf der Grundlage eines Konsenses zwischen den beiden größten politischen Parteien, PASOK und ND, unter Federführung von LAOS, einer kleinen rechtsextremen Partei. Dabei ist klar, dass der PPEF – die treibende Kraft der neuen Entwicklungsstrategie – durch einen Konsens zwischen den Parteien getragen wird, der die Klientelverbindungen zwischen Parteien und privaten Interessen aufrechterhält.

Grundlage dieses Artikels ist die Gemeinschaftsarbeit mit dem Titel „The Mid-Term Fiscal Programme and the Urgent Measures of its Implementation: Towards Greece of 2020“ („Das Programm zur mittelfristigen finanzpolitischen Strategie und die dringenden Maßnahmen für seine Umsetzung: Ausblick auf Griechenland 2020“), die von der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Bündnisses SYRIZA zusammengestellt wurde. An dieser Arbeit wirkten mit: G. Efstathopoulos, A. Kapsalis, B. Koumarios, A. Kouros, S. Mamolia, G. Balabanidis, D. Papagiannakos, H. Papadopoulos und Th. Stathoulia.

*transform!* 09-2011

# Reformen in der Tschechischen Republik – auf dem Weg zum Sozialdarwinismus

Ilona Švihlíková

Die gegenwärtige Situation in der Tschechischen Republik ist angespannt. Wieder einmal – nunmehr zwanzig Jahre nach der sogenannten Samtenen Revolution – sind die Bürger aufgerufen, „den Gürtel enger zu schnallen“. Dieses Mal jedoch ohne Aussicht auf bessere Zeiten, sondern vielmehr in der Gewissheit, dass eben diese hinter ihnen liegen. Die amtierende Regierung unter Petr Nečas verfolgt einen extrem neoliberalen politischen Kurs, der sich schon seit den 1990er-Jahren abzeichnet.

Die frühen 1990er-Jahre waren von der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf einen höheren Lebensstandard, Reisefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung etc. geprägt. Auf wirtschaftlicher Ebene bewegte sich die Diskussion darüber, was „zu tun sei“ und wie die rückständige Wirtschaft reformiert werden könne, in sehr eingeschränkten Bahnen. Da war zum einen das internationale Klima, welches den Washington-Konsens als den einzig richtigen und gangbaren Weg über alles stellte. Auch wenn dessen Umsetzung letztlich nicht so extrem wie beispielsweise in Russland ausfiel, hat er die tschechische Wirtschaftspolitik durchaus entscheidend geprägt. Als zweiter wichtiger Faktor wäre der wichtigste Akteur der 1990er Reformen zu nennen – der amtierende Präsident Václav Klaus – eine charismatische Persönlichkeit, die immer und überall zu wissen schien, was zu tun war, und mit einem von Arroganz mitunter schwer zu unterscheidenden Selbstbewusstsein ausgestattet ist. Damit erschien er geradezu prädestiniert, die Nation in eine „bessere Zukunft“ zu führen. Zu jener Zeit waren die Menschen

aufrichtig davon überzeugt, dass ihnen die westlichen Länder unterstützend zur Seite stehen würden, statt den Markt mit andernorts unverkäuflichen Schrottartikeln zu überfluten. Ja, sie waren der festen Überzeugung, dass die Tschechische Republik (bis 1993 Tschechoslowakei) Deutschland in seiner Entwicklung einholen könnte, wenn sie nur für ein paar Jahre den Gürtel enger schnallen würden. Und sie glaubten aufrichtig an die Werte jener Marktwirtschaft ohne Adjektive, wie Klaus das von ihm propagierte Wirtschaftsmodell zu nennen pflegte.

Die Reformen zu Beginn der 1990er-Jahre führten zu einer raschen und tief greifenden Umverteilung der Besitzverhältnisse. Eine Aussage, die diesen Zeitabschnitt, welcher eine neue Klasse von „Unternehmern“ hervorbrachte“, wohl am besten illustriert, war Klaus' Behauptung, er wisse nicht, was schmutziges Geld sei. Damit öffnete er de facto Vorgängen Tür und Tor, die man in zivilisierten Ländern als illegal betrachten würde. Die Wirtschaftsexperten in der Tschechischen Republik verkündeten aber vielmehr, dass es für den erfolgreichen Verlauf der Reformen (was seinerzeit nichts anderes als schnell bedeutete) unabdingbar wäre, dass die Wirtschaft zügiger als die Justiz agiere. Die Coupon-Privatisierung – eine ausgesprochen unübliche Vorgehensweise – wurde zunächst als Sonderweg des Volkskapitalismus propagiert, bei dem alle Bürger zu Anteilseignern werden. Von Anfang an aber bewiesen das Informationsgefälle zwischen der Bevölkerung und jenen, die über die tatsächliche Situation der zu privatisierenden Unternehmen fundierte Informationen besaßen, und später dann die Entstehung von privaten Investmentfonds das ganze Ausmaß der Naivität dieses Ansatzes.

Schon bald schon wurde offenkundig, dass die Coupon-Privatisierung zum Gegenteil dessen führte, was ursprünglich versprochen worden war. Miloš Pick (Pick, 42), ein renommierter Wirtschaftswissenschaftler und erklärter Gegner von Václav Klaus brachte es auf den Punkt: „Was selbst ich nicht erwartet hatte, war, dass die Verwaltung und Kontrolle dieser Vermögenswerte, sobald sie nicht mehr in den Händen von Minoritätseigentümern waren, sich so schnell und in so extremer Weise konzentrieren würden. Die fünf größten Banken, eine Versicherungsgesellschaft sowie 14 Wirtschaftsunternehmen, bei denen es sich meistens um deren Investmentgesellschaften handelt, kontrollieren über 40% der Anteile aus der ersten Coupon-basierten Privatisierungsrunde sowie ca. 80% der Bankkredite. Wir haben es mit einer neuen Pyramide geballter Wirtschaftskraft von Managern und Vorständen zu tun, die sich auf eine äußerst geringe Anzahl von Wirtschaftsakteuren verteilt. Etwa 500 Familien kontrollieren jetzt die Wirtschaft, ohne tatsächlich deren Eigentümer zu sein. Wir haben es quasi mit einem neuen „Wirtschaftspolitbüro“ zu tun, das von den eigentlichen Eigentümern der Unternehmen nie gewählt wurde und von ihnen weit entfernt ist. Im Ergebnis der Coupon-

Privatisierung ist eine extreme Konzentration von Wirtschaftskraft entstanden, die jede Verbindung zu den Eigentümern verloren hat.“

Die sozialdemokratische Opposition bezeichnete diese Coupon-Privatisierung später als den „Diebstahl des Jahrhunderts“ und verwies darauf, dass viele Unternehmen privatisiert (und eine erhebliche Menge liquidiert) wurden, während die Banken in den Händen des Staats verblieben und toxische Kredite anhäufte, da die Entscheidung darüber, welchen Unternehmen Darlehen zu gewähren waren, auf Grundlage politischer statt wirtschaftlicher Kriterien getroffen wurde.

Die in Windeseile durchgepeitschten Reformen wirkten sich auf den tschechischen und den slowakischen Teil der Republik in unterschiedlicher Weise aus. Während der tschechische Teil über bedeutend bessere Startbedingungen verfügte, sah sich der slowakische Teil mit einer hohen Arbeitslosigkeit und strukturellen Schwächen konfrontiert. Bemerkenswert ist diesbezüglich, dass die Abhängigkeit des slowakischen vom tschechischen Landesteil in den 1980er-Jahren ihren Höhepunkt erreichte, als ca. 8 % des tschechischen Nationaleinkommens als Transferleistungen an die Slowakei gingen. Die Wahlergebnisse aus dem Jahre 1992 belegten erhebliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung in den beiden Landesteilen: Der tschechische Teil gab Václav Klaus mit seinen Reformen den Vorzug, während der slowakische Teil stärker auf nationalistisch orientierte politische Bestrebungen und andere Arten von Reform setzte. Schließlich einigte man sich auf die Teilung der Tschechoslowakei.

Weitere Katastrophen sollten folgen. Eine der folgenschwersten Entscheidungen war die Festsetzung des Wechselkurses. Der IWF „empfohl“ drastische Abwertungen. Durch diese Maßnahmen erhielten (die seinerzeit noch nicht modernisierten) Unternehmen ein gewisses „Preispolster“, was die Tschechische Republik aber auch in den Preiswettbewerb drängte. So zogen sich die tschechischen Unternehmen aus den östlichen und lateinamerikanischen Märkten zurück und richteten sich stark in Richtung Westeuropa aus, wo sie zu ihrer Überraschung nicht gerade willkommen geheißen wurden, da sie kein Bestandteil der grenzüberschreitenden Netze waren. Die traditionell auf den Maschinenbau orientierte Exportstruktur wandte sich Primärprodukten (wie Holz und Kaolin) sowie arbeitsintensiven Produktionszweigen zu. Im Geflecht der internationalen Arbeitsteilung musste die Tschechische Republik einen erheblichen Abstieg hinnehmen und fand sich im Wettbewerb mit den Entwicklungsländern wieder. Diese Strategie führte dann später zu einem enormen Handelsdefizit und letztlich den Leistungsbilanzdefiziten, die 1997, als der bis dato feste Wechselkurs der tschechischen Krone aufgegeben werden musste, in einer Finanzkrise ihren Höhepunkt fanden.

In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre war es unübersehbar geworden, dass die Aufeinanderfolge neoliberaler Reformen für den Großteil der Bevölke-

rung keine Verbesserung der Lebensumstände gebracht hatte – was zu einem ersten Einbruch der Popularität Václav Klaus' (seinerzeit Premierminister) führte. Jedoch war die herrschende Elite unfassbarerweise keineswegs bereit, Fehler irgendeiner Art einzugestehen, sondern verkündete vielmehr, der überwiegende Teil der Reformen sei erfolgreich abgeschlossen worden. Als das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage im Inland völlig aus dem Lot geriet, hatten die Wirtschaftsexperten der Rechten die Antwort schon parat: die Mehrheit der Leute lebe über ihre Verhältnisse. Gleichzeitig kündigten sie in dem Bestreben, die „Schocktherapie“ der frühen Neunziger zu wiederholen, eine neue Runde von Sparmaßnahmen an. Dieses Mal reagierten die Menschen jedoch verärgert, als sie erfuhren, welch enormer Teil des Volkvermögens auf seltsamen Wegen privatisiert worden und sang- und klanglos „verschwunden“ war. 1998 verzeichnete die Oppositionspartei – also die Sozialdemokraten – ihr bis dato bestes Wahlergebnis. Nach mühsamen politischen Verhandlungen gelang ihnen die Bildung einer Minderheitsregierung.

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung sah sich in vielerlei Hinsicht mit einer ungünstigen Wirtschaftslage konfrontiert. Der Privatisierungsprozess hatte eine neue Klasse betuchter „Unternehmer“ hervorgebracht, die allem „Sozialen“ gegenüber grundsätzlich feindlich eingestellt waren. Die Medien rekrutierten sich zum Großteil aus ehemaligen Kommunisten beziehungsweise Mitgliedern des kommunistischen Jugendverbands (Svazák), die sich mittlerweile auf die „rechte“ Seite geschlagen hatten. An diesen Umständen hat sich bis auf den heutigen Tag wenig geändert. Ohne das Internet wäre es nahezu unmöglich, sich beispielsweise Informationen über die Gewerkschaften zu verschaffen. Die gesamte Medienlandschaft ist in „rechten“ Händen (wie zum Beispiel denen des Milliardärs Bakala, in dessen Fall selbst ein Gericht zu der Einschätzung gelangte, dass die Bezeichnung „Bastard“ zulässig sein könne). Die so genannten öffentlichen Medien sind nur dem Namen nach öffentlich, da verschiedene Umfragen belegen, dass etwa 90 % der Journalisten sich selbst als rechts bezeichnen (und dies in sämtlichen Fernseh- und Radioprogrammen ausgiebig demonstrieren). Darüber hinaus hatte man es mit einer schwierigen wirtschaftlichen Situation zu tun, die von einem nicht privatisierten, mit faulen Krediten belasteten Bankensektor, zahlungsunfähigen Traditionsunternehmen, einer steigenden Arbeitslosenquote und miserablen Kennziffern im internationalen Handel geprägt war.

Die Sozialdemokraten schlugen einen traditionellen Umverteilungskurs ein, mussten aber hinsichtlich der tschechischen Industrie zu einer Entscheidung gelangen. Ihre Schlussfolgerung lautete, dass die einzig mögliche Lösung darin bestünde, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Zum einen könnten sie auf diese Weise wenigstens zum Teil der Herausbildung einer neuen Klasse „tschechischer Oligarchen“ entgegenwirken, zum anderen sei



eine Modernisierung dringend geboten. Unter dem Banner eben dieser Logik war es dann auch die sozialdemokratische Regierung, unter der die Banken privatisiert wurden (ein Schritt, an den sich die Rechtsregierung nicht herangewagt hatte). Eine tief greifende Bankenkrise, die zahlreiche Konkurse und einen Ansturm auf die Banken mit sich brachte, führte dann zu der gegenwärtigen Situation, in der kaum eine tschechische Bank überlebt hat. Dadurch wuchs die Abhängigkeit von ausländischem Kapital in nahezu jedem Sektor. Die sozialdemokratische Regierung Zeman verfolgte umfassende politische Maßnahmen zur Förderung des Exports und von Investitionen und setzte auf neue und stärkere Institutionen. Als die Arbeitslosenquote 10 % erreichte, setzte man den Schwerpunkt auf die Förderung ausländischer Investitionen im Bereich der Fließbandproduktion, da solche Produktionsstätten zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze besonders geeignet sind.

Auch wenn es anfangs kaum zu erwarten war, gelang es der Regierung Zeman tatsächlich, vier Jahren lang im Amt zu bleiben. Noch überraschender war es, dass die Sozialdemokraten es schafften, die Wahlen im Jahre 2002 noch einmal für sich zu entscheiden. Ihre Koalitionsregierung war überaus instabil (der Premierminister wechselte dreimal), jedoch schienen sich die wirtschaftlichen Aussichten zu verbessern. 2004 trat die Tschechische Republik der EU bei und kann seit 2005 auf eine positive Handelsbilanz verweisen – ein überaus wichtiger Wachstumsfaktor für eine traditionell sehr offene kleine Volkswirtschaft. Es muss jedoch daran erinnert werden, dass sich die Sozialdemokraten seinerzeit ohne Wenn und Aber auf Tony Blairs und Gerhard Schröders „Dritten Weg“ zur „Modernisierung“ des Wohlfahrtsstaates einließen. Ihr entscheidendster Fehler war wahrscheinlich die Absenkung der Unternehmenssteuern – eine Politik, die dem Finanzminister von Seiten der neoliberal orientierten Wirtschaftsexperten nahe gelegt wurde, die er in seinem Team belassen hatte. Die steigenden Defizite und die daraus erwachsene Verschuldung des Landes waren der Hauptkritikpunkt der rechten Oppositionsparteien.

Man erwartete, dass letztere die folgenden Wahlen für sich entscheiden würden. Es kam bei den Wahlen 2006 jedoch zu einer perfekten Patt-Situation, die die Dinge weiter verkomplizierte. Von den 200 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses waren 100 linksorientiert (Sozialdemokraten, Kommunisten) und 100 „rechts“ (die Grünen eingeschlossen – dies war ihr erster und wohl auch letzter Einzug ins Abgeordnetenhaus, wobei anzumerken ist, dass die Grünen in der Tschechischen Republik überraschenderweise klar rechts orientiert sind). Die Verhandlungen schleppten sich ergebnislos dahin, bis Interimspremierminister Mirek Topolánek Anfang 2007 verkündete, er habe die Unterstützung zweier sozialdemokratischer Abgeordneter gewonnen (sprich: sie korrumpiert) und somit die Mehrheit hinter sich.

Die „Errungenschaften“ der Regierung Topolánek sind dreierlei Art:

- Unterstützung der Schaffung eines amerikanischen Raketenstützpunkts auf tschechischem Boden;
- Durchführung neoliberaler Reformen, an die selbst Václav Klaus sich nicht herangewagt hatte;
- ein neuer Typus der politischen „Kultur“

Paradoxerweise hatten die Pläne zur Errichtung einer amerikanischen Raketenbasis einen positiven Nebeneffekt. Nachdem die tschechischen Bürger viele Jahre in nahezu vollständiger Passivität verharren hatten, brachte dieses Thema mit Ne Zákładnám (Initiative Keine Stützpunkte) die bislang erfolgreichste Bürgerbewegung auf die Beine. Der unermüdliche Widerstand dieser Bewegung gegen jedwede Form der Medienmanipulation verdient höchste Bewunderung. Die tschechischen Medien waren außer sich, dass sich ohne (ihre) „rechte“ Kontrolle eine spontane Bewegung wie diese herausbilden können. Die Vertreter der Bewegung wurden regelmäßig der russischen Spionage bezichtigt bzw. als naive Kinder oder fanatische Kommunisten bezeichnet. Die Kampagne in den Medien war beispiellos (so blieb den Vertretern von Ne Zákładnám das Erscheinen im Fernsehen komplett versagt). Was auch immer die Medien anführten, um das Projekt der Raketenbasis zu unterstützen (die Verteidigungsministerin ging so weit, einen kitschigen Song zur Unterstützung der Amerikaner vorzutragen) – etwa 70% der Bevölkerung blieben beharrlich bei ihrem Nein in Bezug auf die Basis. Am erstaunlichsten war wohl, dass die Grüne Partei, deren Pendant überall in Europa mit der pazifistischen Bewegung verbunden ist, die Stationierung unterstützte. Dies war es dann aber auch, woran die Partei letztens Endes zerbrach – als sich später nämlich zwei grüne Abgeordnete des Koalitionsblocks gegen die Regierung stellten.

Topolánek hatte nicht unbedingt die überwältigende Unterstützung der amtierenden tschechischen Regierung hinter sich. Es gelang ihm aber dennoch, einige „Reformen“ auf den Weg zu bringen, die tief greifende Veränderungen für die tschechische Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt nach sich zogen.

Topoláneks Reformen folgten der neoliberalen Vorstellung, wonach der Staat so klein wie möglich gehalten werden müsse, sich jeder möglichst um seine eigenen Belange kümmern und dem Staat nicht mit krankheits-, verletzungs- und altersbedingter Bedürftigkeit etc. zur Last fallen solle.

Dieser Logik folgend erhöhte die Regierung die Mehrwertsteuer und senkte (ein weiteres Mal) die Unternehmenssteuern. Das Aushängeschild des Reformpakets war jedoch die Einführung einer Pauschalsteuer. Die Steuer war ihrem Charakter nach eindeutig regressiv, weshalb die wohlhabende Schicht davon im gewaltigen Ausmaß profitiert. Eine weitere Maßnahme war die vom amerikanischen System inspirierte Reformierung des Gesundheitswe-

sens. Die Regierung Topolánek war nicht stark genug, alle ihre Bestrebungen umzusetzen, sondern führte „lediglich“ eine in den Arztpraxen zu entrichtende Gebühr ein. Das Hauptargument war, dass Rentner zu oft zum Arzt gingen, das Pflegesystem überstrapazierten und aus diesem Grund eine Regulierung vonnöten sei.

Selbige Gebühren sollten jedoch einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft insgesamt haben. Sie stellten einen Meilenstein dar auf dem Wege zu einem neuen Verständnis dessen, was öffentliche Dienstleistungen bedeuten, da die Menschen daran gewöhnt waren, derartige Leistungen generell kostenlos zu empfangen. Insbesondere die nach 1989 geborene junge Generation machte sich die Einstellung zu Eigen, dass es normal ist, für öffentliche Dienstleistungen zu zahlen, wenn man „Qualität“ will.

Die Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise war besonders speziell. Die tschechische Regierung wollte zunächst gar nicht anerkennen, dass es so etwas wie eine Krise überhaupt gäbe. Als das Eingeständnis dann doch kam, bestritt man, dass sie die Tschechische Republik erreichen würde. Der Finanzminister und spätere Gründer der rechtsextremen Partei TOP09 Miroslav Kalousek ließ verlauten: „Ich wiederhole: in der Tschechischen Republik wird es keine Krise geben. Das Wirtschaftswachstum wird sich verlangsamen, aber Tschechien wird trotz aller Probleme weiterhin wachsen“.

Das Tragische daran war, dass er nicht nur sehr wahrscheinlich daran glaubte, sondern auf Grundlage dieser Überzeugung auch den Haushalt für das Jahr 2009 konzipierte und ein Wachstum von über 4 % prognostizierte, während das Bruttoinlandsprodukt in Wahrheit um mehr als 4 % schrumpfte. So war es kein Wunder, dass er es „schaffte“, das größte Defizit der modernen tschechischen Geschichte einzufahren. Er hatte jedoch die einmalige Gelegenheit, seine katastrophale Wirtschaftsführung der Krise anzulasten.

Was die neue politische Kultur anging, so trug diese mannigfaltige Züge. Da war zum einen die enorme Arroganz der Regierung, die sich, obschon sie über eine sehr schwache „Mehrheit“ zustande gekommen war, weigerte, mit der Opposition zu verhandeln, und gegenüber den Sozialpartnern wie etwa den Gewerkschaften eine umfassende Ignoranz zur Schau stellte.

Die Medien wurden von hart gesottenen rechten Rhetorikern dominiert. Jegliches soziale Gedankengut wurde als kommunistisch diffamiert und mutierte zum Schimpfwort. Die Rhetorik war nicht nur massiv rechts – vielmehr demonstrierte insbesondere Premierminister Topolánek wiederholt seine Affinität für Nazi-Terminologie. Als seine Partei an die Macht kam, versprach er eine „Nacht der langen Messer“. Einmal trat er nach einem Journalisten und verkündete (auf Deutsch): „Es kommt der Tag“. Die Wahlversprechen der Sozialdemokraten bezeichnete er als „Auschwitz-Lüge“. Zu internationalem Ruhm gelangte er durch Nacktfotos in der Berlusconi-Villa.

Angesichts all dessen war es wenig überraschend, dass es um die Perspektiven der Koalitionsparteien am Vorabend der Wahlen 2010 traurig bestellt war. In sämtlichen Umfragen wurde den Sozialdemokraten ein klarer Sieg vorhergesagt. Dann jedoch brach die Griechenland-Krise herein. Die Rechtsparteien stürzten sich gemeinsam mit der neu gegründeten TOP09 unter Führung von Finanzminister Kalousek (rechtsextreme Partei) und Veči Veřejné (Öffentliche Angelegenheiten unter Führung des Journalisten Radek John) auf diese einmalige Gelegenheit. Die Griechenland-Krise und insbesondere das Thema Schulden und Staatsbankrott zogen die gesamte Aufmerksamkeit auf sich und dominierten die politische Agenda. Keine politische Diskussion im Fernsehen ging ohne die Griechenland-Problematik und deren Auswirkungen auf die Tschechische Republik über die Bühne. Die Rechtsparteien nutzten den traditionellen Kompetenzbereich der Sozialdemokraten, den Wohlfahrtsstaat, als Angriffssymbol. Sie behaupteten, eine solche Verschwendungssucht würde uns unweigerlich in griechische Verhältnisse hineinmanövrieren. Leider zeigten sich die Sozialdemokraten absolut unfähig, auf diese Agenda zu reagieren. Statt den Leuten vor Augen zu führen, dass die Verschuldung Tschechiens eine der niedrigsten in der gesamten EU sei, pflasterten sie das Land mit sinnentleerten orangefarbenen Wahlplakaten im amerikanischen Stil zu.

Der Ausgang der Wahlen 2010 war für fast alle ein Schock. Obwohl die Sozialdemokraten gewannen, war es in Wahrheit ein Pyrrhussieg. Die Rechtsparteien konnten eine überaus starke Regierung bilden – mit ihrer überwältigenden Mehrheit kamen sie auf 118 Sitze im Abgeordnetenhaus. Gleich zu Beginn kündigte die Regierung von Petr Nečas „unabdingbare Sparmaßnahmen“ an, für welche sie angeblich das eindeutige Mandat der Wähler habe.

Bemerkenswert an der tschechischen politischen Landschaft ist, dass alle vier Jahre eine Partei „neuer moderner Politiker“ antritt und beansprucht, gänzlich anders als das alte korrupte Establishment zu sein. Auch wenn die tschechischen Wähler schon wiederholt ihre Erfahrungen mit diesem Phänomen gemacht haben, sind sie ein ums andere Mal willens, „ihr Glück zu versuchen“. Einmal übernahmen die Grünen die Rolle dieser neuen Besen, doch aufgrund ihrer Zustimmung zu der Raketenbasis stand am Ende die vollständige Desillusionierung – daher auch ihr Scheitern in den Wahlen von 2010. Stattdessen trat eine neue Partei an – wenn sie diesen Namen wohl auch schwerlich verdient – und wurde zur Überraschung jener Wahlen. Veči Veřejné (Öffentliche Angelegenheiten) baute ihren Wahlkampf auf dem Thema Kampf gegen die Korruption auf. Als „Parteichef“ engagierte sie einen ehemaligen Journalisten, der sich mit diversen investigativen Fernsehsendungen einen Namen gemacht hatte. Ebenso wie ihre Vorgänger steigerte die Partei ihre Popularität, indem sie mit den alten etablierten Parteien ins Gericht ging. Demgegenüber wurde dem Umstand wenig Be-

achtung geschenkt, dass die Partei von einer Sicherheitsagentur finanziert wurde und Bürgerstreifen organisierte, um Obdachlose und andere „unerwünschte“ Personen aus Parks und aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu entfernen. Einige Politikwissenschaftler äußerten warnend, *Veči Veřejné* sei überhaupt keine Partei, sondern vielmehr ein Konglomerat verschiedener Personenkreise, die von unternehmerischen und Auftragsvergabeinteressen gelenkt seien.

Die traditionell orientierte Christliche Partei verlor an Unterstützung und war zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte nicht mehr im Parlament vertreten. Statt ihrer gewann eine neue, von Miroslav Kalousek, dem unseligen Finanzminister, gegründete Partei gerade unter jungen Leuten enormen Rückhalt. Die Partei wurde als „cool“ und einfach anders wahrgenommen (was zum Teil immer noch der Fall ist). Ihr einziger offizieller Anführer ist der Adlige Karel Schwarzenberg. Es ist schwer zu sagen, ob ihm die Unterstützung aufgrund seiner adligen Herkunft zuteil wurde oder aufgrund seiner Bereitschaft, bei Verhandlungen aller Art, gleich wie wichtig sie waren, einfach einzuschlafen. Von Anfang an äußerte sich Kalousek mit einer unbeschreiblichen Arroganz zu der Notwendigkeit, die Staatsdefizite und somit auch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu verringern. Er verwandelte seine Partei in einen Block der christlichen Rechten und erklärte drastische Reformen sowie die vollständige Abschaffung des Wohlfahrtsstaates (den, wie er sagte, „wir uns nicht leisten können“) zu seinem Hauptanliegen. Im Rahmen seiner Kampagne übersendete er sogar allen tschechischen Bürgern einen Scheck, verbunden mit der Aufforderung, ihren jeweiligen Anteil an der Verschuldung zu begleichen. Viele Rentner waren nach Öffnung des Kuverts so schockiert, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten.

TOP09 erlangte besonderen Ruhm durch ein Video, in dem junge Leute (dargestellt von bekannten jungen Schauspielern) ihre Altersgenossen zum Besuch bei den Großeltern ermuntern – letztere dargestellt als Kommunistenwähler und Sozialschmarotzer – um selbigen darzulegen, sie sollten besser rechts wählen, weil sie (die Enkelkinder) sie andernfalls nicht mehr besuchen würden. Auch wenn das Video in weiten Kreisen Abscheu erweckte, fanden junge Leute es cool und stimmten aus diesem Grunde und aus Sympathie für den witzigen Aristokraten, dem es egal ist, wann und wo er einschläft, und der ein so lustiges Tschechisch spricht, in rauen Mengen für die Partei mit dem eigenartigen Namen TOP09.

Diese beiden neuen „Parteien“ entschieden letztlich über den Ausgang der Wahlen, indem sie erklärten, sie wollten eine Koalition mit der zweitplatzierten Partei – nämlich der Demokratischen Bürgerpartei (jener von Václav Klaus zu Beginn der 1990er gegründeten Partei) – eingehen. Auf diesem We-

ge kam die oben erwähnte überwältigende rechte Mehrheit zu Stande. Premierminister wurde Petr Nečas, dessen Name sich bezeichnenderweise mit „Schlechtwetter“ übersetzen lässt.

Die Sozialdemokraten wie auch die Kommunisten mussten weiterhin in der Opposition verharren.

Die Koalitionsverhandlungen wurden in rasendem Tempo abgewickelt, und im Handumdrehen entstand die am stärksten rechts orientierte Regierung, die man sich nur vorstellen konnte. Von Beginn an stellte sie klar, was ihre Prioritäten waren – indem sie sich als „Regierung für Budgetverantwortung“ und „Regierung des Kampfes gegen die Korruption“ titulierte.

Die Regierung erklärte explizit, ihr Hauptziel bestünde darin, tief greifende strukturelle Reformen umzusetzen, die in vielen Zügen unumkehrbar oder nur mit großem Kostenaufwand reversibel sein sollten. In der Regierungserklärung heißt es, die Tschechische Republik müsse ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen – andernfalls würde sie letztlich zu jener Gruppe von Ländern gehören, die unfähig seien, ihre eigenen Probleme zu lösen (womit in diesem Zusammenhang die Mitwirkung des IWF als sogenannte letzte Rettung gemeint ist). Weiterhin wird propagiert, dass der Unternehmenssektor die Quelle des Wohlstands sei. Die Regierung hat mit der Anwendung von Sparmaßnahmen begonnen, um abzuwenden, dass die Tschechische Republik dort endet, wo Griechenland jetzt steht (damit ein Wahlkampfmotiv aufgreifend). Interessanterweise fokussiert man sich auf die Ausgabenseite des Haushalts, während Maßnahmen zur Wiedererlangung jener Steuereinnahmen, die durch die Abschaffung der progressiven Besteuerung verloren gegangen sind, keinerlei Erwähnung finden. Die Regierung hat Kürzungen – in vielen Fällen gar die vollständige Abschaffung – der Sozialleistungen sowie die Privatisierung lukrativer Sektoren des öffentlichen Dienstes angekündigt. Insbesondere die Rentenreform steht ganz oben auf der Agenda.

Des Weiteren beabsichtigte die Regierung grundlegende Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung, die den Einfluss der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer insgesamt schwächen würden und vor allem den Selbstständigen zugutekämen.

Im Folgenden möchte ich die konkreten Schritte analysieren, die bereits umgesetzt wurden oder sich in Vorbereitung befinden und aufzeigen, wie die Zivilgesellschaft darauf reagierte.

Nach dem Wahlschock waren die linken Parteien zunächst wie gelähmt. Insbesondere die Sozialdemokraten brauchten mehrere Monate, um sich bewusst zu werden, was dieser Pyrrhussieg für sie und die Gesellschaft bedeutete. Wenn die Regierung unter Petr Nečas irgendetwas Gutes mit sich brachte, so war das die Aktivierung der Gewerkschaften und insbesondere der Zivilgesellschaft, die, abgesehen von kurzzeitigen Ausnahmen, fast 20 Jahre lang vor

sich hingedämmt hatte. Eine Vielzahl neuer Bewegungen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen ist entstanden. Diese Aktivitäten haben ein noch nie dagewesenes Ausmaß erlangt und beweisen, dass die tschechische Gesellschaft tatsächlich im Wandel begriffen ist. Kurz vor den Wahlen entstand die zivilgesellschaftliche Gemeinschaftsinitiative Alternativa zdola (Alternative von unten). Als unmittelbare Reaktion auf die Regierungspolitik wurde die Initiative Proalt (für Alternativen, gegen Kürzungen) ins Leben gerufen. Seitdem sind viele andere hinzugekommen, und es gibt Bestrebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen besser zu koordinieren und enger mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Regierung tiefgreifende Reformen in folgenden Bereichen beabsichtigt:

- Steuersystem
- öffentliche Verwaltung
- Rentensystem
- Gesundheitswesen
- Hochschulbildung

Die Sparmaßnahmen der Regierung wurden ohne zu zögern sofort umgesetzt. Eine ihrer ersten Maßnahmen war ein Stellenabbau im öffentlichen Dienst, verbunden mit Gehaltskürzungen von mindestens 10 %. Diese Maßnahme brachte die Gewerkschaften auf den Plan, die nach vielen Jahren zum ersten Mal wieder eine Demonstration von über 40 000 Mitgliedern – Polizisten und Feuerwehrleute eingeschlossen – auf die Beine stellten. Die Regierung hält jedoch unverändert an ein und demselben Mantra fest, sobald sie sich mit Unzufriedenheit oder Widerstand in Bezug auf ihre Politik konfrontiert sieht:

- Wir haben das Mandat der Wähler, alle erforderlichen Sparmaßnahmen umzusetzen.
- Egal was geschieht – die Reformen dienen „letztendlich dem guten Zweck“ und müssen umgesetzt werden. Andernfalls landen wir dort, wo Griechenland jetzt ist (obwohl das Defizit der öffentlichen Haushalte in der Tschechischen Republik mit circa 40 % eines der niedrigsten in der gesamten EU ist).

Die Regierung Mirek Topolánek hatte der politischen Kultur in der Tschechischen Republik bereits schweren Schaden zugefügt, der von der Regierung Nečas weiter vergrößert wurde. Einen weiteren Schock versetzte uns Nečas, als er Roman Joch zu einem seiner Berater für Menschenrechte ernannte. Bei Joch handelt es sich um eine bizarre Gestalt des politischen Lebens, die beispielsweise Folter im Namen der Demokratie offen als etwas Notwendiges bezeichnet, die es durchaus akzeptabel findet, auf Demonstranten zu schießen und der Auffassung ist, dass ein Gentleman (für den er sich selbst übrigens auch hält) sich durchaus Sklaven halten könne, wenn er es wünscht und

schließlich, dass das allgemeine Wahlrecht eine gefährliche Sache sei und besser abgeschafft werden sollte. Bezüglich der Revolutionen in den arabischen Ländern äußerte er „schlaue“ Empfehlungen wie: unterentwickelte Länder wie diese seien zur Demokratie ganz einfach nicht befähigt und würden mit einem rechtsgerichteten autoritären Regime am besten fahren (für dessen Einsetzung die USA sorgen sollten). Ferner ist er ein Befürworter der traditionellen Familie und weist Frauen die Aufgabe zu, als Vorbedingung für ihre Wahlberechtigung mindestens zwei Kinder zu gebären. Mit Roman Joch sind faschistoide Tendenzen, die bereits unter Topolánek sichtbar waren, in der Gesellschaft aufgebrodelt. Damit erlangen sie nicht nur die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sowie der Medien, sondern werden auch Mainstreamtauglich, und zwar nicht etwa als Phänomene, die in einem zivilisierten Land unmöglich sind, sondern vielmehr als Meinungen, sozusagen als normaler Bestandteil verbreiteter rechtsgerichteter Tendenzen.

Im Internet aber auch in rechtsgerichteten Printmedien sind seither Artikel und Diskussionen erschienen, in welchen das allgemeine Wahlrecht kritisiert wird – dafür, dass es den Armen (die, da sie faul sind und nicht arbeiten, ihre Armut natürlich selbst verschulden) dasselbe Wahlrecht einräumt wie den Reichen. Fast jeden Tag werden Vorschläge laut, das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen und einen gewissen Wohlstand als Grundvoraussetzung für das Wahlrecht zu definieren oder aber das Wahlrecht nur denen einzuräumen, die Steuern zahlen oder in Anstellung sind. Hasstiraden auf die Ärmsten – die Roma, die Obdach- und Arbeitslosen – werden systematisch als Werkzeug der Regierungspolitik eingesetzt. Diese Gruppierungen seien – so die Lesart der Regierung – für unsere gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme verantwortlich (keineswegs aber die Reichen, die ihre Profite beispielsweise in Richtung der Steueroasen transferieren). So verwundert es kaum, wenn Vorschläge laut werden, Obdachlose zwangsweise aus den Städten (insbesondere aus Prag) heraus in spezielle „Lager“ zu deportieren. Besonders schlimm ist, dass solche Maßnahmen von weiten Teilen der Mittelschicht gutgeheißen werden. Des Weiteren hat die Regierung Reformen im Bereich der Sozialleistungen zur Vermeidung von deren Missbrauch erlassen. Die Voraussetzungen zur Erlangung von Arbeitslosengeld gehörten auch zuvor schon zu den restriktivsten der EU. Jetzt ist es der Regierung in den Sinn gekommen, die Unterstützung in Form von Gutscheinen zu gewähren (um so die Verwendung der Gelder für Alkohol und Glücksspiele zu unterbinden) und die Betroffenen zu Zwangsdiensten für die Allgemeinheit zu verpflichten. All diese Maßnahmen sind darauf gerichtet, die sozial Bedürftigen weiter zu stigmatisieren. Da diese Gruppierungen von staatlichen Fürsorgemaßnahmen abhängig sind, wurden sie als die Schuldigen ausgemacht.

Auch wenn vor allem junge Wähler für die Koalitionsparteien gestimmt hatten, so waren sie doch unangenehm überrascht, als die Koalition Hochschulre-



formen in Angriff nahm. Eines der wichtigsten Elemente war die Einführung von Studiengebühren. Dies bewies wieder einmal, dass viele Wähler, vor allem junge, keinerlei Vorstellung von den Parteiprogrammen hatten, sie nicht gelesen hatten und allenfalls meinten, dass Schwarzenberg ein „cooler Typ“ und die Reformen unumgänglich seien. Offenbar sind die Reformen aber wohl nur dann notwendig, wenn sie diese jungen Wähler nicht unmittelbar betreffen. Jene Studenten, die vorher für TOP09 bestimmt hatten, opponierten jetzt, da sie unmittelbar betroffen waren, aufs Schärfste gegen die Studiengebühren. Die Hochschulreformen gehen über die Einführung der Studiengebühren aber deutlich hinaus. Im Hochschulreformgesetz heißt es klar und eindeutig, dass die Universitäten stärker mit den Unternehmen kooperieren sollen und dass Forschung und Entwicklung zwar wertvoll seien, aber nur dann unterstützt werden sollen, wenn sie für die Privatwirtschaft von Nutzen sind. Ferner sollten die Universitäten wie freie Wirtschaftsunternehmen geführt werden.

Abgesehen vom massiven Stellenabbau führten die Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung zu einer weiteren Privatisierung des öffentlichen Dienstes. Eines der prägnantesten Beispiele ist die Reformierung des Arbeitsamtes. Die Ämter sollen geschlossen und in den Regionen zentralisiert werden. Offiziell wird dies mit Kosteneinsparungen begründet. In Wirklichkeit geht es aber eher darum, die Rolle von privaten Arbeitsagenturen zu stärken.

Im Gesundheitswesen orientiert sich das Koalitionsmodell am amerikanischen System. TOP09 hat in seinem Programm eine kontinuierliche Erhöhung der vom Einzelnen zu entrichteten Gebühren und damit eine kontinuierlich sinkende Beteiligung der öffentlichen Hand vorgesehen. Einer der Kernpunkte der Reformen soll die Definition eines „Standard“-Leistungsumfanges werden, der aus dem öffentlichen Gesundheitsfonds finanziert wird, während alle anderen Leistungen eigenfinanziert werden sollen. Hiermit gehen weitere Maßnahmen einher wie die Reduzierung der Anzahl der Krankenhausbetten, drastische Kostensteigerungen für Patienten mit langwierigen Krankheiten – ausgehend von der Vorstellung, dass alte Menschen das Gesundheitswesen missbrauchen. Die direkt an die Ärzte, insbesondere die Fachärzte, zu zahlenden Gebühren sollen sich fast auf das Siebenfache erhöhen! Auch hier ist unübersehbar, dass die Regierung das Geld der Ärmsten der Gesellschaft vereinnahmen will – das der Alten und Kranken. Unangetastet bleiben die Pharma-Lobby und das Arzneimittelgesetz, womit die Tschechische Republik für eben diese reichen und mächtigen Unternehmen zu einem Eldorado wird. Andererseits werden immer mehr Medikamente kostenpflichtig.

Die Renten- und die Steuerreform sind eng miteinander verbunden. Die anfängliche Vorstellung der Regierung lief darauf hinaus, die Bürger anzuweisen, Geld in Privatfonds anzusparen. Dies ging selbst einigen einflussreichen rechtsgerichteten Journalisten und Wirtschaftswissenschaftlern zu weit, die ge-

gen diesen Vorschlag zu Felde zogen. Obwohl es sich um eine überaus wichtige Reform handelt, musste die Regierung, nachdem das neue Konzept zunächst pompös angekündigt worden war, selbiges etwa fünfmal pro Woche überarbeiten – mit dem Ergebnis, dass die Maßnahmen noch mehr an Rückhalt verloren. In der letzten Fassung heißt es, dass Personen über 35 die Möglichkeit hätten, Geld in privaten Fonds anzusparen. Aus Kostengründen (sinkende Einnahmen der Sozialkassen) blieb der Regierung „keine andere Möglichkeit“, als die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Weil die Anhebung der Mehrwertsteuer aber auch Arzneimittel und andere Gesundheitsleistungen verteuert, werden die Gebühren ein weiteres Mal erhöht, mit dem Ergebnis, dass noch weniger Leistungen aus dem allgemeinen Gesundheitsfonds beglichen werden können. Hierbei handelt es sich um einen perfekten Teufelskreis, den die Regierung vorschiebt, um folgendermaßen zu argumentieren: Wir müssen auf genau diese Weise verfahren, Sie sehen selbst, dass im System kein Geld vorhanden ist.

Die Regierung hat schon zum wiederholten Mal auf dasselbe politische Vorgehen gesetzt: Einsparungen vorzunehmen, indem Einnahmen, die bestimmten Bereichen zugutekommen, gekürzt werden und danach zu behaupten, dem System stünde nicht ausreichend Geld zur Verfügung, weshalb es privatisiert werden müsse – zumal private Einrichtungen generell leistungsfähiger seien als der Staat.

Die wachsende Unzufriedenheit in der Gesellschaft – gemäß jüngsten Umfragen ist der Anteil der Bürger, die Vertrauen in die Regierung haben, auf 20 % gesunken – ist nicht allein auf die Sparmaßnahmen zurückzuführen. Es gibt noch einen weiteren Problembereich:

Hierbei handelt es sich um das zweite Kernprojekt der Regierung – insbesondere der Partei Veči Veřejné – nämlich den Kampf gegen die Korruption. Dieser Kampf wird wie folgt geführt: Gegen Ende des Jahres informierte ein Beamter die Öffentlichkeit über einen Versuch des Umweltministers (Bürgerpartei), sich und seine Partei im Zuge einer Ausschreibung um 500 Millionen Kronen zu bereichern! Eine Summe also, die über das Budget für Arbeitslose weit hinausgeht. Jedoch sah sich nicht etwa der Minister, sondern vielmehr der Mitarbeiter öffentlichen Diffamierungen als „Verräter“, „Bastard“ etc. ausgesetzt, hatte er doch tatsächlich einen Fall von Korruption auf höchster Ebene öffentlich gemacht. Obschon der Minister zum Rücktritt gezwungen war, wurde ihm der Posten des „ideologischen Parteiführers“ übertragen. Seither vergeht kaum ein Tag ohne Skandal. Nahezu täglich erfahren die Bürger von Korruptionsfällen und geheimen Mitschnitten, welche Minister und Abgeordnete kompromittieren. Kein einziger Fall wurde von der Polizei bislang umfassend untersucht, die in der Regel zu der Schlussfolgerung gelangt, die Beweislage sei unzureichend. Oder, was noch schlimmer ist, die Justiz sieht sich einem immensen politischen Druck ausgesetzt, da dem einen oder

anderen eine Gefälligkeit erwiesen werden muss. Solche Vorfälle treten mittlerweile derart gehäuft auf, dass selbst Journalisten außerstande sind, auf dem Laufenden zu bleiben. Viele Politikwissenschaftler sprechen im Zusammenhang mit den mafiösen Verstrickungen der Regierung in der Tschechischen Republik, von der Regierung als „capo di tutti capi“.

Einige Minister haben bekannt, die Skandale seien „ein wenig problematisch“. Die Reformen seien aber so bedeutsam, dass man trotz aller Spannungen in der Koalition weitermachen müsse.

Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass viele Menschen immer noch sehr passiv und resigniert sind. Der Rückzug ins Private ist in der Tschechischen Republik weit verbreitet. Manche Menschen verweigern sich der Realität und suchen ihr Heil in unsinnigen Fernsehsendungen oder im Rückzug in die Wochenendlaube. Dennoch wächst der Ärger in der Öffentlichkeit beständig. Die renommierte Politikwissenschaftlerin Prof. Dvořáková äußerte warnend, dass die Verärgerung und Radikalisierung der Menschen anwache und sie kurz davor stünden, auf die Straße zu gehen. Ihrer Meinung nach könne man die Vorgehensweisen der Regierung nicht mehr als Politik, sondern allenfalls als mafiaartige Aktivitäten bezeichnen.

Kürzlich organisierten die Gewerkschaften eine Demonstration, an der etwa 48 000 Menschen teilnahmen. Hierbei wurde die Regierung in harschen Worten kritisiert – sogar die Worte Generalstreik und ziviler Ungehorsam machten die Runde. Die Regierung war im Schockzustand, und einige Abgeordnete der Rechten polemisierten über Faschismus in den Gewerkschaften (einige extrem rechts verortete Journalisten verfassten Pamphlete über die Notwendigkeit, die Gewerkschaften zu verbieten). Der „blaublütige“ Minister Schwarzenberg äußerte, alle sollten den Mund halten und die ohnehin komplizierte Situation nicht noch verschlimmern. Es ist aber äußerst unwahrscheinlich, dass die Gesellschaft dem „Aristokraten“ Gehör schenken wird. In der Tschechischen Republik hat sich ein Kampf entsponnen. Dieser richtet sich nicht nur gegen die Sparmaßnahmen und die korrupte Regierung. Vielmehr ist es ein Kampf um grundlegende Bürgerrechte, ein Kampf gegen faschistoide Tendenzen in der Gesellschaft und ein Kampf um echte Demokratie.

## Quellen

CKOS (Tschechische Gewerkschaften): Pohledy – nové kolo reformem verejných finančných konečných príbeh (Eine weitere Runde von Finanzreformen der Regierung – eine endlose Geschichte), 2/2010. Janíčko, Pavel, Svihlíková, Ilona: Tax Policy and Employment: The Case of the Czech Republic (Steuerpolitik und Beschäftigung am Fall der Tschechischen Republik);, South East Europe Review for Labour and Social Affairs, 2/2009. Pick, Milos: Stát blahobytu, nebo kapitalismus? (Wohlfahrtsstaat oder Kapitalismus?), Grimmus, 2009. Prorok, Vladimír, Lisa, Ales:



„Schreiben“ (Plakatentwurf, 1985)

# Besonderheiten der griechischen Krise: Demokratie, Protest und Disput auf dem Syntagma-Platz

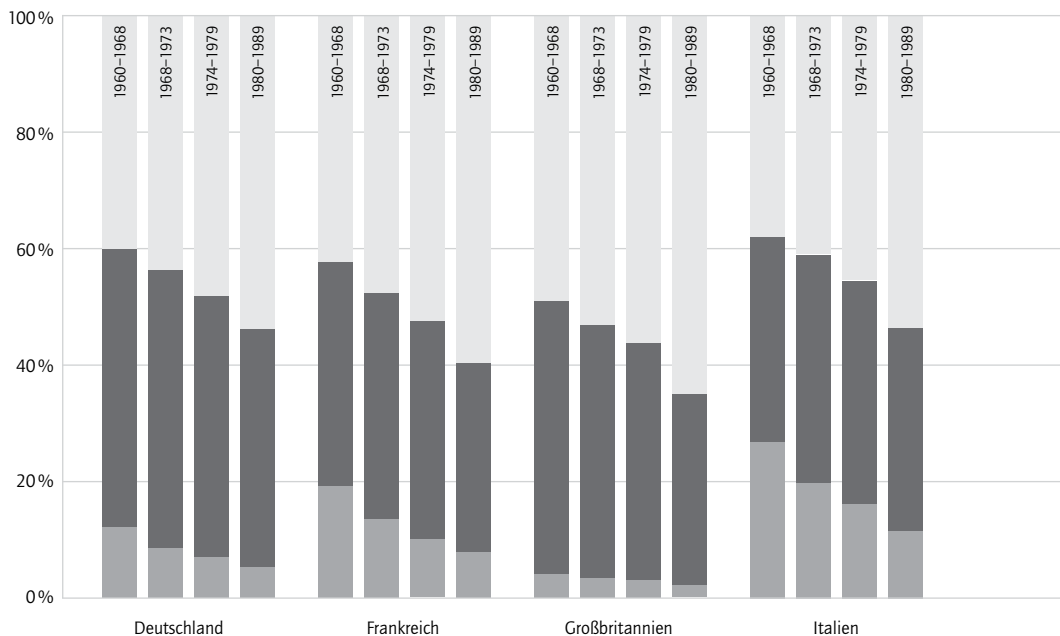
**Giorgos Tsiridis und Dimitris Papanikolopoulos**

Dieser Artikel versucht, die Besonderheiten der griechischen Bewegung aufzuzeigen, die gegen die von der Regierung unter Aufsicht von EU und IWF auferlegten Sparmaßnahmen organisiert wurde. Abgesehen von ihren wirtschaftspolitischen Forderungen macht sich die Bewegung für ein gerechteres politisches System im Sinne direkter Demokratie stark. Um ihren Ursprung genauer einordnen zu können, muss man bestimmte sozioökonomische Merkmale betrachten, die das politische System Griechenlands im südeuropäischen Vergleich prägen.

## **Wirtschaft und Demokratie im Süden – ein geschichtlicher Rückblick**

Weithin wird behauptet, dass sich die Geschichte Griechenlands, Spaniens und Portugals (oft auch Italiens) insbesondere in den Nachkriegsjahren ähneln würde. Mit ihrem Übergang zu demokratischen Systemen in den 1970er-Jahren gehören Griechenland, Spanien und Portugal – wie Samuel P. Huntington behauptete – zur „dritten Demokratisierungswelle“. Ein historischer Vergleich der Entwicklung dieser Länder in den vergangenen Jahrzehnten zeigt viele Ähnlichkeiten auf politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ebene. Eine auffallende Ähnlichkeit in der Entwicklung dieser Länder ist ihr schrittweiser Übergang zu demokratischen Ordnungen Mitte der 1970er-Jahre. Obwohl jedes dieser Länder einen unterschiedlichen Weg zur Demo-

## Entwicklung der Wirtschaftsbereiche

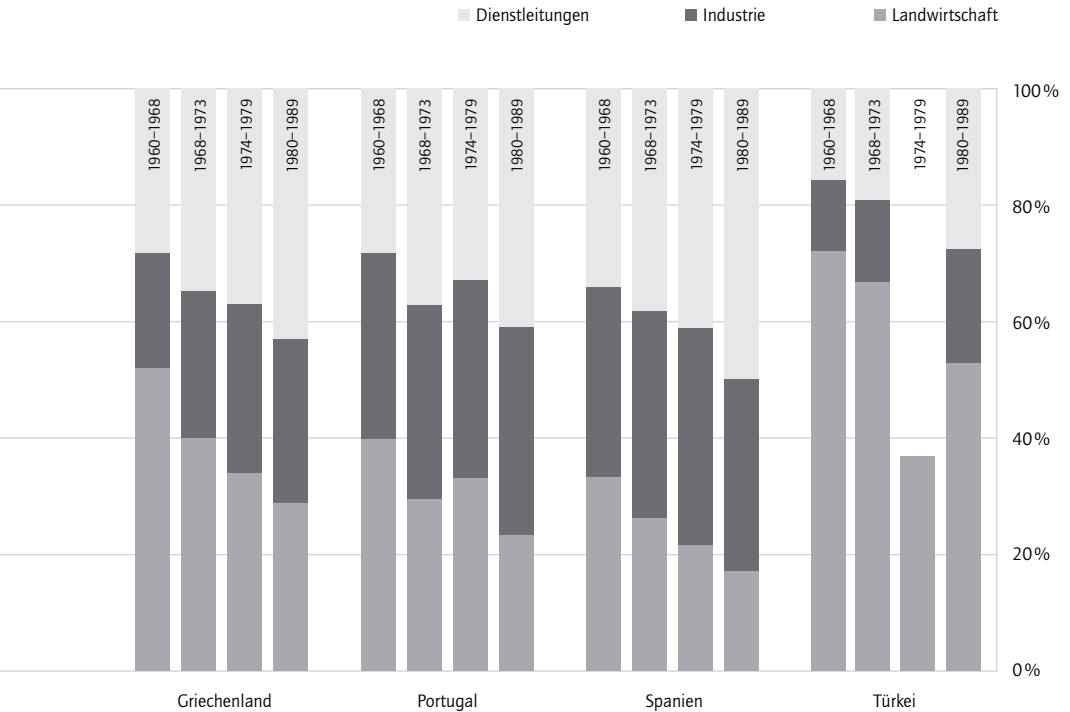


Quelle: OECD

kratie beschriftet, ähnelt sich doch ihr Weg zum EU-Beitritt. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die zeitliche Ausgestaltung ihrer Umstellung von Agrar- zu Industriestaaten (siehe Tabellen unten).

In südeuropäischen Ländern verzeichnete der verarbeitende Sektor nämlich einen beträchtlichen Aufschwung. Dieser Fortschritt wurde jedoch oft als ein Fall von „Industrialisierung ohne Entwicklung“ bezeichnet, da in Südeuropa nicht die Infrastruktur vorhanden ist, um die sozialen Vorteile der Urbanisierung und wirtschaftlichen Modernisierung wirksam zu nutzen.

Die wirtschaftliche Realität in Südeuropa unterscheidet sich insbesondere durch die Natur und den zeitlichen Ablauf dieses dramatischen Wandels. Griechenland, Spanien und Portugal entschieden sich bewusst für die Verknüpfung ihres demokratischen Übergangs mit der Umstellung auf eine moderne Wirtschaft. Die lang erwartete europäische Integration entfaltete auf die südlichen Länder doppelte Wirkung: Einerseits wurden nationale Institutionen direkt mit europäischen Institutionen verknüpft, wodurch de facto eine politische Interdependenz entstand. Andererseits mussten die langsameren Volkswirtschaften in Südeuropa möglichst schnell ihren Standard dem ihrer nördlichen Part-



ner anpassen. Dabei fand dies in einer Phase kontinuierlicher Austerität statt. Die Ölkrise 1973–1974 erschütterte weltweit die stabilsten Volkswirtschaften in ihren Grundfesten. Während der überwiegende Teil Europas in den ausklingenden Goldenen Jahren wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie vereinte, versuchten Griechenland, Portugal und Spanien erst dann, wirtschaftliche Entwicklung mit Demokratie zu verbinden, als der Höhepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa bereits Vergangenheit war.

## Griechenland: wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Übergang zur jüngsten Krise

Im Falle Griechenlands beruhen die Ursachen der derzeitigen Finanzkrise sowohl auf endogenen als auch exogenen Faktoren. Im Folgenden werden wir uns hauptsächlich mit den endogenen Faktoren befassen. Der Primärsektor wurde immer mehr vernachlässigt, sodass der Wettbewerbsvorteil der griechischen Agrarproduktion verloren ging. Der Staat verzichtete auf seine Ordnungsfunktion in der Landwirtschaft, als diese am meisten benötigt wurde.

Das geschah, als bisherige Präferenzmärkte die Agrarproduktion nicht mehr abnahmen und sich neue Märkte zunehmend als starke Konkurrenz herausstellten. Die älteste Bevölkerungsgruppe in Griechenland musste sich daher allein dem internationalen Wettbewerb und den Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik stellen, was für den ländlichen Teil Griechenlands verheerende Auswirkungen hatte. Der Primärsektor geriet in eine echte Katastrophe und wurde wirtschaftlich immer stärker an den Rand gedrängt. Diese Ereignisse wurden nie in der Öffentlichkeit diskutiert. Der Saldo zwischen Ein- und Ausfuhr von Agrarprodukten befindet sich jedoch seitdem im Minus.

Der Industriesektor ging ebenfalls schnell zurück, insbesondere nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der anschließenden Öffnung der Grenzen. Hunderte von Betrieben verlagerten ihre Produktionsstätten in Balkanländer und die Türkei, um dort billige Arbeitskräfte einzustellen.

Während also die Produktionsbasis des Landes schnell zurückging und sich alle verwundert die Frage stellten: „Was stellt dieses Land eigentlich her?“, sahen die aufeinanderfolgenden Regierungen der massiven Umstellung der griechischen Wirtschaft auf den tertiären Sektor tatenlos zu. Als wirtschaftliche Einheit verzeichnete der ehemals schlanke Staat ein recht schnelles Wachstum, was auch für seine Sozialausgaben galt. Zur Finanzierung musste eine ganze Reihe von Krediten aufgenommen werden: nur so konnte das Land seine trügerische Entwicklungspolitik fortsetzen. Gleichzeitig wurde die Steuerhinterziehung der politische Preis für Wahlen, die in der Regel durch eine sogenannte „Politik der Mitte“ entschieden wurden.

Infolgedessen gelang es den griechischen Regierungen über dreißig Jahre lang nicht, ihre umstrittenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den Augen ihrer Wähler zu rechtfertigen. Dies war der Grund für den Klientelismus, durch den wiederum der Bedarf an öffentlichen Kreditmitteln und die Misswirtschaft im öffentlichen Sektor anstieg. Die historischen Wurzeln der Vetternwirtschaft und Korruption in Griechenland sind daher nicht nur im präkapitalistischen Staat oder der osmanischen Vergangenheit des Landes zu suchen. Vielmehr handelte es sich um notwendige Nebenprodukte eines perversen kapitalistischen Entwicklungsmodells, das an diesem besonderen Ort der Erde entstand. Dies ändert jedoch nichts daran, dass dieses besondere Modell breiten Bevölkerungsschichten dennoch in irgendeiner Weise zugute kam. Andererseits bereicherten sich einige dubiose Geschäftsleute und Beamte auf Kosten der großen Mehrheit der griechischen BürgerInnen. Diese breite Mehrheit setzte dennoch jahrelang auf Regierungen, die falsche Daten über die Leistungsbilanz der griechischen Volkswirtschaft vorlegten. Der dadurch vermittelte Eindruck allgemeinen Wohlstands erwies sich als völlige Illusion, jedoch erst, als die private Kreditaufnahme bereits ein dramatisches Ausmaß angenommen hatte. Die Olympischen Spiele von Athen im Jahr



2004 wurden von vielen als Höhepunkt des griechischen Entwicklungsmodells gewertet, das durch einen Bauboom und den Fremdenverkehr getragen wurde. Letzten Endes saß das Land jedoch auf einem enormen Schuldenberg, umgeben von dem künstlichen Gefühl, etwas geschaffen zu haben.

Jetzt steht Griechenland vor einer weit größeren wirtschaftlichen und politischen Herausforderung als seine europäischen Partnerländer. Mit einem Lebensstandard, der vor Kurzem noch zu den 30 höchsten auf der Welt zählte, verzeichnet Griechenland derzeit einen dramatischen Niedergang. 50 Jahre lang kämpfte das Land um seine gesellschaftliche Integration und schaffte es endlich, die Vorteile einer modernen Konsumgesellschaft zu genießen. Dies gelang jedoch erst, als in Westeuropa das Zeitalter der „Trente Glorieuses“ und der Sozialdemokratie vorüber war. Seit den 1990er-Jahren wuchs das griechische BIP um 60 %, ohne dass sich dadurch der Lebensstandard der mittleren und unteren Gesellschaftsschichten entsprechend erhöht hätte. Viele Griechinnen und Griechen erkannten dann, dass die Kosten der Untätigkeit den Wert der erzielten sozialen Mobilisierung längst übertroffen haben. Überaus deutlich wurde dies durch das Sparpaket 2010.

Neben dem beispiellosen Steuerraubzug, der unter anderem auch auf Jahreseinkommen von nur 8 000 Euro und sogar auf Arbeitslosengelder abzielt, erleben die Griechinnen und Griechen nun den fast vollständigen Ausverkauf ihres öffentlichen Eigentums, einschließlich Wasser- und Stromversorgungsbetriebe sowie zahlreicher Flughäfen, Häfen und Küstenabschnitte. Obwohl diese Maßnahmen sehr schmerzlich waren, wären die meisten Griechinnen und Griechen sicherlich bereit, sie stillschweigend hinzunehmen, wenn sie nur überzeugt wären, dass das Land durch diese Sparmaßnahmen wieder Boden unter den Füßen gewinnen würde. Davon scheint jedoch niemand überzeugt zu sein, da die Verschuldung weiter wächst, während das Land immer tiefer in die Rezession abgleitet. Erneut wird Griechenland als Versuchskaninchen der Welt innerhalb der globalen Finanzkrise gesehen.

## **Gesellschaftlicher Umbruch und neue Formen des politischen Protests vor der Krise**

Bereits vor den jüngsten Ereignissen wurden die europäischen und internationalen Medien wiederholt auf soziale Unruhen in Griechenland aufmerksam. Die griechische Gesellschaft mobilisiert sich im europäischen Vergleich offenbar recht häufig. Eine neue Generation des politischen Protests entstand 2005, als massive Studentenbewegungen gegen die Reform des Hochschulwesens und die Änderung von Artikel 16 der Verfassung organisiert wurden – ein Versuch zur Reform der griechischen Universitäten im Rahmen des Bologna-Prozesses. Die Studentenbewegung machte dabei auf die sehr un-

günstigen Beschäftigungsaussichten junger Griechinnen und Griechen aufmerksam. Die Bewegung nutzte immer effizientere Mobilisierungsstrukturen, die schnelle Reaktion und politische Wachsamkeit ermöglichten, sodass durch die Blockade der geplanten Verfassungsreform ein kleiner Sieg errungen werden konnte. Diese Ereignisse waren sicherlich ein Beweis für die Effizienz nicht-institutioneller Protestformen, und insbesondere rückten sie bei allen darauffolgenden politischen Reaktionen die Jugend ins Rampenlicht. Angesichts der verheerenden Brände, die 2008 auf der Peloponnes wühten, und der ungeheuerlichen Ineffizienz des Staates bei deren Eindämmung wurden informelle soziale Netzwerke als entscheidendes Mittel zur sozialen Mobilisierung genutzt. Tausende Blogger riefen zum Protest auf, in einer Art Probelauf für das, was im Dezember folgen sollte.

Alles begann mit der grundlosen Erschießung des 15-jährigen Alexis Grigoropoulos durch die Polizei. Ein ebenso spontaner wie gewaltsamer massiver Aufstand innerhalb weniger Stunden nach dem Vorfall wurde zum Meilenstein der neuen politischen Protestbewegung. Dies fügte dem Ansehen des Staates in der Wahrnehmung der einfachen BürgerInnen über mehrere Wochen ernsthaften Schaden zu. Die Regierung, normalerweise die Quelle jeder Legitimität, verspielte ihre Glaubwürdigkeit, indem sie die Polizei um jeden Preis deckte und sich der offensichtlich gesteuerten Medien bediente, um die Wahrheit zu verschleiern. Durch die organisierte Präsenz der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken wurde die zornige Bewegung umso energischer.

All diese Ereignisse führten zur Entstehung einer Tradition der gesellschaftlichen Mobilisierung, Elemente, die in der derzeitigen „Indignados“-Bewegung festzustellen sind. Demgemäß ist die jüngste Bewegung in Griechenland keine Nachahmung ihres spanischen Pendant, da die derzeitige politische Realität in Griechenland ja vorrangig durch endogene Faktoren geprägt wurde. Es ist jedoch anzunehmen, dass es auf der Iberischen Halbinsel ähnliche Impulse gibt.

## Formelle und informelle politische Netzwerke

Den südeuropäischen Ländern gelang es vor über 30 Jahren, ihre demokratischen Systeme zu konsolidieren. Während aber die gegen unpopuläre Maßnahmen verfügbaren Protestmittel denen der am meisten entwickelten Demokratien in der Welt entsprechen, sind die Probleme, mit denen sich Jugendliche und ArbeitnehmerInnen konfrontiert sehen, ungleich gravierender. Gleichzeitig funktionieren die institutionellen Kanäle, auf denen politische Forderungen übermittelt werden, wenn überhaupt, nur mangelhaft. Deshalb wurde versucht, sie durch informelle Netzwerke zu ersetzen. Es dreht sich um

ein System, das sowohl „offen“ als auch „geschlossen“ ist, eine Bedingung, die eine Verbreitung gesellschaftlicher Bewegungen enorm begünstigt.

Der heutigen griechischen Zivilgesellschaft stehen mehrere organisatorische Ressourcen zur Verfügung. Das Ansehen der linken politischen Parteien in der Opposition ist nach wie vor intakt, da sie ja nicht durch eine Beteiligung an früheren Regierungen angeschlagen sind. Eine ganze Reihe gesellschaftlicher Bewegungen und Organisationen bündelten außerdem ihre Kräfte mit informellen Netzwerken der Zivilgesellschaft, wodurch sie eine außerordentliche Fähigkeit für die sofortige Mobilisierung zu nahezu jedem öffentlichen Thema unter Beweis stellten. Die Tatsache, dass sich 40 % der Gesamtbevölkerung sowie die meisten Unternehmen und Universitäten in Athen befinden, sorgt zusätzlich dafür, dass jede Mobilisierung massiven Zulauf findet.

Außerdem stehen der griechischen Zivilgesellschaft enorme ideologische Ressourcen zur Verfügung. Die Argumente der Linken und die der Nationalisten bieten ernste Alternativen zur Rhetorik der Regierung, die hauptsächlich durch die immer stärker diskreditierten Medien zum Ausdruck kommt.

Die aufgrund der Umgehung des Parlaments fehlende Kontrolle wichtiger Entscheidungen der Regierung, die Verabschiedung von Maßnahmen der Regierung, die zu den Ankündigungen vor den Wahlen diametral entgegengesetzt sind, und die Beschneidung von seit langer Zeit bestehenden Sozialrechten zeigten unmittelbare Wirkung: durch Funktionsstörungen formeller institutioneller Kanäle und die Verbreitung informeller, nicht-institutioneller Kanäle. Tatsächlich unterschied sich Südeuropa schon immer dadurch von seinen nördlichen Nachbarn, dass seine Zivilgesellschaft informelle Wege organisierte, formellen Kanälen durchweg vorzieht. Dieser Unterschied ist zu berücksichtigen, um den Begriff der Zivilgesellschaft umfassend zu verstehen. Formal bezieht sich „Zivilgesellschaft“ auf unabhängige, organisierte Gruppen von Personen, die ihre Rechte einfordern und – auch gegen den Staat – verteidigen, etwa politische Parteien und Gewerkschaften. Andererseits lassen die verschiedenen wissenschaftlichen Definitionen auch Raum für informelle Aspekte der Zivilgesellschaft; sie unterstreichen die Notwendigkeit einer breiteren Definition des Begriffs. Mary Kaldor betont in diesem Zusammenhang: „Der Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ bezieht sich auf aktive Bürgerschaft, zunehmende Selbstorganisation außerhalb formeller politischer Kreise, und einen erweiterten Raum, in welchem Einzelne die Bedingungen, unter denen sie leben, sowohl direkt als auch [indirekt] durch politischen Druck beeinflussen können“.<sup>1</sup>

## Die Bewegung auf dem Syntagma-Platz

Die Bewegung vom Syntagma-Platz in Griechenland kann, wie ihre Parallelen in Spanien, Portugal oder sogar Nordafrika, als Enklave informeller Kräfte der

Zivilgesellschaft verstanden werden. Während der Arabische Frühling durch die westlichen Medien unterstützt wird, ist dies für die betreffenden europäischen Bewegungen nicht der Fall. Die oben genannten Faktoren erleichterten sicherlich die Entstehung und Eskalation der Bewegung vom Syntagma-Platz. Es war jedoch völlig irrational, dass die für die Entstehung des Problems tatsächlich Verantwortlichen den Auftrag erhielten, eben dieses zu lösen. Es wurde ganz offen über ein verfallenes politisches System gesprochen, das von unfähigen, verlogenen Gaunern betrieben wird. „Wenn das der Fall ist, warum brauchten die Empörten dann so lange?“ lautet häufig die ironische Kritik angesichts der verlorenen Zeit der Bewegung. So hart diese Frage auch erscheinen mag, die Antwort ist äußerst wichtig: Die meisten Griechinnen und Griechen konnten sich weder für normale Protestformen noch für das ganze Spektrum routinemäßiger Aktionen begeistern. Anders ausgedrückt: Die traditionell von der Linken organisierten Demonstrationen, die oft in Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilen der Demonstranten (in der Regel Anarchisten) endeten, was von der Regierung und voreingenommenen Medien immer wieder politisch ausgenutzt wurde, wirkten auf die durchschnittlichen Griechinnen und Griechen eher abstoßend. Vielsagend ist in dieser Hinsicht, dass nach dem schockierenden Tod von drei Menschen in einer brennenden Bankfiliale vor einem Jahr nach friedlichen Protestformen gesucht wurde, die auf das Parlamentsviertel beschränkt bleiben sollten, statt sich über das gesamte Stadtgebiet von Athen zu verbreiten. Das Beispiel Spaniens wies den Weg zur Lösung. „Seid still! Ihr weckt noch die Griechen auf!“ war auf einem Transparent in Spanien zu lesen. Daraufhin begannen Griechinnen und Griechen, sich auf dem Syntagma-Platz zu versammeln. Der proklamierte friedliche und unabhängige Charakter der Demonstrationen schuf die Voraussetzung für die massive Beteiligung, welche die Bewegung brauchte. Vierzig Tage und Nächte lang versammelten sich Tausende von BürgerInnen auf zahlreichen Plätzen des Landes, wobei es auf dem Syntagma-Platz manchmal mehrere Hunderttausend waren. Volksversammlungen, Debatten und Beschlussfassungsverfahren erfüllten eine politische Realität mit Leben, die einen Kontrast zu derjenigen der repräsentativen Demokratie bildet – als Akt direkter Demokratie. Dieser Begriff kristallisierte sich zur zentralen politischen Forderung. Es war das erste Mal seit Jahren, dass Anhänger der Linken und Rechten, unpolitische und politisierte BürgerInnen, jung und alt, einzeln oder gemeinsam ohne jegliche Vorurteile diskutierten. Der gesamte Prozess ergab eine gemeinsame politische und programmatische Mindestposition. Die Wände zwischen Anhängern verschiedener politischer Parteien wurden durchlässig, während die Mauer zwischen den Demonstranten und dem amtierenden politischen System immer höher wurde. So betrachtet, führte die Bewegung vom Syntagma-Platz bereits zu ersten Ergebnissen.

Dennoch kam es auch zu unübersehbaren Spaltungen. Die erste Stufenreihe, die den Hauptplatz von der Straße vor dem Parlament abgrenzt, erwies sich als natürliche Grenze zwischen den beiden politischen Lagern und Lebensauffassungen: Die Königin-Amalie-Allee wurde zum Treffpunkt für Anhänger der Rechten, Rechtsextremen und Patrioten allgemein. Auf dem Hauptplatz versammelten sich Linke unterschiedlicher Gruppierungen, Liberale und Anarchisten. Wie dies oft der Fall ist, kam es unter den Linken zu kleineren Meinungsverschiedenheiten. Die Kommunistische Partei (KKE) hielt sich zurück, da sie die Bewegung als erfolglos wertete. Die zweitgrößte Linkspartei, SYRIZA, sowie kleinere Parteien der außerparlamentarischen Linken unterstützten die Demonstrationen dagegen aktiv, ohne sie für sich zu vereinnahmen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Griechinnen und Griechen gezwungen sind, in einem überholten, autoritären politischen System zu arbeiten, zu studieren und zu leben, dem es immer weniger gelingt, sie zu repräsentieren. Bei den DemonstrantInnen auf dem Syntagma-Platz handelt es sich überwiegend um BürgerInnen mit hohem Bildungsniveau – darunter viele mit Abschlüssen von europäischen Universitäten –, die über feste demokratische Grundüberzeugungen verfügen. Es wäre wohl nicht übertrieben, zu behaupten, dass die griechischen DurchschnittsbürgerInnen ihre parlamentarischen VertreterInnen in puncto Bildung und demokratische Werte überholt haben. Die griechischen BürgerInnen kämpfen im Alltag gegen einen feindseligen Staatsapparat, der unlängst nicht davor zurückschreckte, eine friedliche Demonstration mit Mitteln niederzuschlagen, die denen autoritärer Regime im Nahen Osten ähneln oder, wie manche sagen, sie sogar übertreffen. Die Kooperation zwischen der Polizei und Personen mit fragwürdiger Identität, die sich als Randalierer verkleideten, ist durch Dutzende Videos im Internet dokumentiert. Mehrere Videos belegen eindeutig, dass die Bereitschaftspolizei sogar gegen das behelfsmäßig errichtete Zelt des Roten Kreuzes Tränengasgranaten warf. Gleichzeitig sorgten die meisten lokalen Medien für Empörung in der Öffentlichkeit, da sie die bereits allen offensichtliche Wahrheit verschleierten oder einfach nur als offizielles Sprachrohr der Regierung in Erscheinung traten.

Die Griechinnen und Griechen protestieren nicht nur gegen Einkommens Kürzungen. Es gibt eine neue Generation von aktiven BürgerInnen, die genau wie die in Tunesien, Ägypten oder Spanien gegen einen offensichtlich korrupten Staat kämpft und ihre Grundfreiheiten einfordert.

## Anmerkung

1) Kaldor, Mary (2003): *Global Civil Society: An Answer to War*. Polity Press, Cambridge, S. 8.

# Die Bewegung 15. Mai und die Spanische Revolution

**Armando Fernández Steinko**

In Spanien setzte die Krise 2007/2008 einem langen politischen Zyklus ein Ende. Seit den 1980er-Jahren hatte eine breite Koalition der Mitte versucht, auf den Ruinen einer zerstörten Arbeitergesellschaft einen modernen Wohlfahrtsstaat aufzubauen und diesen durch Kredite und Spekulationen zu finanzieren. Aus historischer Sicht ist dieses Projekt („der finanzkapitalistische Wohlfahrtsstaat“) längst ein Auslaufmodell. Der Prozess der Neugründung, den die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) seit zwei Jahren verfolgt und der auf Grund der eingetretenen Situation notwendig geworden war, ist nun wegen interner Blockaden zum Stillstand gekommen.

Als Reaktion darauf initiierte eine Gruppe von Linksinтеллектуellen, Gewerkschaftern und Aktivisten einen Aufruf, der in nur wenigen Wochen von mehreren tausend Bürgern unterschrieben wurde und große Beachtung in den Medien fand. Unabhängig von Parteizugehörigkeiten wollten diese Bürger ihr NEIN zum Neoliberalismus zum Ausdruck bringen. Sie versammelten sich an „Runden Tischen“ im gesamten Land, um Aktionen gegen den Neoliberalismus zu planen. Diese Runden Tische boten Raum, um eine praktische und direkte Opposition gegen Banken, Korruption und massive soziale Einschnitte zu artikulieren. Kurze Zeit nach der Veröffentlichung des Aufrufs organisierte eine kleine Gruppe städtischer Jugendlicher eine Demonstration, die sich sowohl gegen Korruption in Wirtschaft und Politik als auch gegen das Zweiparteiensystem und die dieses System stützende Große Koalition richtete. Einige der Initiatoren hatten den „Aufruf zum Runden Tisch“

unterzeichnet, andere wiederum hatten aufgegeben, intern gegen Blockaden und Zaudereien der linken Parteien zu kämpfen. Die meisten waren jedoch apolitische und „überqualifizierte“ Menschen, die trotz ihrer akademischen Bildung keine Perspektive für ihre Zukunft sahen.

## Überraschend erfolgreich

Die Bewegungen in Nordafrika, aber auch die große Demonstration in Portugal – die allesamt ohne Parteieninitiative und außerhalb von Parteistrukturen zu Stande gekommen waren – boten dabei Inspiration. Die Demonstration, die auch von ATTAC und den Runden Tischen unterstützt wurde, war ein durchschlagender Erfolg, und zwar nicht vorrangig wegen der Anzahl der TeilnehmerInnen, sondern auch auf Grund der breiten und anhaltenden Welle der Sympathie, die von 80 % der Bevölkerung ausgedrückt wurde und die bis in die entlegensten Dörfer reichte. Die Polizeirepression an der Puerta de Sol in Madrid löste eine Welle der Solidarität aus und trug zur Ausweitung der Bewegung bei. Auf mehr als 100 Plätzen wurden landesweit gut organisierte Zeltlager errichtet, die von bislang politisch inaktiven Mitbürgern aktiv unterstützt wurden. In diesen Zeltlagern entstanden Kantinen und Bibliotheken und es bildeten sich Diskussionsgruppen, in denen das Finanzsystem, Gender-Fragen, Korruption, die Privatisierung von Urheberrechten etc. diskutiert wurden. Wochenlang trafen sich dort junge und ältere Menschen, die zum ersten Mal in ihrem Leben politisch aktiv waren oder sich viele Jahre lang nicht mehr aktiv an politischen Aktionen beteiligt hatten. Es wurde entschieden, neue dezentralisierte Versammlungen einzuberufen, um noch mehr Bürger auch in den Arbeitervierteln zu erreichen und sie politisch anzusprechen.

Das linke Establishment war auf die massive Welle der Sympathie, die von der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht wurde, nicht vorbereitet und zeigte sich teilweise überwältigt. Es stellte sich heraus, dass die Demonstration vom 15. Mai die tiefe Empörung zum Vorschein brachte, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht klar artikuliert worden war und die sich – ähnlich wie bei den Ereignissen in den 1960er-Jahren – gegen die gesellschaftlichen Strukturen richtete. Die Regional- und Kommunalwahlen eine Woche später bestätigten diese Tendenz. Es gab einen hohen Anteil an teilweise bewussten Stimmenthaltungen, einen nur bescheidenen Stimmenzuwachs für die linken Parteien und einen Erdrutschverlust für die PSOE (Sozialistische Partei). In der Folge wurden Bankfilialen (z.B. der Banco de Santander, die für die Spekulation mit spanischen Staatspapieren verantwortlich ist) besetzt, vor Rathäusern, in die nach der Wahl korrupte Politiker eingezogen waren, fanden Demonstrationen statt, und wegen nicht gezahlter Hypotheken von Zwangsräumung bedrohte Wohnungen wurden besetzt. Aktionen dieser Art finden bis heute statt.

## Gegen eine neoliberale Stoßrichtung

Für den 19. Juni war eine Großdemonstration gegen den Euro-Pakt angemeldet worden, was die „Spanische Revolution“ enger in das Umfeld der Neoliberalismuseegner rückte. Seit dem Sommer hatten die Finanzmärkte an Spaniens gemeinschaftlichen Besitztümern genagt. Premierminister Zapatero hatte dies zum Anlass genommen, den Neoliberalismus im Schnellverfahren zu verankern – indem er die Verfassung änderte, um das Haushaltsdefizit zu begrenzen. Damit wurde den sozialen Kompromissen der Übergangszeit, die auf den Zusammenbruch des Franco-Systems gefolgt war, ein Ende gesetzt. Die Verfassungsänderung, aber noch viel mehr das Schnellverfahren, mit dem sie durchgezogen wurde, lösten allgemeine Empörung aus, insbesondere bei den Gewerkschaften. Um ihren Protest gegen diese Maßnahme auszudrücken, schlossen sie sich ebenfalls der Bewegung M-15 an. Die Organisatoren der Protestbewegung, die diesen Schritt ebenfalls radikal abgelehnt hatten, waren von diesem Anschluss durchaus überrascht, da die Gewerkschaften nur wenige Monate zuvor einen ruinösen Pakt mit der Regierung abgeschlossen hatten – unter dem Vorwand, die Renten vor den Finanzmärkten zu schützen.

Die Frage ist nun, wie es weitergehen soll. Kann die Massenbewegung stabilisiert werden? Wie kann ein dauerhaftes Bürgernetzwerk auf dem Solidaritätsprinzip aufgebaut werden, ein Netzwerk, das einen permanent niedrigschwelligen Widerstand gegen die Folgen des Neoliberalismus leistet? Wie kann die Hegemonie auf den Straßen und Plätzen des Landes aufrechterhalten werden, und wie kann eine strategische Verknüpfung mit der organisierten Arbeiterschaft und den linken Parteien aussehen? Wie kann gegenseitiges Misstrauen abgebaut werden, damit sich die „drei Pfeiler“ der Opposition gemeinsam dem Neoliberalismus widersetzen können?

Mit den Runden Tischen ist ein Format entstanden, das über Monate erfolgreich war. Zuerst einmal ist es gelungen, für die anstehenden Wahlen in Aragon gemeinsame Listen mit Vertretern einer linken Regionalpartei und der Izquierda Unida aufzustellen – was durchaus ein Beispiel für andere Regionen darstellen könnte. Die Runden Tische sind in der Tat so etwas wie Mediatoren zwischen Gewerkschaften, der Bewegung 15-M und den linken Parteien geworden. Einen gegenteiligen Effekt hatte hier die Gründung von Equo, einer von den Grünen im Europa-Parlament finanzierten Initiative, in Spanien eine starke Grüne Partei nach deutschem Vorbild aufzubauen. Diese Dynamik verläuft konträr zu dem allgemeinen Wunsch, linke Bündnisse aufzubauen. Für Equo wird es nicht so einfach sein, potentielle Wähler aus dem aufgeklärten, städtischen Milieu für sich zu gewinnen. Auf der anderen Seite des linken Spektrums ist die Izquierda Anticapitalista (Antikapitalistische Linke), eine



ultralinke Partei nach dem Modell der französischen NPA, zu der Erkenntnis gelangt, dass ihr ursprüngliches Projekt gescheitert ist, und sie hat einen strategischen Diskussionsprozess angestoßen, dessen Ergebnis offen ist.

## Weitere offene Fragen

Die folgenden wichtigen Fragen sind noch offen: Wie ist das Verhältnis zur institutionalisierten politischen Macht, zum System der linken Parteien, zu Wahlen insgesamt? Den meisten Protagonisten der Bewegung M-15 ist mittlerweile klar geworden, dass sie ihre Forderungen innerhalb der Institutionen artikulieren müssen. Es besteht jedoch keinerlei Chance, dass sich die Bewegung hinter dem, was heute die Izquierda Unida (IU) ist, sammeln wird, und das gilt noch in viel stärkerem Maße für andere Parteien (linke nationalistische Parteien und die Ultralinke haben bei diesem Prozess eine äußerst marginale Rolle gespielt).

Die derzeitige Führung der IU hat bisher keine nennenswerten Schritte in Richtung einer „Neugründung“ unternommen, so wie dies von der Mehrheit beschlossen worden war. Das Ziel war eine tiefgreifende interne Demokratisierung, das Überwinden lokaler, geschlossener Machtkonstellationen, die zwischen vielen Aktivisten der Bewegung und der Koalition eine Distanz schaffen und eine strategische Position zu sozialen Bewegungen etc. Viele Monate lang war die Bestandsaufnahme der Koalition über die politische und wirtschaftliche Situation wenig realistisch, was dazu geführt hat, dass sie mit der Bewegung M-15 nicht aufschließen konnte, auch wenn sich viele Parteimitglieder persönlich aktiv beteiligten, sogar wichtige Positionen einnahmen und von Anfang an dabei waren. In der Zwischenzeit hat ein Lernprozess eingesetzt. Aber die Zeit drängt, da für den 20. November Neuwahlen angesetzt sind. Auch wenn es Versuche gibt, für die Wahlen breite linke Bündnisse (Frentes Amplios) mit anderen linken Kräften und möglichen Splittergruppen der PSOE zu bilden, bleibt die Tatsache bestehen, dass nur ein breit gefasster, relativ offener Raum nach dem Modell der französischen Front de Gauche tatsächlich in der Lage wäre, linke Sozialisten mit anderen Formationen und Strömungen unter einen Hut zu bringen.

## Runde Tische als Hoffnungsträger

Die Runden Tische, an denen sich fast das gesamte linke Spektrum beteiligt, agieren als Mediatoren zwischen linken Parteien, der organisierten Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen. Es wird dort versucht, das tiefverwurzelte Misstrauen abzubauen. Es bleibt jedoch wenig Zeit für diese schwierige Aufgabe. Obwohl die Bewegung M-15 politisch äußerst besonnen

vorgeht und ihre Kritik eher gegen das Zweiparteiensystem als gegen Parteien im Allgemeinen gerichtet ist, ist die Skepsis gegenüber der institutionalisierten Politik weiterhin sehr stark, und es scheint unmöglich, dies von einem Tag auf den nächsten zu überwinden. Die Geschwindigkeit, mit der die Ereignisse stattfinden, ist eine Herausforderung für all diejenigen, die weiterhin nur schrittweise Veränderungen, ritualisierte Formen der Politik und abgeschottete Formen der Organisation favorisieren – eine Haltung und ein Credo, die immer noch die mehrheitliche Unterstützung innerhalb linker Organisationen finden.

*transform!* 09-2011

# Flüssige Demokratie: Die italienische Wasserrevolution

## Vom Gemeingut zum Referendum

**Tommaso Fattori**

**E**rde, Wasser, Luft und Feuer (heute spricht man von Energie) gelten seit Jahrtausenden als Grundelemente und Grundstoffe des Lebens, seit Anbeginn westlichen philosophischen Denkens im antiken Griechenland. In den „Metamorphosen“ von Ovid, einem Klassiker der lateinischen Literatur, der vor über zweitausend Jahren geschrieben wurde, spricht Göttin Latona zu einer Gruppe von Bauern, die ihr das Recht verweigern, aus einem See zu trinken: „Wasser verweigert ihr mir? Zu aller Gebrauch ist das Wasser! Die Natur machte weder Sonne, noch Luft, noch Wasser zu Eigentum. Ich kam zum gemeinsamen Gute. Dennoch fleh‘ ich zu euch (...). Wassertrunk wird Nektar mir sein, und dass ich das Leben empfangen, werd‘ ich bekennen mit Dank.“ Diese Worte fassen die Elemente zusammen, deren Vollendung sich mehr als fünfhundert Jahre später im Rechtssystem findet, im Codex Iustinianus.

Im Gegensatz zu herrenlosen Sachen, d.h. Gütern, die niemandem gehören und daher dem anheimfallen, der sich ihrer zuerst bemächtigt, sind Luft, Wasser und Sonnenschein natürliche Gemeinschaftsgüter (natürliche Gemeingüter), die allen gehören und daher nicht durch eine einzelne Person zu ihrem alleinigen Eigentum gemacht werden können. Es ist nicht gestattet, mit diesen Gütern Profite zu erzeugen. Es sind unveräußerliche Güter, die nicht einmal dem Prinzeips, das heißt, dem Römischen Kaiser, gehören. Diese Güter sind lebenswichtig und daher mit den Grundrechten jedes Menschen verbunden. Bei genauerer Betrachtung gehören die natürlichen Gemeingüter

allen Lebewesen – Pflanzen und Tieren –, wenn wir uns nicht auf eine rein anthropozentrische Sichtweise beschränken wollen.

Im Laufe der Jahrhunderte ist die Liste der von den verschiedenen menschlichen Gemeinschaften als gesellschaftlich anerkannten Gemeingüter immer länger geworden: Sie reicht weit über die der natürlichen Gemeingüter hinaus. Zu Zeiten Justinians konnte man noch nicht ahnen, dass eines Tages das Internet als gemeinsames Gut verstanden werden würde.

Um den Zugang zu einigen lebenswichtigen, natürlichen Gemeingütern (wie Wasser) und allen das Recht auf gemeinsame, immaterielle Grundbedarfsgüter (wie Gesundheit oder Erziehung) zu garantieren, musste die Gesellschaft soziale Dienste entwickeln. Daher gibt es fast überall auf der Welt Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die den Zugang zu vielen dieser Gemeingüter gewährleisten: ein Zugang, der nicht unmittelbar ist, wie etwa für Kleinbauern und Landlose, d.h. die ärmeren zwei Drittel der Menschheit, die in einer auf dem Ökosystem basierenden Wirtschaft in der Südlichen Hemisphäre leben, sondern eine Zugangsvermittlung, da sie eine soziale Leistung erfordert.

Ob materiell oder immateriell, natürlich oder sozial: Gemeingüter sind Güter oder Werte, deren Erzeugung niemand für sich allein beanspruchen kann: Güter, die von der Allgemeinheit als Geschenk der Natur betrachtet werden (niemand erzeugt Wasser oder den globalen Wasserkreislauf, Luft oder Wälder) oder von früheren Generationen als Erbe übernommen werden, wie zum Beispiel das konzentrierte kollektive Denken oder Methoden der Zusammenarbeit (Wissen, Gesetzbücher, Sprache). Gemeingüter sind lebenswichtig, nicht nur im biologischen Sinne. Dies sind die Strukturen, die Menschen miteinander verbinden; es sind materielle oder immaterielle Elemente, die wir alle nutzen und die uns zu Mitgliedern einer Gesellschaft machen, nicht zu getrennten Individuen, die im Wettbewerb zueinander stehen; Elemente, die wir gemeinsam nach gemeinschaftlich festgelegten Regeln wahren oder reproduzieren. Das ist ein Feld, das der postdemokratischen Elite aus den Händen zu entreißen ist, damit es durch Formen der partizipativen Demokratie selbstverwaltet werden kann. Gemeingüter sind Orte der Begegnung und Dialoge zwischen Mitgliedern eines Gemeinwesens, die in eigener Person daran teilnehmen. Demokratie und gemeinsamer Besitz stehen daher in engem Zusammenhang.

Dennoch ist im Laufe der Jahrhunderte die Zahl der Gemeingüter, die diesen Status verloren haben und privatisiert wurden, allmählich größer geworden: Zur Zeit Justinians hätte niemand vorhersagen können, dass eines Tages der moderne Kapitalismus durch die „Abschottung“ dieser Güter entstehen würde, oder dass die Privatisierung, nicht nur von Boden, sondern auch von Saatgut und Artenvielfalt, und schließlich von Wasser, Luft und sogar Wissen

(beispielsweise durch geistige Eigentumsrechte) immer mehr fortschreiten würde. Das italienische Referendum ergab eine klare Ablehnung neuer „Abschottungen“, während die Bewirtschaftung von Wasser und Gemeingütern mit demokratischer Teilhabe befürwortet wurde.

## Die Fragen des Referendums

Schon früher markierten Volksbefragungen zu den Themen Scheidung, Abtreibung und Wahlrecht jeweils den Beginn neuer Phasen in der italienischen Geschichte. Das Referendum vom 12. und 13. Juni 2011 war ebenfalls eine Abstimmung von herausragender Bedeutung – eine politische und kulturelle Revolution, die speziell dem Thema Gemeingüter gewidmet war.

Volksinitiativen können in Italien nur dazu führen, dass Gesetze aufgehoben werden. Das bedeutet, dass durch sie keine neuen Gesetze vorgeschlagen werden können, sondern es können damit nur Gesetze, die bereits vom Parlament verabschiedet wurden, außer Kraft gesetzt werden, falls das Volk als Souverän sie nicht akzeptiert. In diesem Fall war jedoch sehr klar, dass das Ziel, das Gesetz aufzuheben, konstruktiv motiviert war. Die erste und zweite der vier Fragen, die den Befragten vorgelegt wurden, betrafen das Thema Wasser – das perfekte Symbol eines natürlichen Gemeingutes – und insbesondere die Verhinderung einer erzwungenen Privatisierung von Wasser und seiner profitorientierten Verwertung durch einige Wenige. Ein positiver Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass sich Bewegungen für eine öffentliche Bewirtschaftung und demokratische Partizipation von BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen in Versorgungsbetrieben einsetzten. Die dritte Frage bezog sich auf die Zukunft der Energieversorgung und die Ablehnung von Kernkraftwerken: Die von Ovid beschworene Sonne und erneuerbare Energien waren positive Elemente, die in der Abstimmung über die Nutzung der Kernkraft implizit enthalten waren. Die vierte Frage schließlich bezog sich auf eine der Grundbedingungen der Demokratie an sich – die Gleichheit der BürgerInnen vor dem Gesetz – und zielte auf die Abschaffung einer de facto gewährten besonderen Immunität ab, die gerichtliche Verfahren gegen den amtierenden Premierminister und andere amtierende Minister verhindern würde. Als letzten Akt erließ die Regierung eine lange Reihe von Bestimmungen mit dem Ziel, in Italien eine Gesetzgebung der Ungleichbehandlung zu schaffen, bei der unterschieden wird zwischen einem milden Strafrecht zugunsten einer Schicht von Privilegierten und einem strengen Strafrecht, das sozial schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen benachteiligt (zum Beispiel ZuwanderInnen: So wurde unter anderem ein Gesetz verabschiedet, das den illegalen Aufenthalt im Land unter Strafe stellt, wodurch die Existenz an sich und nicht erst eine Straftat strafrechtlich verfolgt wird).

Die erste und größte Hürde bei Volksbefragungen ist immer das Erreichen des Quorums, das sehr hoch ist: Mindestens 50 % der Wahlberechtigten plus 1 Stimme müssen dem Aufruf folgen, damit ein Referendum gültig ist. Nach 14 Jahren wurde im Juni das Quorum deutlich übertroffen: über 57 % der ItalienerInnen nahmen daran teil. Noch beeindruckender war die überwältigende Mehrheit der „Ja“-Stimmen zu allen 4 Fragen (die Befürworter stimmten für die Abschaffung des Gesetzes, das Gegenstand des Referendums war): 95,35 % Ja-Stimmen (4,65 % Nein-Stimmen) zur ersten Frage; 95,80 % Ja-Stimmen (4,20 % Nein-Stimmen) zur zweiten Frage; 94,05 % Ja-Stimmen (5,95 % Nein-Stimmen) zur dritten Frage; 94,62 % Ja-Stimmen (5,38 % Nein-Stimmen) zur vierten Frage. Die schreckliche Tragödie von Fukushima trug sicherlich ihren Teil zu einer deutlichen Ablehnung von Kernkraftprojekten in der Bevölkerung bei, was für das Erreichen des Quorums förderlich war. Ungeachtet dessen erzielten die beiden Referendumsfragen gegen die Wasserprivatisierung mehr als 1 400 000 Unterschriften für die Aufnahme der Fragen in die Abstimmung. Das ist doppelt so viel wie die Zahl der Unterschriften, die für die beiden anderen Referenden über Kernkraftwerke und das „Gesetz zum Schutz des Premierministers“ gesammelt werden konnten. Die beiden Fragen über die Wasserbewirtschaftung erhielten den höchsten Stimmenanteil der Wähler und die absolut höchste Zahl von „Ja“-Stimmen in der gesamten Geschichte italienischer Referenden.

Bevor wir die zugrunde liegenden Ursachen und den Hergang dieser Abstimmung „für Wasser als Gemeingut“ analysieren, sollten wir etwas näher auf die beiden Referendumsfragen zum Wasser eingehen. Die erste Frage betraf die Abschaffung der Verpflichtung, die Bewirtschaftung der Wasserversorgung gesetzlich zu privatisieren, indem sie Privatunternehmen (durch Wettbewerb) übertragen wird oder durch den erzwungenen Verkauf von mindestens 40 % der Unternehmensanteile der Wasserversorgungsbetriebe, die sich noch in öffentlicher Hand befinden (die Hälfte der italienischen Firmen hat bereits privatwirtschaftliche Partner), an Privatpersonen. Auf der Grundlage des Gesetzes, das von den italienischen BürgerInnen gerade aufgehoben wurde, hatte die Regierung versucht, alle Kapitalgesellschaften mit öffentlicher Beteiligung abzuschaffen. Dagegen versuchen die Bewegungen nach dem erfolgreichen Ausgang des Referendums, den nächsten Schritt zu vollziehen und alle derzeitigen Kapitalgesellschaften, einschließlich derjenigen, die zu 100 % Eigentum der öffentlichen Hand sind, in echte öffentlich-rechtliche Körperschaften umzuwandeln, deren Ziel nicht mehr die Erzeugung eines Gebrauchsgutes ist: echte „kommunale“ Verwaltungsgremien, an denen die BürgerInnen demokratisch teilhaben.

Die zweite Frage des Referendums behandelte dagegen die eigentlichen Grundlagen des Systems der privaten Unternehmen; es sollte verhindert werden, dass durch die Bewirtschaftung der Wasserdienste Profite erzielt

werden. Damit sollten der einzige Beweggrund und das einzige Ziel beseitigt werden, das den Privatsektor zum Verbleib in den Versorgungsunternehmen veranlassen könnte. Die BürgerInnen wollten diese Garantie der von ihnen in Raten bezahlten „angemessenen Rendite des eingesetzten Kapitals“ abschaffen. Ausgerechnet die Frage, die die meisten „Ja“-Stimmen erhielt und mit welcher der größte Erfolg erzielt werden konnte, stieß bei den wirtschaftlichen und politischen Kräften auf den größten Widerstand. Italien hat sich also dagegen entschieden, dass einige wenige aus einem Gut, das allen gehört, Profit schlagen. Dadurch soll verhindert werden, dass die Anbieter (zwangsläufig mit Monopolstellung) einer Grundversorgungsleistung mit stabiler Nachfrage, nämlich der Versorgung der Wohngebäude mit Wasser, ohne das kein Mensch existieren kann, ein parasitäres Einkommen erzielen.

## Der Eisberg

Wie eine Art gigantischer Eisberg, der in all den Instrumenten, die Politikern und traditionellen Medien zur Verfügung stehen, unsichtbar war, wurde die Bewegung für das Wasser – mit Erstauen, Fassungslosigkeit und Angst – erst dann wahrgenommen, als, bildlich gesprochen, das Transatlantikschiiff bereits gekentert war, das heißt am 12. und 13. Juni. Mit dem Transatlantikschiiff ist nicht der Berlusconismus gemeint, sondern vielmehr die freibeuterische Globalisierung und die neoliberale Doktrin, die offenkundig über eine schmale Bevölkerungsgruppe theoretisiert, aber damit unterschwellig Demokratie mit möglichst geringer Mitbestimmung meint. Der Wegfall der Konzeption des Gemeinwesens, d.h. die Akkumulation von privaten Vermögenswerten, die direkten Wohlstand bedeuten sowie die Beseitigung jeder echten politischen Kontrolle des Marktes (d.h. der gewaltsamen Dynamik der Marktkräfte und der Entscheidungen der Kapitalinhaber), entspricht dem hyperoligarchischen Demokratieverständnis, das sich auf eine bloße Beteiligung an Wahlen beschränkt, die mit vordefinierten Agenden stattfinden.

Die Niederlage beim Referendum war daher keine Niederlage der politischen Rechten, sondern eine Niederlage des „absoluten Privatismus“, von dem sogar die italienische Linke lange Zeit fasziniert war, wodurch sie nicht mehr zwischen Gebrauchsgütern und Gemeingütern/-werten, zwischen der Welt des Profits und dem Rechtsbereich, zwischen Markt und Leistungen der Daseinsvorsorge unterscheiden konnte, sodass es aus ihrer Sicht sogar natürlich war, dass ein Zweck einer öffentlichen Dienstleistung darin bestehen sollte, Aktionären Dividenden zu zahlen, Kapital zu belohnen und Profite zu erbringen.

Eine Niederlage bei der Abstimmung im Juni erlitten auch Privatpersonen und Unternehmen, die sich auf die Jagd nach Renditen aus lebenswichtigen

Grundversorgungsdiensten wie der Wasserwirtschaft begeben, aber auch diejenigen in der politischen Oligarchie Italiens, für die Gemeingüter ihr Privateigentum sind: Die erste Privatisierungswelle wurde durch Vetternwirtschaft und zersplittertes Management geprägt, mit einer Logik, bei der Güter, die allen gehören, den Interessen einiger weniger geopfert werden. Dies bringt uns wie immer zurück auf den springenden Punkt der Demokratie.

Die Bewegung für das Wasser erhielt neuen Auftrieb durch diesen kolosalen politischen Sieg, der aber grundsätzlich auch ein klarer kultureller Sieg war. Diese Bewegung markierte den Beginn einer grundlegenden Veränderung im Denken der Menschen, wie durch eine bedeutsame Umfrage von Demos-Coop im Juli 2011 eindrucksvoll belegt wurde. Diese Erhebung gibt Aufschluss über den öffentlichen und privaten Sprachgebrauch der ItalienerInnen und offenbart eine neue Hierarchie von Wörtern, bei der der Gebrauch von Begriffen wie „Individualismus“ oder „starke Führungspersönlichkeit“ drastisch zurückgegangen ist und stattdessen Begriffe wie „Gemeingut“ häufiger vorkommen. Eine sprachliche und begriffliche Revolution, die zumindest ansatzweise eine unerwartete Weltanschauung erkennen lässt.

Dieser neue symbolische Horizont, der sich derzeit abzeichnet, wird durch konkrete, grundlegende Erfahrungen untermauert (es waren aber auch bereits persönliche Erfahrungen zu beobachten, dass die Beteiligung von Privatpersonen und Unternehmen an Grundversorgungsgütern und -leistungen das Problem, nicht aber die Lösung ist), aber auch durch Sehnsüchte (nach Beziehungen, Bindungen, gemeinsamer Nutzung) und Zorn (angesichts eines degenerierten „öffentlichen“ Sektors, der von der privaten Denkweise der politischen Elite und ihren Sonderinteressen angesteckt wurde).

Die Mehrheit der ItalienerInnen hat nun öffentlich bekundet, dass sie sich nicht mehr damit zufrieden gibt, nur „als Verbraucher zu sterben“ und dass die Verwandlung der BürgerInnen in traurige und ängstliche Gestalten, die nur noch durch das Fernsehen zusammengehalten werden, dessen propagierte Wahrheiten immer mehr gestreckt werden, nie vollendet wurde. Unter der Asche von Vereinzelung und Isolation glüht eine große Sehnsucht nach demokratischen Bindungen und Teilhabe.

Die wichtigste Lehre aus dem Referendum besteht jedoch in der Möglichkeit, Veränderungen herbeizuführen. Mittelbares Ergebnis ist die Erkenntnis, dass das Vertrauen in die gemeinsame politische Handlungskraft der Basis wieder hergestellt wurde. Jahrelang wurde uns Handlungsunfähigkeit eingeredet angesichts der großen globalen Prozesse, die sich an einem unwiderlegbaren Zeitgeist orientierten: So sei es uns angeblich aus eigener Kraft unmöglich, die Privatisierung, die Polarisierung von Wohlstand, die absolute Herrschaft des Marktes zu stoppen. Als vor einem Jahrzehnt einige versprengte Gruppen von Aktivisten erste Versuche unternahmen, das Wasser



zu schützen, wurden wir als Träumer und Utopisten verspottet, die nichts verstehen würden und unfähig wären, uns der unausweichlichen Wahrheit zu stellen, d.h. dem „Lauf der Welt“. Die Wasserbewegung hat gezeigt, dass dieser „Lauf“ noch nicht endgültig feststeht, dass wir die Richtung ändern können und dass es möglich ist, eine neue politische Agenda auf die Beine zu stellen. Durch geduldige Arbeit im ganzen Land können mithilfe des neuen Mediums Internet (das traditionelle Medien umgeht und schwächt), vor allem aber durch die Vereinigung in breit angelegten Allianzen mit konkreten Zielen und allgemeinen Grundsätzen, Bausteine einer „anderen Welt“ geschaffen werden, um eine neue gemeinsame Kultur zu erzeugen. In diesem Sinne beginnt jetzt die Phase nach dem Referendum. Dabei werden wir von einem doppelten Sieg ausgehen.

## Die Form fließender Gewässer

Bei näherer Betrachtung der Merkmale der Kampagne für das Wasserreferendum wird ein politischer und kultureller *sui-generis*-Prozess erkennbar: eine Kampagne, die nahezu ohne finanzielle Hilfe von einer Vielzahl sozialer Kräfte verwirklicht wurde, die sich auf verschiedenen Wegen diversifizierte – molekular, vielfach ausgerichtet – nicht nur in geografischer Hinsicht. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes waren im Organisationskomitee ausschließlich soziale Organisationen auf lokaler und nationaler Ebene vertreten, die horizontal koordiniert wurden; politische Parteien dagegen bemühten sich um die Einrichtung paralleler Aktionskomitees. Die zahlreichen Identitäten und unterschiedlichen kulturellen Ursprünge der Beteiligten – Einzelne wie Gemeinwesen – verschmolzen unterwegs, sodass eine neue gemeinsame Identität entstand.

Ein weiteres entscheidendes Element der Referendum-Initiative war nicht so sehr (oder nicht nur) die Rückkehr zur „Politik mit Inhalt“ – bezeichnend zu einer Zeit, da sich ein großer Teil der italienischen Politik auf lange Ansprachen und die Komplexität der Alchemie von Koalitionen reduzierte –, sondern das eigentliche Wesen von Politik und Zusammenleben: Gemeingüter und demokratische Partizipation. Gemeingüter eröffnen einen neuen Horizont, da sie verschiedene Bereiche und Konflikte in Zusammenhang bringen – vom Wasser als materiellen bis zum Internet als immateriellen Wert und der Möglichkeit, alle anzusprechen, einschließlich eines großen Teils der rechten Wählerschaft. Gemeingüter können die ausgefransten Enden der Politik materiell und symbolisch neu ordnen und eine andere kollektive Kultur von der Basis her wieder aufbauen. Ausgehend davon, was wir an Gemeingütern haben (von ihrer Anerkennung und der Partizipation an ihrer Verwaltung), gelingt es, unseren Anliegen neuen politischen Sinn

zu verleihen. Wenn Elinor Ostrom in ihren Studien darlegte, wie das Vorhandensein einer Gemeinschaft mit engen inneren Verbindungen eine der Hauptvoraussetzungen für eine effiziente kollektive Bewirtschaftung von Gemeingütern ist, gilt dies natürlich auch umgekehrt: die Fähigkeit, etwas Gemeinsames wieder sinnvoll zu gestalten und Formen der partizipativen Verwaltung der Gemeingüter zu entwickeln, fördert wiederum die Entstehung von sozialen Beziehungen und Bürgersinn.

Was mit dem Wasserreferendum geschah, lässt das Potenzial erahnen, das dieses im Aufbau befindliche Universum birgt, wo Inhalt und Methode nicht voneinander getrennt werden können. So ist es kein Zufall, dass die Bewegung für das Wasser über die Jahre in strengen horizontalen und partizipativen Formen wuchs, dass sie aus lokalen Initiativen hervorging, schlüssige und effiziente Vorschläge erarbeitete, Plätze für reale und virtuelle Treffpunkte ersann, die Mainstream-Medien für sich entdeckte und schließlich vereinnahmte. Im Juni markierte der Einsatz eines sehr traditionellen Instruments (der Urnengang) eine entscheidende Stufe in einem nicht gerade traditionellen Prozess. Zahlreiche Kommentatoren, die in abgeschotteten Festungen offizieller Medien auf sich selbst Bezug nehmen, aber auch zahlreiche Schiffsführer waren überrascht, dass sie mit dem Eisberg kollidierten. Dieser Eisberg entstand jedoch nicht über Nacht. Er ist vielmehr das Ergebnis eines langen Ablagerungsprozesses. Ein molekularer Prozess, der vor fast zehn Jahren mit der Errichtung lokaler Netzwerke begann, die miteinander verknüpft sind. Daraus entstand das Italienische Forum der Bewegungen für das Wasser, das heute regionale Komitees und landesweite Organisationen, offizielle und inoffizielle Gruppen in einem Raum ohne hierarchische Ordnung und Führung vereint. Dieser Raum ist zwar nicht konfliktfrei, er gründet aber auf Vertrauen und Konsensbildung bei der Entscheidungsfindung.

## **Geschrieben steht: „Wasser“, lesen kann man: „Demokratie“**

Es ist kein Zufall, dass eine der am weitesten verbreiteten Losungen der Bewegung – „Schreib Wasser, aber lies Demokratie“ – einen so engen Zusammenhang zwischen diesen beiden Begriffen herstellt. Diese Identifizierung funktioniert in mindestens zwei Richtungen. Wie wir feststellten, sind Demokratie und Partizipation die Grundlagen der Entscheidungsmechanismen und der Organisationsformen dieser Bewegung. Die Bewegung für das Wasser steht für eine andere politische Sichtweise in der jetzigen Phase der „Light-Parteien“, bei der die Partizipation von Mitgliedern eine Belastung und eine Beschränkung für die Unternehmer auf dem politischen Markt, die sich vorzugsweise Fernsehinterviews und Umfragen widmen, darstellt: Politik ist kein Vorrecht einer Oligarchie, sondern kollektives Handeln. Dieses Handeln

setzt die horizontale Organisation der Beziehungen voraus und füllt einen mehrfach ausgerichteten öffentlichen Raum, jedoch ohne jemals Macht und Entscheidungsfindung zu konzentrieren, die sich über die gesamte Bewegung verteilen. Diese Organisationsform steht der Dynamik der postdemokratischen Machtzentralisierung entgegen, sie schätzt die Vielfalt des Wissens und ermutigt zur unmittelbaren und persönlichen Teilnahme an der Entscheidungsfindung und begünstigt Rotationsmechanismen. Die Bildung einer gemeinsamen Führung ist ein wesentliches Element der Bewegung für das Wasser.

Gleichzeitig ist Demokratie das Kernstück der neuen partizipativen Verwaltung von Wasser und der anderen Gemeingüter, die von dieser Bewegung initiiert wird, der Dreh- und Angelpunkt dieses neuen öffentlichen Modells, das auszugestalten ist. Kurz gefasst: Demokratie und Partizipation sind die Form der Bewegung, der Inhalt ihrer Vorschläge und Mittel und Zweck. Diese doppelte Dimension war bereits von Beginn an klar zu erkennen, als zwei Gesetze durch partizipative Mechanismen aus Volksinitiativen hervorgingen, die von den Bewegungen für das Wasser ausgearbeitet wurden (ein Regionalgesetz aus dem Jahr 2005 in der Toskana und ein zweites nationales Gesetz 2007): „Macht uns zu Gesetzgebern!“. Dieses Motto war die Bündelung der Initiativen der Bewegung in Gesetzen, die sofort umgesetzt werden können. Das war das gemeinsame Ziel.

Es gibt eine banale Rhetorik, die versucht, soziale Bewegungen einfach auf Protest zu reduzieren und Vorhaben, zu denen sich die Gesellschaft gesondert Fragen stellt, für die über den klassischen politischen und institutionellen Rahmen geeignete Antworten zu liefern sind, erneut einzubringen. Die Bewegungen für Gemeingüter erarbeiten nicht nur Fragen, sondern auch Antworten. Sie gewinnen Teile einer Souveränität zurück, die offiziell dem Volk gehört, im Wesentlichen aber durch die Elite beschlagnahmt wurde, die die Macht in dessen Namen ausübt, sofern sie nicht schon direkt von den Märkten und den internationalen nicht-demokratischen Strukturen, allen voran dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, vereinnahmt wurde.

Wenn Demokratie und Partizipation sowohl Mittel als auch Zweck für die Bewegung für das Wasser sind, so ist die Privatisierung vor allem eine Privatisierung der Entscheidungssphäre. Entscheidungen über die Bewirtschaftung von Gemeingütern werden innerhalb der mit ihrer Verwaltung beauftragten Kapitalgesellschaften umgesetzt: Subjekte privaten Rechts, die in neue Institutionen einer postdemokratischen lokalen Verwaltung überführt wurden. In Italien sind die als Kapitalgesellschaften geführten Versorgungsunternehmen, die an die Stelle öffentlicher Politikgestaltung traten, das Ergebnis eines doppelten Prozesses, bei dem die Verwaltung von Gemeinwohlsgütern und -dienstleistungen nicht länger öffentlich bleiben soll. Wenn das System über

zehn Jahre lang durch private Wirtschaftsakteure geplündert wurde, so war es zuletzt allzu oft die politische Elite, die sich der Gemeingüter und Grundversorgungsdienste bediente, als wären sie ihr Privateigentum, wobei sie stets jede Partizipation der BürgerInnen ausschloss und Mauern und Hindernisse errichtete (bestenfalls schottete sie sich in Festungen jener Demokratie von Experten und Fachleuten ab; schlimmstenfalls schuf sie Patronagenetzwerke und teilte Sitze und Macht unter sich auf). Was ist an diesem Verständnis und dieser Verwaltung von Gemeingütern und Leistungen der Daseinsvorsorge „öffentlich“? Das letzte Stadium dieser Entwicklung, bei der diese Güter und Leistungen der Öffentlichkeit entzogen wurden, war die Entstehung öffentlich-privater Partnerschaften, einer Art zweiköpfiges Monster. Hinter den verschlossenen Türen der Vorstandszimmer der gemischten „öffentlich-privaten“ Kapitalgesellschaften finden undurchsichtige Beratungen statt, bei denen sich Kartelle von privaten Geschäftsleuten und Personen mit hoheitlichen Aufgaben versammeln, deren Beschlüsse inzwischen jeglicher demokratischer Rechenschaftslegung entbehren. Die Privatisierung der Entscheidungssphäre ist die Schattenseite des Modells der Kapitalgesellschaften: Sie ist nicht nur als Flucht vor öffentlichen Rechten in die Arme des privaten Rechts zu verstehen, sondern ein tatsächlicher Entzug von Demokratie. Es reicht daher nicht aus, die Profite einiger weniger von den Gütern, die allen gehören, abzuschaffen; wie das Referendum zeigt, sind die BürgerInnen auch nicht bereit, demokratische Teilhabe gegen Anteilscheine zu tauschen: damit öffentliche Güter wieder öffentlich sind, müssen sie Gemeingüter werden, die demokratisches Eigentum und transparent sind. Damit Wasser und andere Güter wieder Gemeingüter werden, ist es notwendig, sich wieder die Frage zu stellen, was Demokratie bedeutet und wie man in gemeinsamem Handeln Elemente einer anderen Politik gestalten kann.

Es ist klar, dass die privaten Formen des Wassermanagements und der kommunalen öffentlichen Versorgungsdienste bzw. jener, die auf privaten Unternehmen basieren, nur eine von zahlreichen Facetten der komplexen Aneignung der Volkssouveränität durch Wirtschafts- und Finanzkonglomerate und internationale, nicht-demokratische Organisationen sind, die sich satzungsgemäß durch eine Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Befugnissen auszeichnen und sich nunmehr jeder Form von demokratischer Kontrolle entziehen. Die gesamte globale Gemeingutbewegung fordert daher, diese Güter nicht als Waren zu behandeln und sie partizipativ zu verwalten. Die Bewegung fordert die Selbstverwaltung dieser Gemeingüter und der damit verbundenen Leistungen der Daseinsvorsorge gemäß den Regeln und Instrumenten, die von der betroffenen Allgemeinheit festgelegt werden. Unter diesem Gesichtspunkt halte ich das Beispiel, das wir durch unsere Gesetze aus der Volksinitiative heraus gegeben haben, einmal mehr für erhellend.

Es ist ein Prozess, der den Wunsch der BürgerInnen strukturierte, ihr eigener Gesetzgeber zu sein, sich selbst eigene Gesetze und Vorschriften zu geben, gemeinsam zu verwalten, was wir gemeinsam haben.

In den vergangenen Jahren scheint sich das, was die Gesellschaft „bewegt“, im Wesentlichen um ein tiefes Gravitationszentrum zu drehen – die neu zu erfindende Demokratie. Wir experimentieren mit neuen Partizipationsmodellen (partizipative Demokratie, beratende Demokratie) und gewinnen traditionelle Instrumente direkter Demokratie zurück, um die postdemokratischen Machtstrukturen kleiner Gruppen aufzubrechen. Es ist kein Zufall, dass sich die Bewegung des Wassers zuerst des Rechtsinstruments der Volksinitiative und dann der Institution des Referendums bediente. Es ist ebenso wenig ein Zufall, dass die Referendum-Frage an sich, das heißt das Recht jedes Einzelnen, über wichtige Fragen direkt zu entscheiden, in Europa so große Bedeutung erlangt hat, von den spanischen Indignados, die ihre Forderungen auf öffentlichen Plätzen kundtun, zu den Fabriken und der Arbeitswelt in Italien, wo eine Metallarbeitergewerkschaft namens FIOM (Italienischer Metallarbeiterbund) einen Kampf für das Recht der Arbeitnehmer führt, bei Vereinbarungen über ihre neuen Verträge direkt zu entscheiden (Bestätigung per Referendum).

Hinter den Gemeinschaften, die Regeln für die Verwaltung von Gemeingütern durch Konsens festlegen, und hinter der Praxis der partizipativen Demokratie steht die Wahl der Methode der Konfrontation und Beschlussfassung im Gegensatz zur kalkulierten Methode der bereits etablierten Mehrheit oder Minderheit zu bereits vorhandenen Optionen. Wie aus der Praxis dieser Bewegungen in den vergangenen Jahren klar geworden ist, ist die partizipative Politik ein generativer Vorgang, keine Machttechnik und keine Komposition vordefinierter Interessen. Vielmehr ist sie das kollektive Hervorbringen gemeinsamer Werte und Projekte und weder die Suche einer Schnittstelle zwischen einzelnen Egos noch ein Ausbalancieren vorgefertigter Optionen.

Natürlich kann niemand vernünftigerweise annehmen, dass jetzt alle ItalienerInnen die partizipative Demokratie herbeisehnen und bereit wären, sich liebevoll um die Gemeingüter zu kümmern, oder dass Italien aus dem Berlusconi'schen Sumpf emporgestiegen wäre. Es gibt einen großen Teil der Gesellschaft, der keine Partizipation anstrebt und angesichts des zunehmenden Gefühls der sozialen Unsicherheit weiterhin Befehls- und Entscheidungsstrukturen bzw. eine autoritäre, staatlich kontrollierte Demokratie fordert: die Durchsetzung der Stellvertreterdemokratie, bei der von hauptamtlichen Politikern schnelle Entscheidungen verlangt werden. Auch haben die dominierenden Interessengruppen nicht die Fähigkeit zur Konsensbildung und zur Schaffung von populären Massenideologien eingebüßt. Die Referenden im Juni haben jedoch auch einen Riss durch diese Welt offengelegt. Sie haben

gezeigt, dass diese Hegemonie zu Ende geht und neue Möglichkeiten eröffnet wurden: die lange, kleinteilige Arbeit der Bewegung für das Wasser – und der Bewegungen für Gemeingüter – verwandeln sich allmählich in etwas Tiefergreifendes, etwas, das sich, wie wir beobachten konnten, bereits im Wortschatz der ItalienerInnen wiederfindet. Die Linke muss sich nun beeilen, ihre Aktivitäten im sozialen Bereich auf Gebiete des Alltags der Menschen zu richten. Es besteht ein Bedarf an innovativen und integrativen Praktiken, an unterschiedlichen Sprachformen, mit denen Wünsche und materielle Bedürfnisse zusammengebracht werden können, um verborgenes, falsch interpretiertes Wissen freizulegen und zu fördern. Dies muss geschehen, bevor in der gegenwärtigen Phase des Übergangs viele Menschen durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise der Kriminalität verfallen, statt eine Gesellschaft gemeinsamer Werte aufzubauen.

## Wasser im heißen Herbst

In den kommenden Monaten wird es für die Bewegung für das Wasser drei Hauptbetätigungsfelder geben:

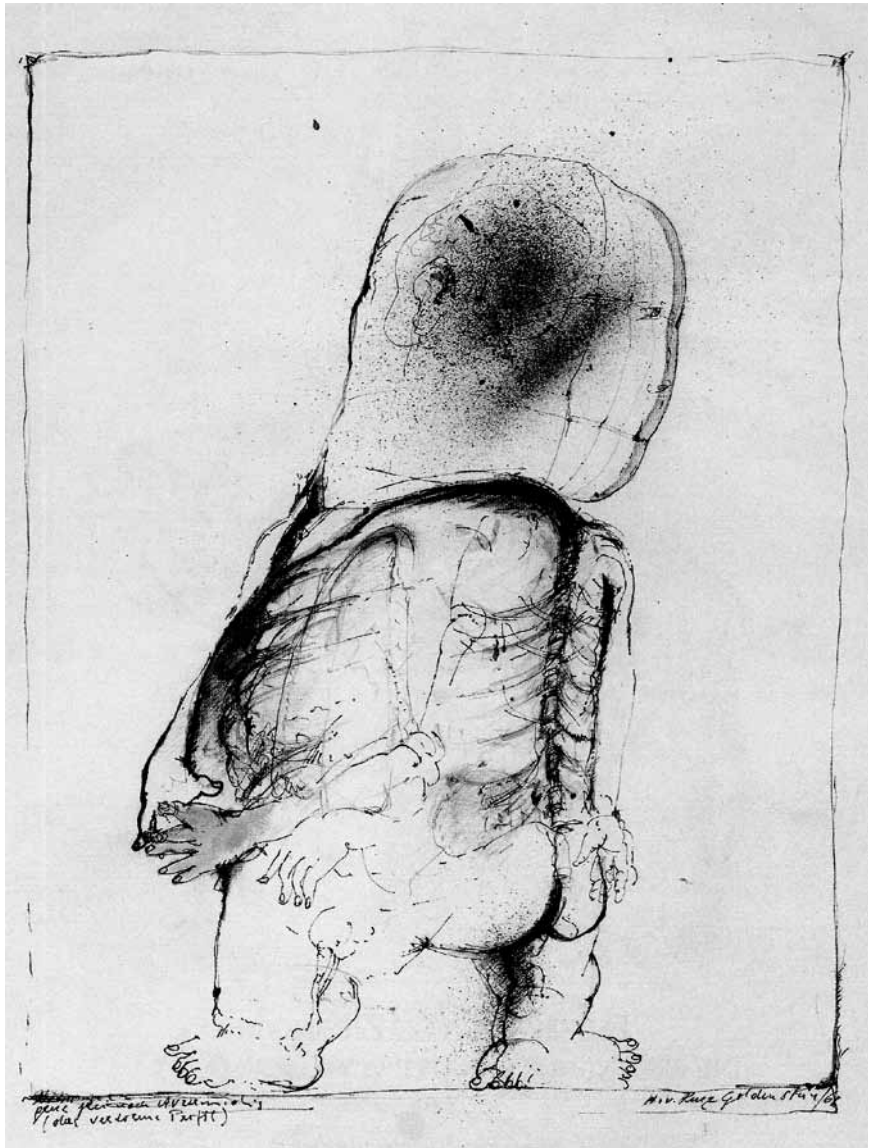
1. Umsetzung der beiden Fragen, die von über 95 % der ItalienerInnen bejaht wurden, und Sicherung des Erfolgs des Referendums (ein Erfolg, der von der Regierung in jedem Fall missbraucht und missachtet wird), indem das Parlament letztlich gezwungen wird, die Gesetze zu diskutieren, die aus der Volksinitiative hervorgegangen und von den Bewegungen verfasst wurden, aber jahrelang in den Aktenschranken der Abgeordnetenkammer schmorten.
2. Anknüpfen an das, was das Land „bewegt“, Einfließen in die allgemeinere Tendenz in diesem Herbst, das heißt eine Ablehnung der sogenannten „Wirtschaftsmanöver“ und des Sparkurses der italienischen Regierung sowie ihrer geplanten Verfassungsänderung mit dem Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt in der Verfassung vorzuschreiben.
3. Verstärkung des internationalen Engagements für die Errichtung eines europäischen Wassernetzwerks, das die Initiative der Bewegungen auf kontinentale Dimensionen erweitern wird.

Daher organisieren wir im Herbst dieses Jahres in Italien ein internationales Treffen, an dem Bewegungen, Gewerkschaften und Sozialverbände aus ganz Europa teilnehmen werden. Gemeinsam werden wir die Grundlagen und Ziele für gemeinsames Handeln definieren und prüfen, welche Mittel dazu am wirksamsten sind, zum Beispiel die völlig neue Europäische Bürgerinitiative (EBI), das erste und einzige Instrument der Europäischen Union für direkte demokratische Partizipation. Ein solches Netzwerk kann als erster Ansatz für die Entstehung einer europäischen Sozialallianz für Gemeingü-

ter dienen und zum jetzigen Zeitpunkt dem Alternativen Weltwasserforum neues Leben einhauchen. Das zweite Ziel wird nämlich darin liegen, das Ende des Weltwasserforums einzuleiten, das im März 2012 in Marseilles tagen wird, ein Forum, das von multinationalen Gesellschaften angeführt wird und sich dank der Aktion von Sozialbewegungen in einer ernsthaften Legitimitätskrise befindet.

## Fazit

Die Bewegung für das Wasser entstand weitgehend aus der derzeitigen Anti-globalisierungs-Bewegung. Ihre Entscheidung, sich jahrelang auf ein Thema und eine bestimmte Kampagne zu konzentrieren, wird manchmal argwöhnisch und selbstgefällig beobachtet oder wegen ihrer Ausrichtung sogar offen kritisiert. Viele von uns waren dagegen überzeugt, dass Wasser als Materie, aber auch als Symbol der Grundstein war, auf dem sich eine breitere Perspektive für Demokratie und Gemeingüter errichten ließe, ein Rammbock gegen das gesamte System der globalen Privatisierung, ein Schnellball, der eine Lawine (oder vielmehr ein Eisberg) werden kann. Nach der fürchterlichen Niederlage der Mobilisierung für Frieden und gegen die Kriege im Irak und in Afghanistan bestand auch wieder das Bedürfnis, das Vertrauen in gemeinsames Handeln zurückzugewinnen. Die Frage der Wirkung ist absolut nicht zweitrangig: Es ist nicht vergebens, sich vor Augen zu halten, dass ein Erfolg möglich ist und dass alternative Praktiken aus der Vorstellungskraft entstehen und die Welt gestalten können. In diesem Sinne war der Triumph beim Referendum eine eindeutige Botschaft. Auch der „symbolische“ Effekt ist nicht zweitrangig. Wenn Symbole ohne Material leer und irreführend sind, dann ist Material ohne Symbolik nichtssagend, politisch leblos. Zum Thema Wasser und Gemeingüter haben sich die Stimmen zu einem Chor vereint, der tiefe Bedürfnisse wecken wird, angefangen mit der Notwendigkeit, Strukturen wiederzuentdecken, die uns mit anderen verbinden, ohne dass wir uns selbst verlieren und die uns von der Einsamkeit im Konkurrenzkampf befreien, ohne dass wir auf unsere individuelle Freiheit verzichten müssen.



Das verlorene Profil (1968)



*transform!* 09-2011

# Die chilenische Verfassung und die Krise des Bildungswesens: Eine Entscheidungsschlacht

Juan Pablo Cárdenas

Verließen sich die Anhänger der gegenwärtigen Protestbewegung auf die Verfassung, die derzeit geltenden Gesetze und das parlamentarische Verfahren, um darin Lösungen für die Krise des Bildungswesens und die Umsetzung einer Steuerreform beziehungsweise Antworten auf die vielfältigen Forderungen der Bürger zu finden, so wäre ihr Versuch eindeutig zum Scheitern verurteilt.

Es waren die Studentendemonstrationen, die zum Auslöser der großen gesellschaftlichen Explosion wurden, die unser Land heute, nach siebzehn Jahren autoritärer Herrschaft und zwei Jahrzehnten enttäuschter Erwartungen, erlebt. Was hinter der Vielzahl von Ereignissen, die uns gewissermaßen aus einem langen, seit dem Ende der Diktatur andauernden Dämmer-schlaf gerissen haben, deutlich zu Tage tritt, ist die Tatsache, dass die Forderungen nach einem öffentlichen, gebührenfreien, qualitativ hochwertigen und weitreichenden Unterrichtswesen die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer in ihrer Rolle als Konsumenten in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht haben. Darüber hinaus spiegeln die Ereignisse das Unbehagen all jener Chilenen wider, die zu Opfern der skandalösen und ungerechten Ungleichheiten geworden sind. Diese sind das Ergebnis der vom damaligen Diktator Pinochet vorgegebenen und später von sämtlichen ihm nachfolgenden Regierungen bestätigten politischen und wirtschaftlichen Leitlinien.

Wir leben heute in einem Land, das de facto einer Hand voll nach Gutsherrenmanier agierenden Unternehmen gehört und in dem die Kreditinstitute

und Warenhäuser jeden Tag die kargen Einkünfte der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Beschlag nehmen. Die Umwelt dieses Landes wird vom Banditenwesen einiger Großinvestoren zerstört, die mit der kriminellen Duldung all jener agieren, deren Aufgabe es eigentlich ist, die Wahrung unserer nationalen Souveränität und die territoriale Integrität unseres Landes zu garantieren: das politische Establishment und die Armee. Diese wiederum teilen sich unverschämt hohe Bezüge, wenn man sie einmal mit den geringen Mitteln, die in Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau und in die Pensionen der Ruheständler investiert werden, vergleicht. Da Chile zum Musterland des Kapitalismus der zügellosesten Art wurde, setzte man dreißig Jahre lang alles daran, die Bevölkerung zu spalten, indem man eine winzige Minderheit begünstigte und die überwiegende Mehrheit in Ignoranz verharren ließ und sie mit dem Mindestlohn als einziger Einkommensquelle abspeiste. Da man uns zu den billigsten Arbeitskräften des Marktes machen will, um auf diese Weise multinationale Konzerne und Monopolisten ins Land zu locken, haben wir heute ein Pro-Kopf-Einkommen, das nicht einmal von einem Fünftel der Bevölkerung tatsächlich bezogen wird. Aus eben diesem Grund verkaufen wir auf den Welt-„Märkten“ unsere strategischen Bodenschätze zu Spottpreisen.

Wir lebten in einer Zeit, in der die Polizei mit Brutalität ungehindert gegen jede Form von Demonstration, Protest oder Opposition vorging. Gleichzeitig behandelten die Gerichtshöfe unerträgliche Menschenrechtsverletzungen in ihren Urteilsprüchen mit großer Milde. Diese Urteile wurden von all jenen Regierungen gutgeheißen, denen Pinochet die Verwaltungsstrukturen des Landes als Erbe hinterlassen hatte und die ihm zu Hilfe eilten, um ihm völkerrechtliche Strafen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ersparen. Es waren Jahre eines nur scheinbaren Übergangs zur Demokratie, in denen fünf Regierungen aufeinander folgten, ohne dass beispielsweise den Auslandschilenen das Wahlrecht zugestanden worden wäre. Es waren Jahre, in denen die Chilenen unter dem Joch eines Wahlsystems lebten, das das Regime der politischen Parteien zum eigenen Vorteil missbrauchte. Weitere Merkmale dieser Zeit waren das System der Zweipersonen-Wahlkreise und die unvorstellbar hohen Geldsummen, über welche die uns regierenden Familien verfügen, um ihr politisches Engagement möglichst gewinnbringend anzulegen. Diese Familien erwiesen sich als Vasallen mächtiger Geschäftsleute, die ihrerseits von den hohen Erträgen profitierten, die ihnen alle ihre gegen die Staatskasse gerichteten Manöver einbrachten. All dies geschah vor den Augen einer Bevölkerung, die entsetzt war angesichts der Straflosigkeit der Akteure und der Duldsamkeit der großen marktbeherrschenden Medienunternehmen. Da die Medien vollkommen von den Eigentümern der Fernsehsender und Zeitungen kontrolliert werden, kam es für sie natürlich nicht in Frage, die Interessen des Volkes zu vertreten und zu verteidigen, womit

sie der Regierungspropaganda und der Ideologie der Monopolkonzerne Vorschub leisteten. Die Stellung der Monopolisten wird durch ein Entwicklungsmodell gefestigt, das zu einer immer stärkeren Konzentration von Wohlstand, Produktion und Handel führt. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum sich die Medien nach wie vor jeder Form des Informationspluralismus und allen kritischen Stimmen widersetzen.

Die Massendemonstrationen legten die Gleichgültigkeit der staatlichen Stellen, die grob verzerrte Darstellung der Ereignisse und den repressiven Charakter unseres Regierungssystems offen. Vor allem führten diese Kundgebungen der ganzen Welt schonungslos die Realität unseres Landes vor Augen. Diese wurde aber auch unserer eigenen Bevölkerung offenbart, die sich noch immer vom Showbusiness, der falschen Glitzerwelt und vom schlechten Geschmack in den Bann ziehen lässt, die ihr unter Missachtung ihrer intellektuellen Würde und auf Kosten ihrer souveränen Rechte täglich angeboten werden. So haben wir es den sozialen Netzwerken im Internet, dem unerschütterlichen Willen der jungen Menschen und der unnachgiebigen Haltung zahlreicher Organisationen und Wortführer der Zivilgesellschaft zu verdanken, zu der folgenden Erkenntnis gelangt zu sein: Die Ursache dieser absurden Entwicklungen ist nicht etwa ein Mangel an Ressourcen, sondern die Funktionsweise eines absurden Politik- und Wirtschaftsmodells. Dieses gilt es nun vom Sockel zu stoßen, damit die Chilenen sich von ihrem Joch der Ungleichheit und der kulturellen Unterentwicklung befreien können.

Ich möchte noch einmal betonen, dass das Problem, welches unsere großen, heroischen Freiheitskämpfer übrigens schon damals erkannt hatten, mit den durch eine unrechtmäßige Verfassung vorgegebenen Rahmenbedingungen zusammenhängt. Diese Verfassung haben wir von einer De-facto-Macht geerbt, die Zustimmung des Volkes hat sie nie erhalten. Darüber hinaus bot sie in ihrer derzeit geltenden Fassung (*carta fundamental*) all denjenigen, die sie zwar damals schon angeprangert, sich im Nachhinein aber vollkommen mit ihr arrangiert hatten, die Möglichkeit, nach Übernahme der Regierungsverantwortung die Elite des Landes in Geiselschaft zu nehmen und die republikanischen Werte zu verraten.

Es ist kein Zufall, dass die Studentenfürer in ihren klarsichtigen Erklärungen heute den Akzent auf die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung legen. Sie wissen nämlich, dass das klassenspezifische Bildungswesen und die vom Staat gegen die sozialen Forderungen geäußerten Vorbehalte sich nicht nur aus einem beklagenswerten Verfassungstext ergeben, der wegen seines Ursprungs und seiner Anwendung unrechtmäßig ist, sondern darüber hinaus aus der Scheinheiligkeit derer resultieren, die das Land regierten, indem sie dem vom Diktator vorgezeichneten Weg folgten. Aus diesem Grund akzeptierten sie geringfügige Korrekturen des Wortlauts. Sie verabschiedeten

sogar durchaus verachtenswerte Änderungen, die z.B. den politischen Parteien die Möglichkeit einräumten, Abgeordnete und Senatoren zu ersetzen, die auf die Ausübung ihres Mandats verzichteten. Das hatte zur Folge, dass im derzeitigen Parlament zahlreiche Abgeordnete und Senatoren vertreten sind, die von eben jenen Personen ernannt worden sind, die ihre Bezirke und Wahlkreise in regelrechte Jagdgebiete für den Stimmenfang verwandelt haben.

Verließen sich die Anhänger der heutigen Protestbewegung auf die Verfassung, die derzeit geltenden Gesetze und das parlamentarische Verfahren, um darin Lösungen zur Überwindung der Krise des Bildungswesens und für die Durchführung einer Steuerreform zu finden und die richtige Antwort auf die vielfältigen Forderungen der Bürger zu geben, dann wäre ihr Versuch eindeutig zum Scheitern verurteilt. Die von den Demonstranten auf den Straßen und unzähligen Plätzen des Landes eingeforderten Veränderungen müssen sich aus einem expliziten Einvernehmen mit den derzeitigen Hausherrn des Präsidentenpalastes La Moneda ergeben. Dies ist unverzichtbar, wenn verhindert werden soll, dass die angestrebten Ziele, wie es schon in der Vergangenheit bei anderen Themen der Fall gewesen war, wieder einmal aufgeschoben werden oder in Vergessenheit geraten. Daher muss jetzt sowohl dem Kampf für Bildung, dem grundlegende Bedeutung zukommt, als auch dem Eintreten für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die Durchführung eines Referendums und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung die Bedeutung einer Entscheidungsschlacht beigemessen werden. Erst danach können wir über Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit in einem Chile sprechen, das noch heute von dem diskriminierenden Verhalten und der Inkompetenz seines gesamten politischen Establishments beherrscht wird.

*transform!* 09-2011

# „Das Volk verlangt soziale Gerechtigkeit!“

## Soziale Proteste in Israel

Michel Warschawski

Vor weniger als einem Jahr war die gesamte arabische Welt, von Tunesien im Westen bis zum Jemen im Südosten, Schauplatz einer gigantischen und außerordentlichen Volkserhebung für Freiheit und Demokratie. Die jahrzehntelangen Diktaturen von Hosni Mubarak und Zine el-Abidine Ben Ali wurden binnen weniger Wochen gestürzt, und das Tor zur Demokratie schien weit offen zu stehen. Nicht alle Regime der Region wurden in Frage gestellt, doch es gab kein Land, das von den Massenbewegungen innerhalb und außerhalb der Grenzen nicht betroffen gewesen wäre – mit einer Ausnahme: dem Staat Israel.

Israel wirkte wie eine Insel der Stabilität in einem Meer von Unruhen und Revolutionen, und seine politische Führung zögerte keinen Augenblick, diese Stabilität den westlichen Regierungen als besonderen Vorteil zu verkaufen: „Um eure Interessen in der Region zu verteidigen, könnt ihr euch nicht einmal auf die härtesten Diktaturen verlassen, die ihr mit Geld und militärischer Ausrüstung unterstützt, denn früher oder später können dort Massenbewegungen an die Macht gelangen und alles gefährden, was ihr in diese Verbündeten investiert habt“, erklärte die politische Führung Israels im Wesentlichen ihren westlichen Gesprächspartnern. „Der Staat Israel ist euer einziger stabiler und verlässlicher Verbündeter!“

Wenige Monate später aber trat an die Stelle der „israelischen Stabilität“ die größte Massenbewegung, die das Land je erlebt hat: Sie begann mit einem kleinen Zeltlager in Tel Aviv, verbreitete sich rasch in zahlreiche weite-

re Städte, schwoll zu immer größeren Demonstrationen auf den Straßen an und erreichte ihren Höhepunkt am 3. September 2011, als laut Polizeiangaben 450 000 Menschen auf den Straßen von Tel Aviv demonstrierten, bei der größten Demonstration in der Geschichte des Staates Israel.

## **Wohnraum – ein Problem, das auf den Nägeln brennt**

Kristallisationspunkt der Bewegung war ein einziges Problem: Wohnraum. Nach mehreren Jahrzehnten, in denen sich praktisch jedes junge Paar in Israel dank staatlich subventionierter Kredite mühelos eine Wohnung leisten konnte, ist das im Zeichen der heutigen neoliberalen Ausrichtung nahezu unmöglich geworden: Für ein junges Paar, bei dem sowohl der Mann als auch die Frau ein ordentliches Einkommen erzielen, ist der Kauf einer Wohnung inzwischen unerschwinglich. Subventionskürzungen und die Abschaffung der vergünstigten Kredite, Bodenprivatisierungen und die Demontage des öffentlichen Wohnungsbaus haben dazu geführt, dass es für junge Paare heutzutage fast unmöglich ist, eine Miet- oder Eigentumswohnung zu bekommen.

Die Folgen dieser Politik treffen nicht nur die Armen, sondern auch den Großteil der Mittelschicht. Und tatsächlich begann die derzeitige Bewegung als eine Bewegung der Mittelschicht. Erst in jüngster Zeit haben sich auch die ärmeren Gesellschaftsschichten angeschlossen, sowohl in den großen Städten als auch an der sogenannten Peripherie. Es sei in Erinnerung gerufen, dass laut Angaben der staatlichen Sozialversicherung 30 % der israelischen Kinder unter der Armutsgrenze leben, d.h. knapp ein Viertel der Israelis wird als arm eingestuft – in einem Land, dessen Wohlstand über dem Durchschnitt der Europäischen Union liegt.

## **Aufbegehren gegen neoliberale Entscheidungen**

Schon bald entwickelte sich aus den Forderungen zum Thema Wohnraum ein allgemeines Aufbegehren gegen das neoliberale System an sich. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu zählt weltweit zu den aggressivsten politischen Führern bei der Umsetzung der neoliberalen Wirtschaftsordnung: Während seiner Zeit als Finanzminister (1998–1999) war die Marktwirtschaft seine Religion, und Privatwirtschaft und „freier“ Wettbewerb waren seine Bibel. Tatsächlich gibt es nur wenige Länder, in denen der Prozess der Demontage und Privatisierung der öffentlichen Dienste und des öffentlichen Eigentums derart brutal und total durchgeführt wurde. Fast nichts ist mehr übrig vom früheren Wohlfahrtsstaat – nach Ansicht mancher eines beinahe sozialistischen Staates –, und sogar das Bildungswesen wird nun schrittweise privatisiert. Die Rückkehr von Netanjahu ins Amt des Pre-

mierministers markierte den Beginn einer neuen Offensive. Allerdings entschied sich Netanjahu diesmal, statt die Armen und die Mittelschicht frontal anzugreifen, für eine andere Taktik: Geschenke für die Reichen, insbesondere durch drastische Verringerungen der Unternehmenssteuern und der Steuern auf hohe Einkommen.

Unter Netanjahu wird die Allianz von Geld und Macht nun ganz unverhüllt und provokativ zur Schau gestellt, und die persönlichen Freundschaften zwischen Netanjahu, seinen Ministern und hochrangigen Beamten auf der einen und den „Taikunen“ – wie Oligarchen in Israel genannt werden – auf der anderen Seite erscheinen nun fast täglich auf dem Titelblatt der israelischen Zeitungen. Mit ihren Schlachtrufen „Das Volk verlangt soziale Gerechtigkeit“ und „Gegen Privatisierungen – für den Wohlfahrtsstaat!“ begehren die Demonstranten gegen das Kernstück der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Philosophie und Praxis von Netanjahu auf. „Eine Regierung der Taikune“, so nimmt die israelische Mittelschicht die Regierung Netanjahu war, und zu Recht: alle anderen Gesellschaftsschichten bleiben außen vor, nicht nur die Armen.

### **Weitere Gesellschaftsschichten schließen sich an – vom Zentrum bis zur Peripherie**

Nach einigen Wochen der Mobilisierung schließen sich nun weitere Gesellschaftsschichten dem Protest an, die sogenannte „israelischen Peripherie“. „Peripherie“ hat in Israel eine doppelte Bedeutung: die Menschen an der geografischen Peripherie, d.h die außerhalb der drei Großstädte Tel Aviv, Jerusalem und Haifa leben sowie die gesellschaftliche Peripherie, die marginalisierten Menschen. Während der ersten Wochen waren die ärmeren Schichten kein Teil der Massenbewegung, deren Sprecherin sogar darauf bestand, dass die Teilnehmer der Mittelklasse angehören, gerade so, als wolle sie sich mit dieser soziologischen Feststellung Privilegien sichern, in Abgrenzung zu den Armen. Zudem betonten die Protestteilnehmer immer wieder, dass sie – im Gegensatz zu den Armen – „Standard-Israelis“ sind, was in der Alltagssprache Israels bedeutet, dass sie Steuern zahlen und ihren Reserve-Wehrdienst leisten. Am Samstagabend, dem 13. August 2011 gingen dann aber Zehntausende von „Peripherie-Israelis“ auf die Straße, insbesondere in Netanja und Be'er Scheva und veränderten dadurch die Schichtenzusammensetzung der Bewegung. Damit ging einher, dass sich zwei neue Gesellschaftssegmente an die Spitze der Mobilisierung stellten: arme Frauen (besonders in Haifa) und die palästinensische Minderheit. In beiden Fällen wurden neue, für diese Gesellschaftssegmente spezifische Forderungen laut. Beachtenswert ist dabei übrigens, dass die arabischen Demonstranten seitens der jüdischen Demons-

tranten willkommen geheißen wurden, von denen einige erklärten, „sie hätten überhaupt kein Problem mit Arabern, hassten jedoch die Palästinenser“ (sic).

## Die Bewegung

In ihrer ersten Phase erinnerten die Protestbewegungen an die Initiativen des Weltsozialforums im ersten Jahrzehnt unseres neuen Jahrhunderts: kein Programm, keine Führung und keine gemeinsame Agenda, außer den beiden oben genannten Slogans. Jeder war Teil der Bewegung und äußerte seine eigenen Forderungen und Anliegen. Der Rothschild-Boulevard in Tel Aviv, auf dem das erste Zeltlager errichtet wurde, entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit zu einem riesigen Forum für Diskussionen, Meinungs austausch und Dialog, neben kulturellen Aktivitäten, denn es kamen auch zahlreiche bekannte Künstler, um ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen und ihren Beitrag zur Mobilisierung zu leisten. Die Demonstranten betonten immer wieder, dass sie „weder links noch rechts“ stünden, und in der Tat wirken auch viele Likud-Wähler an der Bewegung mit. Sie bestehen auch auf dem Unterschied zwischen einer „gesellschaftlichen Bewegung“ und einer „politischen Bewegung“ und streiten entschieden ab, „politisch“ zu sein. Es kann jedoch niemand leugnen, dass die Bewegung sich offen gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik auflehnt und eine Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat verlangt. In dieser Hinsicht liegt ein Bruch mit dem politischen Konsens sämtlicher großen Parteien in Israel vor: Likud, Kadima und den verschiedenen Splintern der Arbeitspartei. Das wahre Wesen der Bewegung und ihrer Sprecher wird sich erweisen, wenn sie eine Antwort auf die Frage liefern müssen, die Netanjahu und seine Amtsleiter aus dem Finanzministerium bereits aufgeworfen haben: Mehr Geld für Wohnungsbau, Gesundheit und Bildung – recht und schön, aber woher sollen wir es nehmen? Mit dieser Frage steht und fällt alles – und die Antwort ist sonnenklar: aus den großen Haushaltsposten für die Siedlungen, aus dem Verteidigungsetat sowie durch Streichung der Steuerprivilegien für Konzerne und Banken. Dort lässt sich jede Menge Geld holen – doch die Entscheidung, das auch zu tun, ist eine politische.

## Eine neue Definition von „das Volk“

Wir sollten uns allerdings nicht auf die Eigenwahrnehmung der Bewegung und ihrer Forderungen beschränken. Möglicherweise geschieht gerade etwas wesentlich tiefer Gehendes, wobei allerdings noch Zeit und politische Kämpfe erforderlich sein werden, bis das seine segensreiche Frucht trägt. In Israel war der Begriff „Volk“ bisher immer synonym mit „Nation“, d.h mit der jüdischen Nation Israel. Das Volk war bisher stets „das Volk Israel“ im biblischen Sin-



ne – nicht im modernen republikanischen Sinne der Gemeinschaft der Bürger des Staates Israel. Dieser Begriff schloss aus dem Volkssouverän die nicht-jüdischen Bürger aus, insbesondere die palästinensische Minderheit, obwohl sie mehr als 20% der Bevölkerung ausmacht. Auf den meisten Demonstrationen waren die Sprecher nun aber äußerst explizit, wenn sie im Namen „des ganzen Volkes“ sprachen, und sagten jedes Mal ausdrücklich: „Religiöse und Nicht-Religiöse, Aschkenasim (mit europäischem Hintergrund) und Mizrachim (mit arabischem und mediterranem Hintergrund) – Juden und Araber“. Tatsächlich war die arabische Minderheit von Israel integraler Bestandteil der Bewegung, und in den gemischten Städten, wie etwa Haifa, waren die Demonstrationen wirklich gemeinsame jüdisch-arabische Demonstrationen. Wir wollen hoffen und träumen, dass ein neues „Am Israel“ (Volk von Israel) am 14. Juli geboren worden ist, wie die französische Nation im Jahr 1789, gemäß einer bürgerlichen Definition von Volk, anstelle einer ethnisch/konfessionellen. Wenn diese neue Realität tatsächlich Bestand hat, dann war der ambitionierte Schlachtruf der Demonstrationen – „Revolution!“ – keine Übertreibung.

## Die Reaktion Netanjahus

Benjamin Netanjahus erste Reaktion auf die Bewegung war wenig überraschend: „Die Bewegung ist politisch motiviert und von der Linken manipuliert.“ Doch kurz darauf haben ihm seine engsten politischen Berater offenbar klargemacht, dass, wenn die Bewegung die Linke in Israel ist, diese Linke die überwältigende Mehrheit der Wähler ausmacht. Daher änderte er seine Argumentation und behauptete, dass durch eine Verschiebung der Haushaltsprioritäten die Sicherheit Israels gefährdet würde. Ehud Barak äußerte sich aus seinem Penthouse auf einem der teuersten Gebäude Tel Avivs noch härter: „Israel ist nicht die Schweiz“, erklärte der einstige Kibbuznik und heutige Millionär. Wie in Israel üblich, richtete die Regierung als erste Reaktion eine Kommission ein. Das Mandat dieser von Professor Manuel Trachtenberg geleiteten Kommission ist äußerst beschränkt, und seine Mitglieder sind nicht fähig – und zum Großteil auch nicht gewillt –, auf die Hauptforderung der Protestbewegung einzugehen: ein Ende der neoliberalen Wirtschaftspolitik und eine Rückkehr zu einem in irgendeiner Form geregelten Kapitalismus. Im besten aller Fälle wird die Kommission das Schwergewicht auf die Kritik an der Kapitalkonzentration legen, die „Taikune“ anprangern und einige Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Finanzmacht vorschlagen. Bei ihrem nächsten Schritt könnte die derzeitige Regierung des äußersten rechten Flügels dann durchaus der Anregung von Ehud Barak folgen: an der Grenze zu einem der Nachbarländer die Lage anheizen oder sogar eine Folge von Ter-

roranschlägen in Israel provozieren, in der Hoffnung, dass das Thema „Sicherheit“ einen Geist der nationalen Einheit angesichts äußerer Bedrohung wecken wird. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine israelische Regierung diese schmutzige Strategie anwendet. Allerdings ist die öffentliche Meinung in Israel diesmal offenbar scharfsinniger als in der Vergangenheit: Als ein Regierungssprecher kürzlich das Thema Sicherheit aufs Tapet brachte, lautete die Antwort der Demonstranten: „Wohnungen, Bildung und Gesundheit – das ist unsere wahre Sicherheit“, womit sie zeigten, dass sie diesen alten Trick durchschauen. Wird dieser Scharfblick der Öffentlichkeit ausreichen, um die israelische Regierung davon abzuschrecken, einen Krieg zu beginnen? Diese Frage kann niemand beantworten. Der große Bahnhof, den die israelische Rechte unlängst den US-amerikanischen Kriegstreibern Chuck Norris und Glenn Beck mit ihren rassistischen Äußerungen bereitete, ist sicher kein gutes Zeichen.

## Ein alternatives Gesamtprogramm

Die Demonstranten reagierten auf die Initiative der Regierung, indem sie ihre eigene Kommission einsetzen, die aus fortschrittlichen Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen und sozialen Aktivisten besteht. Diese alternative Gruppe weist eine äußerst heterogene Zusammensetzung auf, unter anderem gehört ihr der frühere Vizepräsident der israelischen Staatsbank an, sodass nicht wenige Aktivisten sich gegenüber dieser alternativen Kommission ablehnend geäußert haben. Im fortschrittlichen Lager sind sich alle einig, dass eine Alternative auf jeden Fall Folgendes beinhalten sollte:

- eine ganz erhebliche Steigerung der Haushaltsausgaben für Gesundheit, Bildung und Soziales,
- die Umsetzung der bestehenden Gesetze zum öffentlichen Wohnungsbau sowie Zuweisung der bereits freigegebenen Finanzmittel für die Errichtung von Sozialwohnungen im ganzen Land,
- ein Dringlichkeitsprogramm für die Entwicklung der „Peripherie“,
- die Anhebung der Steuern auf Konzernprofite,
- die Enteignung von leer stehendem Wohnraum im ganzen Land,
- die Auflösung der Israelischen Landbehörde.

Das ist jedoch noch nicht genug, und die folgenden zusätzlichen Forderungen fallen sicher nicht unter den Konsens innerhalb der Bewegung, die sich sehr darum bemüht, sich weder auf die linke noch auf die rechte Seite zu stellen. Man muss jedoch einsehen, dass soziale Gerechtigkeit – genau wie Demokratie – unteilbar ist: Es gibt sie ganz oder gar nicht:

- Priorität sollte den am stärksten benachteiligten Gemeinden eingeräumt werden, insbesondere den arabischen und den ultraorthodoxen Gemeinden. Diese Gemeinden bilden jedoch – vorsichtig formuliert – derzeit

nicht das Hauptanliegen der aus der Mittelschicht stammenden Sprecher der Protestbewegung.

- Zur Finanzierung der berechtigten Forderungen der Protestierenden muss man starke Kürzungen bei den Siedlungen und beim sogenannten Sicherheitsbudget fordern, sodass die Bewegung früher oder später ihren Anspruch, „apolitisch“ zu sein, aufgeben muss. Rechts und links sind nun einmal zwei entgegengesetzte politische Richtungen, von denen die eine zu mehr Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung und die andere zu einer gerechteren Wohlstandsverteilung führt. Einer der beliebtesten Schlachtrufe der Demonstranten lautete „REVOLUTION!“. Das ist in der Tat ein sehr ambitionierter Schlachtruf. Damit nur ein geringer Teil davon Wirklichkeit wird, sind Entscheidungen sowie ein Verzicht auf die Illusion der nationalen Einheit notwendig.

# Nach der Revolution ist vor der Revolution

**Gabriele Habashi**

Natürlich waren wir alle glücklich. Natürlich haben wir alle gefeiert. Die ganze Welt sah auf Ägypten. Wir waren unendlich stolz. Und dann? Die Ägypter sind zu ihrem Alltag zurückgekehrt, der noch unendlich viel schwieriger ist als vorher, denn die Wirtschaft leidet. Mit dem Ausbleiben der Touristen wird in manchen Sektoren wenig bis gar nichts umgesetzt. Die Arbeitslosigkeit steigt, während die Preise explodieren. Die Menschen sind revolutionsmüde geworden.

Dennoch, es hat sich einiges geändert. Man hat jetzt politisches Bewusstsein. Alle gründen Parteien, alle reden plötzlich mit, alle wollen sich organisieren. Es gibt plötzlich eine nie gekannte Öffentlichkeit der Diskussion. Die Erfahrung, dass man seine Rechte einfordern kann, schlägt Wellen, und so sieht man ab und an kleinere Demonstrationen. Studenten und Krankenhausärzte streiken, Staatsangestellte protestieren, Arbeiter machen auf unhaltbare Zustände aufmerksam. Auch wenn der Protest manchmal wilde Blüten treibt, ist es doch insgesamt eine sehr positive Veränderung, dass die Ägypter nach jahrzehntelanger Unterdrückung ihre Stimme hörbar machen wollen.

Für die politische Entwicklung des Landes ist diese neue Haltung von immenser Wichtigkeit, denn bei den übergangsweise vom Militärrat eingesetzten Regierungen haben sich Reformen bisher nur aufgrund des Drucks von der Straße durchsetzen lassen.

Am 11. Februar 2011 hatte Hosni Mubarak abgedankt und das Militär die Staatsführung übernommen. Seither hat es auf politischer Ebene wenige kos-

metische Änderungen gegeben, aber im Prinzip herrschen noch immer die gleichen Machtstrukturen wie vor der Revolution. Die Führungsschicht der Armee ist ein Teil des alten Mubarak-Regimes. Sie stellt den Militärerrat. Dass dieser nicht vom Volke gewählt ist, wird jedoch nicht thematisiert und der Militärerrat führt in mancher Hinsicht die Strategie der vorherigen Regierung weiter, die Einigkeit des ägyptischen Volkes zu unterminieren, um seine eigenen Interessen zu sichern.

Hierzuzählen die Unklarheit über die Wahlen, die über die Medien verbreiteten Gerüchte über angebliche ausländische Agenten im Lande, die gezielte Desinformation der Bevölkerung bezüglich der politischen Pläne und Veränderungen.

So hatten zum Beispiel während des Referendums im März die meisten Ägypter keine Ahnung, was genau ihre Stimme bei der Abstimmung bewirken würde, beziehungsweise, über welche Änderungen der Verfassung sie nun zu welchem Zweck abstimmen sollten. Dies ließ reichlich Raum für Manipulation, und so eigneten sich durch gezielte Beeinflussungsmanöver bestimmte Interessengruppen die Macht über die Abstimmung in ihrem Sinne an.

Das Militär hatte bei der Bevölkerung während der Revolution ein hohes Ansehen. Nun hat es die Macht übernommen und soll einen Übergang in demokratische Strukturen sichern. Da werden natürlich einige Proteste laut, wenn stattdessen eine reaktionäre Politik gegenüber den revolutionären Forderungen betrieben wird. Das Militär hat kein wirkliches Interesse, die Macht einfach so an das Volk abzugeben und damit seine eigene Macht zu gefährden. Die Privilegien der Militärs sind vielschichtig und mit immensen finanziellen Vorteilen gekoppelt, wer möchte sich da schon demokratisch verschlechtern? So wird im Vordergrund ein demokratisches Theater gespielt, während im Hintergrund die Choreographie des Chaos‘ weitergeführt wird, die die Menschen von den wirklich für sie relevanten Themen und Fragen ablenkt. Schon während der Revolution hatte sich dies bewährt, und auch jetzt funktionieren diese Methoden:

- Es gibt immer wieder Pro-Mubarak Demonstrationen, obwohl klar ist, dass die Demonstranten größtenteils von Nutznießern des alten Systems bezahlt werden,
- die Sicherheitssituation ist teilweise etwas unklar durch Übergriffe von bezahlten Schergen, die Unruhe und Angst stiften sollen,
- die Polizei ist weiterhin in weiten Bereichen nicht sichtbar und kommt ihrer Ordnungspflicht nicht nach, seit sie in den Revolutionstagen unter Mubarak zur gleichen Zeit von den Straßen abgezogen wurde, wie die damalige Regierung Kriminelle aus den Gefängnissen freiließ,
- Angriffe bekannter religiöser Extremisten fördern religiöse Animositäten zwischen Muslimen und Christen, um den Focus von der politischen Ebene auf die religiöse umzulenken und die politisch-soziale Zielsetzung zu verwässern.

Zudem gibt es eine Verzögerungstaktik, mit der der Militärerrat bisher die unangetastete Macht behält und den Übergang in eine demokratische Regierungsform erschwert. Der Militärerrat setzt Kommissionen ein, deren Mitglieder ihm genehm sind. Obwohl diese angeblich die Interessen des Volkes vertreten sollen, werden notwendige politische Veränderungen eher tröpfchenweise ausgeteilt, zurückgenommen oder hoheitlich verändert, so dass nur der öffentliche Druck bzw. die weiterhin andauernden öffentlichen Proteste zu schrittweisen Veränderungen im Sinne demokratischer Zielsetzungen führen.

Daher haben in den letzten Wochen viele Ägypter ihre Forderungen nach politischer Erneuerung in erneuten Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz weiterhin nachdrücklich formuliert. Allerdings wurden die Revolutionäre gezielt diskreditiert, und es wurde öffentlich die Meinung propagiert, sie seien an der schlechten Wirtschaftslage schuld, da sie das Land nicht zur Ruhe kommen ließen.

Die Muslimbrüder und deren extremistische Fraktion, die Salafisten, sind die Nutznießer der Situation. Sie haben seit der Revolution eine interessante Rolle gespielt. Ursprünglich hatten die Muslimbrüder die Revolution verurteilt. Dies entsprach der langjährigen Einschätzung der Linken, dass die Muslimbrüder nicht das repressive System des autoritären Staates an sich ablehnten, sondern dass sie nur eine verstärkte Islamisierung der rechtlichen Strukturen wünschten. Später haben sich die Muslimbrüder auf Druck der jüngeren Mitglieder der Revolution verschrieben und es ist klar, dass sie für sich in der zukünftigen Regierung des Landes eine große Rolle sehen.

Dies ist dem Militär nur recht, da die Muslimbrüder keine Umwälzung der bestehenden Machtstrukturen wünschen. Mittlerweile dehnen die durch saudisches Geld finanzierten Muslimbrüder und die religiös extremen Salafisten mit Duldung der Militärregierung ungehindert ihren Einfluss auf die arme und ungebildete Bevölkerung im Lande aus, die durch die politische und wirtschaftliche Krisensituation stark verunsichert ist.

Schon die ersten vom Militärerrat veröffentlichten politischen Reformen unterstützten unterschwellig die Islamisten: das Parteiengesetz, das im Juni erlassen wurde, favorisiert mitgliederstarke und reiche Organisationen. Eine neu zu gründende Partei muss mindestens 5 000 Mitglieder haben, deren jeweilige Beitrittserklärung teuer notariell beglaubigt sein muss. Zudem muss die Mitgliederliste in zwei führenden Tageszeitungen veröffentlicht werden, was Millionen kostet. Die Muslimbrüder waren die einzige Partei, die schon in der „Opposition“ unter Mubarak eine Organisation mit Breitenwirkung war und über viel Geld verfügte. So stellt das neue Parteiengesetz keine Hürde für sie dar. Ebenso leicht können sich sowohl die reichen Ableger der alten National-Demokratischen Partei als auch die Neugründungen von wohlhabenden Rechten und Liberal-Konservativen neu konstituieren. Die Einzigen, die an

der wirtschaftlichen Hürde scheitern, sind diejenigen Gruppen, die auch die Belange der Armen vertreten wollen.

Aber der angeblichen Demokratisierung stehen noch andere Schwierigkeiten im Weg: Unter den politisch Aktiven gibt es eine große Diskussion und Uneinigkeit darüber, ob die geplanten Wahlen vor oder nach Neuschreibung der Verfassung stattfinden sollen.

Die Befürworter von Wahlen vor Verfassungsneuschreibung wollen einfach, dass sehr schnell eine Regierung gewählt wird, und nehmen damit in Kauf, dass die Macht des Präsidenten weiterhin, wie vor der Revolution, uneingeschränkt sein wird. Von dieser Regierung erwarten sie dann, dass diese sich durch die unter ihrer Führung konzipierte Verfassungsneuschreibung selbst in ihrer Macht beschränkt.

Die Gegner dieses Modells dagegen fordern die Neuschreibung der Verfassung durch eine unabhängige Kommission von Vertretern aller Gruppen, Klassen und Schichten der Gesellschaft, bevor überhaupt Wahlen ins Auge gefasst werden.

Der Militärerrat bietet an, die Verfassung von einer von ihm eingesetzten Kommission, die weitestgehend aus regimetreuen, bekannten Muslimbrüdern besteht, neu schreiben zu lassen, während Wahlen so schnell wie möglich ungeachtet des Verfassungsproblems anberaumt werden.

Dass wirkliche freie und demokratische Wahlen auf diese überstürzte Weise nicht möglich sind, steht dahin. Ebenso, dass das Volk in diesem Falle gar nicht genau wissen kann, was für eine Regierung es wählt und auf welcher verfassungsrechtlichen Grundlage.

Die öffentlichen Proteste der letzten Zeit am Tahrir bezogen sich auf dieses Problem, und das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Vorläufig gab es einen Generalkonsens unter den Protestierenden, erst einmal den Fastenmonat Ramadan abzuwarten und nach dem abschließenden Fest zu sehen, zu welchem neuen Schluss der Militärerrat bezüglich der Wahlen nun gekommen ist. Schließlich gab es in letzter Zeit immer wieder neue Verlautbarungen, und niemand weiß zurzeit genau, was der letzte Stand der Dinge ist. Vor dem Ramadan waren die Wahlen für November angekündigt worden. So warten nun alle das Ende des Festes Anfang September ab, um zu sehen, ob inzwischen neue Entscheidungen getroffen wurden.

Um wirklich demokratische Wahlen abhalten zu können, müssten einige Voraussetzungen erfüllt sein, die derzeit noch in weiter Ferne liegen. Parteiengesetz und Wahlgesetz sollten von einer demokratisch gewählten Kommission mit einem Mandat der Bevölkerung verabschiedet werden. Dies ist hier, wie bereits gesagt, nicht der Fall. Die finanziellen Hürden, die das neue Parteiengesetz Parteineugründungen auferlegt, erlaubten es bisher nur wenigen Parteien, sich zu konstituieren, was jedoch nicht der wahren Bandbreite an

Interessen in der Bevölkerung entspricht. Das neue Wahlgesetz, das von einer vom Militär rat eingesetzten Kommission überarbeitet wurde, entspricht dem alten Wahlgesetz, das nur in einigen Teilen hastig überarbeitet wurde. Zudem sollte dem neuen Wahlgesetz idealerweise eine neue Verfassung zugrunde liegen. Auch dies ist nicht der Fall.

Einer freien und demokratischen Wahl stehen noch weitere strukturelle Probleme im Weg: Noch gibt es keine Wählerlisten. Während des Referendums im März konnte jeder mit seinem Personalausweis wählen, und frei in jedem Wahlbüro, ungeachtet seiner Heimatregion. Dieses hat sich als chaotisch erwiesen. Die damals handschriftlich erhobenen Daten innerhalb von knapp sechs Monaten in Wählerlisten umzuwandeln ist unmöglich, und die Wählerlisten der alten Regierung sind ohnehin fehlerhaft und unvollständig. Wie also in solch kurzer Zeit für demokratische Wahlen relevante Wählerlisten erstellt werden sollten, bleibt schleierhaft.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass zu demokratischen Wahlen auch Wähler gehören, die über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt sind. Die Methoden für einen fairen Wahlkampf und freie und geheime Wahlen sind im Lande unbekannt und könnten nur durch gezielte „Wählererziehung“ publik gemacht werden. Hierfür fehlt die Zeit und bei der derzeitigen Militärregierung auch das Interesse.

Die Wahlen sollen möglichst schnell über die Bühne gebracht werden mit einem möglichst berechenbaren Ergebnis, das den Militärs und der auch vorher herrschenden Klasse alle Möglichkeiten sichert, so weiter zu machen wie bisher unter dem Deckmäntelchen der Demokratie.

Um Kritik an diesen nicht ganz so demokratischen Entwicklungen vorzubeugen, wird nach bewährter Methode internationale Wahlbeobachtung nicht zugelassen. Auch die Mubarak-Regierung lehnte Wahlbeobachtung ab mit dem Argument, Ägypten könne selbst auf sich aufpassen. Dies gilt auch für die kommenden Wahlen. Immerhin sind diesmal nationale Beobachter zugelassen. Allerdings nur während des Wahlvorgangs, die gesamte Vorbereitungsphase und das Auszählen der Stimmen sollen dann wieder unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschehen. Der Übergang in eine demokratische Zukunft unter der freundlichen Aufsicht des Militär rates verspricht uns noch eine interessante Zeit.

(Kairo, Ende August 2011.)



# Greift der Brand der israelischen Botschaft auf die Region über?

**Gabriele Habashi**

Die israelische Botschaft stand vorgestern in Flammen. Aufgebrachte Demonstranten haben die das Gebäude umgebende Schutzmauer eingegraben und das Gebäude in Brand gesetzt. Der israelische Botschafter hat vorsichtshalber das Land verlassen. Die Militärpolizei hat die Gegend abgeriegelt und die Kontrolle übernommen.

Dass das Volk, anders als alle bisherigen Staatsführungen, die Normalisierung der Beziehungen zu Israel ablehnt, ist schon lange klar. Auch in letzter Zeit gab es viele Ereignisse, die Wut unter den normalen Bürgern auslösten, seien es die Wirtschaftsverträge auf Kosten des ägyptischen Steuerzahlers wie z.B. die Gaslieferungen an Israel unter dem Weltmarktpreis, die auch nach der Revolution aufrecht erhalten wurden, oder vor kurzem die als Unfall deklarierte Tötung von ägyptischen Grenzsoldaten im Sinaigebiet, die keinerlei diplomatische Folgen hatte.

Dennoch stellt man sich die Frage, wieso eine Meute von aufgebrachten Menschen die israelische Botschaft angreifen kann, und eine hohe und starke Mauer einreißen kann, wo doch die schmale Zugangsstraße schon mit zwei Panzern oder LKWs ganz leicht und schnell von beiden Seiten zu kontrollieren ist, und wo doch die israelische Botschaft rund um die Uhr von mehreren Bereitschaftswagen bewacht wird.

In jeder Menge gibt es zum Exzess bereite Menschen, die die Gruppendynamik für ihre Interessen nutzen können. Die Masse der Demonstranten

am Tahrir hatte klare innenpolitische Forderungen, die sich auf die Zukunft des Landes, die Wahlen und den Umgang mit den verhafteten Vertretern des Mubarak-Regimes beziehen.

Man sollte diese Demonstrationen und die Ausschreitungen an der Botschaft unbedingt auseinanderhalten. Diese können nur durch gezieltes Aufpeitschen mit klarem Interessenhintergrund entstanden sein.

Es liegt die Frage nahe, wer von den jüngsten Ereignissen profitiert. Die Medien schreiben, die Welt schaut gebannt auf Ägypten. Man kann solche Ereignisse wunderbar instrumentalisieren.

Die Militärs können nun innenpolitisch ihre Muskeln spielen lassen und den Massen stärkere Kontrolle auferlegen. Demonstrationen können nun eingeschränkt werden, ohne dass man dem Militär vorwirft, den demokratischen Prozess zu behindern, denn nun geht es um Sicherheit. Mit diesem Argument wurde auch in Amerika und in Deutschland in den letzten Jahren argumentiert, um die Staatsbürgerrechte legal einzuschränken.

Das Image Ägyptens als eines Landes im Aufruhr erlaubt es, Sanktionen gegen das Volk und seine revolutionären Forderungen durchzusetzen. Der Brand der israelischen Botschaft wird sicherlich keinen Flächenbrand auslösen, sondern soll die demokratischen Anfänge im Keim ersticken.

(Kairo, 11. September 2011.)

# Der Arabische Frühling und Europa

**Julia Killet**

Die Ereignisse des arabischen Frühlings strahlen auf die ganze Welt aus. Jahrzehntlang hieß es, die Völker der arabischen Welt seien „demokratieunfähig“. Noch vor kurzem erschienen die autoritären Regime unüberwindbar. Diese Annahmen lösten sich seit Dezember 2010 in Luft auf. Zuerst in Tunesien, dann in Ägypten, schließlich in Jemen, Jordanien, Bahrain, Libyen und Syrien standen die Bevölkerungen auf. Die Menschen zeigen, dass gemeinsamer Mut und Kampfgeist zur politischen Veränderung und zum Sturz der Herrscher führen können. Die tägliche Armut, Ungerechtigkeiten und die allgemeine Unterdrückung trieben die Menschen auf die Straße. Ihre Forderungen: Ein Leben in Würde, gleiche Rechte, Autonomie und Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum. Die EU wird durch diese unerwartete Revolution mit neuen Herausforderungen konfrontiert. So verlieren sie einerseits langjährige Handelspartner, andererseits nutzen immer mehr Menschen die Gunst der Stunde, um nach Europa zu gelangen.

Um einen ersten Gesamtüberblick über das facettenreiche Thema zu geben, die das Büros Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern zu einem Seminar mit dem Titel „Vergebene Chance oder Aufbruch in eine goldene Zukunft? Europa, Nordafrika und der Arabische Frühling“ nach Innsbruck ein. 55 TeilnehmerInnen aus Österreich, Bayern und anderen Teilen Deutschlands sowie Brüssel beschäftigten sich drei Tage lang mit den Bewegungen und den Auswirkungen. Das Seminar war als Pilotprojekt im Rahmen der „Bildungsbausteine für Europa“ konzipiert, die derzeit von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Büro Brüssel, erarbeitet werden.

## Soziale Elemente und Jugendproteste in Nordafrika

Der erste Teil des Seminars umfasste zunächst einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen in Ägypten, Jemen und Syrien. Einen ersten Überblick über soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolutionen gab der Jurist und Publizist Bernard Schmid. Ausgangspunkt für die Revolten, die sich schließlich von Marokko über Syrien bis zu den Golfländern Bahrain und Oman zogen, war der Selbstmord eines jungen Tunesiers. Am 17. Dezember 2010 übergoss sich der 26-jährige Mohammed Bouazizi in der Stadt Sidi Bouzid mit einer brennbaren Flüssigkeit und steckte sich selbst in Brand. Als ‚illegaler‘ Gemüseverkäufer war er zuvor immer wieder durch Polizeibeamte schikaniert worden, die ihm seine Ware abnahmen und vermutlich Geld von ihm erpressen wollten. Viele junge Tunesier, die sich in der gleichen Situation wie Bouazizi sahen, zog es auf die Straße. Die Protestwelle verbreitete sich schnell bis in die Hauptstadt Tunis, wo über die Weihnachtstage 2010 die ersten Demonstrationen stattfanden. Immer mehr Menschen schlossen sich den arbeitslosen Jugendlichen an, darunter AnwältInnen, SchülerInnen, Studierende und Gewerkschaften.

„Der Charakter Tunesiens zeigt sich in einer deformierten Ökonomie. Je höher der Bildungssektor, desto höher die Arbeitslosigkeit“, erklärte Schmid. Bildung habe für die Bevölkerung in der arabischen Welt generell einen hohen Stellenwert. Das Paradoxe sei allerdings, dass es keine Jobs für Akademiker gebe. Das gleiche gelte für andere nordafrikanische Nationen. Vor allem wehrten sich die Menschen jedoch gegen die Willkür der Behörden. So zogen ab dem 25. Januar 450 000 überwiegend junge Ägypter unter dem Motto „Wir sind alle Kahled Saïd“ auf die Straßen. „Diesen Namen trug ein Mann, der 2009 in Alexandria durch Zivil- und uniformiert Polizisten in der Öffentlichkeit buchstäblich todgeschlagen worden war“, so Schmid.

Am 14. Januar hatten die Massenproteste in Tunesien ihr Ziel erreicht: „Der früher gefürchtete, inzwischen aber in breiten Kreisen nur noch verhasste Präsident Zine el-Abidine Ben Ali flog ins Exil.“ Auch der Übergangsprämier Mohamed Ghannouchi ist inzwischen gestürzt worden. In Ägypten dauerte es 18 Tage bis die DemonstrantInnen ihren Willen durchsetzten und Hosni Mubarak am 11. Februar seinen Rücktritt erklärte.

## Aktuelle Situation in Ägypten

Als Grund für den schnellen Fall des Regimes nennt die Sozialwissenschaftlerin Stefanie Fischbach den „klassenübergreifenden“ Charakter des Protestes. In ihrem Vortrag über die ägyptische Revolution klärt sie zunächst über einige Mythen auf: „Sowohl die Auffassung, die Massen hätten sich spontan erho-

ben, als auch die Vorstellung, die ägyptische Revolution sei eine Revolution der sozialen Medien, verschleiern den Ursprung, den Verlauf und die Akteure dieser Revolution.“ Twitter und Facebook seien ab einem gewissen Zeitpunkt ein zusätzliches und unterstützendes Instrument für die dezentral organisierte Opposition gewesen. Sie ersetzen jedoch nicht den Gang auf die Straße oder die Konfrontation mit den Sicherheitskräften.

Gerade die ArbeiterInnenbewegung, die nach Fischbach das Herz der Bewegung ausmache, sei selten bis gar nicht in den sozialen Medien vernetzt. Der Generalstreik von Beamten, EisenbahnarbeiterInnen, BusfahrerInnen, StahlarbeiterInnen, TextilarbeiterInnen, ÄrztInnen und anderen am 7. Februar 2011 gaben der Demokratiebewegung maßgeblichen Auftrieb. „Auch nach dem Sturz Mubaraks gingen die Streikaktivitäten, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden, ununterbrochen weiter. In manchen Betrieben, deren Besitzer im Laufe der Revolution aus Ägypten geflohen waren, wird die Produktion von den ArbeiterInnen selbst organisiert und fortgeführt“, erklärt Fischbach. Ihr Fazit: „Die ArbeiterInnenbewegung und der weitere Verlauf der ägyptischen Revolution sind untrennbar miteinander verbunden. Sollte es den ArbeiterInnen nicht gelingen ihr ökonomischen und sozialpolitischen Ziele durchzusetzen, werden sich Millionen betrogen fühlen.“

## Revolution in Jemen und Syrien

Auch eines der ärmsten Länder der arabischen Welt geriet in den Sog der revolutionären Ereignisse. Der Nahostexperte Fritz Balke wies in seinem Vortrag über die Revolution im Jemen darauf hin, dass es wie in den anderen Ländern auch, die wirtschaftliche und soziale Krise, die Arbeitslosigkeit und die fast 33-jährige Alleinherrschaft des Präsidenten Ali Abdallah Saleh gewesen seien, die zum Aufstand der Menschen führten. Jemen habe jedoch seine Besonderheiten: So könne von einem konservativen Norden und einem ehemals sozialistisch orientierten Süden des Landes gesprochen werden. In den meisten Regionen sei das Land noch heute eine Stammesgesellschaft, außerdem Schiiten im Norden und Sunniten im Süden. „Das ist auch ein Hintergrund der seit Jahren andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen und Bürgerkriege“, erklärt Balke. Aber auch die geostrategische Lage am Horn von Afrika und dem Zugang zum Roten Meer und damit zum Suez-Kanal seien bedeutungsvoll.

Auch wenn Präsident Saleh ein fragiles Gleichgewicht zwischen Armee, Stämmen und politischen Parteien herstellte, scheuten sich die Menschen nicht, seinen Sturz zu verlangen: Als bekannt wurde, dass der Präsident Ali Abdallah Saleh sich durch eine Verfassungsänderung auf Lebenszeit wählen lassen wollte, strömten die JemenitInnen auf die Straße. Seine Versuche,

die friedlichen Demonstrationen mit Gewalt einzudämmen, fürchteten sie nicht. Als Saleh bei einem Granatenangriff auf den Präsidentenpalast verletzt wurde, flog er in Begleitung seiner Familie nach Saudi-Arabien, um sich behandeln zu lassen. Noch immer weigert er sich zurückzutreten.

Auf die Situation im Syrien ging die Islamwissenschaftlerin Daniela Glagla ein. Hier zeichne sich ein blutiger Protest ab, denn die syrischen Sicherheitskräfte gingen brutal gegen die DemonstrantInnen vor. Die ließen sich jedoch nicht abschrecken: Seit Monaten protestieren die SyrerInnen gegen die Regierung unter Präsident Baschar al-Assad. „Die Bewegung richtet sich gegen Unfreiheit, Ungleichverteilung, schlechte Bildungsmöglichkeiten, Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Korruption“, sagt Glagla. Mit brutaler Gewalt würden die syrischen Sicherheitskräfte gegen die Opposition vorgehen. Inzwischen seien Tausende vor der Gewalt auf der Flucht in die Türkei.

## **Wirtschaftliche und politische Beziehungen der EU zu Nordafrika**

Im zweiten Teil des Seminars ging es um die Rolle der EU als außenpolitischem Akteur in Bezug auf Nordafrika. Besorgnis verbreitete sich im Westen, als Anfang März auch Unruhen aus dem Osten Saudi-Arabiens gemeldet wurden: Man sah die Sicherheit der Ölversorgung, Ölpreise, Aktienkurse und Finanzmärkte gefährdet. Bernard Schmid ging auf die Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Tunesien, Marokko und Ägypten ein, die in den 1990er-Jahren geschlossen wurden: „Innerhalb von zwölf Jahren sehen sie den vollständigen Abbau von Zollschranken vor.“ Dies bedeute jedoch, „dass ganze Wirtschaftsbranchen und Produktionszweige in diesen Ländern durch die produktivere EU-Industrie“ vertrieben werden. Wider Erwarten nahm die Arbeitslosigkeit aber nicht zu, denn die EU siedelte spezielle Unternehmen an, die als „Zulieferer“ fungieren. So produzieren die TunesierInnen Autoteppiche und Sitzbezüge für die europäische Autoindustrie. „Die Fahrzeugteile selbst werden in Spanien oder Osteuropa hergestellt, zusammenmontiert werden die Autos in Frankreich oder Deutschland“, sagte Schmid.

Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung machte darauf aufmerksam, dass bis 2050 25% der in Europa verbrauchten Energie im Rahmen des „DESERTEC-Projektes“ aus Nordafrika importiert werden sollen. „Die dafür notwendigen Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe werden zwangsläufig über Jahrzehnte hinweg – notfalls auch militärisch – abgesichert werden müssen.“ Die Demokratisierung stünde daher in Spannung zu den Stabilitätsvereinbarungen. Von daher hätte die EU ein großes Interesse daran, mit den neuen Regierungen zusammenzuarbeiten.

## Europäische Migrations- und Sicherheitspolitik

Aber nicht nur ökonomische Interessen stehen im Blickpunkt der EU. Seit den Protesten in Nordafrika werden die Menschen in Europa durch die Medien mit dem Bedrohungsszenario der „Überflutung“ durch Flüchtlinge konfrontiert. Miriam Edding, Vorstandsmitglied der Hamburger Stiftung „do“, berichtet über eine Recherche-Reise nach Tunesien. Die dort geführten Gespräche hätten klar gezeigt, wie eng die Forderung nach sozialen und politischen Rechten mit der Forderung nach Bewegungsfreiheit verknüpft sei. „Statt des notwendigen Bruchs mit der alten EU-Strategie, autokratische Despoten mit viel Geld zu Wachhunden der EU-Außengrenzen zu dressieren, ist zu beobachten, dass die EU ihre Politik gegen Flüchtlinge noch verschärft“, so Edding, und führt die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen in Dänemark und die Krise des Schengen-Abkommens als Beispiel an. Auf den Versuch der Revolutionsbewegungen in Nordafrika, ihre Gesellschaften zu demokratisieren reagiere die EU paradoxerweise mit einer Verschärfung des undemokratischen Grenzregimes und einem ausgeweiteten Mandat für die Grenzschutzagentur Frontex. Seit Ausbruch des Kriegs in Libyen und dem Versuch vieler Kriegsflüchtlinge, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, sind bisher über 1 500 Menschen ertrunken. In dem Flüchtlingslager Choucha an der Grenze zu Libyen sitzen 4 000 Flüchtlinge – überwiegend aus den Bürgerkriegsländern Subsahara-Afrikas wie Somalia, Eritrea und dem Sudan – fest. „Die Menschen können weder vor noch zurück und brauchen dringend eine schnelle Aufnahme in Europa“ warnt Edding. Auch der UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) hat Europa dringend gebeten, bis zu 15 000 Flüchtlinge aufzunehmen – bisher ohne Erfolg.

Anstatt zu helfen, bringt die EU die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Stellung. Lorenz Krämer, innenpolitischer Referent von Cornelia Ernst (MEP), ging auf Probleme der umstrittenen ‚Agentur‘ ein: „Migration wird grundsätzlich als Bedrohung gesehen: für innere Sicherheit, öffentliche Gesundheit usw.“ Außerdem gebe es kaum öffentliche oder parlamentarische Kontrollmöglichkeiten. „Das Europäische Parlament kann die Kommission befragen, mehr nicht“, erklärte Krämer. Strittig wäre auch die Zuständigkeit für den Schutz von Grundrechten: „Frontex schiebt die Verantwortung auf den Rat, der wiederum hält die Kommission für zuständig.“ Auch Regelungen für legale Einreisen seien bis heute nicht festgesetzt. „Ebenso wenig gibt es brauchbare Regelungen für den gemeinsamen Umgang mit Asylsuchenden.“

Im Mittelpunkt des dritten Teils standen die europäische Sicherheitspolitik und der Krieg in Libyen. Der Jurist Jonas Bens erklärte zunächst den rechtlichen Rahmen mit Blick auf die UNO, NATO, WEU, OSZE und Europarat. So genehmigte der UN-Sicherheitsrat Luftangriffe gegen die Gaddafi-Truppen

in Libyen mit der Resolution 1973 (vom 17. März 2011), die den Schutz der Zivilbevölkerung hervorhob, aber auch Waffenlieferungen untersagte. Die NATO hat dann den Kriegseinsatz geführt.

## Krieg in Libyen

Das Verhalten des Westens bzw. der EU im Libyen-Krieg analysierte Erhard Crome, Spezialist für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa Luxemburg Stiftung. Er stellte die These auf, dass die angreifenden Mächte – USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und andere – nicht auf den Schutz der libyschen Zivilbevölkerungen abzielen, sondern auf den Wechsel des politischen Systems in Libyen. Es sei jetzt der dritte Krieg des Westens seit 2001 in der muslimischen Welt nach dem Afghanistan- und dem Irakkrieg. Obwohl Libyen zu den reichsten Ländern Afrikas gehöre und die Bevölkerung unter Gaddafi von 1,9 (1970) auf 6 Millionen (heute) Einwohnern angewachsen ist, forderten die Menschen in Massenprotesten den Rücktritt des Revolutionsführers. „Die Gründe: Das Land ist der achtgrößte Ölproduzent der Welt und hat hohe Einkünfte aus der Erdöl- und Erdgasförderung, im Grunde gibt es jedoch keine inländische Industrie“, erklärte Crome. Etwa 28 % der Bevölkerung seien zwischen 15 und 24 Jahre alt, dreißig % von ihnen arbeitslos. Hinzu käme, dass das innenpolitische System, das über 24 Jahre geschaffen wurde, autoritär sei. „Die Opposition wurde rigide unterdrückt, die Medien von der Regierung kontrolliert.“

„Die, die den Krieg führen sind die Verlierer der Weltwirtschaftskrise“, darauf wies Crome hin. Deutschland stehe auf der Seite der Gewinner, egal wie der Krieg ausgeht. Von Interesse seien nicht die Menschen, sondern ökonomische und geostrategische Gesichtspunkte. Die USA und die EU „suchen zumindest auf der politisch-diplomatischen und symbolischen sowie militärischen Ebene den Schulterschluss, wenn es um die Konkurrenz mit China, Russland und anderen Staaten geht.“

## Gemeinsames Handeln von NGOs und AktivistInnen

Zum Schluss des Seminars stellte Miriam Edding von der Stiftung „do“ die Frage: „Was können wir nun tun?“ Sie betonte die Wichtigkeit von internationaler Zusammenarbeit, um den globalen Herausforderungen auch gemeinsam zu begegnen. Die Protestbewegung von Spaniens Puerta del Sol bezieht sich auf die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo und die in Tunesien entstandene Parole „Degage!“ – Hau ab!“ wird inzwischen von Jemen bis Syrien gerufen. Sie stellte dar, dass den Menschen vor Ort der persönliche Austausch und Kontakte sehr wichtig sein. Finanzielle Hilfen finden viele



Menschen in Tunesien problematisch. Sie wollen nicht in den Verdacht geraten „sich vom Westen kaufen zu lassen“ und bestehen auf der Rückgabe des Vermögens von Ben Ali, um sich nicht durch neue Kredite wieder in Abhängigkeit des Westens zu begeben. Als ein Beispiel für funktionierende europäische und afrikanische Vernetzung hob sie das transnationale migrationspolitische Netzwerk „Migreurop“ hervor, das sich aus 42 Mitgliedsgruppen sowie Einzelpersonen zusammensetzt. Birgit Daiber, Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel wies schließlich darauf hin, dass es wichtig ist, das Thema Nordafrika in den Kreisverbänden, Organisationen und Parteien zu behandeln.

— Anzeige —



**LUXEMBURG 4**  
**GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011**

**RE:ORGANISIEREN** Linke Partei: Reorganisieren | Mal wieder die Organisationsfrage | Neue Streikkultur – Frauen im Streik | Transformative Organizing | Occupy Wall Street | Körper in Bewegung – Politik der Straße | Senegalesischer Frühling?

**MIT BEITRÄGEN VON** Horst Kahrs | Judith Butler | Ai-Jen Poo | Rick Wolf | Mimmo Porcaro | Corinna Trogisch | Jeffrey Raffo | Bernd Riexinger | Tasos Koronakis | Christina Kaindl | Marlene Streeruwitz | Rainer Rilling | Jan Rehmann u.a.

Dezember 2011, VSA: Verlag  
 10,- Euro, Jahres-Abo 30,- Euro, (4/Jahr), erm. 20,- Euro  
[www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

# Die Welt im Jahre 2020 und die UNO

(Beitrag zu einem Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking, November 2011)

Erhard Crome

(1) Die gegenwärtige Weltfinanz- und -wirtschaftskrise ist nicht beendet. Es ist eine Krise in den Zentren des bisherigen Finanzsystems in der Welt. Sie begann 2008 als platzende Spekulationsblase im Immobilienbereich in den USA, wurde eine von dort ausgehende und bald EU-Europa erfassende Banken- und Finanzkrise mit Auswirkungen in der ganzen Welt, die rasch auch die reale Wirtschaft der Länder erfasste, und setzt sich jetzt in Gestalt einer Krise der Staatsschulden fort, die im Sommer fast zur Zahlungsunfähigkeit der USA geführt hatte und jetzt vor allem in EU-Europa Auswirkungen zeitigt. Hier ist tendenziell auch der Euro gefährdet. Die Überführung der spekulativen Schulden der Banken in reale Schulden der Staaten war eine Folge der politischen Bewältigung der Finanzkrise von 2008. Das heißt die Probleme mit den Finanzkrisen von heute sind die Folge der Bearbeitung der Finanzkrisen von gestern. Damit verringern sich die Spielräume der Politik, die jetzige Krise wieder so zu bewältigen wie vor drei Jahren.

Unter einer historischen Perspektive stellt sich die Frage, ob das kapitalistische Weltsystem von Dauer sein wird, oder ob jetzt die Entstehung von etwas anderem auf die Tagesordnung tritt. Die Sozialisten und Kommunisten haben seit Marx und Engels, seit dem 19. Jahrhundert erwartet, dass der Kapitalismus an ein Ende kommt. Der erste Weltkrieg (1914–1918) und die russische Revolution von 1917 wurden von ihnen als dieses Ende verstanden. Der Zusammenbruch des osteuropäischen Staaten- und Gesellschaftssystems 1989 und das Ende der Sowjetunion 1991 zeigten jedoch, dass das seit jener Zeit

geschaffene sozialistische System nicht von Bestand war. Es hatte die systemische Auseinandersetzung mit dem Westen verloren.

Immanuel Wallerstein hatte jedoch schon Ende des vorigen Jahrhunderts, lange vor der jetzigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise betont, dass das von Europa aus geschaffene System der kapitalistischen Weltwirtschaft, das mit der Eroberung und Beherrschung immer weiterer Teile der Welt vor über 500 Jahren begann, jetzt an sein Ende kommt. Das bisherige System der Ausbeutung der Menschen und der Natur, die bisherige Art und Weise der kapitalistischen Akkumulation ist nicht mehr weiter aufrecht zu erhalten. Wir befinden uns deshalb jetzt in einer Übergangsperiode, die durchaus fünfzig Jahre dauern wird. Ihren Inhalt beschrieb Wallerstein so: „Wir werden keine einfache, entspannte politische Debatte erleben, keine freundliche Diskussion unter Chorknaben. Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.“<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund ist zunächst festzustellen, dass nicht eindeutig zu beantworten ist, ob es sich mit der jetzigen Wirtschafts- und Finanzkrise in den Zentren des westlichen Kapitalismus bereits um Vorboten des von Wallerstein erwarteten größeren Zusammenbruchs handelt. Oder ob aus den Krisen und dem damit verbundenen Chaos ein reformierter Kapitalismus hervorgeht, der sich „begrünt“ und unweltverträgliche bzw. umweltorientierte neue Technologien entwickelt, und eine Gesellschaft entsteht, die den Dienstleistungssystemen vor allem in den Bereichen der Bildung, der Gesundheit und der Betreuung von Kindern und alten Menschen größeres Augenmerk schenkt. Ein solches Szenario steht der aufkommenden Wahrscheinlichkeit einer späteren großen Krise des Weltsystems, wie sie Wallerstein kommen sieht, und die in ein System anderer Ordnung mündet, nicht entgegen. Realistischer Weise sollte jedoch für die nächsten zwanzig Jahre von der Fortexistenz des kapitalistischen Weltsystems in seinen derzeit bekannten Grundstrukturen ausgegangen werden.

(2) Diese Veränderungen haben eine innere Seite in den verschiedenen Regionen, Ländern und Staaten der Welt, die in notwendigen bzw. wahrscheinlich zunehmenden Auseinandersetzungen um die Zukunft der Gesellschaften ihren Ausdruck findet. Zugleich gibt es eine übergreifende Seite, die das Weltsystem als wirtschaftliches und weltpolitisches Gefüge betrifft. Hier geht es um die weitere Gestaltung der internationalen politischen Beziehungen sowie Fragen von Militär, Sicherheit und Völkerrecht. Mein Beitrag wird im Folgenden Aspekte der Verfasstheit, Gestaltung und Entwicklung des internationalen Systems behandeln.

Dabei ist davon auszugehen, dass angesichts des weltweiten Entwicklungsstandes moderner Technologien, der Kommunikation, der Informationssysteme und des Verkehrs der erreichte Grad der Globalisierung unhintergebar ist.

Die zu erwartende Zunahme von Krisenmomenten, Erschütterungen und Auseinandersetzungen im Weltsystem wird also nicht zu einem Zusammenbruch des Weltsystems und zu seinem Zerfall in nebeneinander existierende Regionalteile führen, sondern am Ende zu einem Weltsystem anderen Charakters. Dies allerdings unter der Voraussetzung, dass es gelingt, einen atomaren Weltkrieg und einen Zusammenbruch des weltweiten Ökosystems zu verhindern. Der erreichte Stand von Wissenschaft und Technik, der modernen Produktivkräfte des 21. Jahrhunderts hat die Entscheidung darüber in die Hände der Menschheit gelegt. Wie sie getroffen wird, hängt davon ab, ob eine neue Art von planetarischer Vernunft entstehen kann. Das jedoch ist nicht in erster Linie eine Frage theoretischen Wissens, sondern der Fähigkeit zur Organisation länderübergreifender politischer Verfahren. Dafür bietet die UNO idealiter eine Grundlage, auch wenn sie realiter derzeit dazu nicht in der Lage scheint.

(3) Der prägende Prozess der Entwicklung der internationalen Beziehungen im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts ist die Verlagerung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft nach Asien, für die der Aufstieg Chinas von zentraler Bedeutung ist. Mit der Eroberung der Welt durch die Europäer und mit dem Kapitalismus wurde die Geschichte zur Weltgeschichte und die regionalen Wirtschaftskreisläufe verflochten sich zu einer globalisierten Weltwirtschaft.

Bei der Herstellung und Aufrechterhaltung der Machtposition Europas bzw. dann der USA im Weltsystem spielte die militärische Macht stets eine zentrale Rolle. Allerdings besteht grundsätzlich ein enges und nicht auflösbare Wechselverhältnis zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und militärischer Machtentfaltung. Der Historiker Paul Kennedy betonte: „Die Geschichte des Aufstiegs und späteren Falls der führenden großen Mächte seit dem Aufstieg Westeuropas im 16. Jahrhundert [...] zeigt eine auf lange Frist sehr signifikante Korrelation von Produktionskapazität und Staatseinnahmen auf der einen Seite und militärischer Stärke auf der anderen.“<sup>2</sup> Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies im Falle der USA bzw. des Westens anders sein könnte.

Hier ist ein erneuter Blick auf die Welt als ein System sinnvoll. Andre Gunder Frank hat, gestützt auf eine Reihe empirischer Forschungsergebnisse der vergangenen Jahrzehnte, in seinem letzten Werk auf diese Entwicklungen verwiesen.<sup>3</sup> Er begründete, dass die Fokussierung auf Europa als Ursprung des Kapitalismus vereinfachend ist, ebenso wie die auf das Jahr 1492 als des wesentlichen Gezeitenwechsels. Im frühen 15. Jahrhundert, nach einer längeren Phase der Stagnation, begann eine lange Periode ökonomischer Expansion, die noch das ganze 18. Jahrhundert hindurch anhielt. Sie hatte ihren Ursprung in Ost- und Südostasien und hatte vor allem dort ihre Grundlage, obwohl sie durch die neuen Silber- und Goldlieferungen aus Amerika angeheizt wurde. In China, Japan, Südostasien, Zentralasien, Indien, Persien und

im Osmanischen Reich äußerte sich diese Expansion als rasches Wachstum von Bevölkerung, Produktion, Handel, Einkommen und Konsum. Die europäischen Bevölkerungen und Ökonomien wuchsen zu jener Zeit wesentlich langsamer. Betrachtet man die Handelsbilanzen, die durch die weiträumigen Transfers von Silbergeld ausgeglichen wurden, so wanderte das Silber ostwärts um die Welt, über den Atlantik via Europa und über den Indischen Ozean, aber auch westwärts über den Pazifik. Am Ende landete dieses Geld in China. Dort regte es Produktion und Konsum an. China war letztlich das „Silberdepot“ der Welt, weil es stets einen beträchtlichen Überschuss an konkurrenzfähigen Waren hatte, den die anderen durch das aus Amerika stammende Silber ausglich.

Europa hatte eine Randposition in der Weltwirtschaft, die es durch seinen privilegierten, faktisch unentgeltlichen Zugang zum amerikanischen Gold weitgehend ausgleichen konnte. Es erlaubte den Europäern, weltweit reale Konsum- und Investitionsgüter zu erwerben. Franks These ist, dass die Weltentwicklung zwischen 1400 und 1800 nicht die Schwäche, sondern die Stärke Asiens widerspiegelt. Eben weil Europa relativ höhere Löhne und durch die Kolonien reichlich vorhandenes Kapital hatte, kam es hier zur raschen Entwicklung arbeitssparender und energieproduzierender Technologien, während China auf Grund seiner dominanten Position in der Weltwirtschaft und zugleich niedrigen Lohnkosten einen solchen Zwang nicht hatte. Das Gefüge änderte sich, nachdem der britische Kolonialismus nach der Eroberung Indiens einen beständigen Kapitalfluss von dort nach Großbritannien organisiert hatte. Mit den Opiumkriegen im 19. Jahrhundert nutzte das britische Weltreich dann seine Positionen in Indien, um China für den Kapitalismus zu öffnen.

Betrachten wir die Welt heute, ist das weltweite Gravitationszentrum einmal um die Welt gewandert: von Asien/China nach Westeuropa, von dort über den Atlantik in die USA, dort von der Ost- an die Westküste und nun über den Pazifik zurück nach Ostasien. Die USA sind heute der „Konsument der letzten Instanz“, während Ostasien/China wieder zum Kreditgeber letzter Instanz wird. Die Situation der USA in der Weltwirtschaft – und zwar bereits vor Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008 – nannte Frank „das größte Pyramidenspiel der Weltgeschichte“. Von den damals jährlich etwa 500 Milliarden US-Dollar Handelsbilanzdefizit der USA deckten Japan und China jährlich je etwa 100 Milliarden, indem sie ihren Handelsüberschuss in US-amerikanische Finanzanleihen stecken, damit die USA weiter ihre Waren kaufen. Das aber kann nicht auf Dauer funktionieren. Schon wenn China seine Erlöse etwa in Euro stecken oder seine Ölkäufe auf den Weltmärkten in Euro fakturieren würde, müsste dieses Pyramidenspiel zusammenrutschen. Die USA versuchen seither, ihre schwächer werdende weltwirtschaftliche Position durch Aufrechterhaltung militärischer Machtpotentiale auszugleichen.

Die Niederlagen der USA und ihrer Verbündeten in den Kriegen in Irak und Afghanistan verweisen jedoch darauf, dass dies in der Welt von heute immer weniger gelingt. Dennoch bleiben die USA – wie die jüngsten, unvermittelt und jäh ausgestoßenen Kriegsdrohungen gegen den Iran wieder gezeigt haben – der eigentliche und für die Staaten und Völker der Welt unberechenbare Spannungsherd, der auch den Keim weiterer Kriege in sich trägt.

(4) In den internationalen Beziehungen – im Grunde seit es aufgeschriebene Geschichte gibt – lassen sich vier Grundkonstellationen von Staatenbeziehungen ausmachen, die jeweils eigene Konstellationen der Friedenssicherung bzw. der Kriegsführung zur Folge haben:

(a) Eine historische Möglichkeit wurde in der Nachkriegsordnung 1945 umrissen: eine demokratische Struktur, in der alle Staaten unabhängig von ihrer Größe, militärischen Potenz und wirtschaftlichen Macht unter der Herrschaft des Rechts gleichberechtigt sind und ihre Stimme vom Prinzip her gleichgewichtig ist. Eine solche Lage hat realiter noch nie wirklich bestanden, ist idealiter allerdings in der UNO-Charta angelegt. Hier gibt es Militäreinsätze nur zur Abwehr von Aggressoren und zum Schutze des Friedens und unter der Voraussetzung des internationalen Rechts.

(b) Einen zweiten Typus stellt die bipolare Struktur dar. Sie ist von zwei annähernd gleich starken Mächten bestimmt, die in Konkurrenz zueinander stehen. In der Regel läuft dies auf einen Kampf bis zum Untergang einer der beiden Seiten hinaus: so war es im Verhältnis von Rom und dem Parther-Reich sowie zwischen dem Byzantinischen Reich und dem Perser-Reich. Der Ausgang des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert mit dem Endergebnis des Zerfalls der Sowjetunion entsprach genau dieser Logik. Oder aber eine solche Konstellation endet, dies die Ausnahme, mit einem wirklichen historischen Ausgleich – so geschehen in Gestalt des Friedensvertrages von Ramses II., Pharao von Ägypten, mit den Hethitern im Jahre 1269 v. Chr., der niemals gebrochen werden sollte.

(c) In einer imperialen Struktur ist eine Macht stärker als alle anderen zusammen und kann so die Bedingungen des Staatengefüges bestimmen. Es ist dies eine Lage, in der jahrhundertlang Rom im Mittelmeerraum war und das kaiserliche China in seinem Umfeld. Die von Seiten des Imperiums geführten Kriege sind in aller Regel Kriege an der Peripherie zur Durchsetzung imperialer Interessen. Sie werden gegen deutlich schwächere Gegner geführt. Es sind – ebenfalls in der Regel – nicht „totale Kriege“, die des Einsatzes aller Kräfte und Mittel bedürfen, sondern solche, die einem klaren Kosten-Nutzen-Kalkül folgen.

(d) Das „Konzert der Mächte“ bildet einen vierten Typus. Ein derartiges Staatengefüge bestand in europäischem Maßstab seit dem Beginn der Neuzeit. Es wurde erstmals fixiert im Westfälischen Frieden 1648, dann explizit vom Wiener Kongreß 1815 zur Grundlage der europäischen Staatenordnung

gemacht und existierte im Grunde bis zum ersten Weltkrieg. Hier sind die jeweils anderen Mächte zusammen stärker als die mächtigste unter ihnen. Die Vorstellung von einem Gleichgewicht der Mächte geht davon aus, dass die beteiligten Staaten autonom zu handeln in der Lage sind, sie jedoch untereinander durch verschiedenartige Beziehungen verflochten sind. Zugleich ist diese Vorstellung staatszentriert; ihre gegenseitige Verflechtung auf weltwirtschaftlicher und sozialer Ebene erscheint hier zuvörderst als Moment der politischen bzw. Staatenbeziehungen. Die Machtverteilung wird hier allerdings in der Regel als Nullsummenspiel verstanden. Das bedeutet, dass der Machtzuwachs einer oder mehrerer der beteiligten Mächte von den anderen als Schwächung rezipiert wird. Das Streben einer der Mächte nach Herstellung von Machtüberhang, um zusätzliche Handlungsräume und möglichst eine Hegemonie über die anderen zu erreichen, ruft daher Gegenreaktionen der anderen, unterschiedliche und oft wechselnde Bündnisse hervor. Daher sind Gleichgewichtssysteme historisch oft mit politischen Auseinandersetzungen, wirtschaftlichen Rivalitäten und kulturellen bzw. Werte-Kollisionen verbunden, mit Kämpfen und Kriegen. Sie gelten daher als tendenziell instabil und konfliktreich.

(5) Der frühere USA-Außenminister Henry Kissinger betonte bereits im Jahre 1992, dass die USA nach dem Ende des Kalten Krieges erstmals in der Situation sind, eine Außenpolitik machen zu müssen, „wie sie die europäischen Nationen schon jahrhundertlang führen mussten“, nämlich eine interessengeleitete ‚Realpolitik‘ unter der Voraussetzung einer ‚Balance of Power‘. Voller Ironie machte er geltend, die USA hätten bis zum ersten Weltkrieg überhaupt keine tatsächliche Außenpolitik gehabt, und seither eine moralisierende. Schon der Eintritt in den ersten Weltkrieg wurde nicht mit Sicherheitsargumenten begründet, sondern mit einer „moralischen Unzulänglichkeit der deutschen Führung“. Auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei unter einer derartigen moralischen Attitüde erfolgt; die amerikanische Position oszillierte „zwischen dem Glauben, der Kommunismus sei absolut böse, und der Auffassung vom Kommunismus als Ziel von Konvertierung“, mit der Konsequenz, nun zu glauben, „der Kommunismus sei wegen der Richtigkeit der demokratischen Idee zusammengebrochen“.<sup>4</sup> Es gehört zu den Eigenheiten US-amerikanischer Politik, internationale Konflikte, die sicherheitspolitisch begründet waren oder aus Machtdivergenzen bzw. Interessenkollisionen herrührten, stets ideologisch aufgeladen zu haben und als „Gut-Böse“-Konstellationen zu verarbeiten. So wurden alle amerikanischen Kriege des 20. Jahrhunderts als „gerechte“ geführt, der „guten“ USA gegen die jeweilige „Welt des Bösen“. Es ist dies der Kontext, in dem abwechselnd Saddam Hussein, Milosevic und Bin Laden zum Wiedergänger von Adolf Hitler stilisiert wurden.

Die Politik und Kriegsführung sowie die darum gerankte Rhetorik von US-Präsident George W. Bush stand in genau dieser Kontinuität. Die von Kissinger gemeinte Umorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik hatte bis 2008 jedoch nicht stattgefunden, stattdessen wurde eine Wende zu einer aggressiven imperialen Politik vorgenommen, die vor allem auf Krieg und Hochrüstung setzte. Die Folge waren die Niederlagen in Irak und Afghanistan. Aus der Sicht der imperialen außenpolitischen Interessen war es nun an Präsident Barack Obama, den erforderlichen historischen Rückzug so zu gestalten, dass die USA „ihr Gesicht nicht verlieren“ und sie ihre Interessen auch unter der Voraussetzung der Rückzugsbewegung so weit wie möglich international durchsetzen. Man wird dem Zusammenhang zwischen der Politik Barack Obamas und der historischen Konstellation nicht gerecht, wenn man sie nicht vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Herausforderung verortet. Und man versteht die politischen Entwicklungen und Auseinandersetzungen in den USA nicht, wenn man sie nur aus sich heraus zu erklären versuchte. Neben der internationalen Staatenkonstellation kommt den Folgen der Weltwirtschaftskrise besondere Bedeutung zu, deren Konsequenzen sich – trotz gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwungs – nach wie vor nicht sicher abschätzen lassen. Insgesamt aber ist die derzeit allgemein konstatierte wirtschaftliche Schwäche der USA im Vergleich zu Deutschland bzw. der Europäischen Union und zu China bzw. den BRIC-Staaten die andere Seite des weltpolitischen Abstiegs der USA.

(6) Die USA sind nicht mehr die „unilaterale Supermacht“, wie viele Politiker, Politikwissenschaftler und Publizisten nach 1991 meinten. Die Frage aber, ob denn nun China als Super-Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie sie viele dieser Analytiker und Medienexperten im Westen nun gern suggestiv stellen, ist falsch gestellt. An die Stelle der Bipolarität, wie sie bis 1991 bestand, tritt nach einer kurzen Phase mehr gefühlter als tatsächlicher Unipolarität der USA, die spätestens mit dem Fiasko im Irak-Krieg beendet war, ein „Konzert der Mächte“, in dem mehrere mächtige Zentren weltweit um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht ringen. Im Untergrund dieser Veränderung, in den Tiefenschichten der Weltgeschichte vollzieht sich die gleichsam tektonische Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts vom nordatlantischen Raum nach Asien.

Hier spielen China und Indien eine zentrale und zwar globale Rolle, aber auch weiterhin Japan, die ASEAN-Staaten und „mittlere“, regional bedeutsame Wirtschafts- und Militärmächte wie Pakistan, Vietnam und Indonesien. Die USA sind nach wie vor die für sich genommen größte Volkswirtschaft der Welt und sie verfügen über die unstreitig mächtigste Militärmaschinerie. Beides darf auch in den nächsten zehn oder mehr Jahren nicht unterschätzt werden. Aber weder die eine noch die andere versetzt sie in die Lage, der Welt nach



Belieben ihren Willen aufzwingen zu können. Obama und seinen Nachfolgern ist objektiv die historische Aufgabe gestellt, diesen „Rückbau“ so zu managen, dass die Interessen der USA unter den unumkehrbar sich verschlechternden Bedingungen so weit wie möglich umgesetzt bzw. durchgesetzt werden können. Es ist aber zugleich dieser Abstiegsprozess, der auch immer wieder zu Fehlperzeptionen bei der Bewertung der internationalen Lage und der Möglichkeiten der USA führen kann. Das Ergebnis der Kongresswahlen 2010 und die Wahlerfolge der „Tea-Party“-Bewegung verweisen darauf, dass Rationalität in der außenpolitischen Entscheidungsfindung der USA nicht notwendig gesichert ist: Man macht nun Obama die durch Bush verursachte Schwächung der internationalen Stellung der USA zum Vorwurf.

Europa, die EU ist ebenfalls von diesem historischen Abstieg betroffen. Vergleicht man die Lage heute mit der vor dem ersten Weltkrieg, da Europa nahezu die ganze Welt beherrschte, so ist das noch offensichtlicher, als im Falle der USA. Allerdings ist die EU nach wie vor – oder nach dem Ende des Realsozialismus und ihrer Osterweiterung um so mehr – als Handelsföderation ein weltweit einflussreicher Faktor.

(7) Darüber erhebt sich eine Schicht militär-strategischer Faktoren. Das militärische Gleichgewicht, das „Gleichgewicht des Schreckens“ oder „atomare Patt“, wie es im kalten Krieg hieß, ist nicht verschwunden. Die USA haben zwar das größte militärische Potential der Welt. Doch auch Russland verfügt offenbar weiter über ein nuklear-strategisches Potential, das Zweitschlagskapazität hat. So nannte man während der Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. NATO und Warschauer Pakt die Fähigkeit einer der Seiten, wenn sie mit Atomwaffen angegriffen wird, auch nach dem Ersteinsatz durch die angreifende Seite, dieser mit ihren verbliebenen nuklearen Waffensystemen einen vernichtenden Gegenschlag zufügen zu können. Damit waren Atomwaffen kein Mittel der Politik mehr: wer zuerst schießt, stirbt als zweiter, mit Sicherheit kommt er nicht als „Sieger“ davon. Bush II hatte versucht, das „Sternenkriegskonzept“ von Ronald Reagan aus den 1980er-Jahren wiederzubeleben und Raketenabwehrsysteme entwickeln zu lassen, die etwaig anfliegende russische Raketen vernichten können. Das wird immer als eine reine Abwehrmaßnahme propagandistisch zu verkaufen versucht. Real ist es aber so – bei Reagan wie bei Bush II –, dass derjenige, der eine solche Abwehrfähigkeit erlangen will, nicht auf Abwehr, sondern auf Angriff zielt. Wer den Zweitschlag der anderen Seite abwehren kann, ist in der Lage, den nuklearen Erstschlag zu führen. Damit würde der Atomkrieg wieder führbar und gewinnbar. Die Tatsache, dass Obama mit Russland wieder Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Atomwaffen geführt hat und entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden, ist Eingeständnis der USA-Seite, dass sie das Abwehr- und damit Kriegsführungskonzept unter den derzeitigen

Bedingungen weder für technisch machbar noch für finanziell realisierbar hält. (Allerdings werden die Forschungsarbeiten der USA auf diesem Gebiet weiter fortgesetzt.) Damit ist ein großer Atomkrieg der USA gegen Russland, aber auch gegen andere Staaten, etwa China, nicht führbar.

Welthistorisch heißt dies, die USA können ihre zunehmende wirtschaftliche Schwäche nicht durch militärische Stärke, also durch Krieg zur Vernichtung der wirtschaftlichen Herausforderer ausgleichen. Russland verfügt über ein entsprechendes nuklearstrategisches Gegenpotential, auf einem niedrigeren Niveau aber auch China: Wer in der Lage ist, eine bemannte Raumkapsel mit eigenen Trägermitteln auf eine Erdumlaufbahn zu schießen und die „Taikonauten“ wohlbehalten wieder zurückzuholen, ist mit diesen Trägermitteln auch in der Lage, Atombomben an jeden beliebigen Ort der Welt zu bringen. Damit besteht das atomare Patt zwischen diesen drei Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates fort. Frankreich und Großbritannien verfügen ebenfalls über nukleare Waffensysteme und sind mit ihren raketenbestückten U-Booten in der Lage, auch selbständig Atomschläge zu führen. (Der frühere französische Präsident Chirac hatte das in Bezug auf den Iran auch schon einmal angedroht.)

Inzwischen gibt es weitere Atomwaffenstaaten. Auch militärisch ist Indien inzwischen eine der großen Mächte. Als Nuklearmacht steht es in Konkurrenz zum ebenfalls nuklearstrategisch gerüsteten Pakistan und es rüstet zugleich mit Blick auf China; seine Raketen reichen inzwischen bis Beijing. Es gibt eine faktische Atomwaffenkonkurrenz zwischen Indien und China und ein definitives Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan – die Vorwarnzeit des möglichen Raketeneinsatzes zwischen beiden Seiten liegt unter fünf Minuten und ist damit ähnlich kurz wie in Europa in den 1980er-Jahren, nachdem die USA und die Sowjetunion neue Mittelstreckenraketen stationiert hatten. Als einzige real-existierende Nuklearmacht mit über die Region hinausreichender Bedeutung im Nahen und Mittleren Osten gilt Israel, während der Iran eher als virtuelle Atommacht anzusehen ist.

Zunächst bleibt festzuhalten, dass alle fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates unter der Voraussetzung agieren, dass sie Atommächte sind, diese aber gegeneinander nicht zu rationalen Zwecken einsetzen können; die menschliche Zivilisation fände in einem thermo-nuklearen Weltkrieg ihr Ende. Die weltwirtschaftliche Verschiebung nach Asien hat daher die Chance, für sich genommen nicht zu größerer globaler Kriegsgefahr zu führen. Hinzu kommt die Atommacht Indien, die ebenfalls dabei ist, strategische Relevanz zu erlangen. Die relative Schwäche Indiens im Vergleich zu China wird durch eine neue Kooperation mit den USA auszugleichen versucht. Innerhalb der Gruppe der BRICS-Staaten ist Südafrika das Land, das offensichtlich in der Zeit des Apartheid-Regimes ebenfalls eigene Atomwaffen besessen hatte, die aber wieder abgebaut bzw. beseitigt wurden. In Brasilien wurde immer mal

wieder diskutiert, ob das Land nicht eigene Atomwaffen entwickeln sollte. Das ist bisher dem Vernehmen nach nicht erfolgt. Damit spielt innerhalb der BRICS-Gruppe die Frage des Atomwaffenbesitzes offenbar keine Rolle. Aber die Gruppe als Ganze handelt unter der Voraussetzung, dass global das atomare Patt bereits besteht (zwei der potentiellen Gegenmächte und Indien sind Teil der Gruppe) und sie daher in ihrem politischen Handeln durch die Atomwaffen der nordatlantischen Mächte nicht eingeschränkt ist. Die Zukunft der internationalen Beziehungen hängt in erheblichem Maße davon ab, wie die BRICS-Staaten weltweit abgestimmt konfliktdämpfend wirken und es den Mächten Asiens gelingt, ihre Interessenunterschiede und Konfliktfelder friedlich zu bearbeiten. Je kleiner die Konfliktpotentiale in Asien (zwischen China, Indien, Japan, den ASEAN-Staaten usw.) sind, desto geringer die Möglichkeiten der USA und des Westens, diese Konflikte auszubeuten.

(8) Nimmt man die weltwirtschaftliche Verschiebung als die unterste Schicht des derzeitigen Weltgefüges und die militärisch-strategische Schicht der Kernwaffenpotentiale als die darüber liegende, so erhebt sich über dieser die der politisch-militärischen, wirtschaftspolitischen, ideologischen und politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen. Der Libyen-Krieg ist ein Punkt der Weltauseinandersetzungen, in dem alle diese Entwicklungen und Veränderungen zusammengelaufen sind und von dem sie weiter ausgehen. Das Aufbegehren – einige sagten eine Zeitlang „die Revolution“ – in den arabischen Ländern ließ diese kurzzeitig als eigenständigen Akteur auf der Bühne der Weltgeschichte des 21. Jahrhunderts auftauchen. Alle großen Mächte der Welt bezogen sich auf sie. Ob deren Interaktion dem arabischen Aufbegehren weitere Spielräume ermöglichte oder aber ob der Krieg des Westens diesen Akteur wieder einzubinden vermag in das Geflecht fremder Interessen, wird sich erst noch erweisen müssen.

Bereits der Libyen-Krieg des Westens zeigt, der Übergang zu der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts verläuft nicht „harmonisch“, sondern über eine Abfolge von Kämpfen und Auseinandersetzungen. Der relative Rückgang des weltpolitischen Einflusses der USA bringt nicht nur China, Indien, Brasilien, Südafrika und Russland auf den Plan, auch die alten europäischen Mächte agieren wieder eigenständig und versuchen in ihrem Umfeld geostrategisch Tatsachen auch mit militärischen Mitteln zu schaffen. Das trifft zunächst auf Frankreich und Großbritannien zu, die diesen Krieg unbedingt wollten und von denen man zuvor glaubte, sie wären nach der Niederlage im Suezkrieg 1956 als eigenständige militärisch-politische Akteure abgemeldet. Viele Beobachter aus dem arabischen Raum hatten den Eindruck, dieser Krieg sei eine Neuauflage, gewissermaßen Revanche für 1956.

(9) Die Analyse der Positionen der BRICS-Staaten in Bezug auf die Entscheidung im UNO-Sicherheitsrat über die Resolution 1973, die den Vorwand

für den Libyen-Krieg lieferte, und der kritischen Stellungnahmen zu diesem Krieg in diesen Ländern nach dem Beschluss, hat interessante Aufschlüsse gegeben. Der Wichtigste ist, dass alle fünf Regierungen in ihrer Entscheidung sich zunächst auf die USA bezogen und davon ausgingen, dass es deren Position sei, diese Resolution, die den Krieg ermöglichte, zu beschließen (und nicht Frankreich und Großbritannien die treibenden Kräfte waren). Südafrika stimmte aus eigenen Gründen für die Resolution, die anderen vier – und Deutschland – enthielten sich; damit gaben Russland und China den Weg frei, den sie durch ein Veto hätten blockieren können.

Das bedeutet, dass der Phantomschmerz der Unipolarität noch fortwirkt, und die BRICS-Staaten in weltpolitischen Fragen noch nicht offen und unzweideutig ihre Interessen vertreten, gegenüber den USA taktieren. Bei Russland kommt hinzu, dass deren „Elite“ sich noch nicht schlüssig ist, ob sie überhaupt alternativ zum Westen agieren will, oder lieber in die „euroatlantische Elite“ kooptiert werden möchte (was wiederum nicht sie entscheidet, sondern die Kooptierenden). Als klar war, dass nicht die USA, sondern hauptsächlich die alten europäischen Mächte agierten, gab es Bedauern, Verärgerung über die eigene Zustimmung, die sich aber nicht mehr zurückholen ließ. Die gemeinsame Position, nun unter Einschluss Südafrikas, der BRICS-Staaten auf ihrem Treffen in Hainan (April 2011) war die Folge: Kritik am Krieg und gemeinsames Handeln in der Weltwirtschaft, das mit der weiteren Schwächung des US-Dollars zu tun hat. Die BRICS-Staaten stellen nicht nur ein wirtschaftliches und politisch-militärisches Gegengewicht zur nordatlantischen Machtkonfiguration dar, sondern verkörpern auch ein andere Politikkonzept: internationale Streitfragen in erster Linie nicht mit militärischen Mitteln zu lösen. Die Welt des 21. Jahrhunderts soll nicht aus Gewalt und Krieg hervorgehen.

(10) Nach dem Kalten Krieg gab es berechtigte Hoffnungen auf ein Ende von Kriegsdrohung und Hochtüchtigkeit, auf eine friedliche Welt. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Anstelle der großen Bedrohung sahen die westlichen Militärplaner „Instabilitäten, Herausforderungen und Risiken“, angesichts derer der Westen die NATO um- und ausbaute und ihr zunehmend globale Aufgaben zuwies. Die Rüstungsausgaben haben weltweit den Höchststand des kalten Krieges längst wieder überschritten. Krieg wurde wieder zu einem „normalen“ Mittel der Politik des Westens gemacht.

Das „Recht des Stärkeren“ in den internationalen Beziehungen kann Frieden nicht schaffen. Die Weltprobleme, mit denen wir es im 21. Jahrhundert zu tun haben: Umweltzerstörung, Krankheiten, Migration, Armut, sind nicht durch militärische Gewalt zu bewältigen. Der vielfach zitierte Staatszerfall ist von der Einflussnahme des Westens – etwa in Gestalt von Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank – nicht zu trennen. Warlords und andere Gewaltherrscher verdienen ihr Geld in der Regel durch Ge-

schäfte mit westlichen Firmen bzw. Abnehmern. Mit Militärinterventionen werden die Folgen der Armut in den Ländern des Südens bekämpft, nicht deren Ursachen.

So kommen der UNO und dem Völkerrecht besondere Bedeutung zu. Die UNO wurde auf dem Trümmern des zweiten Weltkrieges als der rechtliche und institutionelle Rahmen zur Sicherung des Friedens in einer globalen Perspektive geschaffen. Die UNO-Charta ist Ergebnis der Weltkriege des 20. Jahrhunderts, das Völkerrecht erfuhr eine qualitative Weiterentwicklung. Erstes Ziel der UNO wurde der Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Mit der Gründung der UNO wurde von einem positiven Friedensbegriff ausgegangen. Die UNO als Organisation beruht auf der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder. Zur Verwirklichung dieses Grundsatzes verzichteten alle Mitglieder auf die Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Zugleich wurde bei der Gründung der UNO realistischerweise davon ausgegangen, dass mit dieser – wenngleich verbindlich erfolgten Festlegung – Krieg und Gewalt nicht von allein der Vergangenheit angehören. Deshalb wurde unter den verschiedenen Institutionen der UNO der UN-Sicherheitsrat geschaffen, der eine herausgehobene Stellung einnimmt und die Gefährdung des Friedens und der internationalen Sicherheit feststellen und Zwangsmaßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt beschließen kann. Zugleich war den fünf Haupt-Siegermächten des zweiten Weltkrieges eine ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und ein Vetorecht eingeräumt worden. Dies führte allerdings in der Zeit des kalten Krieges zu einer gegenseitigen Blockade und damit zu einer Blockierung des Sicherheitsrates. Nur wenn sich beide Seiten, die USA und die Sowjetunion, einig waren bzw. sie selbst und ihre unmittelbaren Klienten und Interessen nicht betroffen waren, kam es zu wirksamen Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrates.

Vor diesem Hintergrund hätte erwartet werden können, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die UNO zu ihrer eigentlichen Bestimmung findet. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Sie wurde durch die einseitige Interessenpolitik der westlichen Großmächte gehindert, voll zur Wirksamkeit zu kommen. Seit Anfang der 1990er-Jahre ist ein Prozess zu beobachten, der das intergouvernementale Prinzip relativiert und Konflikte verstärkt. Unter ihrem Druck eignete sich der UNO-Sicherheitsrat zunehmend supranationale Funktionen an und versuchte, unter Verweis auf eine universelle Akzeptanz „westlicher Werte“ rechtssetzend in die inneren Angelegenheiten von Staaten hineinzuwirken. Dadurch wird das für alle Staaten eigentlich zwingend gültige Souveränitätsprinzip faktisch einer Relativierung und Konditionierung ausgesetzt. Der Libyen-Krieg war ein deutlicher Ausdruck dessen. Unter den Bedingungen der vom Westen betriebenen Globalisierung der vergangenen

zwanzig Jahre wurde das in der UNO-Charta angelegte Ziel der Schaffung einer internationalen Rechtsstaatlichkeit verkehrt in die Durchsetzung einer hegemonialen internationalen Rechtsordnung. Offene und verdeckte Missachtung grundlegender Regeln des Völkerrechts, oft in Gestalt der Uminterpretation rechtlicher Bestimmungen, prägen seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation den Umgang mit der UNO-Charta. Die Missachtung ist interessendeterminiert und geht absichtsvoll auf Kosten der kleineren bzw. schwächeren Staaten. Die Benutzung der internationalen Organisationen, wie NATO und UNO, ist Instrument der Außenpolitik der USA, der EU und der NATO-Staaten und soll zugleich einen Ausgleich für die schwächer werdenden weltwirtschaftlichen und Hegemonial-Positionen schaffen.

Am Ende jedoch sind UNO, UNO-Sicherheitsrat und Völkerrecht alternativlos: Wer das „Recht des Stärkeren“ nicht will, muss auf die „Stärke des Rechts“ setzen. Die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen muss ein wesentliches Instrument der Friedenssicherung sein. Angesichts der Perspektive einer internationalen Ordnung, die die Eigenheiten eines „Konzerts der Mächte“ hat, gewinnen Institutionen und rechtliche Grundlagen, wie sie die UNO und die UNO-Charta – in ihrem ursprünglichen, nicht dem in den vergangenen zwanzig Jahren verbogenen Sinne – bilden, wesentlich an Bedeutung. Sie stellen verlässliche, berechenbare und vertrauensbildende Instrumente für die Bearbeitung der in den nächsten Jahren zunehmenden internationalen Konfliktfelder dar.

## Anmerkungen

- 1) Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 95. Das US-amerikanische Original erschien unter dem Titel *Utopistics* 1998 in New York bei The New Press.
- 2) Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1989, S. 13.
- 3) Andre Gunder Frank: Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem, Wien: Promedia Verlag 2005.
- 4) Henry A. Kissinger: Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 23/1992, S. 671f.

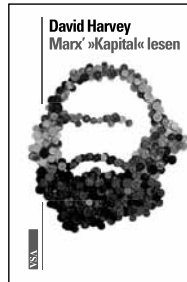
# VSA: Europa von links



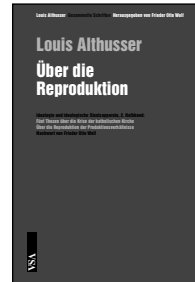
Anne Karrass/  
Steffen Stierle  
**EuropaKrise**  
Wege hinein und mögliche  
Wege hinaus  
96 Seiten; € 7.00  
ISBN 978-3-89965-  
480-6  
Wie konnte es mit  
Europa so weit kommen?



Frank Deppe/Joachim  
Bischoff/Richard Detje/  
Hans-Jürgen Urban  
**Europa im Schlepptau  
der Finanzmärkte**  
128 Seiten; € 10.80  
ISBN 978-3-89965-482-  
8  
Im Legitimationsverfall  
Europas sind grund-  
legende Alternativen  
erforderlich.



David Harvey  
**Marx' »Kapital« lesen**  
Ein Begleiter für Fort-  
geschrittene und  
Einsteiger. Aus dem  
Amerikanischen von  
Christian Frings  
416 Seiten; € 24.80  
ISBN 978-3-89965-  
415-8



Louis Althusser  
**Über die  
Reproduktion**  
Ideologie und ideolo-  
gische Staatsapparate,  
2. Halbband  
Übersetzung und  
Nachwort von Frieder  
Otto Wolf  
320 Seiten; € 29.80  
ISBN 978-3-89965-  
451-6



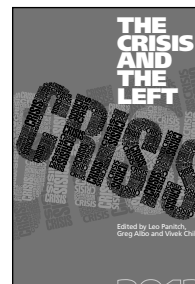
Kathrin Gerlof/  
Rico Prauss  
**Die Kommunalen**  
LINKE im Land:  
16 Geschichten  
aus Rathäusern und  
Gemeinden  
208 Seiten; viele Farb-  
fotos; € 14.80  
ISBN 978-3-89965-  
495-0



Werner Bonefeld/  
Michael Heinrich  
(Hrsg.)  
**Kapital & Kritik**  
Nach der »neuen«  
Marx-Lektüre  
320 Seiten; € 29.80  
ISBN 978-3-89965-  
403-5



Hae-Lin Choi  
**Die Organisation der  
Unorganisierbaren**  
USA, Südkorea, Italien:  
Gewerkschaftliche  
Strategien für prekär  
Beschäftigte  
320 Seiten; € 29.80  
ISBN 978-3-89965-  
489-9



Leo Panitch/Greg Albo/  
Vivek Chibber (Hrsg.)  
**The Crisis  
and the Left**  
Socialist Register 2012  
286 Seiten; € 22.80  
ISBN 978-3-89965-  
998-6  
Das Jahrbuch der inter-  
nationalen Linken.

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



Ecce Homo (1980)



# Rechtspopulismus in Europa

Walter Baier

In vielen Diskussionen wird der in immer mehr europäischen Ländern festzustellende Zuwachs rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien so eingestuft, als handelte es sich nur um eine Frage parallel auftretender individueller nationaler Phänomene. Es gibt aber auch eine europäische Dimension, die leider kaum berücksichtigt wird, jedoch alle Teile Europas, ob Mittel-, Ost- oder Nordeuropa, in ähnlicher Weise betrifft.

Von Juni 1999 bis März 2011 erhielten Rechtsparteien in 13 Parlamenten 155 von 3066 Sitzen, d.h. etwa 5 % aller Wählerstimmen, durch die nationalistische und rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien in nationale Parlamente einziehen oder ihre Position stärken konnten. Beispiele für solche Parteien sind Ataka in Bulgarien, Jobbik in Ungarn und LAOS in Griechenland. Diese Tendenz äußerte sich unter anderem durch eine Stärkung von rechtspopulistischen euroskeptischen Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2010 und setzte sich bei den Wahlen in den Niederlanden und Finnland fort.

Auch wenn die jeweiligen nationalen Besonderheiten für das Verständnis des Phänomens erheblich sind, könnten diese Entwicklungen auf eine grundlegende Veränderung der politischen Landschaft Europas als Einheit hindeuten.

Auf den ersten Blick scheint das rechtsextreme und rechtspopulistische Parteienspektrum in Europa noch zersplittert zu sein. Die Gemeinsamkeiten, die sich beobachten lassen, liefern jedoch den Beweis, dass sich ein For-

mierungsprozess vollzieht. Dies zeigt sich bei der Fraktionsbildung im Europäischen Parlament. Dort gibt es einerseits die 2009 gegründete Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (27 MEP), zu deren Mitgliedern unter anderem die „United Kingdom Independence Party“, „Die Wahren Finnen“, die Lega Nord (Italien) und die griechische Partei LAOS gehören, und andererseits die „Europäische Allianz für Freiheit“, die 2010 von Mitgliedern der österreichischen FPÖ, der deutschen „Bürger in Wut“, der ungarischen Jobbik, der Schwedendemokraten, und wiederum der „Wahren Finnen“ und der „United Kingdom Independence Party“ gegründet wurde.

Außerdem lässt sich eine Doppelstrategie erkennen. Während die EP-Fraktion durch sorgfältige Auswahl ihrer Mitgliedsparteien (so lehnte sie beispielsweise die FPÖ ab) und ein allgemein gemäßigteres Auftreten versuchte, ihre Bündnisfähigkeit gegenüber der traditionellen und konservativen Rechten zu demonstrieren, stellt die Europa-Partei durch ihre Zusammensetzung ganz offen eine noch immer vorhandene Nähe zum Rechtsextremismus zur Schau.

Die österreichische FPÖ spielt dabei eine Sonderrolle, wobei jüngste Wahlerfolge zeigen, dass enge Beziehungen zu Rechtsextremen und Neonazis beibehalten werden können und der Entwicklung eines modernen populistischen Diskurses nicht unbedingt im Weg stehen.

Die sichtbare Nähe zu den traditionellen Rechtsextremen ist jedoch kein gemeinsames Merkmal aller rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien, die heute am rechten Rand des politischen Spektrums auftreten. Während manche von ihnen nur Transformationen oder Splittergruppen von Parteien des rechtsgerichteten „Mainstreams“ sind, stellen andere echte Neugründungen dar. Daher reichen traditionelle antifaschistische Rhetorik und Mobilisierungsformen, so notwendig sie auch sein mögen, nicht aus, um der gegenwärtigen Herausforderung des Rechtspopulismus zu begegnen.

In der letzten Ausgabe von „*transform!*“ wurden acht Beispiele von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien untersucht. Phänomenologisch betrachtet, sind vier Gemeinsamkeiten zu erkennen:

Ein Diskurs, der sich um das Dreigestirn „Sicherheit– Einwanderung – Arbeitslosigkeit“ dreht. Alle analysierten Parteien machen Einwanderer als Sündenböcke für einen vermeintlichen Anstieg von Kriminalität und Arbeitslosigkeit verantwortlich. Sie fordern einen starken Staat mit autoritären Zügen sowie die Schließung von Grenzen, um weitere Einwanderung zu verhindern.

Die islamfeindliche Haltung sowie die Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft sind gemeinsame Bezugspunkte der rechtspopulistischen und rechten Parteien des „Mainstreams“, wie Angela Merkel vor Kurzem in einer öffentlichen Erklärung klarstellte: „Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert“. Damit war die Grundlage für eine breite Legitimation von rechts-

extremen Bewegungen geschaffen (Beispiele namhafter Autoren wie Peter Sloterdijk oder Alice Schwarzer sind zudem der Beleg dafür, dass diese Entwicklung sogar auf liberale intellektuelle Kreise stark ausstrahlt.).

Interessanterweise haben im Laufe der Kapitalismuskrise alle betrachteten Parteien ihren bis dahin neoliberalen Diskurs, der hauptsächlich an die Mittelschicht gerichtet war, durch eine staatliche und nationalistische sowie protektionistische Agenda ersetzt oder zumindest verändert. Mit ihrem Appell an die sozialen Ängste großer Bevölkerungsteile gelang es einzelnen Parteien, eine breite Wählerschicht anzusprechen, wobei sie bis zu 20 oder 25 %, in einigen Fällen sogar 30 % der Stimmen gewannen. In diesen Fällen können wir wirklich von einer „populistischen“ Rechten sprechen.

Mit solchen Wahlergebnissen zwingen diese Parteien nicht nur ihre Agenda anderen politischen Parteien, einschließlich der sozialdemokratischen Parteien, auf, sondern sie erobern auch Schlüsselpositionen bei der Regierungsbildung.

Der relativ konstante Stimmenanteil rechter Wählerschaften von über 20 % sowie die in mehreren Ländern hohe Nichtbeteiligung an den Wahlen sind Anzeichen einer schwindenden Legitimation der politischen Systeme und möglicherweise einer bevorstehenden politischen Krise in einer Reihe von Staaten mit traditionell starren politischen Systemen, wie es zum Beispiel in Finnland, den Niederlanden, Belgien oder Österreich der Fall ist.

Vor diesem Hintergrund bedeutet „Populismus“ im wissenschaftlichen Sinne, dass breite Bevölkerungssegmente beeinflusst werden, um sie gegen das bestehende Machtsystem zu mobilisieren. Diesen systemfeindlichen, populistischen Appell sollten wir ernst nehmen.

Am Beispiel der österreichischen FPÖ, die nach sechsjähriger Regierungsbeteiligung vor dem Abgrund einer völligen Zersplitterung stand, wird Folgendes sichtbar: Solange das Ziel, die hegemonialen Systeme zu ändern, nicht wenigstens zu einem gewissen Maß von Teilen der herrschenden Klasse geteilt wird, ist es für die Rechtsparteien schwierig oder sogar unmöglich, institutionelle Verantwortung zu übernehmen und ihre populistische Anziehungskraft zu bewahren. Einige von ihnen fassen dann den Entschluss, in der Opposition zu verharren, sogar wenn sie um eine Regierungsbeteiligung gebeten werden, wie dies bei den „Wahren Finnen“ nach deren jüngstem Wahlerfolg der Fall war.

Es stellt sich die Frage, ob während der Kapitalismuskrise, deren systemischer Charakter immer deutlicher wird, an einem bestimmten Punkt in Teilen der herrschenden Klasse der Wunsch nach einer grundlegenden Veränderung entstehen wird. Oder, um es anders auszudrücken: Lässt der Vormarsch rechtspopulistischer Bewegungen, der von Teilen der Mainstream-Medien getragen wird, neben der Bekundung der Unzufriedenheit und Frustration in der Bevölkerung, auch – zumindest in Teilen der herrschenden Klasse – einen

politischen Willen erkennen, zum Beispiel den Wunsch nach einem neuen post-neoliberalen hegemonischen Projekt?

In diesem Zusammenhang stellt die Krise des europäischen Integrationsprozesses einen idealen Ausgangspunkt dar, da sie zur Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen von Menschen und einem zunehmenden Autoritarismus führt.

Der Rechtspopulismus ist diesbezüglich ziemlich klar, da seine soziale, wirtschaftliche und politische Agenda nunmehr auf einen Punkt hinausläuft: eine Wiederbelebung von Nationalismus und Feindlichkeit gegenüber jeder Form von europäischer Integration, die „*préférence nationale*“ (nationale Präferenz), die „wahre Natur der Finnen“, „Großrumänien“ oder der Ruf „Ungarn-“ oder „Österreich zuerst“ usw.

Politisch gesehen verbinden sie gesellschaftliche Forderungen mit dem Aufruf zu nationalem Protektionismus, um ihrer „eigenen“ Volkswirtschaft den Vorrang zu gewähren, eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um Zuwanderung zu stoppen, Mautgebühren für ausländische LKW, Einführung von Steuern auf ausländische Rohstoffe, Güter und Dienstleistungen, Aufnahmebeschränkung für ausländische Studierende an „unseren“ Universitäten und Einstellung der Geldüberweisungen an verschuldete Staaten, die nicht zufällig als PIGS-Staaten bezeichnet werden. Diese Herausforderungen sowie das Versprechen, die Krise aus dem eigenen Land fern zu halten, finden sich in den Programmen aller betrachteten Parteien sowie in denen der europäischen Dachorganisationen wieder. Der empirische Beweis zeigt, dass die Rechtspopulisten sich inzwischen zu Rechtsnationalisten entwickelt haben.

Eines sollten wir uns klar vor Augen halten: Die Sparprogramme der EU und des IWF sowie die Art und Weise, wie sie umgesetzt werden, negieren die in den Nationalstaaten errungenen demokratischen Rechte und die nationale Würde der betroffenen Länder, was die Linke nicht akzeptieren kann. Eine nationalistische Deutung statt einer sozialen und wirtschaftlichen Analyse führt jedoch in eine doppelte Falle.

Sie würde nicht nur die Rechtspopulisten stärken, sondern auch die stärkste nationalistische Kraft in Europa unterstützen, die – wie in deutschen Zeitschriften zu lesen und auf Symposien zu hören ist – eine Neuordnung innerhalb der europäischen Beziehungen fordert, beispielsweise durch Aufteilung der Euro-Zone in starke und schwache Regionen.

Für die Linke ist dies zweifellos eine komplizierte Frage. Sie muss sich gegen die Sparpolitik von Regierungen, IWF und europäischen Institutionen wehren, sich gleichzeitig aber gegen den Populismus stemmen, der versucht, sie auszunutzen, um Nationalismus zu schüren. Dies erfordert meines Erachtens eine entschlossene, unabhängige, „klassenpolitische“ Position, die deutlich macht, dass für die Verteidigung und den Ausbau des sozialen Wohl-

fahrtsstaates in Europa europäische und solidarische Lösungen notwendig sind, die wiederum einen tief greifenden Wandel nicht nur in der einzelstaatlichen Politik, sondern auch in der Europäischen Union erfordern.

Referat anlässlich der Studententagung der Gemeinsamen Sozialkonferenz (<http://www.jointsocialconference.eu/?lang=en>) über demokratische Lösungen für die Staatsschuldenkrise (30. September 2011, London). Die Gemeinsame Sozialkonferenz ist ein Netzwerk aus GewerkschafterInnen und VertreterInnen der Sozialbewegungen mit dem Ziel, gemeinsame europäische Forderungen und Strategien zur Krise zu entwickeln. Der Europäische Gewerkschaftsbund gehört zu den Trägerorganisationen.

— Anzeige —



**prager frühling**  
\* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

Nichts sehen.  
Nichts hören.  
Laut brüllen!

Die Linke und der  
Nahostkonflikt.

Affentanz um Nahost. Geht die Linke über den Jordan? Mit angenehm niedriger Dezibel-Zahl antworten Andrej Hermlin, Petra Pau, Katharina König, Kathrin Vogler, Peter Ullrich, Sergey Lagodinsky und Yossi Gurvitz.

Außerdem: Euro-Bond jagt Dr. No. Mit Lukas Oberndorfer, Elena Papadopoulou und Andreas Hallbauer.

Bestellen: [www.prager-fruehling-magazin.de](http://www.prager-fruehling-magazin.de)

# Von Metapolitik zu Massenmord. Ein neuer Rechtsextremismus

Mathias Wåg

Das Massaker auf der Insel Utøya und das furchtbare Attentat im Osloer Regierungsviertel gegen die skandinavische Arbeiterbewegung waren die bislang schlimmsten Erscheinungsformen von rechtsgerichtetem Terror. Wie konnte es dazu kommen? Wie kann es sein, dass ein so detailliert und langfristig ausgeheckter Terrorplan von den Sicherheitskräften völlig unbemerkt blieb? Eines muss klar gesagt werden: Diese Tat war politisch motiviert und richtete sich gegen politische Ziele. Dennoch wurde dies in den ersten offiziellen Verlautbarungen bestritten, in denen der Terrorangriff entpolitisiert und als Ergebnis von etwas Verrücktem oder Bösem hingestellt wurde, das sich gegen alle und die „offene Gesellschaft insgesamt“ richtete und dem mit einer Art Krisenmanagement begegnet werden müsse, die eher für einen Tsunami angemessen wäre. Es erfolgten Aufrufe zur Ruhe, Trauer und nationalem Zusammenhalt.

Auch in Schweden mahnte Premierminister Fredrik Reinfeldt auf seiner Pressekonferenz eher Zusammenhalt und nationale Einheit an, statt sich auf die politischen Gefahren für uns zu konzentrieren, da eine solche Diskussion lediglich den „Extremisten dient, die untereinander zusammenhalten“. Es handle sich also um Extremisten, um völlig unpolitische Kräfte, eine Art Rowdytum ohne klare Motive.

Warum gestaltet sich die Analyse dieses neuen Rechtsextremismus so schmerzlich? Weshalb ist nicht einmal die Zuordnung zum „rechtsgerichteten“ Spektrum erlaubt? Sicherheitspolitische Analysten, die auf ihrem Sofa vor dem Fernseher sitzen, haben uns versichert, dass ihnen gesicherte Er-

kenntnisse über das „White-Power-Milieu“ vorlägen. Doch sie konnten diesen Angriff nicht vorhersehen. Zwischen diesen beiden Aspekten besteht ein enger Zusammenhang, sie sind Teil der gleichen Blindheit. Die Scheinwerfer wurden in die falsche Richtung gelenkt. Wir haben es nicht mehr mit einer, sondern mit mehreren Formen des Rechtsextremismus zu tun. Diese neue Form ist in Europa in den letzten fünf Jahren nicht an der Peripherie entstanden. Sie ist nicht den Neonazi-Gruppen oder dem White-Power-Milieu zuzuordnen (einer Bezeichnung, die im neonazistischen Umfeld seit zehn Jahren nicht mehr benutzt wird, nachdem die Musikszene der White-Power auseinander fiel). Sie ist nicht aus faschistischen Bewegungen der Straße entstanden, die von den Sicherheitskräften regelmäßig überwacht werden.

Dieser Terrorakt hatte seinen Ursprung innerhalb des etablierten Rechtspopulismus, der extremen Rechten, die heute als stubenrein gilt und euphemistisch als „einwanderungskritisch“, „islamkritisch“ oder „ausländerkritisch“ bezeichnet wird. Er steht in viel engerer Beziehung zu Sverigedemokraterna (Schwedische Demokraten) als zu Svenska motståndsrörelsen („Schwedische Widerstandsbewegung“, einer offenen schwedischen Nazigruppierung mit etwa 100 Mitgliedern) oder Fria Nationalister („Freie Nationalisten“, einem lockeren Netz schwedischer Neonazis), den Erben der White-Power-Szene. Diese neue rechtsextreme Strömung agiert eher auf europäischer als auf nationaler Ebene, ist eher pro-israelisch und pro-zionistisch als antisemitisch ausgerichtet und eher islamfeindlich und kulturrassistisch eingestellt als in Rassenideologie verwurzelt. Sie betrachtet den Kulturkampf als Hauptschauplatz und ummantelt ihre Rhetorik eher mit vermeintlich „antirassistischer“ Wortwahl, anstatt belastetes und stigmatisiertes rechtsextremes Vokabular zu benutzen.

Es stellt sich immer klarer heraus, dass Anders Behring Breivik sein Massaker an jungen Linken lange im Voraus geplant und das Ziel mit Sorgfalt ausgewählt hatte, um eine maximale Schockwirkung in der Gesellschaft und eine größtmögliche Verbreitung seiner Ideen zu erreichen, die auf dem 1500 Seiten langen Manifest zum Kopieren und Einfügen unter dem Titel „2083 – Eine Europäische Unabhängigkeitserklärung“ stehen. Der tagebuchähnliche Teil des Textes zeigt, wie die Terroraktion im Detail geplant wurde, und macht sie zu einem der bestdokumentierten Terrorakte der Geschichte. Das Massaker war für Breivik nur ein Mittel, um Aufmerksamkeit auf seine Weltsicht zu lenken und zu weiteren Terrorakten aufzuwiegeln. Statt sich auf die Mächtigen in hohen Positionen zu konzentrieren, zog er es vor, auf Menschen an der Basis abzu zielen, die keinen Personenschutz besaßen. Es war also ein Terrorismus, der nicht auf „Qualität“, sondern auf „Quantität“ setzte. Durch die hohe Zahl der ermordeten Jugendlichen waren die Wirkung und der Schockeffekt seiner Taten größer, als dies bei einem einzelnen Terrorakt gegen das „Machtzent-

rum“ der Fall gewesen wäre. Breiviks Ansichten, wie sie im Manifest zum Ausdruck kommen, stützen sich auf zwei Grundpfeiler, auf denen auch der neue europäische Rechtsextremismus beruht: Anti-Dschihad und Kulturkampf.

## Die Anti-Dschihad-Bewegung

Die Anti-Dschihad-Bewegung ist aus der seit dem 11. September 2001 ständig wachsenden Islamophobie hervorgegangen, die sich auf die Eurabien-Verschwörungstheorien stützt. In den zurückliegenden fünf bis sechs Jahren entstand ein Netzwerk europäischer Blogs, die sich unter dem Label des Anti-Dschihad zusammengeschlossen haben. Zu den führenden Blogs gehören „Gates of Vienna“, „Brussels Journal“ und Fjordman aus Norwegen.

Im April 2007 kam das Netzwerk in Kopenhagen auf einem „Anti-Dschihad-Gipfeltreffen Großbritannien und Skandinavien“ zusammen. Das Treffen wurde von Bloggern des „Gates of Vienna“ und Fjordman veranstaltet, um die neue Bewegung mit Unterstützung von Anders Graver Pedersens dänischem Netzwerk „Stoppt die Islamisierung Dänemarks“ (SIAD) zusammenzubringen und zu koordinieren. Neben unzähligen Bloggern aus Norwegen, Dänemark und Schweden war lediglich eine skandinavische Partei mit einem Teilnehmer vertreten: Ted Ekeroth von den Schwedischen Demokraten. Diesem Treffen folgten Jahreskonferenzen 2007 in Brüssel, 2008 in Wien, 2009 in Kopenhagen und 2010 in Zürich.

„Gates of Vienna“ fasst die Ziele der Bewegung in einer kurzen öffentlichen Erklärung zusammen:

„Die Ziele von Anti-Dschihad sind:

1. Widerstand gegen die weitere Islamisierung der westlichen Länder durch Abschaffung moslemischer Einwanderung, Ablehnung jeglicher Sonderzugeständnisse für den Islam in unseren öffentlichen Räumen und Institutionen und Verbot aufdringlicher Darstellungen islamischer Praktiken in der Öffentlichkeit.
2. Eindämmung des Islams innerhalb der Grenzen der bestehenden mehrheitlich moslemischen Staaten, Ausweisung aller moslemischer Kriminellen und derjenigen, die sich nicht vollständig in die Kulturen ihrer Wahlländer integrieren können oder wollen.
3. Beendigung aller Entwicklungshilfe und anderer Subventionsformen für die Volkswirtschaften moslemischer Staaten.
4. Entwicklung eines Basisnetzwerks, das die bestehende politische Klasse in unseren Ländern ersetzen und die herrschende multikulturelle Ideologie beseitigen wird, welche die Islamisierung ermöglicht und zur Zerstörung der westlichen Zivilisation führt, wenn ihr nicht Einhalt geboten wird“.



Hauptideologe und Organisator des Netzwerkes ist der unter dem Pseudonym Fjordman auftretende Norweger Peder Jensen, der auch als Gastautor bei „Gates of Vienna“ und „Brussels Journal“ präsent ist. Breivik beruft sich mit seiner Ideologie auf den „Wiener Denkansatz“. Der größte Teil des Manifests von Breivik ist direkt aus den Texten von Fjordman übernommen und Breivik bezeichnet Fjordman als seinen Lieblingsautor. Nach dem Terroranschlag gab es Spekulationen über die Verbindung zwischen dem anonymen Fjordman und Breivik. Auf seinem Blog verteidigte selbst Ted Ekeroth Fjordman, wobei er behauptete, dass zwischen Fjordman und Breivik keine Verbindung bestehe. Bei „Gates of Vienna“ führt Fjordman an, er sei Breivik nie persönlich begegnet.

Patronen und Sponsoren des schwedischen Zweigs der Anti-Dschihad-Bewegung sind die Brüder Kent und Ted Ekeroth von den Schwedischen Demokraten, die eine Reihe von Anti-Islamisierungs-Konferenzen veranstalteten. Mit ihrer Anti-Islamisierungs-Stiftung finanzieren sie die Konferenzen der Bewegung. Das Mitglied des schwedischen Parlaments und der Internationale Sekretär der Schwedischen Demokraten Kent Ekeroth ist ebenfalls zeichnungsberechtigt für das Bankkonto für den bedeutenden Blog der schwedischen Bewegung Politiskt inkorrekt/Politisch inkorrekt.

Bestand die Rolle der Blogger des Anti-Dschihads zunächst darin, einen „Kulturkampf“ zu führen, sind inzwischen weitere Initiativen aus der Bewegung heraus entstanden. Anders Graver Pedersens SIAD hat versucht, mit SIOE (Stoppt die Islamisierung Europas) ein europäisches Pendant zu schaffen. Die Anti-Dschihad-Bewegung und SIOE zeigten auch großes Interesse am Entstehen der militanten Bewegung der English Defence League, die der britischen Fußball-Hooligan-Szene entstammt. Über eine Kombination aus Facebook, sozialen Medien und provokativen gewalttätigen Demonstrationen vor Moscheen im Zusammenhang mit Fußballspielen entwickelte sich die EDL schnell zu einer bedeutenden Massenbewegung. Sie wird derzeit von der britischen Polizei als größte Bedrohung für die innere Ordnung Großbritanniens beschrieben. Der Chef-Ideologe der EDL Alan Lake wurde von Kent Ekeroth zu seiner Anti-Islamisierungs-Konferenz 2009 eingeladen und im Sommer 2010 wurde die Swedish Defence League als schwedisches Pendant von einer Gruppe von Unterstützern der SD gegründet.

Breivik zeigte starkes Interesse an der English Defence League und plädierte auf dem norwegischen Forum Document.no für die Gründung eines norwegischen Äquivalents, um gegen die norwegischen Antirassismus-Organisationen vorzugehen. Auf dem Forum beschreibt er, wie er die Facebook-Gruppe der EDL zur Verbreitung seines Propagandamaterials nutzte, mit verschiedenen EDL-Mitgliedern chattete und sie bei der Ausformulierung ideologischer Texte unterstützte. Breivik und die EDL teilten die gleiche Faszination für die

Kreuzritter als Symbol des Kampfes gegen den Islam und identifizierten sich damit. Das zentrale Forum für die antiislamische Debatte in Norwegen ist das 2003 gegründete Document.no des Journalisten Hans Rustad. Im letzten Jahr wurde die Vereinigung „Documents venner“ (Freunde von Document) gegründet, die Seminare mit hochrangigen Vertretern der Anti-Dschihad-Bewegung (wie Roger Scruton) veranstaltet, bei denen aber auch solche Persönlichkeiten zugegen waren wie der provokative schwedische Künstler Lars Vilks, der aufgrund seiner Darstellung des Propheten Mohammed als Hund Ziel von Drohungen militanter Islamisten gewesen ist. Breivik war ein aktiver Autor des Forums und nahm auch an den Seminaren teil. In dem Forum sprach er sich dafür aus, dass die Website von Rustad der Ausgangspunkt für eine kulturkonservative Zeitung werden sollte, und er versuchte, die Schaffung einer norwegischen EDL oder einer norwegischen Version der Tea-Party-Bewegung voranzubringen. Unter Document.no wurden die Einträge von Breivik gesammelt.

So entwickelte sich in wenigen Jahren die Anti-Dschihad-Bewegung, die auch im parlamentarischen Bereich ihre Ableger hat, über die Blognetzwerke einen „Kulturkampf“ führt und deren militanter Bereich nun mit Breivik ihren ersten terroristischen Ausdruck fand. Diese verschiedenen Ausdrucksformen können nicht getrennt voneinander verstanden werden, sondern müssen in ihrer Gesamterscheinung und den Wechselwirkungen zwischen ihren verschiedenen Bereichen analysiert werden. Was die verschiedenen Bereiche unterscheidet, ist ihre Ausprägungsform, nicht ihr Wesen an sich. Ihre grundlegende Analyse und Weltanschauung unterscheiden sich nicht. Anders ist lediglich ihre Auffassung dazu, wie imminent und unmittelbar die Gefahr der Islamisierung ist. Während die „moderaten“ Teile der Ansicht sind, dass der Krieg gegen den Islam noch nicht ausgebrochen ist, dass es noch eine Chance gibt, den Prozess politisch zurückzufahren und die Ausbreitung des Islams einzudämmen, meinen die militanten Teile (wie EDL-Mitglieder oder Terroristen wie Breivik), dass der Krieg längst im Gange, die politische Klasse von Grund auf korrupt und die Zeit viel zu kurz für irgendetwas anderes als direkte Aktionen des Widerstands sei. 2083, der Haupttitel von Breiviks „Terrormanifest“, soll auf das Jahr Bezug nehmen, in dem der Islam den Krieg gewonnen haben wird und es zu spät sein wird, um dagegen etwas zu tun – in einer Anspielung auf die Zeit vor 400 Jahren, als das Osmanische Reich vor den Toren Wiens stand und die „europäische Zivilisation bedrohte“.

## Kulturkampf

Gemäß der Anti-Dschihad-Bewegung sollte der Islam nicht als Religion, sondern als Ideologie betrachtet werden. Die Bewegung setzt Islam, Kommunismus und Nationalsozialismus als drei Formen totalitärer Ideologien auf eine Stufe.

Die marxistische Ideologie wird dafür verantwortlich gemacht, dass sie dem Prozess der Islamisierung die Pforten mit dem Ziel öffnete, die westliche Welt zu zerstören.

Die Art und Weise, wie sie die Linke betrachten, ist von der französischen Neuen Rechten (Nouvelle Droite) und deren Diskussion über Kulturkampf und Metapolitik übernommen. Nach dieser Ansicht habe die Linke 1968 versucht, den Kapitalismus herauszufordern und den Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht verloren. Ihr sei es jedoch gelungen, die kulturelle Macht an sich zu reißen. Der wirtschaftliche „harte“ Marxismus sei mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus gefallen, wogegen der „weiche“ Marxismus in der Lage war, die für die Entwicklung von Wissen und Ideologie verantwortlichen Institutionen in den Bereichen Bildung, Forschung, Kultur und Medien unter seiner Kontrolle zu behalten. Durch ihre Kontrolle der Entwicklung der Ideologie erlangte die Linke eine kulturelle Vormachtstellung. Sie genoss das Privileg zu entscheiden, welche Themen die politische Tagesordnung bestimmen und konnte somit den Rahmen für die grundlegenden Werte und Normen festlegen, der seitdem jegliche Politik beherrscht. Den Ursprung dieses „weichen“, infiltrierenden Marxismus bzw. „Kulturmarxismus“, der seinen „langen Marsch durch die Institutionen“ antrat, sah die Nouvelle Droite in den Hegemonie-Theorien von Gramsci und der Frankfurter Schule. Die Konzepte eines Kulturmarxismus, Multikulturalismus und politischer Korrektheit werden in gleicher Weise von der Anti-Dschihad-Bewegung zur Beschreibung der gleichen Erscheinung benutzt.

In Schweden wurden diese Theorien hauptsächlich durch die „Nordiska förbundet“ (Nordische Liga, eine Neonazi-Denkschule mit dem Verlag Arkatos), ihr Blog-Portal Motpol und die Internetgemeinschaft Nordisk.nu (in der Breivik einen Account führte) kolportiert. Der „metapolitische“ Kampf, der Kampf um die Bestimmung der Themen, der Sprache, der Konzepte, Normen und Werte wird als Vorläufer der Politik betrachtet, und die Blog-Autoren und „Trolls“ in den Kommentarbereichen gelten in diesem Kulturkampf als Avantgarde. Der Kampf gegen „politische Korrektheit“ und die Perspektive des Underdogs – des politischen Verlierers –, der die extreme Rechte (und Teile der etablierten Rechten) vereint, wurden in der Theorie der neuen Rechten zu einem geschlossenen politischen Projekt formiert.



Pietà (1985)

*transform!* 09-2011

# Die Wende in der italienischen Politik.

## Der Mitte-Links-Sieg bei den Mailänder Wahlen im Mai 2011

**Giorgio Riolo**

In diesen Tagen, zwischen August und September 2011, wird in Italien viel von der „Moral“ in der Politik gesprochen. Natürlich nicht nur in Bezug auf die Korruption und die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik des Berlusconi-Regimes (P3, P4 usw.), sondern auch bezüglich der Untersuchungen und Anschuldigungen an einen mächtigen Spitzenvertreter der Demokratischen Partei (Partito Democratico) in Mailand und der Lombardei, Filippo Penati. Dabei geht es um Bestechungsgelder, die er für sich und für die Partei als Bürgermeister von Sesto S. Giovanni einsteckte (auch „italienisches Stalingrad“ genannt, da seit jeher nach dem 2. Weltkrieg von PCI-PDS-DS und jetzt PD regiert) – eine große Wohngegend und gleichzeitig Standort bedeutender Fabriken vor den Toren von Mailands.

Penati war der Gouverneurskandidat des Mitte-Links-Bündnisses in der Lombardei bei den Regionalwahlen im Frühling 2010. Er unternahm sofort Bestrebungen, die PRC, die nach diversen Abspaltungen inzwischen auf eine kleine politische Gruppierung reduziert war, aus der Koalition auszuschließen, und nachdem dies nicht gelang, mit der UDC übereinzukommen (eine politische Formation der sogenannten „Mitte“, die aus der Auflösung der ehemaligen DC hervorging). Um die Geheimnisse und wirklichen Hintergründe des Politiktheaters zu verstehen, muss zunächst daran erinnert werden, dass das Formigoni-Regime (der Gouverneur der Lombardei Roberto Formigoni von Popolo della Libertà, historischer Vertreter von Comunione e Liberazione, CL, dem am besten organisierten und strukturierten Flügel des italienischen Ka-

tholizismus), das seit vielen Jahren in der Lombardei an der Macht ist, von den Einkünften der Compagnia delle Opere finanziert wird (dem wirtschaftlichen Zweig von CL). Heute werden die Geschäfte in der Lombardei und in Mailand wie in der Mafiawirtschaft abgewickelt (ein bestimmter Ort wird von einer „Familie“ beherrscht, einem Clan, der auch ein Wirtschaftsunternehmen ist, und der 75 % von allem für sich nimmt und den anderen Clans 25 % übriglässt, im Einklang mit den – geschriebenen oder ungeschriebenen – Regeln des „Zusammenlebens“ und „Friedens“ zwischen den Unternehmen, auch wenn diese in Konflikt oder Konkurrenz zueinander stehen). Die Compagnia delle Opere nimmt sich von den großen Bauvorhaben, Infrastrukturprojekten, Aufträgen im Gesundheitswesen, Dienstleistungen usw. 75 %, während die sogenannten „roten Genossenschaften“, die heute der PD (zuvor PCI-PDS-DS usw.) unterstehen, 25 % erhalten. In diesem Zusammenhang ist leicht zu erkennen, dass die sogenannte Opposition zu Formigoni (oder wie es vor dem Sieg von Pisapia dem Bürgermeister der PDL, Moratti, in Mailand erging) seitens der PD vom Theaterspiel der Politik sehr gedämpft und abgeschwächt wird.

Mit dieser Vorbemerkung soll darauf hingewiesen werden, dass die schwere Niederlage bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2010 die linke Wählerschaft stark getroffen hat (viele unzufriedene Wähler der PD und viele der verbreiteten und bedeutenden sozialen Linken in Italien). Viele wandten sich an uns als Vereinigung, die sich seit Jahren der schwierigen Aufgabe angenommen hat, die Linke zu vereinen, und versicherten uns in Bezug auf den Weg vom Sommer 2010 bis zum Mai 2011 mit den Kommunalwahlen in Mailand, „dieses Mal tun wir uns alle zusammen“, mit einer breiten Koalition von der PD bis zur PRC. Und dass es der Wunsch von vielen war und ist, mit der Vergangenheit zu brechen, d.h mit der „weichen“ Opposition zu Formigoni und Moratti (und im Allgemeinen zum korrupten und korrumpierenden Berlusconi in Italien) und mit der oben genannten Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik. Pisapia in Mailand und, ebenso bedeutsam, De Magistris in Neapel sind das Produkt dieser politischen und sozialen, aber auch kulturellen Entwicklung der „Moral“ und der „öffentlichen Ethik“. Letztere ist aus tief verwurzelten historischen Gründen („Doppiezza“, „Spagnolismo“, wie es Leonardo Sciascia nennt) in Italien sehr schwierig zu praktizieren. Mit dem Sieg bei der Volksbefragung zur öffentlichen Wasserversorgung, zum Nein zur Kernkraft und zum Berlusconi begünstigenden sogenannten „kurzen Verfahren“ wurde im Juni 2011 eine Wende vollzogen – der „italienische Frühling“.

## **Was ist passiert, und über welches Mailand sprechen wir**

Ein besonderer Prozess hat zum „italienischen Frühling“ mit der Wende und Trendumkehr der Supermacht von Berlusconi geführt. Wie es in historischen

Transformationsprozessen häufig der Fall ist, gab es zwei Triebkräfte. Einerseits wollen „die unteren Schichten“ nicht mehr wie in der Vergangenheit leben und andererseits können „die oberen Schichten“ die Dinge nicht mehr so lenken wie früher (so bekanntlich die Historiker der französischen Revolution und Lenin).

Für die Linke handelte es sich um einen positiven Prozess. Viele der Links- und Mitte-Links-Wähler haben, statt sich entmutigt und deprimiert in die Politikverweigerung und Stimmenthaltung der Linken zu flüchten, wie es nach den schweren Niederlagen der vorangegangenen Wahlen 2009 und 2010 passiert war, das Vertrauen und den Willen zur Beteiligung wiedergewonnen, sind sozusagen wieder erwacht. In der Zwischenzeit wurde, da von der Demokratischen Partei zwischen Juni und Juli 2010 aufgrund der üblichen Lähmung der Partei (die wie immer auf der Suche nach einem Kandidatenvorschlag war) kein Kandidat für das Bürgermeisteramt aufgestellt wurde, die Kandidatur von Giuliano Pisapia lanciert – Anwalt und ehemaliger Abgeordneter der PRC, heute von SEL (Sinistra Ecologia e Libertà, nationaler Parteivorstand Nichi Vendola), der aber auch von einem Teil des aufgeklärten Mailänder Bürgertums unterstützt wird. In den nachfolgenden Monaten wachte in Mailand die alte Seele des sozialistischen Reformismus und vor allem, für das Endergebnis, die Seele des katholischen Reformismus wieder auf. Diese Seelen sind das beste Vermächtnis von Mailand, der früheren Arbeiterstadt Mailand, des aufgeklärten Kapitalismus, mit einem recht festen sozialen Gefüge trotz der großen Missverhältnisse, Widersprüche usw. – bis zu den achtziger Jahren. Einhergehend mit den gigantischen Wandlungen des Kapitalismus und der Deindustrialisierung nahm die Präsenz von Arbeiterinnen und Arbeitern, blu und white collars, von Fabrikarbeit usw. in Mailand drastisch ab. An ihrer Stelle kamen die Tertiärisierung, Dienstleistungen, Berufe, ein großer Kapitalzufluss aus der Mafiawirtschaft (Mailand ist voller Anwaltskanzleien, Notare, Steuerberater, die dieses Geld in unzähligen kleinen haftungsbeschränkten Gesellschaften, in gewerblichen Tätigkeiten und Ladengeschäften, in Bauunternehmen usw. „waschen“). Schließlich kam parallel zu diesem strukturellen Wandel, zunächst mit Craxi und dann mit Berlusconi, der kulturelle und anthropologische Rausch der „Kultur des Narzissmus“, wie sie Christopher Lasch nennt, das Ende jeglicher sozialen Bindungen, der methodologische Individualismus, der soziale Darwinismus. Eine verbitterte menschliche und gesellschaftliche Landschaft, tief in der Seele vollkommen kapitalistisch.

Als im November 2010 Pisapia in den Vorwahlen über Stefano Boeri, den offiziellen Kandidaten der PD, und über Valerio Onida siegte, war man überrascht, aber nicht zu sehr. Für Pisapia waren die (politische und gesell-

schaftliche) radikale Linke, viele Unzufriedene der PD und vor allem die Erschütterung der Mailänder katholischen Kreise, die auf die „soziale Doktrin der Kirche“ achten. Für den Sieg bei den Wahlen im Mai 2011 hatte Pisapia die Unterstützung der Mailänder Kurie (Kardinal Tettamanzi und vor allem katholische Unterstützer wie die christlichen Arbeiterverbände ACLI, Casa della Carità und viele soziale und kulturelle Organisationen). Kurz vor den Wahlen im Mai sprach sich einer der Väter des Mailänder katholischen Unternehmertums, Piero Bassetti, für Pisapia aus. Das war einer der Schritte, die dazu führten, dass der sogenannte Dritte Pol (Gianfranco Fini mit Futuro e Libertà, die bereits mit Berlusconi gebrochen hatten, Ferdinando Casini mit der UDC und die API von Francesco Rutelli) keine Wahlempfehlungen abgab und damit vielen Zentrumswählern freie Hand ließ, (aus Hass gegen Berlusconi) für Pisapia zu stimmen. Schließlich sprach sich auch noch ein bedeutender Vertreter des Industrieverbands Confindustria, Cesare Romiti, früherer Geschäftsführer von Fiat und heute einer der Haupteigentümer der Tageszeitung par excellence von Mailand, dem Corriere della sera, zugunsten von Pisapia aus.

Von Seiten der „oberen Schichten“ erreichte die Kandidatin Letizia Moratti bei den Wahlen historische Tiefstzahlen. Sie war schon in den eigenen Reihen der PDL, der Partei von Berlusconi und vor allem der verbündeten Lega Nord (die eigentlich ihren eigenen Bürgermeisterkandidaten als Kandidaten der Koalition sehen wollte) nicht sehr beliebt. Viele von der Basis der Lega Nord haben nicht für Moratti abgestimmt. Einige Skandale (vergleichsweise milde für die italienische „Normalität“, aber dennoch relevant für normale europäische Bürger) rundeten das Gesamtbild politischer und moralischer Schwäche ab, mit denen die rechten Kräfte zur Wahl antraten.

Der Sieg von Pisapia war äußerst bedeutsam. Mailand ist nicht einfach nur eine Stadt, sondern aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts und ihrer Bedeutung im Land die sogenannte „moralische Hauptstadt“ Italiens. Das war ein schwerer Schlag für die Übermacht von Formigoni in der Lombardei. Es wird immer von Mailand als der Werkstatt gesprochen, die im Guten und im Schlechten den Wandel in ganz Italien vorwegnimmt.

Der Wandel ist auch aufgrund der Erfolge in Cagliari, in Triest, in Turin usw. und vor allem von De Magistris in Neapel eingetreten. Sollte De Magistris das Wunder einer guten Regierungsführung in der anderen moralischen Hauptstadt Italiens, für den Süden, vollbringen, mit einer endgültigen Lösung für das ewige Müllproblem, für die illegale Wirtschaft der Camorra (zumindest deren Eindämmung) und vor allem ohne die geweckte große Begeisterung zu enttäuschen, mit der großen Mobilisierung und Beteiligung der einfachen neapolitanischen Bürger, dann sähen wir tatsächlich Zeichen der Veränderung in Italien.



## Offene Probleme und Aussichten: Gewinnen ist eine Sache, Regieren eine andere

Im Juni 2011 haben wir mit dem Sieg bei den Volksbefragungen die zweite Halbzeit der Trendumkehr erlebt. Diese Niederlage war für Berlusconi und die rechten Kräfte in Italien sehr schmerzhaft. Den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Auswirkungen nach lässt sich dieser Sieg mit dem bei der Volksbefragung zum Scheidungsrecht im Jahr 1974 errungenen Sieg gegen die DC, den Vatikan und die rückschrittlichen Kräfte in Italien vergleichen.

Aber bei den Wahlen zu gewinnen ist eine Sache, komplexe Städte wie Mailand und Neapel zu regieren dagegen eine andere. Dies gilt umso mehr, als kurz darauf die Staatsschuldenkrise und das wirtschaftliche Unwetter dieses Sommers in Italien die kommunalen Verwaltungen auf eine harte Probe gestellt haben und immer noch stellen. Den italienischen Gemeinde- und Stadtverwaltungen, also auch Mailand und Neapel, stehen nicht mehr die finanziellen Mittel von früher zur Verfügung (sogenannte „Übertragungen“ vom Staat auf die lokalen Verwaltungen) und sie müssen deshalb viele soziale Dienstleistungen, viele sozialstaatliche Aspekte usw. kürzen oder die Tarife bzw. lokalen Steuern erhöhen. Und all das macht unbeliebt. Das von der Berlusconi-Regierung ergriffene Maßnahmenpaket („manovra economica“) – der Aderlass für die schwächsten Schichten Italiens, einschließlich der unteren Mittelschicht – beinhaltet unter anderem die Wiederaufnahme der Privatisierungen. Der Sieg im Juni scheint inzwischen sehr weit zurückzuliegen und die Volksbefragungen wie ausgelöscht.

In Mailand ist das wichtigste Ressort der Haushalt, der wahre Schatzminister der Stadt, und der Dezernent ist Bruno Tabacci, ein Mann von Piero Bassetti, dem Spitzenvertreter der ehemaligen DC und heute des Dritten Pols. Tabacci entdeckte, dass die vorangegangene Verwaltung ein Haushaltsloch von etwa 180 Millionen Euro hinterlassen hat. Einige von der Regierung Pisapia ergriffene Maßnahmen haben bereits Unzufriedenheit ausgelöst, wie die Erhöhung der öffentlichen Nahverkehrstarife und der IRPEF (eine lokale Steuer). Darüber hinaus beeinträchtigt der Penati-Skandal erheblich die Regierung, da der Dezernent für Verkehr, Maran, direktes Sprachrohr von Penati ist. Viele Vertreter dieser Regierung haben keinerlei administrative Erfahrung und diese Tatsache lässt sich bereits erkennen. Die Begeisterung sowie die Rhetorik der Beteiligung der Pisapia-Ausschüsse, des „orangenen Volkes“ usw. sind allein nicht ausreichend.

Aber um zu wissen, ob sich tatsächlich „der Wind gedreht hat“, muss man den kommenden Winter 2011–2012 abwarten, da sich viele Dinge in dieser nahen Zukunft klären werden, an erster Stelle, was die Regierung bezüglich der Expo 2015 unternehmen wird (große Immobiliengeschäfte, Stadtplanung, mafiose Infiltrationen usw.).

Die Probe, auf die das Mitte-Links-Bündnis in Mailand gestellt wird, ist groß. Die hervorgerufene Begeisterung war enorm. Die Enttäuschung, die daraus entstehen könnte, wäre es ebenfalls. Aber vor allem bleibt eines der historischen Probleme der italienischen Linken bestehen (und beeinträchtigt sehr): Jenseits der Rhetorik und der Wortgewandtheit (ein Meister dieser italienischen Tradition ist Nichi Vendola), geht es um die Fähigkeit zu regieren, sich Tag für Tag an den realen Problemen zu messen, unter Beibehaltung einer linken Prägung ohne der Versuchung zu erliegen, mit einer linken Ausdrucksweise rechte Dinge zu tun (wie zum Beispiel Privatisierungen).

Und noch eine letzte Anmerkung. Jedes Land hat seine Eigenheiten der historischen Entwicklung. Italien besitzt Charakterzüge, die seit langer Zeit bestehen und die man kennen muss – abgesehen von der Tatsache, dass es ein Land des kapitalistischen Zentrums und Westeuropas ist. Einem dieser Züge ist auch der italienische Einheitsstaat entsprungen: wie im Gattopardo „alles verändern, damit sich nichts ändert“. Pisapia, De Magistris und ganz allgemein der „italienische Frühling“ müssen sich mit eben dieser schlechten Tradition auseinandersetzen. Schließlich können die Krise des Kapitalismus und die Schuldenkrise alles auslöschen.

*transform!* 09-2011

# Eine neue Regierung nach den Wahlen in Dänemark

**Inger V. Johansen**

Am 3. Oktober wurde in Dänemark eine neue Regierung aus drei Parteien gebildet. Angeführt wird sie von den Sozialdemokraten, beteiligt sind die Sozialliberalen („Det Radikale Venstre“ – Radikale Linke) und die Sozialistische Volkspartei SF. Die Enhedslisten/Einheitsliste Rot-Grün ist als unterstützende (tolerierende) Partei dabei, die zwar zur Regierungsbildung, aber nicht zur Bestätigung des Regierungsprogramms erforderlich ist.

Dieser Artikel wurde drei Tage vor diesen jüngsten Entwicklungen verfasst: Ein Blick auf das politische Programm der neuen Regierung zeigt, dass aufgrund des starken Einflusses der Sozialliberalen, einer neoliberal ausgerichteten Partei der politischen Mitte, die in ihrer Wirtschaftspolitik der früheren rechten Regierung nahe steht, kaum Veränderungen in der Wirtschaftspolitik zu erwarten sind. Die Regierung wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit am rechten Spektrum im Folketing (Parlament) orientieren, wo eine Mehrheit von Bündnispartnern zu diesen Themen besteht. Andererseits enthält das Regierungsprogramm sehr gute Aussichten für fortschrittliche Veränderungen im Bereich der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik sowie in Klima- und Umweltfragen.

Die Parlamentswahlen am 15. September in Dänemark bedeuteten eine Umkehr der politischen Situation der letzten zehn Jahre, da nun die rechte Regierung, die von der rechtsextremen dänischen Volkspartei unterstützt worden war, abgewählt wurde.

Die Wahlen haben aber auch in anderer Hinsicht Geschichte geschrieben: Zum ersten Mal wird eine dänische Regierung von einer Ministerpräsidentin,

Helle Thorning-Schmidt, der Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten (SD) angeführt, und erstmalig wird die Sozialistische Volkspartei (SF) in der Regierung sein.

## Wahlen mit Überraschungen

In den letzten Tagen kurz vor den Wahlen kam es zu einem äußerst engen Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden politischen Blöcke, wobei sich im Endergebnis die Oppositionsparteien dann bei den Wahlen mit einem sehr knappen Sieg durchsetzten.

Nach mehr als einem Jahr mit einer klaren Mehrheit für die Oppositionsparteien war dies überraschend. Die Meinungsumfragen nach den Wahlen ergaben, dass der Abstand zwischen den beiden Blöcken sogar noch geringer geworden war!

Auch in anderer Hinsicht waren diese Wahlen eine Überraschung:

- Die großen Gewinner der Wahlen waren die Sozialliberalen („Radikale Venstre“ – Radikale Linke), eine neoliberale Partei der Mitte, und die radikale Linkspartei Enhedslisten/Einheitsliste Rot-Grün, die jeweils acht Sitze erlangten. Alle Umfragen während des Wahlkampfes hatten für beide Parteien einen beträchtlichen Stimmenzuwachs vorausgesagt. Dass sie derart stark zulegten war dennoch überraschend.
- Die stärkste Partei in Dänemark ist immer noch die Liberale Partei „Venstre“, die die vorherige rechte Regierung anführte. Dies steht den Erwartungen entgegen, dass die Sozialdemokraten sich als stärkste Partei etablieren würden, wie sie es vor der rechtsgerichteten Regierung gewesen waren.
- Die Konservativen verloren über die Hälfte ihrer Sitze. Mit 8 Sitzen sind sie nun die kleinste Fraktion im Parlament.
- Eine neue neoliberale Partei, die Liberale Allianz, die sich während der letzten Legislaturperiode herausgebildet hatte, erzielte viel bessere Wahlergebnisse als erwartet.
- Die rechtsextreme Dänische Volkspartei hat nun ihre Schlüsselrolle und ihren entscheidenden Einfluss auf die Regierungspolitik eingebüßt.
- Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Sozialistische Volkspartei (SF) schnitten bei den Wahlen nicht so gut ab wie erwartet. Das trifft insbesondere auf die SF zu, die 17 Sitze verlor und damit zum großen Verlierer der Wahlen wurde.
- Die Wahlbeteiligung war mit 86,53 % extrem hoch.

In der folgenden Tabelle findet sich die Sitzverteilung der einzelnen Parteien im dänischen Parlament (Folketing) nach den Wahlen (dahinter folgen in Klammern die Wahlergebnisse 2007):

**Wahlergebnis – 15. September 2011****Wahlbeteiligung: 86,53 %**

<b>Parteien</b>	<b>Stimmen</b>	<b>%</b>	<b>Sitze</b>
Enhedslisten	236 860	6,7 %	12
(Einheitsliste Rot-Grün)	(74 982)	(2,2 %)	(4)
Socialistisk Folkeparti	326 192	9,2 %	16
(Sozialistische Volkspartei)	(450 975)	(13,0 %)	(23)
Socialdemokratiet	879 615	24,8 %	44
(Sozialdemokraten)	(881 037)	(25,5 %)	(45)
Det Radikale Venstre	336 698	9,5 %	17
(Sozialliberale)	(177 161)	(5,1 %)	(9)
Kristendemokraterne	28 070	0,8 %	0
(Christdemokraten)	(30 013)	(0,9 %)	(0)
Liberal Alliance	176 585	5 %	9
(Liberale Allianz)	(97 295)	(2,8 %)	(5)
Det Konservative Folkeparti	175 043	4,9 %	8
(Konservative Volkspartei)	(359 404)	(10,4 %)	(18)
Venstre	947 725	26,7 %	47
(Liberale Partei)	(908 472)	(26,2 %)	(46)
Dansk Folkeparti	436 726	12,3 %	22
(Dänische Volkspartei)	(479 532)	(13,9 %)	(25)
Parteilose	1 850	0,1 %	
Färøer			2
Grönland			2
Insgesamt			179

Es scheint, dass die beiden Parteien, die die Wahlen gewonnen haben – Sozialliberale und Einheitsliste Rot Grün – auch diejenigen waren, die sich im Wahlkampf am deutlichsten profilierten und positionierten. Dies zog offensichtlich viele Wähler an. Was die Politik betrifft, so liegen beide Parteien in Fragen der Einwanderung und Flüchtlingspolitik nah beieinander, unterscheiden sich jedoch sehr stark in ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Im Bereich Einwanderung und Flüchtlingspolitik stehen die Sozialdemokraten und die Sozialistische Volkspartei der vorherigen rechten Regierung näher.

**Regierungsbildung**

Das Hauptproblem der zurzeit (Ende September) stattfindenden Verhandlungen ist natürlich die Tatsache, dass die Sozialdemokraten und die Sozial-

listische Volkspartei starke Verluste erlitten und zur Regierungsbildung auf die Stimmen der Sozialliberalen und der Einheitsliste Rot-Grün angewiesen sind. Im Prinzip müssen sie die Politik und Interessen dieser beiden Parteien abdecken, bemühen sich jedoch darum, gemeinsam mit den Sozialliberalen eine Regierung zu bilden, die nach ihrem Stimmenzuwachs bei den Wahlen einen starken Einfluss haben.

Interessanterweise bildeten die Sozialliberalen im Wahlkampf ein Bündnis mit den Konservativen, um sich in der Zukunft gegenseitig zu unterstützen und die so genannte Lücke zwischen den Blöcken zu schließen, die in den letzten zehn Jahre im dänischen Parlament bestand. Allerdings ist dieses Bündnis angesichts der Stimmenverluste der Konservativen überflüssig geworden. Den Sozialliberalen hat dieses Bündnis bei den Wahlen jedoch eindeutig genutzt.

## **Die Partnerschaft von Sozialdemokraten (SD) und Sozialistischer Volkspartei (SF)**

Bei diesen Wahlen ist eine starke Polarisierung der dänischen Gesellschaft zutage getreten. Gleichzeitig zeigt sich, dass sich mehr Arbeitnehmer der Linken zuwandten, als das zuvor in den zehn Jahren der rechten Regierung der Fall gewesen war. Sie gaben ihre Stimme nun jedoch den Oppositionsparteien, was diese vor einigen Jahren nicht erwartet hätten.

Die Wahlen haben zu einem Dilemma für die Partnerschaft SD/SF geführt. Einige Jahre lang (seit 2007) fühlten sich viele Wähler (höchstwahrscheinlich Beschäftigte des öffentlichen Sektors infolge von Arbeitsunruhen 2007–2008) zur SD und SF hingezogen, wobei beide Parteien, insbesondere die SF, in den Meinungsumfragen sehr stark zulegten. Dies fiel mit der neuen Partnerschaft beider Parteien zusammen. Bei den jüngsten Wahlen zeigte sich jedoch ein Rückschlag für beide, wobei die SF sogar weit hinter ihre Wahlergebnisse von 2007 zurückfiel.

### **Was ist passiert?**

Es steht fest, dass es zu einer zunehmenden Entfremdung von der engen Partnerschaft der SD/SF und deren Politik kam, die sich besonders schmerzlich für die SF auswirkte, da die Partnerschaft im Wesentlichen auf den Vorgaben und Maßnahmen der Sozialdemokraten beruhte. Gleichzeitig war das Profil der SD/SF-Partnerschaft recht verworren, wodurch es für die Wähler schwer war, einen klaren Unterschied zwischen ihrer Politik und der der vorherigen rechten Regierung auszumachen. Die SD/SF vertraten eine fortschrittlichere Sozialpolitik und plädierten auch für öffentliche Investitionen zur Schaffung von

Arbeitsplätzen. In vielen Fällen (z.B. Einwanderung und Flüchtlingspolitik, Verteidigung) akzeptierten sie jedoch die Politik der vorherigen Regierung.

Nachdem die SD/SF-Partnerschaft kein neues und unbeschriebenes Blatt mehr war, ist es nur allzu verständlich, dass linksorientierte Befürworter der SF sich schließlich weiter nach links, also zur Einheitsliste Rot-Grün, bewegen würden. Andere SF-Sympathisanten wandten sich möglicherweise den Sozialliberalen zu, die auch ein klareres Profil, z.B. in Einwanderungs- und Flüchtlingsfragen, haben.

## Der Aufstieg der Einheitsliste Rot-Grün

Die Einheitsliste Rot-Grün hatte bei diesen Wahlen mit einem Anstieg ihrer Stimmen gerechnet. Die Meinungsumfragen zeigten bereits im Vorfeld der Wahlen an, dass die Einheitsliste Rot-Grün ihre Sitze im Parlament mindestens verdoppeln würde. Der Anstieg auf das Dreifache mit 12 Plätzen war jedoch eine wirkliche Überraschung.

Diese starke Unterstützung lässt sich auf unterschiedliche Weise erklären. Ein recht offensichtlicher Faktor ist jedoch, die zunehmende Entfremdung von der Politik der SF. Der Stimmenzuwachs für die Einheitsliste Rot-Grün zeigt sich jedoch überall im Land, was darauf hindeutet, dass eine weitere Ursache in der zunehmenden allgemeinen Verärgerung und Unzufriedenheit mit der Politik der rechten Regierung in den letzten zehn Jahren zu suchen ist. Die Einheitsliste Rot-Grün schien dies sehr gut zum Ausdruck zu bringen. Die Kandidatin, der dies im Wahlkampf wohl am besten gelang, war die junge Abgeordnete der Einheitsliste Rot-Grün Johanne Schmidt-Nielsen, eine führende Figur im Wahlkampf. Sie gewann enorme Popularität und schnitt äußerst gut ab, erhielt bei den Wahlen sogar den zweitgrößten Stimmenanteil auf ihre Person (mehr als die angehende Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt).

Hinzu kommt, dass die Einheitsliste Rot-Grün hart daran gearbeitet hat, die katastrophale Niederlage bei den letzten Parlamentswahlen im November 2007 zu überwinden.

Die Einheitsliste Rot-Grün machte im Wahlkampf sehr deutlich, dass eine Stimme für sie die Möglichkeit einer „roten Regierung“, d.h. ohne die Sozialliberalen, erhöhen würde. Gleichfalls kündigte sie an, dass sie sich nicht an einer kommenden Regierung beteiligen, diese jedoch mit ihren Stimmen unterstützen würde. Das ist die politische Parteilinie, die auf ihrem Jahresparteitag angenommen wurde. Die Partnerschaft SD/SF vertritt in einigen Punkten eine Politik, für die die Einheitsliste Rot-Grün keine Verantwortung übernehmen kann, ohne mit dem eigenen politischen Anspruch zu brechen.

Im Wahlkampf verfolgte die Partei einen radikalen Linkskurs: Sie vertrat die sozialen Rechte der Arbeitnehmer, wandte sich gegen eine Kürzung der

Renten, die Abschaffung des Vorruhestands, die Erhöhung des Rentenalters und einen von der vorherigen Regierung vorangetriebenen fortschreitenden Abbau der Leistungen für Arbeitslose. Gleichzeitig setzt sie sich für ein radikales Klimaprogramm mit Investitionen in ökologische Arbeitsplätze, würdige Asylbedingungen und andere Maßnahmen für Einwanderer und Flüchtlinge ein.

Die Partei ist sich jedoch vollkommen bewusst, dass viele Wähler, die ihr in den Wahlen ihre Stimme gaben, ihre Politik nicht wirklich unterstützen. Die Motivation vieler Wähler war ganz einfach, sich gegen die vorherige Regierung zu stellen. Sie sind mit den politischen Anliegen der Einheitsliste im Detail wahrscheinlich nicht vertraut. Es gibt also viel zu tun, um diese Wähler umfassend zu informieren und davon zu überzeugen, dass sie richtig gewählt haben. Dies wird aber auch davon abhängen, welche konkreten Ergebnisse die Einheitsliste Rot-Grün in der künftigen dänischen Politik erreicht.



*transform!* 09-2011

# Die Partei DIE LINKE nach den Wahlen 2011

**Cornelia Hildebrandt**

Mit den Berliner Wahlen im September 2011 wurde der diesjährige Wahlzyklus mit sieben Landtags- und zwei Kommunalwahlen beendet. DIE LINKE hat sich bei diesen Wahlen als politische Kraft für soziale Gerechtigkeit behauptet. Sie blieb jedoch bei allen Wahlen deutlich unter ihrem Ergebnis der Bundestagswahlen (2009) von 11,9%. Es ist ihr nicht gelungen, Teil eines alternativen gesellschaftlichen und politischen Bündnisses zu werden, obwohl das bürgerliche Lager in Deutschland über keine homogene Krisenstrategie verfügt. Rot-grüne Optionen besitzen gegenüber den regierenden Parteien auf Grund der Schwäche der FDP deutlich Mehrheiten. DIE LINKE wird hierzu nicht gebraucht. Erstmals stellen die Grünen in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten.

Wie lässt sich eine solche Entwicklung erklären? Hierzu drei Anmerkungen:

1. Anmerkung: Die gesellschaftliche Konfliktstruktur, die das Parteiensystem in Deutschland prägt, verschiebt sich unter den Bedingungen sichtbar werdender Krisen, so dass das Bedürfnis an alternativen Gesellschaftsentwürfen wächst.

Die Idee eines neuen „Grünen New Deal“ erscheint unter den Bedingungen von Finanz- und Wirtschaftskrisen, einer drohenden ökologischen Krise bis hin zur atomaren Katastrophe als zukunftsfähiges Lösungsangebot auf die realen Entwicklungen eines restaurierten Neoliberalismus mit autoritären Zügen unbeirrbar finanzmarktgetrieben und auf Wachstum orientiert. Und ein solcher New Deal erscheint durchsetzbar: im März 2011 beschloss die Bundes-

regierung unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima überraschend den Atomausstieg. Erstmals wurden Energie- und Klimafragen zu wahlentscheidenden Themen und prägten maßgeblich die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

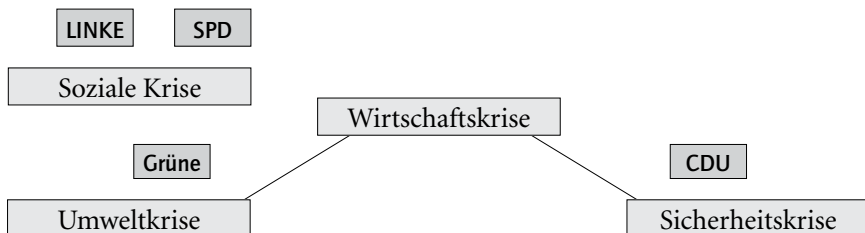
Die gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen, ihre Wahrnehmung und Gewichtung verschieben sich, sind in Bewegung geraten, so dass Zukunft als „Weiter so“ hinterfragt wird, auch mit Bezug auf eigene Lebensperspektiven. Anfang 2011 prägt das politische Klima in Deutschland jedoch nicht die Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen durch Abwrackprämie und Kurzarbeit begrenzt und eine soziale Krise verhindert werden konnte. Der von Linken (nicht nur der Partei DIE LINKE) prognostizierte kämpferische „heiße Herbst“ blieb aus. Die Finanz- und Wirtschaftskrise schien beherrschbar.

Angesichts dieser Entwicklung verlor gerade in Stuttgart – dem Firmen- bzw. Produktionsstandort von Audi, BMW, MAN u.a. – die Krise an wahlpolitischer Bedeutung. Die CDU setzte ihre konservative exportorientierte Wirtschaftsstrategie fort, verbunden mit einer verstärkten Antiterror-Außen- und Innenpolitik sowie autoritären Sicherheitspolitik, für die nach Innen u.a. auch die „Extremismusklausel“ steht. Die Grünen formulierten ihren „Green New Deal“, der Wirtschaftspolitik und Energiewende verbinden und dabei die soziale Frage berücksichtigen sollte. Die Forderungen der LINKEN nach sozial gerechter Verteilung der Krisenlasten blieben im März 2011 weitgehend ohne Resonanz.

### Grafik: Wahlentscheidende Konflikte, Frühjahr 2011



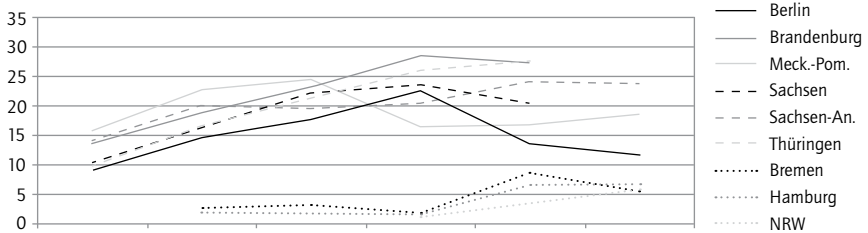
Diese Konstellation führte politisch zur Abwahl der schwarz-gelben Koalition aus CDU und FDP und ermöglichte erstmals eine grün-rote Koalition aus Grünen und SPD mit einem Ministerpräsidenten von den Grünen. DIE LINKE spielte in den öffentlichen Debatten kaum eine Rolle.



Bei der Landtagswahl im Mai 2011 in Bremen war die Energie – bzw. die ökologische Frage noch immer ein wichtiges, jedoch nicht mehr das wahlentscheidende Thema. Dennoch blieb DIE LINKE auch bei diesen Wahlen deutlich unter dem Wahlergebnis der vorangegangenen Landtagswahl von 2007 und der Bundestagswahl von 2009. Letztere gilt auch für die nachfolgenden Wahlen im September 2011 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

2. Anmerkung: DIE LINKE hat ihre veränderte Stellung im Parteiensystem nicht strategisch bearbeitet. Sie beschreibt sich als einzige Partei, die für soziale Gerechtigkeit steht, für einen Richtungswechsel der Politik hin zu einer sozial-ökologische Transformation. Für einen solchen Richtungswechsel werden jedoch gesellschaftliche wie politische Mehrheiten gebraucht.

### Ergebnisse der PDS/WASG/LINKE bei den Landtagswahlen zwischen 1990 bis 2011:



Quelle: eigene Zusammenstellung.

Die Entwicklung der Partei DIE LINKE stagniert in Bezug auf die Möglichkeit, ihren politischen Einfluss zu vergrößern. DIE LINKE ist in 13 Landesparlamenten vertreten. Sie wird jedoch gegenwärtig nur unter bestimmten ostpolitischen Bedingungen als Regierungspartei herangezogen, wenn alternative Optionen zu rot-rot nicht vorhanden sind. Sie ist 2011 mit dem Anspruch gescheitert, Teil rot-roter Regierungsprojekte auf Länderebene zu werden und hat in Berlin ihre zehnjährige Regierungspolitik beendet. Sie bleibt auch in Mecklenburg-Vorpommern drittstärkste Partei hinter der SPD und der CDU, und ähnlich wie in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen bereits seit Jahren in der Opposition. DIE LINKE selbst ist der Frage linker Regierungsbeteiligung gespalten, auch wenn die im neuen Parteiprogramm formulierten „Haltelinien“, die den möglichen Eintritt in eine Regierung an konkrete Bedingungen knüpfen, eine Regierungsbeteiligung nicht ausschließen. Für die strategische Ausrichtung der Partei liegt nun das Programm vor, die Strategieentwicklung der Partei bis 2013 und vor allem darüber hinaus steht noch aus.

Ihre wichtigsten Themen von 2009 werden zum Teil, wie der Mindestlohn, inzwischen auch von Grünen, SPD und CDU gefordert. Die Kritik an der Agenda 2010 bleibt nach halbherziger Kritik aus der SPD selbst 2011 eher wirkungslos. Dennoch ist DIE LINKE glaubwürdig die Partei für soziale Gerechtigkeit. Dies beschreibt maßgeblich ihr Image, hinter dem andere Fragen linker Gesellschaftskritik deutlich weniger wahrnehmbar sind. Folgerichtig kann sie bei Wahlen in besonderer Weise Arbeiter, insbesondere gewerkschaftlich organisierte und Arbeitslose an sich binden. Sie erreicht überdurchschnittliche Werte bei den Wählern zwischen 45 und 59 und in den ostdeutschen Bundesländern vor allem auch WählerInnen, die über 60 Jahre alt sind. Sie kann nur unterdurchschnittlich junge WählerInnen ansprechen und verliert zunehmend in den Altersgruppen zwischen 34 und 45 Jahren, jener Generationen, deren soziale und politische Prägung mit der Herausbildung postfordistischer Arbeits- und Lebensweise und der Entwicklung neuer Kommunikations- und Informationstechnologien verbunden ist. DIE LINKE verliert an Zustimmung in ihren früheren städtischen Hochburgen, insbesondere auch in Berlin.

### Sozialstruktur der LINKEN Mitglied- und Wählerschaft

	Mitglieder 2009	Bundestags- wahlen 2009 (11,9)	SA 2011 (23,7)	Baden- Württemberg 2011 (2,8)	Berlin 2011 (11,7)
<b>Arbeiter</b>	18 %	11 %	25 %	5 %	14 %
<b>Angestellte</b>	32 %	5 %	22 %	3 %	10 %
<b>Selbständige</b>	12 %	4 %	15 %	1 %	11 %
<b>Rentner</b>	53 %	4 %	26 %	2 %	15 %
<b>Studenten</b>	4 %	6 %			
<b>Arbeitslose</b>	8 %	15 %	35 %	12 %	16 %

Die Ergebnisse des Wahlzyklus 2010 und 2011 spiegeln somit die gegenwärtige gesellschaftliche Ausstrahlung der LINKEN, ihren von der Öffentlichkeit wahrgenommenen Gebrauchswert, der als notwendiges linkes parlamentarisches Korrektiv zu einer Politik des Sozialabbaus beschrieben werden kann.

DIE LINKE stagniert bei der Entwicklung der Partei als Organisation. Vor allem in den Flächenländern ist ihre gesellschaftliche Verankerung noch im-

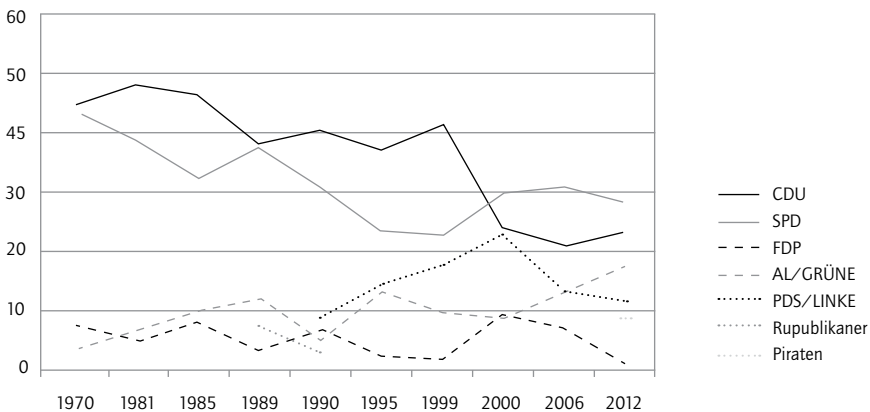
mer schwach entwickelt oder inzwischen – in den ostdeutschen Bundesländern – brüchig geworden. Ihre Ausstrahlung reicht hier kaum für das parlamentarische Umfeld der Länder und Kommunen hinaus. Sie muss deshalb ihre wachsende parlamentarische Präsenz in der Fläche wie in Niedersachsen, als Ressource und „Motor“ zur gesellschaftlichen Verankerung nutzen, wohl wissend, dass Parlamente die Entwicklung lokaler Basisorganisationen nicht ersetzen können.

DIE LINKE ist noch immer eine Partei, die bei gegenwärtigen Umfragen in fünf von zehn Bundesländern unter der Fünf- %-Hürde bleibt und nur noch in drei ostdeutschen Bundesländern die 20- %-Marke überschreitet.

3. Anmerkung: Wenn DIE LINKE erfolgreich sein will, braucht es mehr als die Fähigkeit zum Protest. Sie braucht – sichtbar auf den unterschiedlichen Ebenen – gesamtgesellschaftliche alternative Ansätze und gesellschaftlich getragene Projekte, die Umverteilungs- und Gestaltungsfragen mit sozialökologischen Fragen verbinden. Das ist in zehn Jahren Regierungsbeteiligung in Berlin nicht gelungen.

Bei den Berliner Wahlen gewann die SPD mit 28,3% vor der CDU mit 23,4%, den Grünen mit 17,6%, der LINKEN mit 11,7%. Erstmals ziehen die Piraten mit 8,9% und damit mit 15 Abgeordneten ins Berliner Abgeordnetenhaus und darüber hinaus in alle Bezirksverordnetenversammlungen, den Berliner kommunalen Parlamenten ein. Deutlicher Verlierer war die FDP mit 1,8%.

### Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin



Quelle: eigene Zusammenstellung

Die Berliner Wahlen sind für DIE LINKE deshalb von besonderer Bedeutung, weil sich hier exemplarisch zentrale Probleme der LINKEN bündeln. Dazu gehört die Frage linker Regierungsbeteiligung, ihr Charakter als Ost-West-Partei und nicht zuletzt die Stadt selbst, deren Geschichte auf beiden Seiten der Stadt die mittleren und älteren Generationen noch unmittelbar prägte. Hier stand die Mauer, hier wird der Umgang von LINKEN mit der eigenen Geschichte des Sozialismus in besonderer Weise reflektiert. Vor diesem Hintergrund mussten sich die Auseinandersetzungen in der LINKEN zu Kommunismus, Mauerbau und dem Verhältnis der LINKEN zu Kuba unmittelbar auf ihre Berliner Wahlergebnisse auswirken.

Gleichzeitig konnte DIE LINKE als Regierungspartei ihr eigenständiges Gewicht innerhalb der rot-roten Koalition beim „geräuschlosen“ Regieren kaum sichtbar machen. Ihre Erfolge wie die Schaffung von 118 000 neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, 7 000 Stellen im Öffentlich Geförderten Sektor (ÖBS), die Einführung eines Vergabegesetzes, das den Mindestlohn als Bedingung zur Vergabe öffentlicher Aufträge vorschreibt, ein Sozial- und Kulturticket für sozial Schwache, die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems konnte sie nicht zu einer Erfolgsgeschichte zusammenfassen, um sich als eigenständiger, die soziale Frage vorantreibender Teil der rot-roten Koalition zu präsentieren. Erst in den letzten beiden Jahren setzte sich DIE LINKE mit Mieten- und Wohnungsfragen auseinander. Sie verhinderte die weitere Privatisierung städtischer Wohnungsbaugesellschaften, doch sie konnte die unmittelbar vor den Wahlen ansteigenden Mieten auch dieser Gesellschaften nicht verhindern. Sie war kaum in der Lage, eigenständige städtebauliche Alternativen zu entwickeln, zunehmende Gentrifizierungsprozesse aufzuhalten oder beteiligungsorientierte Debatten alternativer Stadtentwicklung anzustoßen, obwohl sich in ihrem Umfeld zahlreiche Initiativen zum „Recht auf Stadt“ entwickelten. Die Partei selbst war nicht in der Lage, sich diese Lösung zu erschließen, mit der sich Verkehr (S-Bahn, Alternatives Gesamtkonzept zur Stadtautobahn A 100), Wohnen (bezahlbare Wohnungen), Kultur, Bildung und Lebensweise zusammenfassen lässt.

2001 trat die damalige PDS als eine Partei an, die nach dem größten Bankenskandal Europas für Aufklärung und Transparenz sorgt, die für eine andere Stadtpolitik und jenseits unrealistischer Metropolenpolitiken für einen anderen Politikstil steht. Demgegenüber erscheint DIE LINKE 2011 als eine Partei, die die Forderung nach Transparenz erst auf Druck städtischer Initiativen einlöst und erst unter diesem ein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet, dass alle Verträge der Öffentlichen Hand offenlegen muss. Infolge dessen werden die Verträge zur Teilprivatisierung der Wasserbetriebe im Internet zugänglich gemacht und zugleich das Volksbegehren zu dieser Frage, an dem mehr als 660 000 Menschen teilgenommen haben, als unnötig be-

trachtet. Der Berliner LINKEN ist – und das wurde durch den Umgang mit dem Wasserbegehren deutlich – die Sensibilität für die sich verändernden gesellschaftlichen Stimmungen in der Stadt verloren gegangen. Sie hat sich von vielen gesellschaftlichen Adern der Stadt entfremdet

Mit ihrem Ergebnis von 11,7 % liegt DIE LINKE unter dem Ergebnis von 2006 und unter dem Ergebnis der Bundestagswahlen von 2009. Sie verlor 14 000 Stimmen und stellt mit 20 Abgeordneten nur noch die viertgrößte Fraktion im Abgeordnetenhaus. Sie wurde in keinem Bezirk mehr stärkste Partei, sie verlor in ihren Ostberliner Hochburgen zwischen 5 und 7 % ihrer Wähler, konnte allerdings ihre Ergebnisse im Westteil der Stadt weitgehend halten. Sie verlor allein 23 000 WählerInnen durch Tod oder Wegzug. Sie erreicht nicht die linkslibertären Milieus und kaum die jungen Generationen. Sie ist auch in Berlin Partei der Sozial Schwachen, der Arbeiter und Arbeitslosen, sie ist vor allem Ost- und Rentnerpartei, auch wenn der Anteil ihrer Wähler aus den Westberliner Bezirken nunmehr 28 % beträgt.

DIE LINKE verlor vor allem an die Piratenpartei. Sie gewann 3 000 Stimmen von den Nichtwählern und 2 000 Stimmen von der SPD.

Die Piraten erschienen auf der politischen Bühne als die Alternative zum etablierten politischen System, als Anti- und zugleich Protestpartei, aber darüber hinaus auch als eine Partei, die das Lebensgefühl junger Generationen provokant politisch aufgreifen und mit Forderungen nach Transparenz und Partizipation verbinden konnte. Quer zu den anderen Parteien bekennen sie sich dazu, in Zeiten tiefer Krisen keine fertigen Antworten parat zu haben. Piraten setzten dort an, wo etablierte Parteien, einschließlich der LINKEN, sich von der Stadtgesellschaft, von der Lebenswelt vor allem junger Leute entfernt haben, wo visionäre Ansprüche nach realpolitisch-ressortgerechter Bearbeitung kaum noch erkennbar sind und immer weniger den divergierenden Lebensentwürfen und Lebenswirklichkeiten jüngerer Generationen entsprechen.

Dazu gehört die Normalität und Freiheit des Internets ebenso wie das Recht auf eine abgesicherte und zugleich eigenständige Lebensgestaltung auch jenseits der Arbeitsgesellschaft, deren Mehrheit längst nicht mehr auf klassische Berufskarrieren zurückgreifen kann: auf ein Grundeinkommen, das Recht auf kostenlose Bildung und kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Die Piraten fordern transparente Verfahren der Politik und selbstbestimmende Politikformen und Möglichkeiten politischer Selbstorganisation. Sie stellen nicht nur die Inhalte von Politik, die Glaubwürdigkeit von Politikern, sondern auch die politischen Verfahren selbst in Frage. So setzen sie dort an, wo z.B. die Forderungen der LINKEN nach einem „gläsernen Rathaus“ nicht mehr weiterverfolgt wurden. Die Partei der Piraten fordert alle Parteien heraus, vor allem aber DIE LINKEN und auch die Grünen, die nicht mehr darauf

rechnen können, dass das „gute Gefühl“ politischer Korrektheit, Autonomie und Partizipation automatisch mit der Wahl der Grünen verbunden werden.

Der LINKEN fehlt der gesellschaftliche Rückenwind, der ihr half, sich in den Jahren von 2007 bis 2009 als erfolgreiche politische Kraft in 13 Bundesländern und auf Bundesebene zu etablieren. Ihr fehlt die Untersetzung der 2009 proklamierten „neuen sozialen Idee“, die sich auf ein Sozialstaatsmodell des 21. Jahrhunderts stützt und die soziale mit der ökologischen Frage verbindet. Ihr fehlt ein attraktiver gesellschaftlicher Gegenentwurf einer sozial-ökologischen Transformation, die provozierende und zugleich mobilisierende Losung eines demokratischen und grünen Sozialismus.

Sie war bisher die Partei, die sagt, was ist und die richtigen Fragen stellt. Es wird Zeit, dass sie stärker als bisher kommunal, regional, national und europäisch – und dies miteinander verzahnt – Lösungs- und Zukunftskompetenzen im Dialog mit gesellschaftlichen Initiativen, Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und Linken anderer Parteien entwickelt. Aber hierzu muss sie sich selbst verändern, selbst attraktiv und anschlussfähig sein. Sie ist eine plurale Partei, sie muss jedoch, wie die Linken insgesamt, ihr parteipolitisches Mosaik handlungsfähig und kämpferisch in der Gesellschaft verankert entwickeln.



*Transform!* 09-2011

# Die „Front de Gauche“.

## Herausforderung einer echten dynamischen Volksbewegung

Dominique Crozat

### Die Entstehung der „Front de Gauche“ („Linksfront“): ein Rückblick

Dass die Franzosen 2005 den europäischen Verfassungsvertrag durch ein Referendum ablehnten, weiß jeder. Dieser Erfolg war dem Umstand zu verdanken, dass es die antiliberalen Kräfte zum ersten Mal geschafft hatten, zusammenzuarbeiten und in der Bevölkerung eine echte Dynamik der Debatte und des Gedankenaustausches auszulösen. Sie gaben damit den Anstoß zu einer tiefgreifenden politischen Mobilisierung, an der sich nicht nur die linksradikalen politischen Parteien und eine Randströmung der Sozialistischen Partei, die sich schließlich zu einem Teil ganz von der Sozialistischen Partei (PS) löste und die „Parti de Gauche“ („Linkspartei“) gründete, beteiligten. Auch Gewerkschafter, Mitglieder sozialer Bewegungen und Globalisierungsgegner sowie Bürger, die sich bisher nicht an politischen Debatten beteiligt oder sich von ihnen distanziert hatten, nahmen an ihnen teil. So konnte das anfangs scheinbar Unmögliche geschehen. Der Erdrutschsieg war das Ergebnis einer Dynamik, die die gesamte Bevölkerung erfasste und die Debatten bis in die Betriebe und die Viertel der einfachen Menschen trugen, da sie sich mit ihren Alltagsorgen auseinandersetzten: Arbeitsplätze, Dienste der Daseinsfürsorge, Löhne, Demokratie, Frieden usw.

Dieser Sieg weckte Hoffnungen und spornte dazu an, die gemeinsame Arbeit fortzusetzen. Zwei Jahre später versuchten einige derer, die sich am

2005 geführten Kampf beteiligt hatten, eine gemeinsame Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen vorzubereiten. Es gelang ihnen jedoch nicht, in der Bevölkerung eine entsprechende Dynamik auszulösen. Zwar konnte trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten ein Programm verfasst werden, das Aufstellen eines gemeinsamen Kandidaten erwies sich aber als unmöglich. Schließlich setzten sich parteipolitische oder, im Gegenteil, Parteipolitik ablehnende Reflexe durch. So ging die auf den gesellschaftlichen Umbau setzende Linke als eine gesplante Formation ins Rennen und fuhr katastrophale Ergebnisse ein<sup>1</sup>. Dies rief bei denen, die sich eine gemeinsame Kandidatur erhofft hatten, Verbitterung und Verunsicherung hervor.

Die danach mit der Bildung der Front de Gauche („Linksfront“) geweckten Hoffnungen erhielten neuen Auftrieb, weil zum einen die Kommunistische Partei (PCF) beschlossen hatte, eine auf die Schaffung einer solchen Formation ausgerichtete Strategie zu verfolgen, und es zum anderen im linken Flügel der Sozialistischen Partei (PS) zu einer Spaltung gekommen war. Dieser linke Flügel hatte sich mit Jean-Luc Mélenchon an der Kampagne für ein NEIN in der Volksabstimmung zum europäischen Verfassungsvertrag beteiligt. Die Front de Gauche gründete sich zunächst auf einer Partnerschaft zwischen linken Parteien und Strömungen<sup>2</sup>, die für einen gesellschaftlichen Wandel eintraten. Bei den Wahlen zum Europaparlament im Jahr 2009, den Regionalwahlen 2010 und den Kantonalwahlen 2011 bestand die Front de Gauche ihre Feuerprobe. Der Ausgang der ersten Wahlen<sup>3</sup> war zwar eher ermutigend, die Ergebnisse entsprachen aber bei weitem noch nicht den Erwartungen. Zudem war der Nichtwähleranteil sehr hoch.

Diese ersten Ergebnisse und das Trauma der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 veranlassten die „Linksfront“ dazu, ihre Arbeit fortzusetzen. Angesichts der drängenden sozialen Probleme und der Notwendigkeit, mit Hilfe einer sozialen Bewegung einen politischen Ausweg aus der Lage zu finden, erschien der Aufbau einer solchen Formation dringender als je zuvor. Trotz ihrer Stärke stößt diese gesellschaftliche Bewegung auf taube Ohren. Dies wurde im Zusammenhang mit der Rentenreform vom Herbst 2010 deutlich, als 3,5 Millionen Demonstranten durch die Straßen zogen. Es wurde ein „gemeinsames Volksbewegungsprogramm“ ausgearbeitet, für die Präsidentschaftswahl ein gemeinsamer Kandidat designiert und im Hinblick auf die Parlamentswahlen im Mai und Juni 2012 die Kandidaten der Front de Gauche gekürt. Jean-Luc Mélenchon gelang es dabei auf Anhieb, seine Kandidatur als unverzichtbaren Schritt durchzusetzen. Die überwiegende Mehrheit der Anhänger der PCF verstand es, nachdem sie die Lehren aus der Spaltung von 2007 gezogen hatte, ihre zögerliche Haltung abzulegen und Jean-Luc Mélenchon als Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen.

## Die Herausforderungen für die „Linksfront“

Es wird kein leichter Weg werden. Die Front de Gauche ist eben nicht Die Linke. Sie könnte es auch nicht werden, ohne einen Teil dessen aufzugeben, was ihre Besonderheit ausmacht. Die Partner des Bündnisses unterscheiden sich nämlich nach der Anzahl ihrer aktiven Mitglieder<sup>4</sup>, ihrer Geschichte und ihrer politischen Kultur. Letztere reicht von der Sozialdemokratie bis zum linksextremen Lager. Weitere Unterschiede liegen in ihren Ausrichtungen in Bezug auf wichtige Themen und in ihrer jeweiligen Verankerung in der Gesellschaft begründet. All dies wollen sie nicht einfach unter den Teppich kehren. Im Übrigen – und das ist alles andere als unwichtig – kann diese Vielfalt zur Keimzelle einer echten dynamischen Volksbewegung werden, wenn die parteipolitischen Reflexe erst einmal abgelegt worden sind. Die politischen Strömungen, aus denen sich das Bündnis zusammensetzt, sind nämlich noch zu häufig von derartigen Reflexen gekennzeichnet. Diverse Kräfte der Alternativen Linken sowie der Sozial- und Gewerkschaftsbewegung haben sich der Formation angeschlossen. Bürger, die lange Zeit von der Parteipolitik enttäuscht waren, können sich zwar voll und ganz mit der Dynamik einer geschlossenen Front-Formation identifizieren. Dagegen würden sie in einer parteipolitischen Struktur nie ihren Platz finden. Genau darin besteht eine der größten Herausforderungen, denen sich die Front de Gauche gegenüber sieht: Sie muss einen Beitrag zur Entstehung einer echten Volksbewegung leisten, die für eine Politik der gesellschaftlichen Transformation eintritt. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Linksfront vor allen Dingen eine Bürgerfront ist, die diesen Prozess ins Rollen bringen soll und die ihren Rückhalt unter Menschen mit linker Gesinnung findet. Mit eben dieser Geisteshaltung werden auch die Ortsgruppen aufgebaut.

In Frankreich und vielen anderen Ländern hat die soziale Bewegung bewiesen, dass sie Menschen durchaus für ihre Ziele zu mobilisieren versteht. Die Menschen hegen tiefe Ressentiments gegen die gravierenden sozialen Ungerechtigkeiten der Reformen, die das regierende bürgerliche Lager ihnen aufgezwungen hat. Die liberale Politik und das liberale Modell stoßen auf immer größere Ablehnung, jedoch ist nirgendwo eine Alternative zu erkennen. Diese Feststellung trifft für fast ganz Europa zu. Jedes Mal, wenn nach großen gesellschaftlichen Unruhen Wahlen stattfanden, offenbarten deren Ergebnisse die Kluft zwischen der Ablehnung des Liberalismus und dem Willen, für soziale Belange zu kämpfen und sich für Alternativen einzusetzen. Der bei den französischen Kantonalwahlen von 2011 ermittelte sehr hohe Nichtwähleranteil in der Schicht der einfachen Leute und das von der Front National erzielte Wahlergebnis stellen daher besorgniserregende Vorzeichen dar. Die Verschärfung der Krise und die massive Ablehnung der Rentenreform ha-

ben die Kräfteverhältnisse jedoch nicht erkennbar zu Gunsten der auf gesellschaftliche Transformation setzenden Linksparteien verändert.

Es gibt also viel zu tun, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden und der sozialen Bewegung eine politische Dynamik zu verleihen. Diese Dynamik muss mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit, der Ablehnung des Liberalismus und politischen Antworten verknüpft werden. An sozialen Auseinandersetzungen hat es in den letzten Jahren wahrlich nicht gemangelt. Wenn es dabei aber um die großen sozialen Fragen ging, standen die Kämpfer meistens „mit dem Rücken zur Wand“ und scheiterten an der liberalen Offensive.

Um wieder aus der Sackgasse herauszufinden, müssen die Sozialbewegungen direkt auf dem politischen Terrain aktiv werden, sich den liberalen Ausrichtungen widersetzen und die Alternativlösungen ins Rampenlicht der politischen Bühne rücken. Man kann heutzutage einfach nicht mehr davon ausgehen, dass es genügt, den politischen Parteien zu vertrauen, damit sie die sozialen und gewerkschaftlichen Anliegen verfechten, als deren Verteidiger sie sich ausgeben. Dass man dieser Frage nicht ausweichen kann, wird daran deutlich, dass nicht nur das Scheitern der Periode des „Gemeinsamen Parteiprogramms“ von 1972, sondern auch die Jahre der Präsidentschaft von Mitterrand und Jospin<sup>5</sup> zu einer Desillusionierung geführt und Politikverdrossenheit hervorgerufen hatten. Andere, jüngere Erfahrungen deuten in dieselbe Richtung: In Bezug auf die Rentenreform unterscheidet sich das Programm der Sozialisten im Grunde genommen kaum von dem, was die Regierung zusammen mit den Arbeitgebern umgesetzt hat. Weite Teile der öffentlichen Meinung bringen die linken Parteien heutzutage kaum noch mit sozialem Fortschritt, sozialer Gerechtigkeit oder der Verteidigung der Interessen der einfachen Menschen in Verbindung.

Gewerkschaften und soziale Bewegungen misstrauen der Politik und haben sich von ihr distanziert. Zwischen den beiden Seiten, die ihre jeweilige Rolle durchaus angenommen haben, besteht eine tiefe Kluft, die jedwede Interaktion mit eventuellen Alternativen erheblich erschwert.

Nach Ansicht eines wachsenden Teils der Bevölkerung hat das neoliberale Modell heutzutage zum Teil seine Legitimität verloren. An den meisten Orten Europas zeigen die Menschen ihre ablehnende Haltung gegenüber diesem ungerechten und auf Ungleichheit gründenden System. Allerdings hat sich überall eine gewisse fatalistische Stimmung ausgebreitet. Die Leute zweifeln an der Möglichkeit, dass es eine Alternative zu dieser Politik geben könnte. Die sozialdemokratische Linke selbst bestätigt die Auffassung von der Ohnmacht der Politik gegenüber der Ökonomie.<sup>6</sup> Im Programm der Sozialistischen Partei wird die liberale Globalisierung akzeptiert. François Hollande, der bei den „sozialistischen Vorwahlen“ zur Bestimmung des Kandidaten der PS für die Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 antritt, spricht seinerseits von

„Realismus“ und „Vernunft“, ja sogar von „Strenge“. Seine Aussagen zum Thema Schuldenabbau sind stark an den sozialliberalen Diskurs angelehnt.

## **Überwindung der Kluft zwischen der sozialen Thematik und der Politik**

Die Überwindung der Kluft zwischen dem „Sozialen“ und dem „Politischen“ wird in Anbetracht der Krise und ihrer für die Gesellschaft immer belastender werdenden Folgen zu einer entscheidenden Herausforderung. Will man alle existierenden politischen Strömungen – bei gleichzeitiger Wahrung ihrer Identität und Eigenständigkeit – bündeln, so verlangt dieser Vorgang von jedem Einzelnen die Bereitschaft, sich selbst schonungslos infrage zu stellen. Dies setzt voraus, dass man sich von der Vorstellung der Überlegenheit des Politischen verabschiedet und eine neue Auffassung von der Rolle und dem Platz der Parteien entwickelt. Vor allem in der Kommunistischen Partei hat man diese Arbeit bereits in Angriff genommen. Die sozialen Bewegungen können sich ihrerseits nicht auf den sozialen Bereich beschränken. Angesichts ihres Vordringens in die politische Arena müssen sie ihre Forderungen in die öffentliche Debatte einbringen.

Die Front de Gauche ist aufgefordert, den gesellschaftlichen Erwartungen mit klaren Antworten gerecht zu werden. Sie soll mit den Kräften der sozialen Bewegung einen Dialog auf Augenhöhe führen, um Alternativvorschläge zu erarbeiten, die im Widerspruch zur liberalen Logik stehen. Wenn die Linksfrente sich der Probleme der sozialen Unsicherheit annimmt, vor allem Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Armut, Angst vor dem sozialen Abstieg sowie Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten verschiedenster Art, wird sie sich wieder um die Anliegen der einfachen Menschen kümmern, die man zu lange sich selbst überlassen hatte. Da ein wachsender Teil der „Mittelschicht“ sich in seiner Existenz bedroht sieht und verarmt, erscheint diese Vorgehensweise umso notwendiger.

Sollte die Front de Gauche diesen Weg nicht beschreiten, wird die Front National den Protest gegen die soziale Ungleichheit für sich in Wählerstimmen ummünzen und dadurch das Thema der „sozialen Frage“ besetzen. Sarkozy und seine Anhänger werden gleichzeitig den Fremdenhass und das Gefühl der Unsicherheit der Bürger anheizen und ausnutzen, um daraus einen ihrer Hebel für den Machterhalt zu schmieden.

Wenn die Front de Gauche bei all diesen Fragen in die Offensive geht und den Kräften der gesellschaftlichen Bewegung in ihren Reihen den notwendigen Platz einräumt, wird sie in der Lage sein, jene Glaubwürdigkeit zu gewinnen, die ihr heute noch fehlt, um die Umwandlung der Gesellschaft und den Bruch mit den kapitalistischen Denkweisen zu Schwerpunktthemen der

öffentlichen Debatte zu machen. Die Linksfrent muss ein Programm sowie Wege und Instrumente für die angestrebten Veränderungen präsentieren und ihrem Vorhaben die entsprechende Dynamik verleihen. Bei der Vorstellung des „gemeinsamen Volksbewegungsprogramms“ für die Wahltermine 2012, die anlässlich der „Fête de l’Humanité“ im vergangenen September stattfand, wurden übrigens 75 000 Exemplare des Programms mit dem Titel „Der Mensch steht an erster Stelle“ verkauft. Die Vorschläge sollen dazu beitragen, Resignation und Fatalismus zu überwinden. Der Erfolg zeugt vom ermutigenden Anfang einer dynamischen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund kam es zu einem bemerkenswerten Ereignis. Bislang galt es im Allgemeinen als gesichert, dass auf Grund der 1958 verabschiedeten Verfassung der Fünften Republik der Senat (die zweite Parlamentskammer) niemals zu einer Mehrheit linksgerichteter Parteien umschwenken könne. Trotz eines für die konservativen Parteien maßgeschneiderten Wahlsystems stimmten die sogenannten „Wahlmänner“, also Lokalpolitiker und Abgeordnete, bei den Senatswahlen am 25. September dieses Jahres zum ersten Mal für eine Mehrheit linker Parteien. Die Gründe dafür waren die Gespaltenheit des konservativen Lagers, die ablehnende Haltung gegenüber der Regierungspolitik und die Wut der Lokalpolitiker über die Angriffe auf die lokale Demokratie. Außerdem spielte die finanzielle Strangulierung der Gebietskörperschaften und der Dienste der Daseinsfürsorge eine Rolle. Auch wenn man die 72 000 „Wahlmänner“ nicht mit der überwiegenden Mehrheit der Wählerschaft gleichsetzen kann, ist dieser Umschwung doch ein Hoffnungszeichen für die 2012 anstehenden Wahlen. Das erste positive Ergebnis besteht darin, dass die „goldene Regel“ (in der Verfassung festgeschriebenes Verbot von Haushaltsdefiziten) nicht verabschiedet werden kann; es sei denn, die Sozialisten stimmen dafür. Damit dieser Umschwung aber zum Ausgangspunkt einer tatsächlichen Alternative werden kann und einem einfachen, einer Niederlage gleichkommenden Machtwechsel vorgebeugt wird, ist es erforderlich, dass die Front de Gauche in die Offensive geht. Des Weiteren müssen die Sozialbewegungen ihre Forderungen mitten in den Senat hineintragen. Letzterer muss von nun an zu einem Ort werden, an dem Widerstand gegen die Politik des Sozialabbaus geleistet und ein Gesinnungswandel herbeigeführt wird.

Die Front de Gauche trägt eine große Verantwortung für die Schaffung einer echten dynamischen Volksbewegung, innerhalb derer jeder seinen Platz finden, sich einbringen, überall Bürgerinitiativen verschiedenster Art unterstützen und somit dem Land neue Hoffnung auf eine linke Politik machen kann. Das setzt jedoch voraus, dass die Parteien, die die Linksfrent gründeten, sich von parteipolitischen Denkweisen trennen. Diese sind unter ihnen heute noch sehr stark ausgeprägt. Seit Bürger und soziale Bewegungen um-

fassend in den Ortsgruppen vertreten sind, brachten sie ihre ersten Initiativen auf den Weg. Mit ihrer Hilfe und dank der öffentlichen Stellungnahmen von Protagonisten der gesellschaftlichen Bewegung sowie der Durchführung von Gesetzes-Workshops, in denen gemeinsam Gesetzentwürfe ausgearbeitet und das politische Projekt umgesetzt werden sollen, kann die Entwicklung einer echten Politik der gesellschaftlichen Transformation eine dynamische Wirkung entfalten. Wir stehen noch ganz am Anfang. Es wird ein steiniger Weg werden, aber er scheint erfolgversprechend zu sein.

## Anmerkungen

- 1) PCF (Kommunistische Partei Frankreichs, KPF): 1,93 %; LCR (Revolutionäre Kommunistische Liga, die stets eine gemeinsame Kandidatur ablehnte): 4,08 %; José Bové: 1,32 %; Les Verts (Die Grünen): 1,57 %; PS (Sozialistische Partei): 25,87 %; gemäßigt konservatives Lager: 18,57 %; FN (Nationale Front): 10,44 %; konservatives Lager (Sarkozy): 31,18 %.
- 2) Kommunistische Partei Frankreichs (PCF); Linkspartei (Parti de Gauche) von Jean-Luc Mélenchon; Die Vereinigten Linken (Gauche Unitaire), ein Bündnis aus Aktivisten, die sich von der Revolutionären Kommunistischen Liga (LCR), einer trotzkistischen Bewegung, getrennt hatten.
- 3) Die Front de Gauche erhielt bei den Europawahlen 6,3 % und bei den Regionalwahlen in den Regionen, in denen sie zur Wahl stand, 6,95 %; bei den Kantonalwahlen erhielt sie in den Kantonen, in denen sie 2011 antrat, 10,38 % der Stimmen.
- 4) Circa 130000 Mitglieder in der PCF, 8000 in der Parti de gauche (Linkspartei), allenfalls einige Hundert Mitglieder in der Gauche Unitaire (Die Vereinigten Linken).
- 5) François Mitterrand, Sozialist, Präsident der Republik von 1981 bis 1995. Lionel Jospin, sozialistischer Premierminister von 1997 bis 2002.
- 6) Cf. Erklärung von Lionel Jospin, damals sozialistischer Premierminister, zum Personalabbau bei Michelin, den der Konzern 1999 zur Steigerung seines Aktienkurses durchführte.

# Verfolgung: Der österreichische § 278 a als Beispiel

Lutz Holzinger

Ungesichert ist, ob die Anschläge auf die Twin Towers des World Trade Center in New York am 11. September 2001 der Auftakt für die Achterbahnfahrt waren, auf der die Finanzmärkte sich seither befinden. Diese Berg- und Talfahrt hat Verwerfungen der gesamten Weltwirtschaft ausgelöst und dient in Europa als Vorwand, das Gros der sozialen Reformen zu beseitigen. Sie scheinen überflüssig geworden zu sein, seit die sozialistischen Staaten implodiert sind. Hingegen ist es keine Frage, dass die massive Aufrüstung von Polizei und Justiz in materieller und rechtlicher Hinsicht mit den damaligen Terrorakten begründet wurde und wird. In der öffentlichen Diskussion fiel weitgehend unter den Tisch, dass diese neuen Bestimmungen ohne Umwege gegen die Aktivistinnen und Aktivisten von sozialen Bewegungen und politischen Parteien gewendet werden können.

Nachdenklichkeit in diesem Sinn löst ein soeben in Wien erschienenes Buch mit dem Titel „§ 278a – Gemeint sind wir alle!“ aus. In dem Band geht es laut Untertitel um den „Prozess gegen die Tierbefreiungs-Bewegung und seine Hintergründe“. Dieses spektakuläre Gerichtsverfahren wurde von der österreichischen und zum Teil auch von der internationalen Presse mit großem Interesse verfolgt. Im Vorwort heißt es: „Der über ein Jahr andauernde Prozess, der im Mai 2011 zu Ende ging, stellt eine weitere Etappe der Repression gegen politische AktivistInnen in Österreich dar. Dem vorausgegangen war die Zerstörung der Privatsphäre der Beschuldigten und ihres Umfelds durch die Ermittlungen der ‚Soko Bekleidung‘ (= Sonderkommission der Po-



lizei – Red.), die Erstürmung und Durchsuchung von 23 Wohnungen und Büros im Mai 2008 und die anschließende Inhaftierung von zehn TierrechtsaktivistInnen unter anderem wegen des Verdachts der ‚Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation‘ (§278a).“

Der einzige positive Aspekt dieser menschenrechtswidrigen Polizei- und Justizaktion besteht im Freispruch sämtlicher Angeklagten vor dem Gericht in Wiener Neustadt. Während des Prozesses hatte es lange so ausgesehen, dass die Einzelrichterin der windigen Beweisführung der Anklage folgen und die monatelang in Untersuchungshaft einsitzenden Justizopfer zu saftigen Freiheitsstrafen verknacken würde. Parallelurteile, mit unfassbaren Strafen von bis zu elf Jahren Haft, gegen TierrechtsaktivistInnen gab es in Großbritannien und den USA bereits in Hülle und Fülle.

Wie in Wiener Neustadt wurden im Ausland den einzelnen angeklagten Männern und Frauen keine konkreten strafbaren Handlungen vorgeworfen. Kriminalisiert wurde die Entwicklung, Organisation und Teilnahme von bzw. an Kampagnen, Demonstrationen und Aktionen etwa gegen den Pelzhandel oder für die Befreiung von Tieren. Wegen vager Verdachtsmomente gelang es der Polizei, den Einsatz von Ermittlungsmethoden zu erwirken, deren Zulassung gegenüber der Öffentlichkeit unter dem Vorwand der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität argumentiert worden war: Verdeckte Ermittlung, großer Lauschangriff, Einbau von „Trojanern“ in PCs usw.

Sophie Uitz schreibt in ihrem Beitrag in dem Buch über die Paragrafen, die sich formal gegen organisierte Kriminalität, Bandenbildung und dergleichen richten: „Deren Anwendung erlaubt ein überbordendes Maß an Überwachungs- und Ermittlungsbefugnissen... Es genügt ein – mehr oder weniger konstruierter – Anfangsverdacht und schon können alle Möglichkeiten staatlicher Observierung, Überwachung und Ermittlung ausgeschöpft werden. Die dabei gesammelten Daten – nicht selten die Resultate jahrelanger systematischer Überwachung – ermöglichen einen tiefen Einblick in Strukturen, die für den Staat von Interesse sind, alles ohne eine spezifische Straftat an sich definieren zu müssen.“ (S. 257)

Die Dokumentation des Gerichtsverfahrens zeigt, dass den Angeklagten in Wiener Neustadt trotz monatelanger Überwachung keine konkreten Taten vorgeworfen werden konnten; sie haben lediglich legale Möglichkeiten genützt, um gegen die profitorientierte Haltung und Nutzung von Tieren zu demonstrieren, zu protestieren und zu agieren. Auslöser für die Polizei- und Justizaktion war offenbar die von zwei Tierrechtsorganisationen gemeinsam entwickelte Kampagne gegen die Textilkette Kleider Bauer, weil sie sich nicht davon abbringen ließ, Kleidungsstücke aus Pelz oder mit Pelzbesatz zu vermarkten. Im Zuge der Kampagne wurden mit Go-ins, Ankettungen, Demonstrationen, Buttersäurehinterlegung, Mahnwachen vor den Wohnhäusern füh-

render Firmenexponenten und ähnliche Aktionsformen vorgetragen, ohne dass einzelnen Mitwirkenden strafbare Handlungen nachgewiesen werden konnten. Daher wurde versucht, Personen an organisatorischen Schnittstellen einen Strick zu drehen. Der große (Ermittlungs-)Aufwand zeigte jedoch letztlich geringe (Rechts-)Wirkung.

Allerdings wurde die Existenz der Angeklagten ohnehin massiv beeinträchtigt – durch überfallsartige Polizeiauftritte in Privatwohnungen, monatelange Untersuchungshaft und den über ein Jahr dauernden Prozess mit durchschnittlich drei Gerichtsterminen pro Woche. Zugute kam den TierrechtsaktivistInnen, wie an einer Stelle des Buchs unterstrichen wird, dass sie aus dem Mittelstand stammen und durchwegs über überdurchschnittliches Bildungsniveau verfügen. Wesentliche schwerwiegendere Folgen eines großen Lauschangriffs zeigte hingegen die Operation Spring, in der 104 Schwarzafrikaner unter dem Generalverdacht des Drogenhandels ohne konkrete Sachbeweise verhaftet und schlankerhand zu drakonischen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Die Unschuldsvermutung war außer Kraft gesetzt worden: Wer nicht beweisen konnte, unschuldig zu sein, wanderte – oft für Jahre – ins Gefängnis.

Beide Beispiele zeigen, dass der gegen den Terror gerichtete Paragrafenschwung demokratiepolitisch äußerst problematisch ist. Dieser von der Legislative kaum kontrollierbare Wildwuchs in Polizei- und Justizapparat hat das Zeug, im Fall des Falles die gesamte Linke unter Generalverdacht zu stellen und zu verfolgen, wenn die Herrschenden das für erforderlich erachten und eine entsprechende politische Konstellation gegeben ist.

Christof Mackinger und Birgit Pack:

„§ 278 a – Gemeint sind wir alle!“, Mandelbaum Verlag, Wien 2011, 407 Seiten, 16,90 Euro

*transform!* 09-2011

# Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien – eine ambivalente Erfahrung

**Boris Kanzleiter**

„Produzentendemokratie“ und „Arbeiterselbstverwaltung“ sind Begriffe, die in der Diskussion über eine alternative Wirtschaftsordnung untrennbar mit dem „jugoslawischen Experiment“ verbunden sind. Der „Dritte Weg“ des jugoslawischen Sozialismus bildete einen wichtigen Referenzpunkt für die Debatten der internationalen Linken. Seit der Abkehr der jugoslawischen KommunistInnen von Moskau 1948 stand Jugoslawien für den erfolgreichen Bruch eines sozialistischen Landes mit dem „Stalinismus“. Die Proklamation der „Arbeiterselbstverwaltung“ knüpfte an die Ideen einer demokratischen Linken jenseits der konservativen Sozialdemokratie im Westen und des bürokratisierten „Staatssozialismus“ im Osten an.

Das Experiment Jugoslawien faszinierte weltweit. In Jugoslawien selbst allerdings war das Selbstverwaltungssystem stets umkämpft. Beim Bruch mit Moskau verfügten die jugoslawischen KommunistInnen über keine vorformulierten Alternativen zum Sowjetsystem, das sie nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst zu kopieren versucht hatten. Eine Besonderheit waren allerdings lokale „Volksräte“, welche im Krieg zur Unterstützung der Partisanenbewegungen als revolutionäre Verwaltungsorgane entstanden waren. Sie sollten in den neuen Konzeptionen der jugoslawischen Parteitheoretiker zum Ausgangspunkt eines sozialistischen Modells werden, das in Anlehnung an Marx' Überlegungen zur Pariser Kommune an Formen der direkten Demokratie anknüpfen sollte, sowohl im politischen System als auch in der Wirtschaft.

In einer ersten Phase der „Arbeiterselbstverwaltung“ ab Beginn der fünfziger Jahre wurden zunächst in großen Schlüsselbetrieben „Arbeiterräte“ gebildet. Deren Kompetenzen waren aber noch beschränkt und zentralen Planungsmechanismen unterstellt. Mit dem Elan der Aufbauzeit wurden große Erfolge bei der Modernisierung, Industrialisierung und Urbanisierung erreicht. Trotz verheerender Kriegszerstörungen konnte die Infrastruktur schnell wieder das Vorkriegsniveau erreichen. Bildungs- und Gesundheitssysteme expandierten genauso wie der Wohnungsbau und der Aufbau industrieller Kerne. Die Gesellschaft stand allerdings unter relativ autoritärer Parteikontrolle. Dieses extensive und zentral gelenkte Wachstumsmodell hatte sich am Ende der fünfziger Jahre erschöpft und konnte keine Antworten auf eine notwendige Diversifizierung der Produktion geben.

Innerhalb und außerhalb des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) entbrannten in dieser Situation heftige Auseinandersetzungen. Seit Beginn der sechziger Jahre profilierte sich innerhalb der Partei zunehmend ein „liberaler Flügel“, der von einer Reihe jüngerer Politikerinnen und Politiker getragen wurde und auch auf Titos Unterstützung zählen konnte. Auf dem VIII. Parteikongress im Dezember 1964 setzten die „Liberalen“ ein groß angelegtes Reformprogramm durch, das auf die Einführung von Marktmechanismen setzte, um eine Effektivierung und Intensivierung der Produktion zu erzielen. Unter „Selbstverwaltung“ verstanden die „Liberalen“ vor allem die Stärkung der Kompetenzen der Unternehmen. Unter dem Stichwort der „Entstaatlichung“ wurden zentralstaatliche Planungsmechanismen auf wenige Kernbereiche reduziert. Unter dem Stichwort der „sozialistischen Marktwirtschaft“ sollten die unter „Arbeiterselbstverwaltung“ stehenden Betriebe dagegen in verstärkte Marktbeziehungen zueinander treten. Durch fiskalische Maßnahmen sollte außerdem die Integration der jugoslawischen Ökonomie in den Weltmarkt intensiviert werden. Mit einem Konzept der „Föderalisierung“ und „Dezentralisierung“ sollten gleichzeitig die Kompetenzen der Republiken und Gemeinden verstärkt werden. Auch die Partei sollte föderalisiert werden.<sup>1</sup>

Die Reformanstrengungen der „Liberalen“ lösten scharfe Konflikte aus. In einer ersten Phase opponierte zunächst ein „konservativer“ Flügel unter dem langjährigen Innenminister und Geheimdienstchef Aleksandar Ranković, der vor allem die Stärkung der Republiken ablehnte und an einem zentralistischen Modell festhalten wollte. Ranković, der seine Bastion in Serbien hielt, wurde im Juli 1966 gestürzt. In der Folgezeit sorgten soziale und politische Krisenerscheinungen für wachsenden Sprengstoff. Die wirtschaftspolitischen Hauptziele der Reform, eine Beschleunigung des Wachstums und die Rationalisierung der Produktion, wurden nicht erfüllt. Stattdessen wuchsen soziale und regionale Ungleichheiten. Lohndifferenzen wuchsen genauso wie die

Arbeitslosigkeit. Mit den Kürzungen bei der Redistribution des nationalen Einkommens zwischen reichen und armen Regionen, wurden die ohnehin ausgeprägten inter-regionalen Disparitäten markanter. Im Kontext der Reformpolitik tauchten im Gewand von eskalierenden Verteilungskonflikten zwischen den zunehmend um Ressourcen konkurrierenden Republikführungen die überwunden geglaubten Konflikte um die „nationale Frage“ wieder auf. Der Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war der „Kroatische Frühling“, in dem die kroatische „liberale“ Parteiführung 1970/71 eine nationalistische Massenmobilisierung in Gang setzte, um u.a. die Devisen aus dem Tourismusgeschäft für sich zu beanspruchen.

Ein Gegenmodell zum Reformprogramm der „Liberalen“ aber auch zu den zentralistischen „Konservativen“ wurde von einer linken Oppositionsströmung um die „Praxis-Gruppe“ und die jugoslawische „Neue Linke“ formuliert, die sich ebenfalls seit Beginn der sechziger Jahre zunehmend offen artikulierten. Die linke Oppositionsströmung stellte sich gegen die Marktreform der „Liberalen“, in der sie die Gefahr einer „Restauration des Kapitalismus“ erblickte. In einem „Manifest der 3 000 Wörter“ warnten linke Studentenaktivisten in Folge des Reformprogramms bereits 1969 vor regressiven Tendenzen in der Gesellschaft. Unter anderem beklagten sie wachsende „nationale Intoleranz“, „Republiks-Egoismus“ und „regionalen Partikularismus“. Diese Phänomene interpretierten sie als Resultat des „gemeinsamen Wirkens von Bürokratismus und kleinbürgerlichem Neoliberalismus“. Das „einseitige Insistieren auf ein Marktchaos bei offenem Einsatz für das Prinzip des Überlebens der Stärkeren und des Ruins der Schwächeren“ führe zum „Vordringen kleinbürgerlicher Auffassungen, Bedürfnisse und Bestrebungen in allen Bereichen und in allen Gesellschaftsschichten.“<sup>2</sup>

Der Höhepunkt der Mobilisierung der „Neuen Linken“ waren die Proteste des Juni 1968, als ausgehend von einer Universitätsbesetzung in Belgrad in allen Teilen Jugoslawiens Studierende demonstrierten. Die zentrale Forderung der „Praxis-Gruppe“ und der studentischen „Neuen Linken“ bestand in einer tiefgehenden gesellschaftlichen Demokratisierung. Das alternative Reformmodell der Linksopposition zielte unter dem Stichwort der „integralen Selbstverwaltung“ auf die Aufhebung der Parteikontrolle und die Entwicklung einer direkten Produzentendemokratie. Im Gegensatz zu den „Liberalen“ zielten die Neuen Linken dabei nicht auf eine „sozialistische Marktwirtschaft“ und mehr „Effektivität“ sondern in Anlehnung an den „jungen Marx“ und zeitgenössische Autoren wie Herbert Marcuse auf eine Veränderung der Arbeitsweise und die „Überwindung der Entfremdung“. Der Praxis-Mitarbeiter Svetozar Stojanović schrieb 1967: „Die sozialistische Selbstverwaltung muss als ein integriertes gesellschaftliches System konzipiert sein“, das „alle Teile der Gesellschaft“ umfasse und die Gesellschaft „als Ganzes“ verwalte.

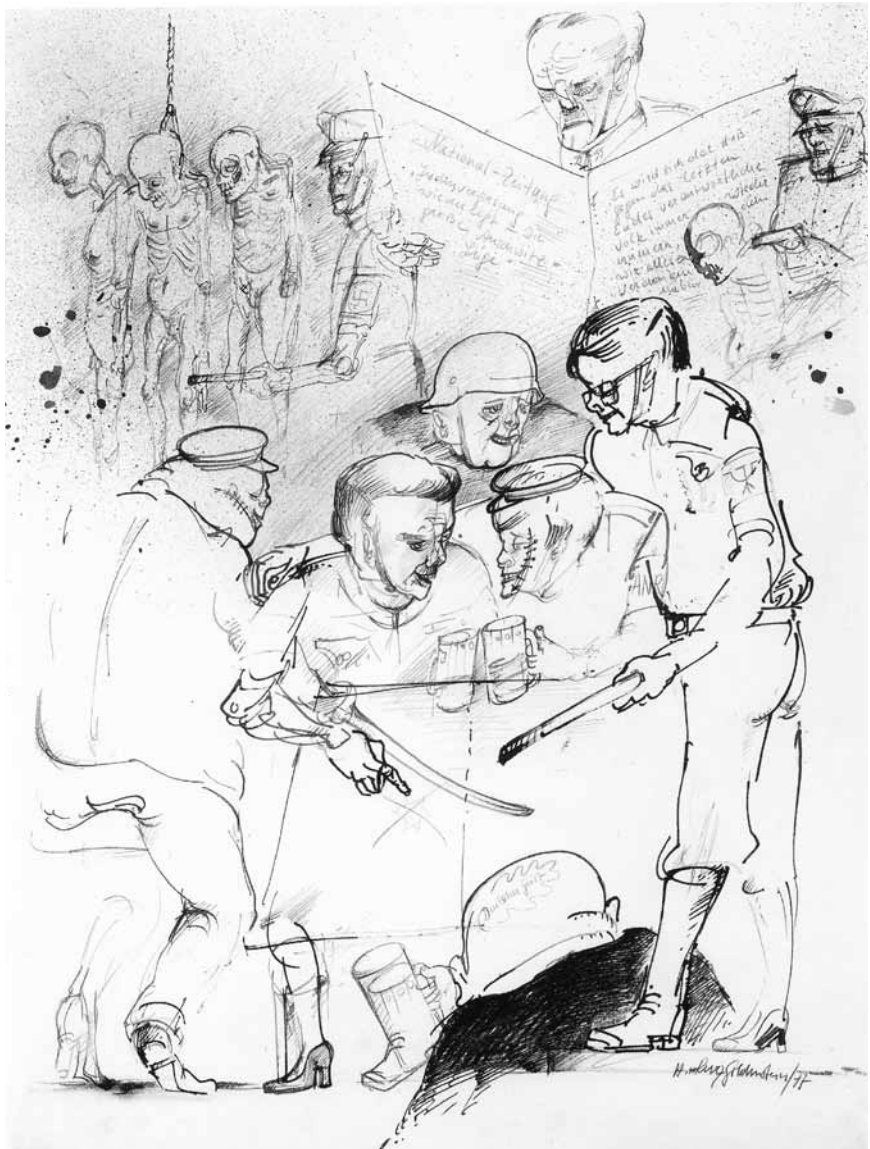
Stojanović forderte die „Konstituierung vertikaler Assoziationen von Selbstverwaltungsgruppen, das Hervorwachsen der Vertretungsorgane von unten, die Unterstellung aller staatlichen Organe und das ganze gesellschaftliche Leben unter Kontrolle der Vertretungsorgane, eine grundlegende Demokratisierung und Anpassung der politischen Organisationen (vor allem der kommunistischen) an ein solches System.“<sup>3</sup> (Hervorhebungen im Original)

Die Konflikte zwischen „Liberalen“, „Konservativen“ und „Neuer Linke“ wurden in der ersten Hälfte der siebziger Jahre durch eine Repressionswelle beendet.<sup>4</sup> In der Folgezeit wurde das System der Arbeiterselbstverwaltung in der Verfassung von 1974 als ein Hybrid konsolidiert, der in sich widersprüchlich blieb. Wie der Soziologe Laslo Sekelj bemerkte, zeigte sich in Jugoslawien eine „paradoxe Inkorporation“ des leninistischen Konzeptes der „Avantgarde und hierarchisch organisierten Partei“ in ein theoretisches „System der ‚direkten Demokratie‘ und des ‚antielitistischen Egalitarismus‘“, das auf der Grundlage rätekommunistischer Überlegungen ausgearbeitet worden war.<sup>5</sup> Trotz der nominellen Machtübertragung auf die Belegschaften konnte von einer Produzentendemokratie keine Rede sein. Wie Arbeitssoziologen feststellten, kontrollierten die an die Partei gebundenen politischen und wirtschaftlichen Eliten die Entscheidungsprozesse, während Belegschaften machtlos blieben.<sup>6</sup> Die Belgrader Soziologin Nada Novaković resümiert, aufgrund ihrer sozialen und politischen „Atomisierung“ sei die jugoslawische Arbeiterklasse immer eine „Klasse an sich“ geblieben und niemals zur „Klasse für sich“ geworden. Deshalb habe sie kein „Klassenbewusstsein über ihre gemeinsame Interessen“ entwickeln können.<sup>7</sup>

Trotz dieser an den Ansprüchen der Arbeiterselbstverwaltung gemessenen äußerst kritischen Bilanz des „jugoslawischen Experimentes“ muss aus heutiger Sicht konstatiert werden, dass die Erfahrungen im sozialistischen Jugoslawien keine durchweg negativen waren. Unter dem Motto der „Arbeiterselbstverwaltung“ wurde zwar keine Produzentendemokratie entwickelt, aber immerhin eine relativ offene Gesellschaft. Vor allem konnten im sozialistischen Jugoslawien wichtige soziale Rechte durchgesetzt werden. Das Land und die Gesellschaft schafften den Sprung von einem peripheren Agrarland zu einer relativ modernen Industrienation. Diese Erfolge wurden in den Kriegen der neunziger Jahre weitgehend zerstört. Es ist daher kein Wunder, dass nach aktuellen Umfragen 81 % der Bevölkerung der Meinung ist, dass sie im Sozialismus besser gelebt habe als heute.<sup>8</sup> In Arbeitskämpfen gegen die Privatisierung beziehen sich heute Arbeiterinnen und Arbeiter positiv auf die Selbstverwaltung.<sup>9</sup> Um die ambivalenten historischen Erfahrungen des „jugoslawischen Experimentes“ für aktuelle Debatten nutzbar zu machen, bedarf es einer kritischen und differenzierten Auseinandersetzung. Leider steckt die empirische Forschung aber noch in den Kinderschuhen.<sup>10</sup>

## Anmerkungen

- 1) Der Leitgedanke, den Betrieb in seiner Selbständigkeit zu stärken und zum Dreh- und Angelpunkt einer Wirtschaftsreform zu machen, wurde am Beginn der sechziger Jahre auch in anderen sozialistische Ländern diskutiert. Ausgehend von Überlegungen des sowjetischen Ökonomen Jewsej Liberman wurde diese Vorstellung u.a. durch das 1963 von Walter Ulbricht in der DDR initiierte „Neue Ökonomische System“ (NÖS), das wirtschaftliche Reformprogramm von Ota Šik im Prager Frühling oder den „Neuen Ökonomischen Mechanismus“ in Ungarn aufgenommen. Vgl. Stefan Bollinger, Sozialismusreformen zwischen Effizienz, Demokratisierung und Repression, in: Angelika Ebbinghaus, Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, 208–213.
- 2) Vgl. 3000 reči, in: Redaktion Praxis (Hg.), jun – lipanj 1968. Dokumenti, Zagreb 1971, S. 442–447.
- 3) Stojanović, Svetozar: Društveno samoupravljanje i socijalistička zajednica, in: Praxis 3/5–6 (1967).
- 4) Siehe dazu ausführlich: Boris Kanzleiter: Die ‚Rote Universität‘. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964–1975, Hamburg 2011.
- 5) Vgl. Sekelj, Laslo: Yugoslavia: The Process of Desintegration, New York 1993, S. 88.
- 6) Der Soziologe Vladimir Arzenšek fasst die Ergebnisse einer Langzeituntersuchung über die Mechanismen der Arbeiterselbstverwaltung so zusammen: „Staats- und politische [BdK], Anmerk. B.K.] Bürokratie besetzen die dominanten Positionen, während die partizipatorischen Strukturen (Selbstverwaltungsorgane und Delegiertensystem) untergeordnet blieben. Am machtlosesten waren Arbeiter und Bauern.“ Vgl. Arzenšek, Vladimir: Struktura i pokret, Beograd 1985 (Centar za filozofiju i društvenu teoriju), S. 34.
- 7) Vgl. Novakovic, Nada G.: Propadanje radničke klase, Beograd 2007 (Rad), S. 153 ff. Mit den Begriffen von der „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“ rekurriert Novaković auf Marx, der in seiner Schrift „Elend der Philosophie“ (1847) die soziale Herausbildung einer Klasse von der Entstehung eines Klassenbewusstseins trennt. Eine durch ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen „an sich“ gegebene Klasse könne nur zur politisch „für sich“ handelnden Klasse werden, wenn sie gemeinsam lerne, kämpfe und Erfahrungen sammle.
- 8) Dieses Umfrageergebnis bezieht sich auf Serbien, dürfte aber in den meisten anderen ehemaligen Republiken ähnlich ausfallen. Vgl. Srećko Mihailović (Hg.): Kako građani Srbije vide tranziciju. Iztraživanje javnog menja tranzicije, Beograd 2010.
- 9) In der Industriestadt Zrenjanin in der Vojvodina (Serbien) haben die Belegschaften mehrerer Betriebe beispielsweise die Organisation „Ravnopravnost“ (Gleichheit) gegründet, die sich für ein Modell der Arbeiterselbstverwaltung einsetzt, das auf Belegschaftseigentum beruhen soll.
- 10) Junge, linksorientierte WissenschaftlerInnen leisten erste Ansätze für eine historische Analyse. Vgl. Musić, Goran: Yugoslavia: Worker Self-Management as state paradigm, in: Immanuel Ness/Dario Azzellini (Ed.): Ours to master and to own Workers' Control from the Commune to the Present, Chicago 2011.



Kaffeehaus (1964)



*transform!* 09-2011

# Neue Herausforderungen für die progressiven Regierungen in Südamerika

**Véronique Sandoval**

**A**nlässlich eines Seminars, das vom São Paulo Forum vom 30. Juni bis 2. Juli 2011 in Rio de Janeiro veranstaltet wurde und an dem MinisterInnen, politische Führungspersonen und WissenschaftlerInnen aus rund zehn lateinamerikanischen Ländern (acht davon in Südamerika) unter der Leitung von Linksregierungen teilnahmen, ist das Forschungsinstitut für Linksregierungen in Südamerika ins Leben gerufen worden. Dies wird VertreterInnen der amtierenden Regierungen und Parteien ein Instrument an die Hand geben, mit dem sie regelmäßig Fortschritte und neue Herausforderungen bewerten können.

Wie gestaltet sich die Situation zehn Jahre, nachdem zum ersten Mal progressive Regierungen in Südamerika an die Macht kamen? Das wirtschaftliche Wachstum wurde durch eine Strategie aufrechterhalten, die sich auf Lohnsteigerungen, Schaffung von Arbeitsplätzen, Unterstützung der Bedürftigsten, Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen und eine stärkere Unabhängigkeit von internationalen Finanzorganisationen konzentrierte. Millionen von Menschen schafften den Weg aus Armut und Elend, während diese Länder durch die Entwicklung eines echten Binnenmarkts die Krise relativ unbeschadet meistern konnten. Zwar gelang es durch diese Politik, äußerste Notlagen zu beseitigen, aber die Ungleichheit konnte nicht reduziert werden. Der Imperialismus konnte zwar geschwächt werden, ist aber unerschütterlich noch vorhanden, und die Frage des Wandels dieser Gesellschaften ist noch immer ein aktuelles Thema.

Die progressiven Regierungen von Südamerika sehen sich heute drei großen Herausforderungen gegenüber:

- Machterhalt, durch den Übergang von einer „repräsentativen“ zu einer konstitutionellen Demokratie, die das Volk mit echten Befugnissen ausstattet und politischen Befugnissen gegenüber wirtschaftlichen und finanziellen Befugnissen Vorrang gewährt.
- Einrichtung eines neuen, sozial gerechten und dauerhaften Entwicklungsmodells
- Verteidigung der, in einer kapitalistischen Welt, die durch eine tiefe Krise getroffen wird, bereits erzielten Fortschritte, durch eine Art regionaler Integration, die sich von der europäischen grundlegend unterscheiden würde, wobei ausschließlich Regierungen aufgenommen werden würden, die wirklich vom Volk gewählt sind (was in Südamerika nicht automatisch der Fall ist) und die wirklich geschlossen auftreten, während sie außerdem dafür Sorge tragen, dass der Grundsatz der nationalen Souveränität unantastbar bleibt.

## **Den Menschen die Möglichkeit gewähren, ihre Zukunft selbst zu bestimmen**

Dass die Menschen die Möglichkeit erhalten, Souveränität auszuüben, insbesondere durch die Respektierung der politischen Entscheidungen der regulär gewählten Regierungen, kann in Südamerika nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Dies ist zum einen deshalb so, weil Lateinamerika von den Vereinigten Staaten noch immer als ihr privates Jagdrevier betrachtet wird, sodass die USA nicht davor zurückschrecken, Staatsstreiche zu finanzieren, um Präsidenten zu stürzen, deren Politik ihnen missfällt; so geschehen 1973 in Chile und erst vor wenigen Monaten in Honduras.

Der zweite Grund sind die Freihandelsabkommen und „Abkommen über den ‚gegenseitigen‘ Schutz von Auslandsinvestitionen“, die zwischen den wichtigsten europäischen und nordamerikanischen multinationalen Gesellschaften und den vorangegangenen, sehr entgegenkommenden Regierungen abgeschlossen wurden sowie die Tatsache, dass die meisten lateinamerikanischen Länder aufgrund der Bedeutung des Außenhandels (Importe und Exporte) für ihre Entwicklung von großen Unternehmensgruppen und Finanzinstitutionen abhängig sind.

Der dritte Grund liegt darin, dass die meisten progressiven Regierungen in Lateinamerika durch Präsidentschaftswahlen und das Bündnis einer Vielzahl von Sozialbewegungen und politischen Organisationen, die auf einen gesellschaftlichen Wandel abzielen, auf Parlamentsebene aber noch in der Minder-

heit sind, an die Macht gekommen sind. Die herrschenden Klassen verfügen daher nicht nur über eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Instrumenten, um sich einem Wandel zu widersetzen, sondern auch über zahlreiche Vertreter innerhalb des Staatsapparats.

Um an der Macht zu bleiben, müssen die progressiven Regierungen Südamerikas daher ihre Beziehungen zu den gesellschaftlichen Bewegungen, den politischen Kräften, die einen Wandel anstreben, und der Regierung vertiefen, Strukturreformen in allen Bereichen weiter im gebotenen Tempo durchführen und sich selbst auf eine internationale Bündnispolitik stützen. Der Ausbau der Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Bewegungen, linken politischen Kräften und progressiven Regierungen ist vor dem Hintergrund der weltweiten Krise des kapitalistischen Systems unerlässlich. Obwohl in Südamerika davon ausgegangen wird, dass diese Systemkrise die wirtschaftliche Entwicklung von Ländern begünstigt, die über bedeutende natürliche Ressourcen verfügen, birgt dies dennoch eine Gefahr für die politische Machtbalance auf globaler Ebene. Angesichts der Tatsache, dass die USA 50 % des weltweiten militärischen Arsenal besitzten und um jeden Preis versuchen, ihre Vormachtstellung zu bewahren, angesichts der Krise der europäischen Sozialdemokratie und angesichts einer ideologischen Krise, die den auf gesellschaftlichen Wandel abzielenden Teil der Linken – der sich vom Fall der Berliner Mauer noch immer nicht erholt hat – betrifft, ist dieses Gleichgewicht in der Tat labil.

Die Unterstützung der Bevölkerung für die Maßnahmen der progressiven Regierungen ist unverzichtbar, damit sie die Legitimität erhalten, die notwendig ist, um dieser Machtbalance gegenüberzutreten. Dazu gehören die Demokratisierung von Institutionen, die Dezentralisierung von Macht, aber auch die Entwicklung von Kämpfen, um sicherzustellen, dass der Wille des Volkes Gehör findet.

Viele progressive Regierungen brachten daher sehr schnell Verfassungsänderungen durch, um den Menschen insbesondere die Möglichkeit zu gewähren, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, was oft durch ein Referendum über die beschlossene Politik erfolgte. Die Frage der Machtdezentralisierung wird in diesen Ländern ebenfalls untersucht.

Diese institutionellen Reformen werden jedoch in beachtlichem Tempo durchgeführt. Viele sind der Überzeugung, dass diese von früheren Diktaturen eingerichteten Institutionen zu einem gewissen Grad dazu beitragen, dass der Entwicklung neoliberaler Politik Einhalt geboten wurde. Andere wiederum sind der Auffassung, dass – insbesondere vor dem Hintergrund der gefährlichen weltweiten Krise – Vorsicht geboten ist, um zu vermeiden, dass durch Machtdezentralisierung die Rolle des Zentralstaates geschwächt wird.

Der Übergang von einer repräsentativen zu einer echten Demokratie, in der die Macht vom Volk ausgeht, gestaltet sich außerdem nicht so einfach. Vorangegangene Militärdiktaturen und neoliberale Politik führten nämlich zu einer Spaltung und erheblichen Desorganisation der progressiven gewerkschaftlichen und politischen Kräfte. Das Bildungswesen ist nach wie vor überwiegend privat organisiert und nicht für alle zugänglich. Gleiches gilt für den Kultursektor, der durch Nachrichten- und Kommunikationsmedien gefiltert wird, die sich im Besitz der großen Finanzgruppen befinden, sodass er letztlich noch immer der Kontrolle durch die USA unterliegt.

Schließlich erfordern der Schutz der Errungenschaften und die gleichzeitige Entwicklung von Kämpfen mit dem Ziel, dem Willen des Volkes Gehör zu verschaffen, eine politische Kultur „die dem Volk vermittelt wird“, wie es in Kuba geschah, eine echte „Sozialisierung der Politik“ und die Partizipation der Arbeiterschaft am Transformationsprozess. Dies wiederum setzt eine Überprüfung der jeweiligen Funktionen der Regierung und der linken politischen Parteien voraus, die ihrerseits „kritisches und dialektisches Bewusstsein für die Probleme benötigen, mit denen sich die Gesellschaft konfrontiert sieht, und die einen ideologischen Kampf für das alternative Projekt führen müssen“.

## Ein alternatives Entwicklungsmodell einführen

Die wirtschaftliche und soziale Bewertung der ersten Regierungsjahre ist recht positiv: Agrarreform, Umsetzung einer Politik der technologischen Innovation, Erhöhung der Beschäftigung und Verringerung der Armut, Schaffung eines Rahmens für Tarifverhandlungen, Durchführung von Strukturreformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Steuerwesen ... Das Wachstum vergrößert jedoch oft die Ungleichheit zwischen Wirtschaftssektoren und daher zwischen Regionen und Gesellschaftsschichten. Auch berücksichtigt es nicht immer die Notwendigkeit, natürliche Ressourcen und Artenvielfalt zu schützen oder die Nahrungsmittelsouveränität zu gewährleisten. Wie kann also ein sozial gerechter und dauerhafter Entwicklungsmodus durchgesetzt werden?

Wie kann verhindert werden, dass die großen Industrie- und Finanzkonzerne Südamerika künftig in die Weltkornkammer und ihren Hauptlieferanten für Rohstoffe und Seltenerdmetalle verwandeln? Welche Investitionen sollten gefördert werden, um eine Vergrößerung der ungleichen Entwicklung zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren zu verhindern, während gleichzeitig für ein so schnelles Wachstum gesorgt wird, dass der Wohlstand der Bevölkerung insgesamt gesichert werden kann? Welches Tempo soll für die grundlegenden Reformen vorgelegt werden, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, ohne der politischen Rechten in die Hände zu spielen, sondern dank eines behutsamen Vorgehens den notwendigen gesellschaft-

lichen und politischen Konsens für die erforderlichen Maßnahmen herbeiführen zu können? Welche Bedingungen sind an chinesische Einfuhren zu knüpfen, die von den Linksregierungen beschlossen wurden, um den dominierenden Einfluss durch europäisches und nordamerikanisches Kapital zu überwinden? Sozialklauseln? Finanzausgleich? Es stellt sich auch die Frage, welcher Technologietransfer verhandelt werden soll, damit industrielle Einfuhren rechtzeitig verringert werden können. Welche Unternehmen sollen diese Technologietransfers nutzen können und welchen gesetzlichen Status benötigen sie, damit dies dem Land zugutekommt?

Was ist mit dauerhaftem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung gemeint? Wie können die angestammten Landrechte der eingeborenen Bevölkerung in Brasilien, die Entwicklung der Nahrungsmittelsouveränität, die Verringerung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte und der Auslandsverschuldung in Einklang gebracht werden? Wie kann der Schutz der weltweiten Artenvielfalt, von der sich beispielsweise ein erheblicher Teil in Ecuador befindet, bei gleichzeitigem Zugang zu Treibstoff und Strom, der für die Entwicklung Lateinamerikas unerlässlich ist, gewährleistet werden, wenn der Untergrund bedeutende Erdöl- und Erdgasreserven birgt?

## **Wie kann ein demokratisches und vereintes regionales Bündnis geschaffen werden?**

Angesichts ihrer gemeinsamen Sprache (mit Ausnahme Brasiliens) und Geschichte iberischer Eroberung ihrer Länder Ende des 17. Jahrhunderts und der nationalen Befreiung im 19. Jahrhundert, der wirtschaftlichen Expansion während der Krise des Zweiten Weltkriegs, gefolgt von der Rückkehr eines neuen nordamerikanischen Imperialismus, der für den untragbaren Anstieg der Auslandsverschuldung verantwortlich war, befürworten die lateinamerikanischen Länder (insbesondere die des Südens) insgesamt betrachtet regionale Bündnisse.

Derzeit bestehen jedoch in Südamerika nebeneinander verschiedene Arten institutionalisierter regionaler Zusammenarbeit, mit denen nicht immer die gleichen Ziele verfolgt werden. Zuerst ist die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) zu erwähnen, die auf Initiative der Vereinigten Staaten mit dem Ziel gegründet wurde, den „Freihandel“ zwischen den amerikanischen Staaten zu fördern. Dann wurde der MERCOSUR, ein regionaler Zusammenschluss, dem nur vier südamerikanische Länder (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) angehören, mit dem Ziel gegründet, die enorme Auslandsverschuldung zu bekämpfen, die durch die Errichtung eines „gemeinsamen Marktes“ entstand, jedoch ohne den „produktivistischen“ Produktionsmodus aufzugeben, und der im Hinblick auf die langfristige Ent-

wicklung eine Katastrophe bewältigen muss. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts kamen dann die ersten progressiven Regierungen an die Macht, und angesichts des enormen Ressourcenreichtums in Südamerika und der Gründung der UNASUR, in der zwölf Länder Südamerikas vereint sind, fassten sie den Vorsatz, jedes Bündnis nach Art der LACA abzulehnen (die auf Initiative der USA ins Leben gerufen werden sollte, aber auf dem Karibik-Gipfel 2005 vereitelt wurde). Damit sollte gewährleistet werden, dass bei der Entwicklung von Projekten Entscheidungen von den Staatshäuptern und nicht von den Finanzmärkten getroffen werden. Schließlich ist die Gründung der Banco del Sur und ALB zu erwähnen, eine Allianz zwischen Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und einigen Karibik-Staaten, welche die gleichen politischen Ziele verfolgen (die Bolivarianische Allianz).

Die gleichzeitige Existenz dieser verschiedenen regionalen Strukturen, von denen jede ein unterschiedliches Ziel verfolgt, in denen jedoch zum Teil mehrere Länder gleichzeitig vertreten sind, ist nicht unproblematisch. Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise und der Neuordnung des internationalen Kräftegleichgewichts scheint der Aufbau einer neuen politischen Macht und eines Zentrums für die Entwicklung Südamerikas keine Utopie mehr zu sein, wenn man an den enormen Reichtum seiner natürlichen Ressourcen und an all das, was diese Länder vereint, denkt.

Die Fragen stellen sich jedoch weiterhin: Wie lässt sich verhindern, dass die kapitalistischen Grundsätze, die der Errichtung der Europäischen Union zugrunde liegen, wiederholt werden, und dass wir von Wirtschafts- und Finanzmonopolen dominiert werden? Wie können wir eine Union schaffen, die auf Solidarität aufgebaut ist und sich nicht auf eine rein technische Kooperation beschränkt, wie es noch immer bei SUCRE (Einheitliches System des regionalen Ausgleichs), der neuen Rechnungswährung der ALBA-Staaten, der Fall ist, und wie können wir gleichzeitig den enormen Entwicklungsunterschied zwischen Brasilien und seinen Nachbarländern Uruguay und Paraguay reduzieren? Wie können wir möglichst viele Länder in diese regionale Union integrieren und dabei ihre nationale Souveränität streng einhalten?

Wie ersichtlich ist, sind die Herausforderungen, denen sich diese progressiven Regierungen Lateinamerikas gegenübersehen, alles andere als unerheblich. Die damit verbundenen Probleme werden auch in Europa vorrangig wahrgenommen.



Zwangsjacke (1974)

# AutorInnenverzeichnis

**Walter Baier** ist Ökonom in Wien und Koordinator des Europäischen *transform!-*Netzwerkes.

**Giannis Balabanidis** ist Ökonom und Mitarbeiter des Nicos-Poulantzas-Instituts, Athen.

**Joachim Bischoff** ist Ökonom, Journalist und Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft für DIE LINKE.

**Juan Pablo Cárdenas** ist Direktor von Radio Universidad de Chile.

**Erhard Crome** ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik, Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

**Dominique Crozat** ist Mitglied des Vorstandes von Espaces Marx (Frankreich).

**Tommaso Fattori** ist Gründungsmitglied des Italienischen Forums der Bewegungen für das Wasser und war einer der Initiatoren des erfolgreichen Wasserreferendums in Italien im Juni 2011. Im Januar 2011 wurde er zum Direktor von Transform-Italia gewählt; dort koordiniert er das Forschungsprojekt über Gemeingüter.

**Elisabeth Gauthier** ist Direktorin von Espaces Marx (Frankreich), Vorstandsmitglied von transform! europe und Mitglied des Nationalen Komitees der Französischen Kommunistischen Partei.

**Gabriele Habashi** arbeitet als Journalistin in Kairo.

**Cornelia Hildebrandt** ist Referentin für Parteien und soziale Bewegungen, Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

**Lutz Holzinger** arbeitet als Journalist in Wien.

**Inger V. Johansen** ist Mitglied des Komitees für Europäische Angelegenheiten der Einheitsliste Rot-Grün und Vorstandsmitglied der Europäischen Linkspartei.



**Boris Kanzleiter** ist Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad.

**Julia Killet** ist Regionalbüroleiterin Bayern der Rosa-Luxemburg-Stiftung in München.

**Gerassimos Moschonas** ist außerordentlicher Professor für komparative Politik beim Fachbereich Politikwissenschaften und Geschichte der Panteion-Universität Athen.

**Bernhard Müller** ist Soziologe und Herausgeber der Monatszeitschrift „Sozialismus“ in Hamburg.

**Dimitris Papanikolopoulos** ist Doktorand der Politikwissenschaften an der Panteion-Universität Athen.

**Giorgio Riolo** ist Präsident der Associazione Culturale Punto Rosso. Er unterrichtete Geschichte und Philosophie an öffentlichen und privaten Schulen in Italien und veröffentlichte Artikel und Essays in verschiedenen Zeitschriften. Gegenwärtig liegt der Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der Leitung der Freien Volksuniversität, wo er auch verschiedene Kurse in Philosophie, Geschichte des Marxismus und Literatur gibt. Er ist Direktor von Edizioni Punto Rosso, einem führenden Herausgeber von politischen Sachbüchern in Italien.

**Véronique Sandoval** ist Ökonomin und arbeitet für Espaces-Marx.

**Armando Fernández Steinko** lehrt Soziologie an der Universidad Complutense (Madrid, Spanien). Er forschte zu den Themen Arbeit und Wohlstand und beschäftigt sich gegenwärtig mit den Verbindungen zwischen krimineller und legaler Wirtschaft. Er ist Mitglied von Izquierda Unida.

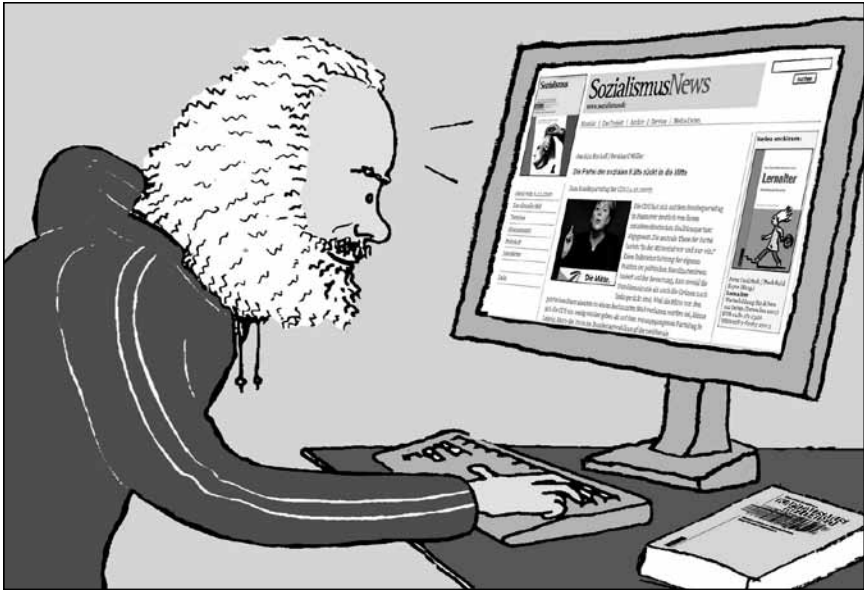
**Ilona Švihlíková** ist außerordentliche Professorin an der Wirtschaftsuniversität Prag.

**Giorgos Tsiridis** ist Doktorand der Politikwissenschaften an der Kapodistrias-Universität Athen.

**Mathias Wåg** ist Antifaschismus-Forscher mit über zwanzigjähriger Erfahrung in der Dokumentation der nordeuropäischen rechtsextremen Bewegungen.

**Michel Warschawski** ist ein israelischer Anti-Zionismus-Aktivist. 1984 gründete er das Alternative Informationszentrum, eine gemeinsame palästinensisch-israelische Nichtregierungsorganisation.

**Fritz Weber** ist Wirtschaftshistoriker mit den Schwerpunkten Arbeiterbewegung und Bankengeschichte Mitteleuropas des 19. und 20. Jahrhunderts. Seine nächsten Bücher beschäftigen sich mit der Geschichte des linken Flügels der Sozialistischen Partei Österreichs in der Zeit der Wiedergeburt der Partei nach 1945 und mit der Vorgeschichte der Finanzkrise von 1931, die in Österreich begann.



Den »Sozialismus« jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns!

Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive.

Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr (für Arbeitslose und Studenten: 44,- €); zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabo-Preis von 10,- €

Unsere Themen:

- aktuelle Kommentare zur politischen & sozialen Lage
- ökonomische Alphabetisierung
- Kapitalismuskritik & -analyse
- Gewerkschaftlicher Widerstand
- Perspektiven der LINKEN

Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage

[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Bestellen: Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-20, [info@sozialismus.de](mailto:info@sozialismus.de)



# Bestellschein

Die Zeitschrift *transform!* Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog (deutsche Ausgabe) erscheint zweimal pro Jahr. Ihre Artikel reflektieren ein breites Spektrum linker Positionen zu relevanten politischen Fragen.

Ein Einzelheft kann zum Preis von 15 Euro bestellt werden. Im Abonnement kosten zwei Hefte pro Jahr 25 Euro (inkl. Versand).

## Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

*transform!* Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog

c/o VSA-Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

D-20099 Hamburg

e-mail: info@vsa-verlag

- Hiermit bestelle ich die nächste Ausgabe von *transform!*
- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift *transform!*

- Deutsche Ausgabe
- Englische Ausgabe
- Französische Ausgabe
- Spanische Ausgabe
- Portugiesische Ausgabe
- Italienische Ausgabe
- Griechische Ausgabe

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_



transform! Europäisches Netzwerk für kritisches Denken und politischen Dialog  
 Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien, Österreich  
[www.transform-network.org](http://www.transform-network.org) e-mail: office@transform.or.at

<b>Austria</b>	www.transform.or.at e-mail: fleissner@arrakis.es	<b>Italy</b>	Transform! italia www.transform.it e-mail: info@transform.it
<b>Belgium</b>	Cultural Association Joseph Jacquemotte www.acjj.be e-mail: acjj@skynet.be		Cultural Association Punto Rosso* www.puntorosso.it e-mail: riolo@puntorosso.it and info@puntorosso.it
<b>Czech Republic</b>	Society for European Dialogue e-mail: malek_j@cbox.cz	<b>Luxembourg</b>	Transform! Luxembourg www.transform.lu e-mail: info@transform.lu
<b>Finland</b>	Left Forum www.vasemmistofoorumi.fi e-mail: ruurik.holm@vasemmistofoorumi.fi	<b>Moldova</b>	Transform! Moldova* e-mail: transformoldova@gmail.com
	Democratic Civil Association* www.desili.fi e-mail: dsl@kolumbus.fi	<b>Norway</b>	Manifesto Foundation* www.stiftelsenmanifest.no e-mail: manifest@stiftelsenmanifest.no
<b>France</b>	Espaces Marx www.espaces-marx.net e-mail: espaces_marx@internatif.org	<b>Portugal</b>	Cultures of Labour and Socialism www.cultra.pt e-mail: info@cultra.pt
	Foundation Copernic* www.fondation-copernic.org e-mail: foundation.copernic@ras.eu.org	<b>Romania</b>	Association for the development of the Romanian Social Forum* e-mail: pedroxma@yahoo.com
	Foundation Gabriel Péri* www.gabrielperi.fr e-mail: fondation@gabrielperi.fr	<b>Spain</b>	Foundation for Marxist Studies www.fim.org.es e-mail: fim@nodo50.org
<b>Germany</b>	Journal Sozialismus www.sozialismus.de e-mail: redaktion@sozialismus.de	<b>Sweden</b>	Center for Marxist Social Studies www.cmsmarx.org e-mail: cms@cmsmarx.org
	Rosa-Luxemburg-Stiftung www.rosalux.de e-mail: info@rosalux.de	<b>Turkey</b>	Social Investigations and Cultural Development Foundation* www.taksav.org e-mail: sulenecef@yahoo.com
	Institute for Social, Ecological and Economic Studies* www.isw-muenchen.de e-mail: isw_muenchen@t-online.de		
<b>Greece</b>	Nicos Poulantzas Institute www.poulantzas.gr e-mail: info@poulantzas.gr		

\* observers

# 092011

Walter Baier ■ Giannis Balabanidis ■ Joachim Bischoff ■  
Juan Pablo Cárdenas ■ Erhard Crome ■ Dominique Crozat ■  
Tommaso Fattori ■ Elisabeth Gauthier ■ Gabriele Habashi ■  
Cornelia Hildebrandt ■ Lutz Holzinger ■ Inger V. Johansen ■  
Boris Kanzleiter ■ Julia Killet ■ Gerassimos Moschonas ■  
Bernhard Müller ■ Dimitris Papanikolopoulos ■ Giorgio Riolo ■  
Véronique Sandoval ■ Armando Fernández Steinko ■  
Ilona Švihlíková ■ Giorgos Tsiridis ■ Mathias Wåg ■  
Michel Warschawski ■ Fritz Weber